



2010

Trends und Fakten

Kinderland Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Impressum

Trends und Fakten 2010 - Kinderland Baden-Württemberg

Artikel-Nr. 1114 10001

ISSN 1614 - 4880

Herstellung und Vertrieb

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Bildnachweis

Titelbild

© Pavel Losevsky - Fotolia.com

Handlungsfeld 1:

© pressmaster - Fotolia.com

Handlungsfeld 2:

© OlgaLIS - Fotolia.com

Handlungsfeld 3:

© Corbis - Fotolia.com

© Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/ Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

2010

Trends und Fakten

Kinderland Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung:** Christine Ehrhardt ■ **Autorinnen und Autoren:** Alexander Mahler und Tanja Zähle unter Mitarbeit von Sophia Dolata, Jens Ridderbusch und Alexandra Schmider ■ **Redaktion:** Claudia Busch und Brigitte Fölker ■ **Layout:** Wolfgang Krentz ■ **DTP/Grafik:** Birgit Krämer, Florian Lenz und Ute Peust

Vorwort

Die Bedeutung von Kindern für unsere Gesellschaft ist unbestritten. Kinder und Familien sind heute mehr denn je ein entscheidender Faktor einer zukunfts- und wertorientierten Politik auf allen Ebenen. Ausgehend von dieser Basis hat Ministerpräsident a. D. Günther H. Oettinger im April und November 2005 das „Kinderland Baden-Württemberg“ ins Leben gerufen, das von Ministerpräsident Stefan Mappus MdL fortgeführt wird.

„Kinderland“ steht für einen ganzheitlichen Ansatz, der sich am Lebensverlauf des Kindes orientiert. Das „Kinderland“ verbindet ressortübergreifend sämtliche Politikfelder, begegnet der demografischen Herausforderung und orientiert sich an den Bedürfnissen und Möglichkeiten von Kindern, Jugendlichen und Eltern in Baden-Württemberg. Die vorliegende Studie zieht Bilanz der letzten fünf Jahre „Kinderland Baden-Württemberg“ und eröffnet künftige Perspektiven und Handlungsfelder. Ziel des Berichts ist die Zusammenführung der Lebenssituation von Familien in Baden-Württemberg mit den Maßnahmen der Landesregierung und weiterer Beteiligter.

„Trends und Fakten 2010 – Kinderland Baden-Württemberg“ wurde von der FaFo Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt im Auftrag der Landesregierung erstellt und vom Ministerrat in einer Kabinettsitzung behandelt. Die Studie dient der Information von Abgeordneten, Kreisen, Kommunen, Verbänden, Kammern, Unternehmen, Einrichtungen und der Wissenschaft sowie der Bürgerinnen und Bürger. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Politikberatung und Orientierungshilfe für alle gesellschaftlichen Gruppen des Landes, die an der Entwicklung des „Kinderlandes Baden-Württemberg“ mitarbeiten.

Staatsministerium
Baden-Württemberg



Helmut Rau, MdL
Minister

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg



Dr. Carmina Brenner
Präsidentin

Das „Kinderland Baden-Württemberg“ wurde 2005 von der Landesregierung ins Leben gerufen, um die Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien in Baden-Württemberg mit vereinten Kräften weiter zu verbessern. „Kinderland Baden-Württemberg“ steht für einen ganzheitlichen familienpolitischen Ansatz, der sich am Lebensverlauf des Kindes orientiert, ressortübergreifend sämtliche Politikfelder verbindet, der demografischen Herausforderung begegnet und die Bedürfnisse und Möglichkeiten von Kindern, Jugendlichen und Eltern im Land berücksichtigt.

Fünf Jahre nach dem Start von „Kinderland Baden-Württemberg“ möchte die Landesregierung die Ergebnisse ihrer Aktivitäten im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ an ihren Zielen messen lassen. Deshalb wurde die FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt beauftragt, im Sinn einer Zwischenbilanz die Entwicklungen seit Beginn von „Kinderland Baden-Württemberg“ systematisch abzubilden und zu bewerten.

1. Handlungsfeld: „Kinder und Jugendliche“

Die Lebenssituation im Erwachsenenalter ist abhängig von den Bildungschancen und -erfolgen in Kindheit und Jugend. Bildung ist ein lebenslanger Prozess, der mit der frühkindlichen Bildung und Betreuung beginnt, sich mit dem Übergang auf die Grundschule und die weiterführenden Schulen sowie in Ausbildung oder Studium fortsetzt und auch im Berufsleben nicht abgeschlossen ist.

1. Frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung: Bereits vor der Einschulung werden in den ersten sechs Lebensjahren des Kindes in der Familie, in Kinderbetreuungseinrichtungen und in der Kindertagespflege die Weichen für den späteren Bildungserfolg gestellt. Was den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für unter 3-Jährige angeht, sind deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Immer mehr Kinder werden ergänzend zum Leben in der Familie in Kindertageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege betreut. Eltern fragen dabei zunehmend Betreuungsangebote mit verlängerten Öffnungszeiten nach. Kinderbetreuung bedeutet aber weit mehr als bloße „Betreuung“: Insbesondere über die intensivierete sprachliche Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund und durch die Weiterqualifikation von Erzieherinnen und Erziehern sowie Tagesmüttern und Tagesvätern konnten Verbesserungen in der Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung erreicht werden.

2. Schulische Bildung und Erziehung: Fortgesetzt wird der individuelle Bildungsvorlauf in der Grundschule und an den weiterführenden Schulen. Im Berichtszeitraum zeigt sich ein deutlicher Trend zum Besuch höherqualifizierender Schularten wie dem Gymnasium und zum Erwerb entsprechender Abschlüsse. Schülerinnen und Schüler

mit Migrationshintergrund erzielen dabei nach wie vor geringere Bildungserfolge als deutsche Schülerinnen und Schüler. Auch zwischen Mädchen und Jungen zeigen sich deutliche Unterschiede – sowohl was die schulischen Leistungen, als auch was die Entscheidung für fachliche Vertiefungen betrifft. Besonders dynamisch verlief die Entwicklung im Bereich der Ganztagschulen, die bis 2015 einen Anteil von 40 % aller baden-württembergischen Schulen ausmachen sollen: Immer mehr Schülerinnen und Schüler besuchen eine ganztägige Einrichtung und nehmen die oft über den Lehrplan hinausgehenden Betreuungsangebote wahr.

3. Ausbildung, Studium und Berufseinstieg: In einer wissensbasierten Gesellschaft sind qualifizierte Beschäftigte von zentraler Bedeutung. Die anhaltend hohe Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen, die Qualität der beruflichen Bildung sowie die Vielfalt und Exzellenz der Hochschulen sind Stärken Baden-Württembergs. Darüber hinaus trägt das berufliche Bildungswesen zur Durchlässigkeit in der Bildung und zur Höherqualifizierung bei. Auch die Studienanfängerquote ist anhaltend hoch und zuletzt im Wintersemester 2008/09 erneut gestiegen. Dabei hat Baden-Württemberg von allen Bundesländern den höchsten Anteil an Absolventinnen und Absolventen in den sogenannten MINT-Fächern – für ein Land mit forschungsintensiver Industrie wie Baden-Württemberg ist dies besonders wichtig. Ebenfalls der Einstieg in das Berufsleben gelingt sowohl Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Ausbildung als auch eines Hochschulstudiums überwiegend reibungslos.

2. Handlungsfeld: „Eltern und Familie“

Die Entscheidung für eine Familie ist von vielen Faktoren abhängig. Das Handlungsfeld „Eltern und Familie“ greift mit den Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung und Studium sowie Familienleben wichtige Aspekte auf.

1. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung und Studium: Der Ausbau der Kinderbetreuung und die Flexibilisierung der Arbeitsorganisation im „Kinderland Baden-Württemberg“ tragen zur Verbesserung der Vereinbarkeit bei. Dies zeigt sich anhand der steigenden und über dem Bundesdurchschnitt liegenden Erwerbsbeteiligung von Müttern, die mit zunehmendem Alter der Kinder höher ausfällt. Was die Arbeitsteilung innerhalb der Familie angeht, ist das vorherrschende Modell jenes mit dem Mann als in Vollzeit erwerbstätigem Hauptverdiener und der Frau als in Teilzeit erwerbstätiger Zuverdienerin mit Hauptzuständigkeit für Haus- und Familienarbeit. Im Bereich Ausbildung und Studium bringen Optionen wie eine Teilzeitausbildung und mehr Kinderbetreuungsplätze an Hochschulen die Vereinbarkeit voran. Ein angesichts des demografischen Wandels zunehmend wichtiger Aspekt ist die Vereinbarkeit von

Pflege und Beruf. Fast die Hälfte der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg wird von Angehörigen oder ehrenamtlichen Pflegepersonen zu Hause betreut. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wirkt sich außerdem auf die Einkommenssituation von Familien aus. Dabei ist das Armutsrisiko von Paaren mit Kindern in Baden-Württemberg im Durchschnitt nicht höher als von kinderlosen Paaren. Stärker armutsgefährdet als Familien insgesamt sind jedoch Alleinerziehende, Familien mit kleineren oder mehreren Kindern sowie ausländische Familien.

2. Familienleben: Wohnen und Mobilität, die Partizipation auf kommunaler Ebene sowie die Teilhabe an außerschulischen Bildungs- und Freizeitangeboten sind wichtige Elemente von Familienfreundlichkeit. Familien mit Kindern besitzen häufig Wohneigentum und werden bei dessen Erwerb durch die Wohnraumförderung des Landes unterstützt. Für Kinder und Jugendliche auf dem Land ist der öffentliche Nahverkehr besonders wichtig. Dabei belegen steigende Fahrgastzahlen insgesamt dessen Attraktivität. Kommunen sind für Familien die unmittelbarste Lebenswelt. Daher ist die Beteiligung von Familien auf kommunaler Ebene ein wichtiger Ansatzpunkt zur weiteren Verbesserung der Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit im Land. Kommunale Beteiligungsansätze werden im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ mit Programmen wie dem „Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune“ erfolgreich in die Fläche getragen und vor Ort durch praxisnahe Unterstützungsangebote vorangetrieben. Außerdem bietet das Land flächendeckend eine große Vielfalt an außerschulischen Bildungs- und Freizeitangeboten für Familien.

3. Handlungsfeld: „Gesellschaft und Umwelt“

Das Handlungsfeld „Gesellschaft und Umwelt“ bezieht sich mit den Themen Gesundheit, Kinderschutz und Generationengerechtigkeit auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Familienleben.

1. Gesundheit: Viele Kinder sind bereits im Grundschulalter übergewichtig – insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund sowie Haupt- und Förderschülerinnen und -schüler. Mit Programmen wie „Bauchgefühl“, „Komm in Form“, „Aktive Teens“ oder „Gesund Aufwachsen in Baden-Württemberg – Kommunale Netzwerke für Ernährung und Bewegung“ soll Übergewicht sowie Essstörungen, Sucht und sexuell übertragbaren Krankheiten frühzeitig vorgebeugt werden. Im Bereich des Alkoholkonsums ist bei einer kleinen aber wachsenden Gruppe von Jugendlichen ein kritischer Trend zum exzessiven Konsum festzustellen. Der Alkoholkonsum der großen Mehrheit der Jugendlichen bewegt sich allerdings in unbedenklichem Rahmen. Dass sich frühzeitig ansetzende und langfristige Präventionsmaßnahmen auszahlen, dokumentiert die rückläufige Zahl jugendlicher Raucherinnen und Raucher.

2. Kinderschutz: Im Bereich Kinderschutz setzt „Kinderland Baden-Württemberg“ drei Prioritäten: Elternverantwortung, Medien und Sicherheit. Der Schutz vor Vernachlässigung und Misshandlung ist dabei von besonderer Bedeutung und spiegelt sich im breit gefächerten Kinderschutzkonzept des Landes wieder, das auf vier Säulen aufbaut: Früherkennung und Prävention, Ausbau der Frühen Hilfen, Qualifizierung der Fachkräfte und Förderung der interdisziplinären Vernetzung vor Ort. Ein in Hinblick auf den Kinderschutz zunehmend wichtiges Thema ist auch der Umgang mit Medien: Sehr viele Kinder und Jugendliche verfügen über moderne Medien wie PC, Handy, Internet und nutzen diese intensiv. Um Kinder vor damit verbundenen Risiken zu schützen, soll mit Initiativen wie dem „Kindermedienland Baden-Württemberg“ die Medienkompetenz erhöht werden. Bei den Straftaten ist eine uneinheitliche Entwicklung zu verzeichnen: Insgesamt ging die Zahl der Straftaten von unter 21-Jährigen zurück, die Zahl der gewalttätigen Straftaten dagegen nahm zu. Ausländische Jugendliche traten dabei häufiger als deutsche Jugendliche als Tatverdächtige in Erscheinung. Die Tatverdächtigenbelastungszahl¹ nichtdeutscher Jungtäter bei der Gewaltkriminalität im Vergleich zur deutschen Altersgruppe ist dabei mehr als dreimal so hoch. Die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen ist außerdem durch Unfälle und Straftaten gefährdet. Im Berichtszeitraum deutlich gesunkene Unfallzahlen belegen auch hier den Erfolg von intensiver Präventionsarbeit.

3. Generationengerechtigkeit: Im Sinn nachhaltigen Planens und Handelns ist Generationengerechtigkeit sowohl im Bereich der Wirtschaftskraft als auch im Umgang mit natürlichen Ressourcen mittel- und langfristiges Ziel. Ein Ansatzpunkt von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist insbesondere der Erhalt der Innovationskraft des Landes über die Sicherung des Fachkräftenachwuchses vor allem im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften. Die Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung des Landes belegt, dass Baden-Württemberg bestrebt ist, die finanzielle Handlungsfähigkeit auch für zukünftige Generationen zu erhalten. Darüber hinaus wird der Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsgedanke Kindern und Jugendlichen sowohl über schulische als auch über außerschulische Bildungsangebote näher gebracht.

¹ Die TVBZ bezeichnet die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen, errechnet auf 100 000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteils, jedoch ohne Kinder unter acht Lebensjahren.

„Kinderland Baden-Württemberg“ – eine Zwischenbilanz

Das „Kinderland Baden-Württemberg“ wurde 2005 von der Landesregierung ins Leben gerufen, um die Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien in Baden-Württemberg mit vereinten Kräften weiter zu verbessern. „Kinderland Baden-Württemberg“ steht für einen ganzheitlichen familienpolitischen Ansatz, der sich am Lebensverlauf des Kindes orientiert. „Kinderland Baden-Württemberg“ verbindet ressortübergreifend sämtliche Politikfelder, begegnet der demografischen Herausforderung und berücksichtigt die Bedürfnisse und Möglichkeiten von Kindern, Jugendlichen und Eltern im Land. Partner im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ sind alle gesellschaftlichen Kräfte: Landesregierung und Verbände, Kirchen, Kommunen, Kreise und Regionen, Vereine, Wirtschaft, Gewerkschaften, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und natürlich Eltern, Kinder und Jugendliche.

Im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ wurde 2006 die Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren, Frau Dr. Monika Stolz MdL, als Kinderbeauftragte der Landesregierung berufen und eine eigene Geschäftsstelle eingerichtet. Die wesentliche Aufgabe der Kinderbeauftragten der Landesregierung besteht darin, den Weg Baden-Württembergs zum Kinderland motivierend, beratend und unterstützend zu begleiten. Über die Geschäftsstelle der Kinderbeauftragten können sich Bürgerinnen und Bürger mit praktischen Problemen des familiären Alltags, aber auch mit Anregungen und Ideen zur Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit auf örtlicher Ebene an die Landesregierung wenden. Zur Beratung und Unterstützung bei ihrer Aufgabe als Kinderbeauftragte hat die Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren im März 2006 zudem den „Beraterkreis Kinderland“ berufen. Das ehrenamtliche Fachgremium gibt Anregungen und Impulse, wie Baden-Württemberg die Lebensumwelt von Kindern und Familien noch besser an deren Bedürfnisse anpassen kann. Außerdem wurde 2005 die Stiftung „Kinderland Baden-Württemberg“ mit einem Stiftungskapital von 50 Mio. Euro gegründet. Jährlich können etwa 2 Mio. Euro für dem Stiftungszweck entsprechende und förderungswürdige Projekte und Maßnahmen gewährt werden. Die Stiftung Kinderland setzt gute Projektideen in Gang und trägt damit zur Weiterentwicklung des „Kinderlands Baden-Württemberg“ bei.

Fünf Jahre nach dem Start von „Kinderland Baden-Württemberg“ möchte die Landesregierung die Ergebnisse ihrer Aktivitäten an ihren Zielen messen lassen. Deshalb wurde die FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt beauftragt, im Sinn einer Zwischenbilanz einen Indikatoren-Bericht zum „Kinderland Baden-Württemberg“ zu erarbeiten, um so die Entwicklungen seit Beginn von „Kinderland Baden-Württemberg“ systematisch abbilden und bewerten zu können. Der Bericht zeigt: Wo stehen wir auf dem Weg zum „Kinderland Baden-Württemberg“? Welche Erfolge sind zu verzeichnen? Was bleibt zu tun? Erreichte Verbesserungen werden ebenso wie fortbestehende Herausforderungen in der Gesamtschau deutlich und zukünftige Maßnahmen können entsprechend ausgerichtet werden.

Der Bericht setzt die Lebenssituation von Familien in Baden-Württemberg mit den Zielsetzungen und Maßnahmen der Landesregierung und weiterer Beteiligter im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ in Beziehung. Den Leser erwartet eine kompakte, systematische und zugleich praxisnahe Übersicht zu den Handlungsfeldern von „Kinderland Baden-Württemberg“ mit seinen zahlreichen vernetzten Themenkomplexen und Maßnahmen, die es erleichtert, „Kinderland Baden-Württemberg“ mit all seinen Facetten als Gesamtheit zu erfassen und zu bewerten. Darüber hinaus bieten Portraits innovativer Praxisbeispiele aus dem kommunalen Bereich konkrete Anregungen und Motivation für die praktische Arbeit vor Ort.

„Trends und Fakten Kinderland Baden-Württemberg“ basiert im Wesentlichen auf Daten der amtlichen Statistik und ist der Objektivität, Neutralität und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit verpflichtet. Der Berichtszeitraum erstreckt sich – sofern es die Datenlage zulässt – auf den Zeitraum von 2005 bis zu den aktuellsten verfügbaren Daten.

Inhalt

1. Handlungsfeld „Kinder und Jugendliche“

1.1 Frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung	
1.1.1 Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder und Eltern ...	15
1.1.2 Übergang in die Schule.....	27
1.2 Schulische Bildung und Erziehung	
1.2.1 Bildungsübergänge.....	35
1.2.2 Ganztägige Bildung und Betreuung.....	42
1.2.3 Bildungserfolge.....	47
1.3 Ausbildung, Studium und Berufseinstieg	
1.3.1 Berufliche Ausbildung.....	59
1.3.2 Hochschulstudium.....	66
1.3.3 Berufseinstieg nach Ausbildung und Studium.....	74

2. Handlungsfeld „Eltern und Familie“

2.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung und Studium	
2.1.1 Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und Pflege	86
2.1.2 Finanzielle Situation und Förderung von Familien.....	97
2.2 Familienleben	
2.2.1 Wohnen und Mobilität von Familien.....	107
2.2.2 Partizipation von Eltern und Kindern auf kommunaler Ebene	113
2.2.3 Außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote	117

3. Handlungsfeld „Gesellschaft und Umwelt“

3.1 Gesundheit	
3.1.1 Gesundheitszustand	127
3.1.2 Gesundheits- und Ernährungsverhalten.....	131
3.1.3 Prävention von Krankheit und Sucht.....	137
3.2 Kinderschutz	
3.2.1 Elternverantwortung und Schutz vor Vernachlässigung und Misshandlung	145
3.2.2 Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen	148
3.2.3 Sicherheit für Kinder und Jugendliche – Unfall- und Kriminalitätsprävention.....	152
3.3 Generationengerechtigkeit	
3.3.1 Erhalt der Wirtschaftskraft	159
3.3.2 Umwelt und Nachhaltigkeit.....	163

Literaturverzeichnis.....	169
----------------------------------	------------

Handlungsfeld

Kinder und Jugendliche

Frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung

Schulische Bildung und Erziehung

Ausbildung, Studium und Berufseinstieg

1



1.1

1.2

1.3

Die Bildungschancen und Bildungserfolge in der Kindheit prägen die Lebenssituation im Erwachsenenalter. Im folgenden Kapitel wird der Bildungsverlauf von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg dargestellt. Dieser beginnt mit der frühkindlichen Bildung und Erziehung sowie der Einschulung, setzt sich fort mit dem Übergang auf die weiterführende Schule, geht weiter mit Ausbildung oder Studium im jungen Erwachsenenalter und schließt mit dem Berufseinstieg ab. Diese aufeinander aufbauenden Bildungsstationen im Lebensverlauf des Kindes werden im Sinne einer kontinuierlichen Bildungsbiografie aufgefasst.

1.1 Frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung

„Auf den Anfang kommt es an!“: In den ersten sechs Lebensjahren des Kindes werden wesentliche Grundlagen für den späteren Bildungsweg gelegt. Sowohl die Erziehung in der Familie als auch in öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, durch Tagesmütter oder durch Tagesväter prägen die kindliche Entwicklung. Der Bereich der frühkindlichen Erziehung, Bildung und Betreuung bietet zudem zahlreiche Ansatzpunkte, um herkunftsbezogene Bildungsungleichheiten auszugleichen, den Übergang in die Schule zu optimieren und für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen. Das folgende Kapitel gibt einen Überblick zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung in Baden-Württemberg, zu Bildungs- und Erziehungsangeboten für Kinder und Eltern sowie zum Übergang in die Schule.

1.1.1 Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder und Eltern

Erziehung, Bildung und Betreuung im Kleinkind- und Vorschulalter findet in der Familie ebenso wie in Kindertageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege statt. So vielfältig wie die Lebensentwürfe der Familien in Baden-Württemberg sind, fallen auch die Entscheidungen für die individuell beste Betreuungsform aus. Im „Kinderland Baden-Württemberg“ hat die Wahlfreiheit der Eltern hohe Priorität, handlungsleitend ist die optimale Förderung für alle Kinder. Denn im frühen Kindesalter werden wesentliche Grundlagen für den weiteren Bildungsweg gelegt. Die Form der Betreuung wird unterschieden in Tageseinrichtungen – dazu gehören altersgemischte Einrichtungen, Kindergärten und Kinderkrippen – und in die Kindertagespflege durch Tagesmütter oder in den selteneren Fällen durch Tagesväter. Mit dem quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung geht daher der qualitative Ausbau einher. Auch der Schlüssel zu mehr Chancengleichheit liegt in einer intensiven frühkindlichen Bildung und Betreuung. Bildung im frühkindlichen Bereich steht dabei vor der besonderen Herausforderung des intensiven Förderns einerseits und der Aufrechterhaltung einer persönlichen kindgerechten Beziehung andererseits. Ziel von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es, allen Kindern möglichst gute Startbedingungen zu gewährleisten.

Bis 2013 für 34 % der unter 3-Jährigen ein Betreuungsangebot

Der Ausbau der Kinderbetreuung hat in Baden-Württemberg hohe Priorität. Schon 1999 wurde der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz landesweit zeitnah umgesetzt. Ab dem 1. August 2013 haben Kinder bereits mit dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege. Hierzu ist ein bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsangebote in Kinderkrippen, Einrichtungen mit altersgemischten Gruppen und in der Kindertagespflege notwendig. Als Orientierung gilt dabei ein landesdurchschnittlicher Versorgungsgrad von 34 % für Kinder unter 3 Jahren. Als Zwischenziel wird bis Ende 2010 eine durchschnittliche Versorgungsquote von 22 % angestrebt. Die benötigten Betreuungsplätze sollen zu 50 % in Krippen, zu 30 % in altersgemischten Gruppen und zu 20 % in der Kindertagespflege geschaffen werden. Bund, Land und Kommunen teilen sich die dazu notwendigen Kosten für den qualitativen und quantitativen Ausbau der Betreuungsangebote. Die Schaffung und Erneuerung von Kindergärten und weiteren Kinderbetreuungseinrichtungen werden vom Land nach Maßgabe der kommunalen Sanierungsplanung – soweit es kein eigenes Förderprogramm gibt – im Rahmen der Städtebauförderung gefördert. Baden-Württemberg hat zudem mit der „Neuregelung der Betriebskostenförderung für den Ausbau der Kleinkindbetreuung“ seine Beteiligung an den Betriebskosten in der Kleinkindbetreuung und der Kindertagespflege im Jahr 2009 gegenüber 2008 gut verdreifacht.¹ Damit standen 2009 Landesmittel in Höhe von 60 Mill. Euro zur Verfügung, die bis 2014 sukzessive auf 175 Mill. Euro ansteigen werden. Hinzu kommen ab dem Jahr 2009 Mittel des Bundes, die das Land in vollem Umfang weiterleitet. Im Zeitraum von 2009 bis 2014 werden Landes- und Bundesmittel von insgesamt 73 Mill. Euro auf 274 Mill. Euro jährlich anwachsen.

Bildungschancen für alle Kinder verbessern

Die Basis für den Bildungserfolg in der Schule wird bereits vor der Einschulung gelegt. Die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung IGLU 2006 zeigt, dass das Leseverständnis von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern geringer ist als von Kindern mit bildungsnahen Eltern. Mit längerem Kindergartenbesuch erhöht sich jedoch die Lesekompetenz im Vergleich zu Kindern, die keinen Kindergarten besucht haben.² Ziel im „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es, mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen zu erreichen und den Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft stärker zu entkoppeln. Mit dem „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen“ wurde 2006 ein Gesamtkonzept zur noch intensiveren Förderung im Kindergartenalter vorgelegt (vgl. Programm 1.1.1).³ Der Plan betont mit der engen Verzahnung von Kindergarten und Grundschule die kontinuierliche Bildungsbiografie des Kindes, unterstützt altersgerecht kindliche Entwicklungsprozesse und soll den Wissensdurst anregen. Ein Schwerpunkt des Orientierungsplans ist die intensive Sprachförderung. Zum Kindergartenjahr 2009/10 endete die 3-jährige Pilotphase des Orientierungsplans und der weiterentwickelte Plan steht nun landesweit allen Einrichtungen zur Verfügung. Der frühzeitigen Begeisterung von 3- bis 6-Jährigen für Naturwissenschaften und Technik widmet sich beispielsweise die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ (vgl. Praxisbeispiel 1.1.1).

¹ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

² Bos et al. 2008.

³ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Programm 1.1.1:**„Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen“**

Ziele: Allen Kindern einen optimalen Start in die Schule ermöglichen

Inhalt: Mit dem „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen“ will Baden-Württemberg den Kindergarten als Ort frühkindlicher Bildung stärken. Der Orientierungsplan soll den Erziehungskräften Impulse zur pädagogischen Begleitung der kindlichen Entwicklung zwischen dem dritten und sechsten Lebensjahr bieten. Der Plan benennt sechs Bildungs- und Entwicklungsfelder (Körper, Sinne, Sprache, Denken, Gefühl und Mitgefühl sowie Sinn, Werte und Religion), die kindgerecht den Wissensdurst anregen sollen. Besondere Berücksichtigung findet dabei die Sprachförderung. Bis zum Jahr 2012 soll zudem die Zahl der Betreuungskräfte pro Gruppe um 0,2 in Kindergärten mit verlängerten Öffnungszeiten und um 0,3 in allen anderen Betriebsformen erhöht werden.

Laufzeit: 2006 bis 2009 (Ende Pilotphase)

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Im Zuge der 3-jährigen Pilotphase mit wissenschaftlicher Begleitung wurde der Orientierungsplan evaluiert und angepasst. Langfristiges Ziel ist es, den Orientierungsplan auch auf unter 3-jährige und Schulkindergärten auszuweiten, hochbegabte Kinder besser zu fördern sowie das Qualitätsmanagement im Kindergarten zu optimieren.

Quellen: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Programm

Praxisbeispiel 1.1.1:
Das Haus der kleinen Forscher –
Naturwissenschaften in Kinder-
tageseinrichtungen



Die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ hat zum Ziel, das Interesse von Kindern an Naturwissenschaft und Technik zu wecken und gezielt die Kompetenzen und Fähigkeiten zu fördern, die die Basis für naturwissenschaftliche Berufe bilden. Die Stiftung sucht und berät Kooperationspartner, die als Multiplikatoren regionale Netzwerke gründen und vor Ort Erzieherinnen und Erzieher für Naturwissenschaften begeistern. In der Region Neckar-Alb bietet z.B. die IHK Reutlingen Workshops für Erziehungskräfte an und stellt Arbeits- und Informationsmaterial zur Verfügung, damit Kinder Naturphänomene spielerisch entdecken können.

Bisher haben über 900 Erzieherinnen und Erzieher aus 260 Kindergärten an den Seminaren teilgenommen. Damit erreicht das IHK-Netzwerk bereits 40 % aller Kindergärten in der Region Neckar-Alb. Damit dieses Workshopangebot allen Kindergärten in Baden-Württemberg zugänglich wird, haben fünf weitere Industrie- und Handelskammern sowie der Arbeitgeberverband Südwestmetall in allen zwölf baden-württembergischen Regionen Netzwerke gegründet. Die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ ist auf Initiative der Helmholtz Gemeinschaft, der Siemens Stiftung, McKinsey & Company sowie der Stiftung des SAP-Gründers Dietmar Hopp ins Leben gerufen worden und wird von Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung als Schirmherrin, unterstützt.

Quellen: Stiftung Haus der kleinen Forscher: www.haus-der-kleinen-forscher.de; IHK Reutlingen: www.reutlingen.ihk.de.

Praxisbeispiel

Elterliche Erziehungs- kompetenzen stärken

Frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung findet nicht nur außerfamiliär statt, sondern vor allem in der Familie. Im „Kinderland Baden-Württemberg“ unterstützen vielfältige Elternbildungsangebote Mütter und Väter in ihrer Erziehungstätigkeit und -kompetenz. Eltern- und Familienbildung hat dabei positive Effekte sowohl auf die Erziehungseinstellung als auch auf das praktische Erziehungsverhalten.⁴ Auf diese Weise sollen ungleiche Bildungschancen ausgeglichen, verunsicherte oder überforderte Eltern unterstützt und der Vernachlässigung von Kindern vorgebeugt werden. Eine Herausforderung von Elternbildung besteht dabei darin, insbesondere Eltern zu erreichen, die von sich aus keine Kurse, Informationsbroschüren oder Beratungen wahrnehmen würden. Hier sind niedrigschwellige bis aufsuchende Angebote zur Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern notwendig (siehe Kapitel 3.2).

Die Eltern- und Familienbildung im „Kinderland Baden-Württemberg“ ist mit Blick auf Träger und Inhalte breit aufgestellt: Bildungsangebote werden von Familienbildungsstätten, Beratungsstellen, Mütterzentren, Vereinen, Verbänden oder Bildungswerken gemacht. Ebenso umfangreich sind die Inhalte: Es gibt Bildungsangebote, die sich an alle jungen Familien wenden und grundlegende Kenntnisse zur kindlichen Entwicklung vermitteln, genauso wie Angebote, die sich an Familien in besonderen Belastungssituationen wenden. Insbesondere das Programm „STÄRKE“ trägt zur Weiterentwicklung eines landesweiten und bedarfsgerechten Familien- und Elternbildungsnetzes bei (vgl. Programm 1.1.2).⁵ Seit September 2008 erhalten alle Eltern

P rogramm

Programm 1.1.2: „STÄRKE“

Ziele: Erziehungskompetenz von Eltern stärken

Inhalt: STÄRKE besteht aus zwei Komponenten: Erstens erhalten alle Eltern in Baden-Württemberg mit der Geburt ihres Kindes einen Bildungsgutschein in Höhe von 40 Euro. Dieser kann z.B. für Kurse zur Kleinkindentwicklung, Ernährung oder Bewegung bei einer Vielzahl von Bildungsträgern wie Volkshochschulen, Kirchen oder Wohlfahrtsverbänden eingelöst werden. Zweitens finden Eltern in besonderen Lebenslagen besondere Unterstützung durch spezielle Familienbildungsangebote oder aufsuchende Einzelfallberatung (z.B. minderjährige Eltern, Alleinerziehende, Familien mit Migrationshintergrund sowie bei Gewalterfahrung, Krankheit, Sucht oder Behinderung eines Familienmitglieds).

Laufzeit: September 2008 bis 2013

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Im ersten Abrechnungsjahr von Dezember 2008 bis November 2009 wurden mehr als 17 000 Familien erreicht. Es wurden rund 15 000 Gutscheine eingelöst, dies entspricht einer durchschnittlichen Einlösequote von knapp 22 %. Darüber hinaus wurden rund 3 500 Familien in besonderen Lebenslagen erreicht. 2008 wurden 1,5 Mill. Euro für STÄRKE aufgewandt, weitere 4 Mill. jährlich sind von 2009 bis 2013 vorgesehen. Ergebnisse der Programmevaluation liegen spätestens 2012 vor.

Quelle: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

⁴ Saleth 2007.

⁵ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

in Baden-Württemberg zur Geburt ihres Kindes einen Bildungsgutschein im Wert von 40 Euro. Zusätzlich gibt es Angebote für Familien in besonderen Belastungssituationen. Einige Kommunen haben „STÄRKE“ in ein wirksames Gesamtkonzept integriert, um so die Erziehungskompetenz zu stärken, die Eltern- und Familienbildung zu fördern und gleichzeitig die notwendige Vernetzung aller Beteiligten sicher zu stellen (vgl. Praxisbeispiel 1.1.2).

Praxisbeispiel 1.1.2: STÄRKE im Ortenaukreis – Erziehung stärken & Familienbildung fördern



P raxisbeispiel

Eine Bestands- und Bedarfserhebung zur Familienbildung im Landkreis Ortenau gaben dem dortigen Bündnis für Familie und seinen Partnern den Anstoß zu einer Weiterentwicklung des Familienbildungsangebotes. Ziel sind die Stärkung der Alltags- und Erziehungskompetenz in den Familien sowie die Betonung der Verantwortung der Generationen füreinander. Das Landesprogramm STÄRKE wurde dazu in ein wirksames Gesamtkonzept zur Elternbildung einbezogen. Das Bündnis für Familie hat einen Veranstaltungskalender erstellt, mit dessen Hilfe sich Eltern über aktuelle STÄRKE-Angebote informieren können (www.ortenauer-staerke.info). Der Kalender erfasst weit über 100 Bildungsangebote, darunter Kurse zur kindlichen Entwicklung und Erziehung, Spiel- und Bewegungskurse für Babys, Kurse des Prager Eltern-Kind-Programms (PEKIP), Spiel- und Kontaktgruppen für Kleinkinder und Eltern sowie besondere Angebote für Alleinerziehende oder Familien mit Mehrlingen. Das Jugendamt des Ortenaukreises koordiniert die Angebote und achtet auf die Qualität. Durch die gemeinsamen Anstrengungen ist es gelungen, ein bedarfsorientiertes Angebot an STÄRKE-Kursen zusammenzustellen und eine grundlegende Kooperation zwischen Jugendhilfe-, Bildungsträgern und Trägern der Familienpflege zu initiieren.

Quellen: www.ortenauer-staerke.info; Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune: www.familienfreundliche-kommune.de.

Von frühkindlicher Förderung profitieren besonders Kinder mit Migrationshintergrund, denn Voraussetzung für eine gelingende Integration in das Bildungssystem und in die Gesellschaft sind Sprachkenntnisse. Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, sind für den Erwerb von Deutsch als Zweitsprache auf besondere Unterstützung angewiesen. Das Erlernen einer Sprache im Kindesalter erfolgt spielerisch und im Umgang mit anderen Kindern. Entsprechend sollte die Förderung möglichst früh ansetzen, da im Kleinkindalter die kognitive Entwicklung besonders schnell verläuft. Im „Kinderland Baden-Württemberg“ soll jedes Kind spätestens zu Beginn der Grundschule Deutsch sprechen und verstehen. „Kinderland Baden-Württemberg“ bietet mehrere Ansatzpunkte zur intensiven Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund: So zieht sich die Sprachentwicklung nicht nur als ganzheitliches Element durch den gesamten Kindergarten, sondern ist auch im „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen“ eines der sechs zentralen Bildungs- und Entwicklungsfelder. Das Projekt „Sag mal was – Sprachförderung für Vorschulkinder“ (siehe Kapitel 1.1.2) intensiviert ebenfalls die Sprachförderung.

Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund ist besonders dann Erfolg versprechend, wenn auch die Eltern in den Lernprozess mit einbezogen werden. Das Erlernen von Deutsch als Zweitsprache erfolgt nicht nur in der Kindertagesstätte,

Kinder mit Migrationshintergrund fördern und integrieren

Familien mit Migrationshintergrund gezielt ansprechen

sondern sollte im familialen Alltag vertieft werden. Elternarbeit in Kindertagesstätten spielt daher eine wichtige Rolle. „Kinderland Baden-Württemberg“ verfolgt das Ziel, die kindliche Sprachförderung systematisch mit (Sprach-)Kursen für Eltern zu verknüpfen, wie es z.B. im Rahmen von KiFa in Ludwigsburg erfolgreich umgesetzt wird (vgl. Praxisbeispiel 1.1.3). Neben mangelnden Deutschkenntnissen sind häufig auch unzureichendes Wissen über das baden-württembergische Bildungssystem oder kulturelle Hemmschwellen Hindernisse zur besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Der „Integrationsplan Baden-Württemberg“⁶ sowie das Projekt „Integration gemeinsam schaffen – für eine erfolgreiche Bildungspartnerschaft

P raxisbeispiel

Praxisbeispiel 1.1.3: KIFA – *Kinder- und Familienbildung* in Ludwigsburg



KiFa ist ein Ludwigsburger Programm für Kindertageseinrichtungen, das Sprachförderung, Elternbildung und -mitwirkung, Öffnung zum Gemeinwesen, Qualifizierung von Fachkräften und Multiplikatoren bedarfsorientiert und ganzheitlich vernetzt. Für alle Kinder sollen von klein auf gute Bildungschancen erzielt werden, unabhängig von der sozialen Herkunft. Der Zugang zur Zielgruppe – bildungsferne, sozial schwächere oder Familien mit Migrationshintergrund – findet über die Kindertageseinrichtung und muttersprachliche Mentoren statt. Die Förderung der Kinder erfolgt damit in beiden Sprach- und Lernwelten – zuhause und in der Kindertagesstätte. KiFa wird von der Amanda und Erich Neumayer Stiftung unterstützt. KiFa ist so erfolgreich, dass es in zahlreichen Kindertageseinrichtungen in Ludwigsburg und bereits in anderen Kommunen umgesetzt wird.

KiFa hat drei Säulen: In der ersten Säule werden Erzieherinnen und ausgewählte Mütter, die als Mentorinnen im Stadtteil und in der Kindertagesstätte wirken, gemeinsam qualifiziert und über ein Jahr mit Coaching begleitet. Parallel dazu starten die wöchentlichen Elternkurse als zweite KiFa-Säule in den Kitas. Diese werden von der Mentorin, angeleitet und begleitet von einer Erzieherin, durchgeführt. Die Elternkurse greifen Themen aus dem Alltag des Kindes auf wie z.B. Medienkonsum, Gesundheitsförderung, gewaltfreie Erziehung sowie aktuelle Themen aus der Kindertagesstätte. Ziel ist, dass die Mentorin wiederum andere Mütter aus ihrem kulturellen und sprachlichen Milieu mit Zielen und Methoden der Elementarbildung und Sprachförderung vertraut macht. Im Rahmen der dritten Säule von KiFa entwickeln sich die Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren, in denen Hilfen für Familien angeboten und koordiniert werden. Verbindlicher Bestandteil von KiFa ist die Vernetzung mit einer Erziehungs- und Sozialberatungsstelle, die in der Kita eine offene Sprechstunde sowie Angebote für Eltern und Erzieherinnen anbietet. Zum Aufbau von Netzwerken innerhalb des Stadtteils wird beispielsweise mit Psychologischen Beratungsstellen, Jugend- oder Gesundheitsamt, Suchtberatung, Vereinen, Schulen, Kirchen, Wirtschaftsunternehmen, Familienbildungsstätten zusammengearbeitet. Mit weiteren Bausteinen erreicht KiFa zudem auch Eltern, Kinder und Jugendliche an weiterführenden Schulen und an der Grundschule (im Aufbau). Das Projekt für Jugendliche wurde mehrfach ausgezeichnet.

Quellen: www.kifa.de; Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune: www.familienfreundliche-kommune.de.

6 Justizministerium Baden-Württemberg.

mit Eltern mit Migrationshintergrund“⁷ im Rahmen der „Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg“ stellen die Zusammenarbeit mit den Eltern in den Mittelpunkt. Strategisches Ziel ist es, Migrantenern in ihrer Erzieherrolle zu stärken, über Mitwirkungsmöglichkeiten zu informieren und für den Schulerfolg ihrer Kinder zu motivieren. Umgesetzt wird dies über den verstärkten Einsatz von Beratern vor Ort sowie finanzielle Unterstützung konkreter lokaler Maßnahmen.

Eine gezielte Entwicklungs- und Sprachförderung im Kleinkindalter lässt sich nicht ohne eine intensive fachlich-pädagogische Schulung umsetzen. Dies beginnt bereits bei der Ausbildung und setzt sich über stetige Weiterbildungsangebote fort. Auch im Bereich der Kindertagespflege erwarten Eltern, dass ihr Kind von einer dafür qualifizierten Tagespflegeperson betreut wird. Zudem hängt die Intensität und Qualität der Förderung vom Betreuungsschlüssel ab, also von der Anzahl der Erzieherinnen und Erzieher pro Kindergruppe. Beides sind zentrale Anliegen im „Kinderland Baden-Württemberg“. Ziel ist sowohl die Förderung und Qualifizierung des Betreuungspersonals im Kleinkindbereich und in der Kindertagespflege als auch die weitere Intensivierung der Betreuungssituation. In der Kindertagespflege erfolgt die Qualifizierung für angehende Tagesmütter und Tagesväter seit 2007 verpflichtend anhand eines Qualifizierungskonzepts, das vom Landesjugendamt zusammen mit dem Landesverband der Tagesmütter-Vereine Baden-Württemberg e.V. auf der Grundlage eines Qualifizierungsprogramms des Deutschen Jugendinstituts entwickelt wurde. Der Umfang der Grundqualifikation von Tagesmüttern und Tagesvätern wird ausgedehnt und beträgt ab 2011 mindestens 160 Unterrichtseinheiten. Im Rahmen des Hochschulnetzwerks „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ werden zudem seit dem Wintersemester 2007/08 sieben grundständige Bachelor-Studiengänge im Bereich Früh-/Elementarpädagogik von den Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen in Baden-Württemberg angeboten.⁸ Auch mit dem „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen“ unterstützt Baden-Württemberg die Fortbildung der Erziehungskräfte. Zudem soll der Personalschlüssel stufenweise bis zum Jahr 2012 um 0,2 Fachkräfte pro Gruppe in Kindergärten mit verlängerten Öffnungszeiten und um 0,3 in allen anderen Betriebsformen erhöht werden.

Betreuungsangebote für Kinder

Grundsätzlich liegt die Entscheidung, ob Betreuungsangebote außerhalb der Familie wahrgenommen werden, bei den Eltern. Ob aus Gründen steigender Müttererwerbsbeteiligung (siehe Kapitel 2.1) oder um die Bildungschancen ihrer Kinder zu verbessern: Immer mehr Eltern nehmen zusätzliche Betreuungs- und Bildungsangebote für ihre Kinder wahr.⁹

Für Kinder im Kindergartenalter ist die zusätzliche Betreuung außerhalb der Familie Normalität. In Baden-Württemberg wurden 2009 über 275 000 Kinder zwischen 3 und 6 Jahren extern betreut (Abbildung 1.1.1). Davon ging die überwiegende Mehrheit in eine Tageseinrichtung, lediglich rund 1 000 Kinder wurden in der Kindertagespflege betreut. Insgesamt entspricht dies einer landesweiten Besuchsquote von 95 %. Hinzu kommen rund 4 700 Kinder mit Behinderung mit sonderpädagogischem

Erzieherinnen und Erzieher, Tagesmütter und Tagesväter weiterqualifizieren und stärken

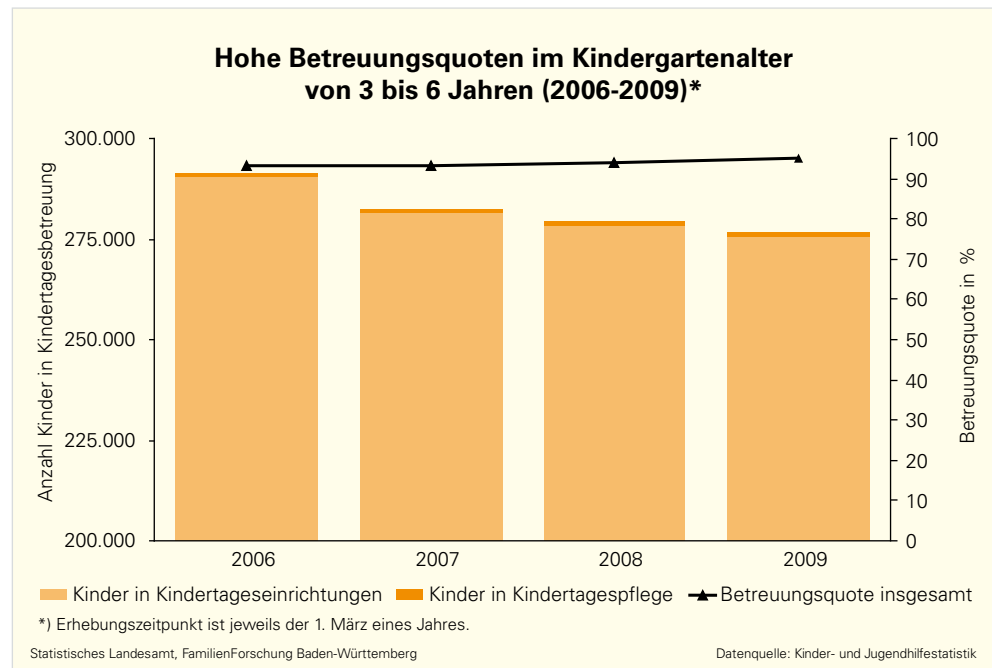
Annähernd Vollversorgung im Kindergartenalter

⁷ Justizministerium Baden-Württemberg; Robert Bosch Stiftung; Breuninger Stiftung.

⁸ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

⁹ Die amtliche Statistik zu Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege wird seit 2006 nach neuer gesetzlicher Grundlage (Änderung SGB VIII) durchgeführt. Der Berichtszeitraum beginnt daher aus Gründen der Vergleichbarkeit erst 2006.

Abbildung 1.1.1

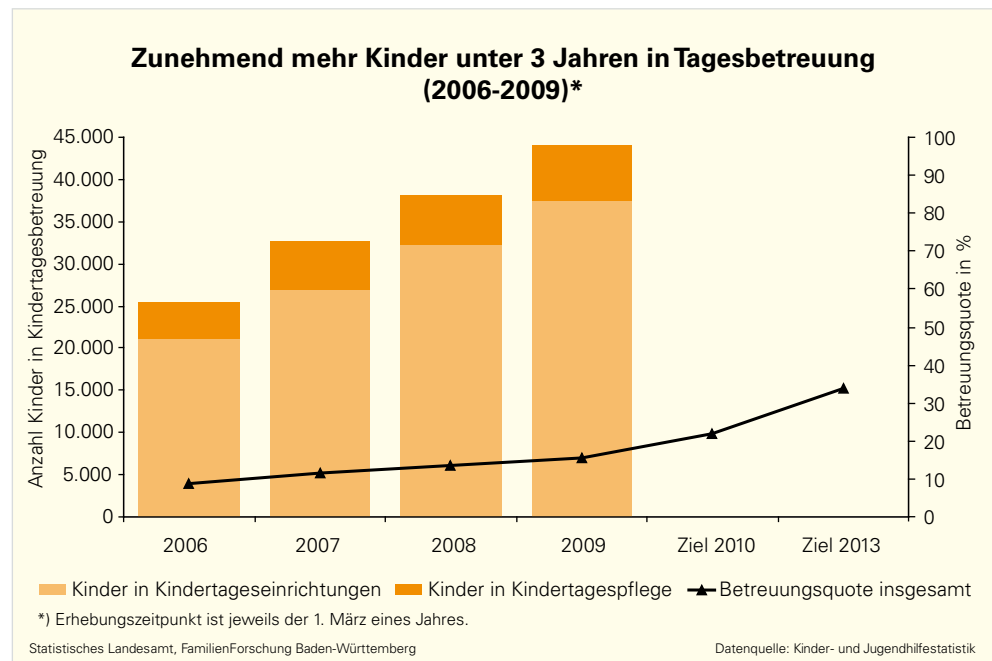


Förderbedarf, die in Schulkindergärten betreut werden. Im zeitlichen Verlauf ist seit 2006 die Zahl der Kinder in der Kindertagesbetreuung demografisch bedingt gesunken und spiegelt den Geburtenrückgang wider. So wurden 2006 noch knapp 15 000 Kinder mehr betreut als 2009. Gleichzeitig hat sich die Besuchsquote im Untersuchungszeitraum leicht von 93 % (2006) auf 95 % (2009) erhöht. Damit kann für Kinder in dieser Altersgruppe von einer annäherenden Vollversorgung ausgegangen werden.

Starker Anstieg der Betreuungsquote von unter 3-Jährigen

Im gesamten Berichtszeitraum nahm die Zahl der Kinder unter 3 Jahren in Tagesbetreuung stetig zu (Abbildung 1.1.2). Waren es laut amtlicher Statistik 2006 noch

Abbildung 1.1.2

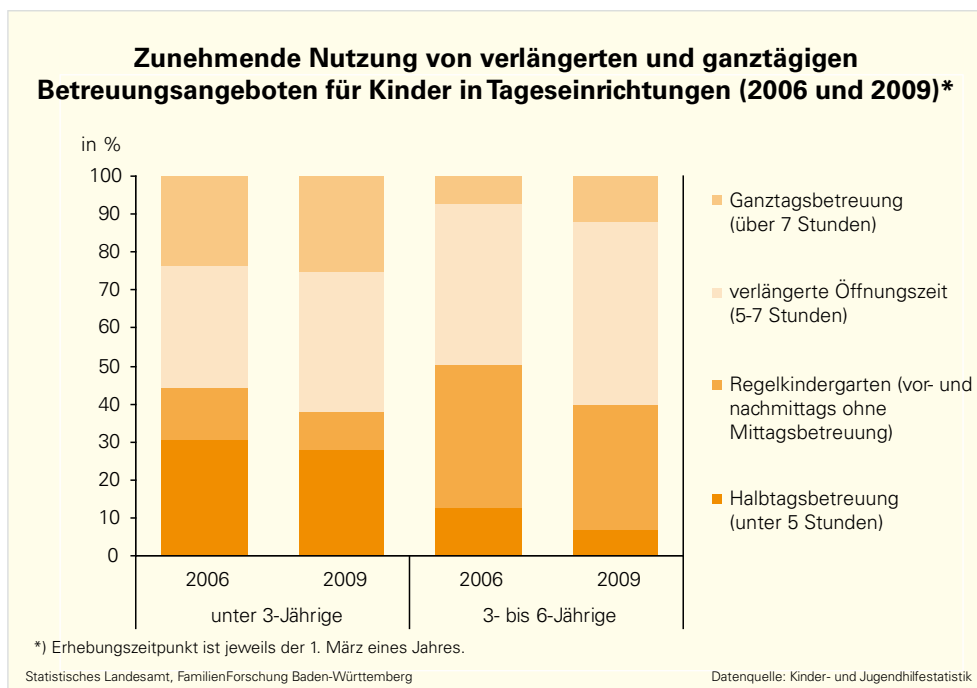


rund 25 000 Kinder, hat sich diese Zahl zum Jahr 2009 deutlich auf über 44 000 Kinder erhöht. Dies entspricht einer Betreuungsquote von fast 16 %; 2006 lag diese noch bei knapp 9 %. Im Gegensatz zur Betreuung der 3- bis 6-Jährigen nehmen Eltern häufig auch die Betreuung ihrer unter 3-jährigen Kinder durch Tageseltern wahr. So wurden 2009 knapp 15 % der Kinder unter 3 Jahren in Kindertagespflege betreut. Dieser Anteil ist im Berichtszeitraum relativ konstant geblieben. Die Betreuungsquoten insgesamt unterscheiden sich deutlich in den einzelnen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs, was unter anderem auf unterschiedliche Bedarfe zurückzuführen ist. Überdurchschnittlich sind die Quoten im universitär bzw. städtisch geprägten Heidelberg (36 %), Freiburg im Breisgau (27 %), Stuttgart (25 %) oder Tübingen (23 %). Unterdurchschnittlich dagegen in Waldshut, im Hohenlohekreis oder in Freudenstadt mit je 9 %.

Die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten variiert sowohl im zeitlichen Umfang als auch mit den Öffnungszeiten (Abbildung 1.1.3). Von den 3- bis 6-Jährigen wurde 2009 fast die Hälfte in einer Tageseinrichtung mit verlängerten Öffnungszeiten (5-7 Stunden) betreut. Ein knappes Drittel der Kinder besuchte einen Regelkindergarten (vor- und nachmittags ohne Mittagsbetreuung). Eine ganztägige Einrichtung wurde von 12 % der Kinder besucht und 7 % wurden halbtags (unter 5 Stunden) betreut. Seit 2006 hat sich der Anteil ganztägiger Betreuung deutlich erhöht und auch Einrichtungen mit verlängerten Öffnungszeiten werden häufiger in Anspruch genommen (plus 6 Prozentpunkte). Dagegen hat sich der Anteil der Kinder in Halbtagsbetreuung verringert. Damit zeigt sich ein deutlicher Trend hin

**Häufigere Nutzung
längerer Betreuungs-
angebote**

Abbildung 1.1.3



zur Nutzung längerer Öffnungszeiten.

Kinder unter 3 Jahren wurden 2009 ebenfalls vorwiegend in Einrichtungen mit verlängerten Öffnungszeiten betreut (37 %), gefolgt von Halbtags- (28 %) und

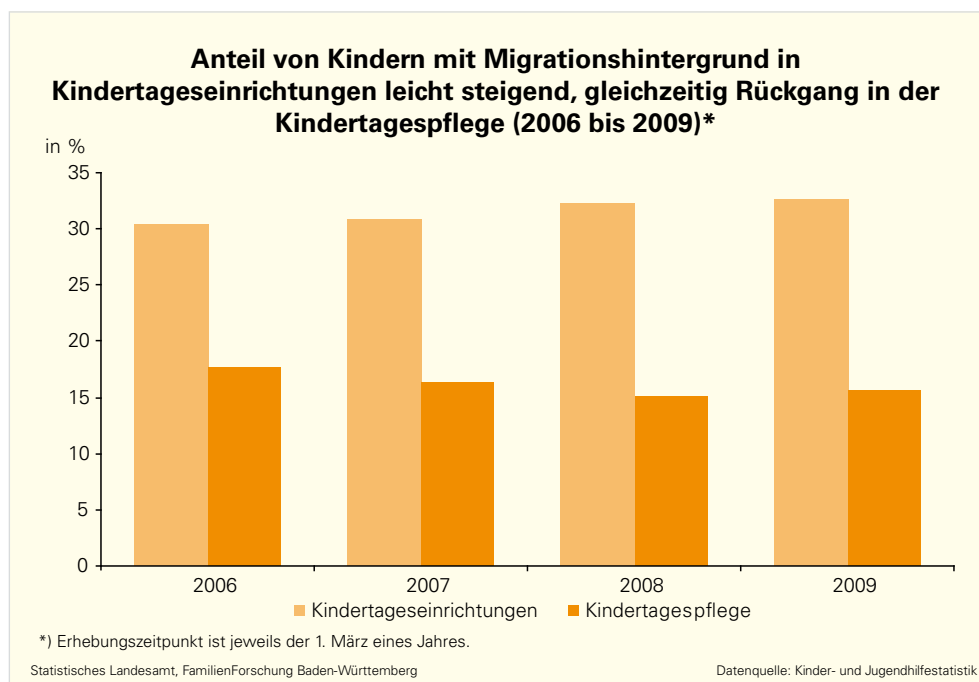
Ganztagsbetreuung (25 %). Und auch in dieser Altersgruppe haben sich die Betreuungszeiten verlängert. Die Anteile der Kinder in ganztägigen Einrichtungen und Tageseinrichtungen mit verlängerten Öffnungszeiten haben sich um 2 bzw. 5 Prozentpunkte erhöht. Entsprechend sind die Anteile in halbtägigen Einrichtungen oder in Regelkindergärten um 3 bzw. 4 Prozentpunkte zurückgegangen.

Kinder mit Migrationshintergrund seltener in Kindertagesbetreuung

Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, das heißt von Kindern mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil, in Kindertageseinrichtungen ist im Berichtszeitraum nur leicht angestiegen von knapp 31 % im Jahr 2006 auf 33 % im Jahr 2009 (Abbildung 1.1.4). Tendenziell zurückgegangen ist dagegen der Migrationsanteil in der Kindertagespflege. 2006 hatten fast 18 % der Kinder in Kindertagespflege mindestens ein im Ausland geborenes Elternteil, 2009 waren es knapp 16 %. Unterschiede in der Betreuungsquote von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund gibt es vor allem bei den unter 3-Jährigen. Von diesen waren 2009 rund 11 % mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung, dagegen 18 % ohne Migrationshintergrund. Die Betreuungsquoten bei den 3- bis 6-Jährigen unterscheiden sich dagegen kaum. Kinder mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe waren zu knapp 95 % in Kindertagesbetreuung, Kinder ohne Migrationshintergrund zu rund 97 %.¹⁰ Vor allem die frühkindliche Betreuung wird damit von Kindern mit Migrationshintergrund seltener in Anspruch genommen als von Kindern ohne Migrationshintergrund.

Der Besuch einer Kindertageseinrichtung bietet Kindern mit Migrationshintergrund eine wichtige Möglichkeit, die deutsche Sprache zu lernen. Im Berichtszeitraum wurde in rund 60 % der Familien von Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen hauptsächlich nicht deutsch gesprochen. Problematisch dabei ist, dass fast ein Drittel der Kinder mit nicht-deutscher Familiensprache 2009 eine Betreuungseinrichtung

Abbildung 1.1.4



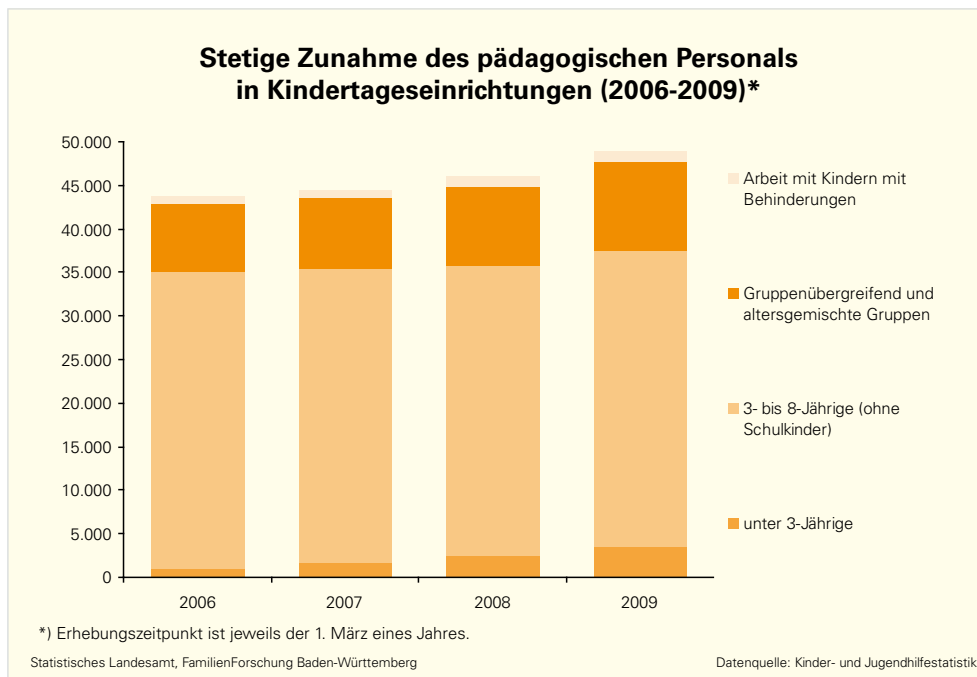
¹⁰ Böttcher et al. 2010.

tung besuchte, in der die Mehrheit der Kinder in der Familie ebenfalls überwiegend fremdsprachig erzogen wurde.¹¹ Der Kontakt zur deutschen Sprache ist dadurch eingeschränkt. Verbreiteter deutsch gesprochen wird in Familien, die eine Tagesmutter oder einen Tagesvater haben. In diesen Familien wurde im Berichtszeitraum nur zu 36 % (2009) bis 41 % (2006) überwiegend nicht deutsch gesprochen.

Pädagogisches Personal

Die Anzahl des pädagogischen Personals¹² in Kindertageseinrichtungen hat sich im Berichtszeitraum stetig von knapp 44 000 auf fast 49 000 Personen erhöht (Abbildung 1.1.5). Dies entspricht einem Zuwachs von rund 12 %.¹³ Von den zusätzlichen Erziehungskräften wird fast die Hälfte für Kindertageseinrichtungen die Förderung der Altersgruppe der unter 3-Jährigen eingesetzt. Für die Bildung und Betreuung dieser Kinder waren 2006 rund 1 100 Personen beschäftigt, 2009 waren es mit rund 3 500 Tätigen bereits mehr als drei Mal so viele. Ebenfalls um gut 2 400 Personen auf insgesamt rund 10 300 im Jahr 2009 erhöht hat sich das in altersgemischten Kindergruppen und gruppenübergreifend tätige pädagogische Personal. Auch für die Arbeit mit Kindern mit Behinderung stand 2009 mit gut 1 000 pädagogischen Kräften rund 23 % mehr Personal zur Verfügung als 2006.¹⁴

Abbildung 1.1.5



In Baden-Württemberg überwiegt beim pädagogischen Personal in Kindertageseinrichtungen traditionell die Erzieherinnen- bzw. Erzieherausbildung: Fast drei Viertel der Beschäftigten hatten im Berichtszeitraum eine Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher absolviert (Abbildung 1.1.6). Die zweitgrößte Gruppe sind mit

Mehr Betreuungskräfte für unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen

Geringer Anteil der Erziehungskräfte hat Hochschulabschluss

11 Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010.

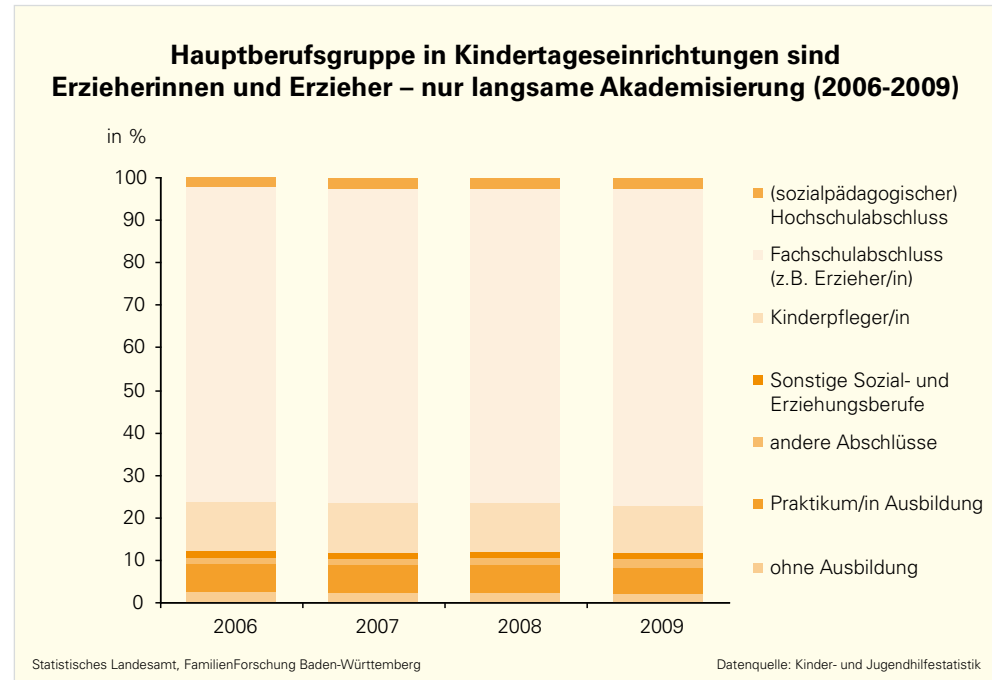
12 Zum pädagogischen Personal in Kindertageseinrichtungen gehören die Gruppenleitung, Zweitkräfte und gruppenübergreifend Tätige.

13 Mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen ist in Teilzeit beschäftigt. Der Teilzeitanteil hat sich im Berichtszeitraum von 48 % auf 52 % erhöht.

14 Weitere rund 1 000 Beschäftigte arbeiten in der Einrichtungsleitung oder Verwaltung.

11 % Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger, die vor allem als unterstützende Zweikräfte zur Förderung von Klein- und Kleinstkindern tätig sind. Bislang verfügen nur wenige Erziehungskräfte über einen Hochschulabschluss. Im gesamten Berichtszeitraum sind dies in Baden-Württemberg unter 3 %, der Bundesdurchschnitt lag 2007 leicht darüber.¹⁵ Weitere 6 % des Personals befanden sich 2009 noch in Ausbildung oder absolvierten ein Praktikum, knapp 4 % hatten einen sonstigen fachnahen oder auch fachfremden Berufsabschluss (z.B. zur Assistentin bzw. Assistenten im Sozialwesen). Im zeitlichen Verlauf hat sich seit 2006 an der prozentualen Verteilung

Abbildung 1.1.6



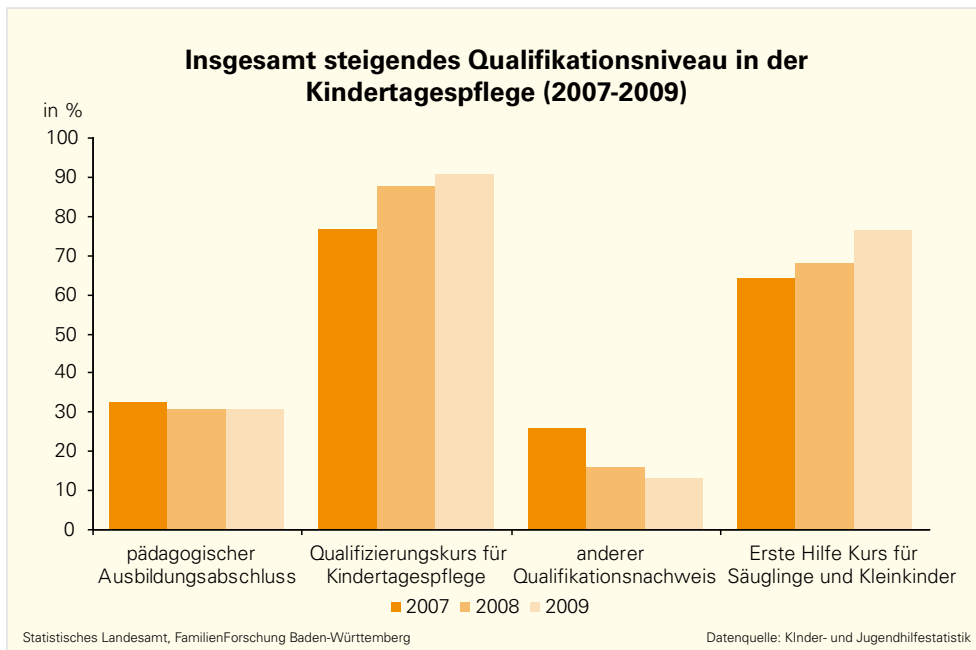
Steigendes Qualifikationsniveau von Tagesmüttern und Tagesvätern

auf die unterschiedlichen Qualifikationsniveaus kaum etwas geändert. Fast alle Tagesmütter und Tagesväter haben einen Qualifizierungskurs für Kindertagespflege absolviert (Abbildung 1.1.7). Im Zuge der Qualifizierungsoffensive der Landesregierung ist die Quote von 77 % im Jahr 2007 auf rund 91 % im Jahr 2009 angestiegen.¹⁶ Im Bundesvergleich ist dieser Anteil weit überdurchschnittlich. So hatten 2009 deutschlandweit nur 71 % der Tagesmütter und Tagesväter einen Qualifizierungskurs besucht. Ebenfalls erhöht hat sich in Baden-Württemberg der Anteil der Tagesmütter und Tagesväter, die einen Erste Hilfe Kurs für Säuglinge und Kleinkinder besucht haben. Dies waren 2009 rund 77 % der Tagesmütter und Tagesväter gegenüber 64 % im Jahr 2006. Relativ konstant bei etwas über 30 % liegt dagegen der Anteil der Tagesmütter und Tagesväter, die einen fachpädagogischen Ausbildungsabschluss, z.B. zur Erzieherin bzw. zum Erzieher, haben.

¹⁵ Bock-Famulla 2008.

¹⁶ Auf die Darstellung der Werte für 2006 wurde verzichtet, da es in diesem ersten Jahr der neuen Statistik in einigen Kreisen eine Untererfassung gab.

Abbildung 1.1.7



1.1.2 Übergang in die Schule

Mit dem ersten Schultag beginnt für Kinder ein neuer Lebensabschnitt. Frühkindliche Bildung ist dabei ein fließender Prozess mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Der Schule obliegt die Aufgabe, Kinder in ihrer individuellen geistigen und sozialen Entwicklung zu unterstützen. Im „Kinderland Baden-Württemberg“ soll durch die Flexibilisierung des Einschulungszeitpunktes unterschiedlichen Fähigkeiten und Entwicklungsreife von Kindern entgegengekommen werden. Gleichzeitig wird eine Verkürzung der Gesamtschulzeit angestrebt und diese an international übliche Einschulungsrhythmen angepasst. Ab dem Schuljahr 2005/06 erfolgte eine Erweiterung der Stichtagsflexibilisierung auf das gesamte sechste Lebensjahr (vom 1. Oktober bis 30. Juni). In diesem Zeitraum können Eltern die Schulpflicht selbst auslösen. Über die Einschulung entscheidet die Schulleitung. Zudem wurde der Beginn der Schulpflicht vorverlegt.¹⁷ Seit 2007 sind Kinder schulpflichtig, wenn sie bis zum 30. September eines Jahres ihr 6. Lebensjahr vollendet haben.

Der Wechsel aus dem Kindergarten in die Grundschule bildet eine Schnittstelle in der Bildungsbiografie von Kindern. Mit dem „Kinderland Baden-Württemberg“ soll die Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen intensiviert und der Übergang fließender gestaltet werden. Dabei soll Kindern der Wechsel nicht nur institutionell, sondern auch pädagogisch erleichtert werden. Mit dem Landesmodell „Bildungshaus 3-10“ werden seit dem Kindergartenjahr 2007/08 jahrgangs- und institutionsübergreifende Lern- und Spielgruppen gefördert.¹⁸ Das Modell ist nicht auf die unmittelbare Phase vor der Einschulung begrenzt, sondern soll eine durchgängige Bildungseinrichtung für 3- bis 10-Jährige etablieren. Dazu wird im Rahmen der

Einschulung kindgerecht und flexibel gestalten

Kooperation Grundschule – Kindergarten stärken

¹⁷ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

¹⁸ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

„Bildungshäuser 3-10“ der systematische Austausch zwischen Erziehungspersonal im Kindergarten und Lehrern in der Grundschule intensiviert. Baden-Württemberg hat mit dem „Bildungshaus 3-10“ bundesweit Pionierarbeit in der frühkindlichen Bildung geleistet. 2009 gab es bereits 33 Bildungshäuser im Land, eines davon ist das Bildungshaus in Bad Wurzach im Allgäu (vgl. Praxisbeispiel 1.1.4). Die Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule im Rahmen des Konzepts „Bildungshaus 3-10“ ist zukunftsweisend. Der Ansatz wird weiterentwickelt und nach und nach in die Fläche gebracht. Im Laufe des Schuljahres 2010/11 können weitere 70 Bildungshäuser in einer ersten Aufbauphase starten.

P Praxisbeispiel

Praxisbeispiel 1.1.4: Im „Bildungshaus 3-10“ in Arnach verzahnen sich Kindergarten und Schule



Anfang 2006 haben sich die Stadt Bad Wurzach im Allgäu, der städtische Kindergarten und die Grundschule Arnach in Zusammenarbeit mit dem Transferzentrum für Neurowissenschaften und Lernen Ulm auf den Weg gemacht, ein Bildungshaus für Kinder von drei bis zehn Jahren zu entwickeln. Seit dem Schuljahr 2006/07 läuft das Projekt „KeiM – Kinder lernen im Miteinander“ erfolgreich und wird stetig weiterentwickelt. Durch die Verzahnung von Kindergarten und Grundschule soll eine durchgängige Einrichtung mit jahrgangsübergreifenden Lern- und Spielgruppen entstehen und ein fließender Übergang vom Kindergarten in die Grundschule ermöglicht werden. Die Kindergartenkinder können z.B. bereits die Lehrkräfte der Schule und die Räumlichkeiten kennenlernen. Die Schulkinder werden bis zum Grundschulende durch gemeinsame Projekte von den Erzieherinnen und Erziehern weiter begleitet. Den Kindern werden verschiedene Themenwerkstätten angeboten, die sie frei wählen können und die für die älteren Kinder durch Pflichtangebote strukturiert werden. Auch die Lehr- und Erziehungskräfte profitieren von den jeweiligen Kompetenzen der anderen. So finden gemeinsame Teamsitzungen zur Vorbereitung der Angebote statt. Beide Berufsgruppen sind gleichwertig und gleichberechtigt, was eine Rollenveränderung vor allem der Lehrkräfte – vom Lehrenden hin zum Lernbegleiter – bewirkt.

Quellen: Stadt Wurzach; Transferzentrum für Neurowissenschaften und Lernen; www.znl-bildungshaus.de.

Rückstellungen durch frühzeitige Sprach- förderung vermeiden

Der Besuch des Kindergartens ist für alle Kinder entwicklungsfördernd, besonders profitieren jedoch Kinder aus bildungsfernen Familien, denn der frühe Eintritt in den Kindergarten reduziert das Risiko einer späteren Rückstellung vom Schulbesuch.¹⁹ Damit der Übergang in die Schule allen Kindern gelingt, sollen im „Kinderland Baden-Württemberg“ Kinder mit Entwicklungsverzögerungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf sowie Kinder mit geringen familiären Entwicklungsmöglichkeiten frühzeitig gefördert werden. Dazu intensiviert das Projekt „Schulreifes Kind“ seit 2006 die Kooperation zwischen Kindergarten, Grundschule und sonderpädagogischen Einrichtungen (vgl. Programm 1.1.3).²⁰

¹⁹ Kratzmann/Schneider 2009.

²⁰ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Programm 1.1.3: Projekt „Schulreifes Kind“



Ziele: Entwicklungsverzögerungen bei Vorschulkindern frühzeitig erkennen, ausgleichen und die Kinder zum Schulbesuch befähigen.

Inhalt: Durch die Intensivierung der Zusammenarbeit von Kindergärten, Grundschulen und sonderpädagogischen Einrichtungen soll die Förderung von Kindern, deren Grundschulfähigkeit gefährdet ist, verstärkt werden. Die Förderung beginnt dazu bereits 1 ½ bis 2 Jahre vor der Einschulung. Die Kinder werden in folgenden Bereichen gefördert: Motorik, Persönlichkeitsentwicklung, Sozialverhalten, Entwicklung von Alltagskompetenzen und emotionaler Kompetenz, Wahrnehmungsschulung, mathematische Entwicklung sowie Konzentration, Ausdauer und Arbeitstempo. Bestehen sprachliche Probleme, so werden Maßnahmen im Rahmen des Projekts „Schulreifes Kind“ mit dem Förderprogramm der Baden-Württemberg Stiftung oder mit HSL-Maßnahmen (Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen) gekoppelt. Die Förderung erfolgt in der Grundschule oder im Kindergarten durch Lehr- und/oder Erziehungskräfte. Ein zentraler Bestandteil des Projekts ist die Neukonzeption der Einschulungsuntersuchung mit Sprachstandsdiagnostik.

Laufzeit: Schuljahr 2006/07 bis Ende Schuljahr 2009/10

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: 2006 wurde das Projekt an 50 Modellstandorten eingerichtet und 2007 um 195 Standorte erweitert. Die ersten Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts betonen die positive Wirkung für die geförderten Kinder. Das Projekt soll in die Fläche umgesetzt werden und im Herbst 2010 in ein Gesamtkonzept zur frühkindlichen Bildung integriert werden.

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Um Förderbedarf in verschiedenen Entwicklungsbereichen wie beispielsweise Sprache, Motorik, Verhalten, mathematische Vorläuferfähigkeiten so früh wie möglich erkennen zu können, findet zudem seit Ende 2008 die neu konzipierte Einschulungsuntersuchung bereits eineinhalb bis zwei Jahre vor der Einschulung statt.²¹ Dabei wird der körperliche, geistige und psychosoziale Entwicklungsstand des Kindes untersucht und bei Bedarf Förder- oder Therapievorschlüsse entwickelt. Durch die Vorverlegung des Termins in das 5. Lebensjahr kann eine Förderung oder Therapie greifen, bevor die Einschulung erfolgt. Ziel ist, allen Kindern die bestmöglichen Startbedingungen in die Schule zu ermöglichen, unabhängig vom sozialen Hintergrund, und hierdurch einen Beitrag zur Verbesserung der Bildungschancen zu leisten. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf die Feststellung sprachlicher Defizite und die Integration entsprechender Förder- und Therapieangebote gelegt. Kinder, die in ihrer sprachlichen Entwicklung Auffälligkeiten zeigen, durchlaufen die verbindliche Sprachstandsdiagnose. Der Sprachstandsdiagnostik geht ein Sprachscreening voraus. Förderbedürftige Kinder können dann im Kindergarten gezielt in ihrer Sprachentwicklung unterstützt werden. Hier setzt bereits seit 2003 das Sprachförderprogramm „Sag mal was – Sprachförderung für Vorschulkinder“ an, mit dem Sprachkurse in Betreuungseinrichtungen unterstützt werden.²² Seit Programm-

²¹ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren; Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

²² Mit dem Kindergartenjahr 2010/11 geht die Sprachförderung im Kindergarten von der Baden-Württemberg Stiftung in die Gesamtverantwortung des Landes und in die Zuständigkeit des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg über.

start wurden bis 2010 insgesamt rund 90 000 Kinder in ganz Baden-Württemberg gefördert. Für über zwei Drittel dieser Kinder war Deutsch nicht die Muttersprache.

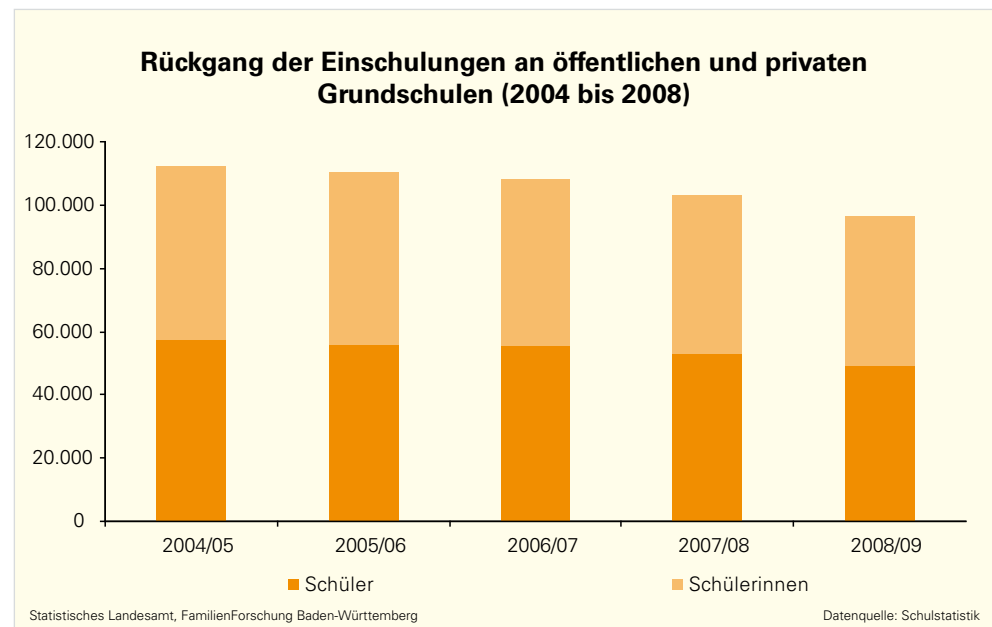
Einschulungen in Baden-Württemberg

Die Flexibilisierung beim Übergang vom Kindergarten in die Schule ist derzeit in vollem Gange. Dadurch sollen zum einen individuelle Entwicklungsverläufe von Kindern besser berücksichtigt werden und zum anderen wird eine Verkürzung der Gesamtschulzeit angestrebt.

Einschulungen rückläufig

Die Zahl der jährlich eingeschulten Kinder nahm im Berichtszeitraum kontinuierlich um insgesamt 14 % ab (Abbildung 1.1.8). Im Herbst 2008 wurden in Baden-Württemberg 96 000 Mädchen und Jungen eingeschult, zum Schuljahr 2004/05 waren es noch rund 112 000. Dies spiegelt den demografisch bedingten Geburtenrückgang wider.

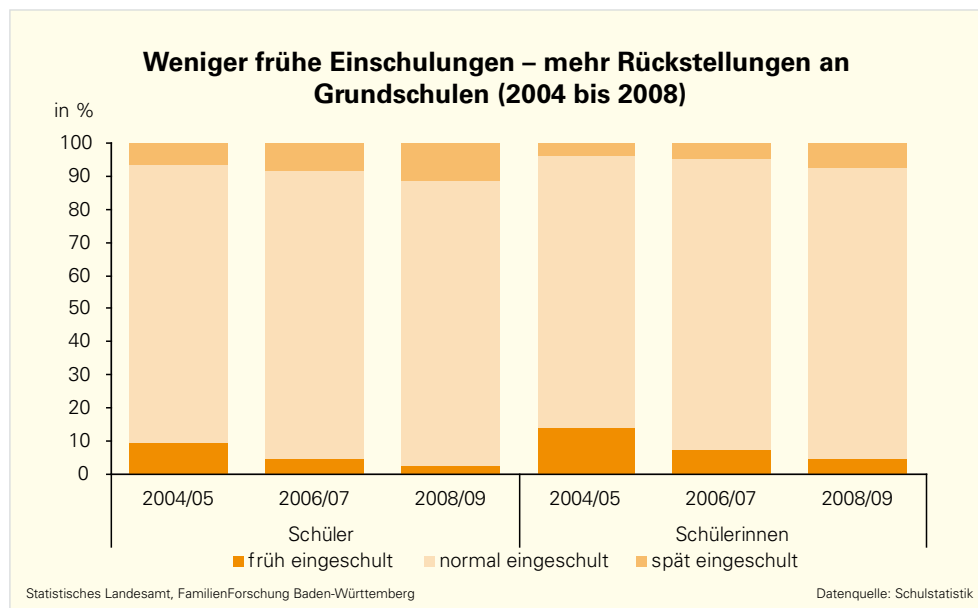
Abbildung 1.1.8



Mehr Rückstellungen – weniger frühzeitige Einschulungen

Die meisten Mädchen und Jungen in Baden-Württemberg werden entsprechend der Stichtagsregelung eingeschult (Abbildung 1.1.9). Im Berichtszeitraum sind dies relativ konstant zwischen 83 % (2004) und 87 % (2008). Mit der Verlegung des Einschulungstichtags und der damit einhergehenden Erweiterung der Schulpflicht zum Schuljahr 2005/06 hat sich das Verhältnis von frühzeitigen und späten Einschulungen gewandelt. Nachdem zuvor zunehmend mehr Kinder frühzeitig eingeschult wurden und weniger Kinder nach einer Rückstellung, kam es mit Beginn des Berichtszeitraums zu einer Trendwende. Der Anteil frühzeitiger Einschulungen ist deutlich von 12 % auf 4 % gesunken, parallel dazu hat sich der Anteil spät eingeschulter Schülerinnen und Schüler nahezu verdoppelt und betrug zum Schuljahr 2008/09 fast 10 %.

Abbildung 1.1.9



Im Unterschied zu Mädchen werden Jungen seltener frühzeitig eingeschult. Zum Schuljahr 2008/09 wurden 3 % der Jungen und 5 % der Mädchen vorzeitig eingeschult. Vier Jahre zuvor, d.h. vor der Stichtagsverlegung, waren es noch 10 % der Jungen und 14 % der Mädchen. Das Verhältnis von Jungen und Mädchen kehrt sich bei den spät eingeschulten Kindern um. Hier hat sich der Anteil der spät eingeschulten Jungen im Berichtszeitraum von 7 % auf 12 % erhöht. Die Quote der Mädchen ist zwar geringer, im Zeitverlauf aber etwas stärker von 4 % auf gut 7 % angestiegen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: In Folge der Vorverlegung des Einschulungstichtags und der damit einhergehenden Erweiterung der Schulpflicht werden weniger Kinder frühzeitig eingeschult und mehr Kinder nach einer Rückstellung. Kinder, die nach der alten Regelung, d.h. vor der Stichtagsflexibilisierung, als frühzeitig eingeschult gegolten hätten, werden damit nun „normalzeitig“ eingeschult. Dabei gelten Mädchen häufiger als eher schulreif und werden frühzeitig eingeschult. Dagegen werden Jungen häufiger zurückgestellt und später eingeschult.

Fazit

Das Kinderbetreuungsangebot ist in Baden-Württemberg in den letzten Jahren deutlich ausgebaut worden. Für Kinder im Kindergartenalter kann spätestens seit 2002 von einer flächendeckenden Vollversorgung mit Betreuungsplätzen ausgegangen werden. Für Kinder unter 3 Jahren lag die Betreuungsquote zum 1. März 2009 zwar erst bei 16 %, allerdings mit einem deutlichen Zuwachs im Vergleich zu 2006 (unter 9 %). Damit lag die Betreuungsquote in Baden-Württemberg 2009 noch unterhalb des bundesdeutschen Durchschnitts von 20 %, aber gleichzeitig bereits etwas oberhalb des westdeutschen Werts von 14 %.

Als Orientierung für den bedarfsgerechten Ausbau bis 2013 gilt ein landesdurchschnittlicher Versorgungsgrad von 34 %. Baden-Württemberg hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um dieses Ziel zu erreichen. Diese Bemühungen sollten auch in den kommenden Jahren beibehalten werden. Denn

Deutlicher Ausbau der Betreuungsangebote

Zunehmender Bedarf an Kindertagesbetreuung

die Nachfrage nach verlässlichen Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige dürfte groß bleiben, nicht zuletzt durch die Einführung des Elterngelds im Jahr 2007. Viele Eltern sind nach den 12 bzw. 14 Monaten Elterngeldbezug auf eine Betreuung für ihre Kinder angewiesen (siehe Kapitel 2.1). Darüber hinaus bewertet über die Hälfte der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger vorschulische Förderung als sehr wichtig für die Entwicklung von Kindern, ein weiteres Drittel hält sie für wichtig.

Ausbaupotenzial in der Kindertagespflege

Gerade im Bereich der Kindertagespflege ist noch Ausbaupotenzial vorhanden, entsprechend sollte hier die dynamische Entwicklung der letzten Jahre fortgeführt werden. Dabei gibt es auf kommunaler Ebene bereits vielfältige Initiativen, um Tagesmütter und Tagesväter stärker in das allgemeine Kinderbetreuungsangebot zu integrieren (vgl. Praxisbeispiel 1.1.5). Viele Kreise und Kommunen gehen auch den Weg, verschiedene Maßnahmen zu kombinieren. Neben der Einrichtung neuer Krippen, dem massiven Ausbau der Kindertagespflege oder der Umwandlung von Kindergartengruppen in Krippengruppen werden zunehmend Kindergärten für unter 2-Jährige geöffnet. Bei dieser Strategie ist allerdings darauf zu achten, dass auch die Ausstattung und die pädagogische Ausrichtung an die spezifischen Bedürfnisse von jüngeren Kindern angepasst werden.

P raxisbeispiel

Praxisbeispiel 1.1.5: Finanzieller Zuschuss zur Kindertagespflege in Leinfelden-Echterdingen

TAGESMAMA



Eine Alternative zur Kinderbetreuung in einer Tageseinrichtung ist die Betreuung durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater. In Leinfelden-Echterdingen wurden in der Vergangenheit die Kosten der Eltern für die Betreuung ihres Kindes durch Tageseltern erheblich höher veranschlagt als die Unterbringung in einer Kindertagesstätte. So wurden bestehende Pflegeverhältnisse gekündigt, sobald ein Platz in einer Kindertageseinrichtung zur Verfügung stand. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, die Wahlfreiheit der Eltern zu erhöhen und Tagesmütter und Tagesväter zu unterstützen, hat der Verein Filtertagesmütter e.V. in Zusammenarbeit mit der Stadt Leinfelden-Echterdingen ein Konzept zum Ausbau der Betreuungsangebote entwickelt und beschreitet neue Wege der Finanzierung im Bereich der Kindertagespflege. Dabei werden die Mehrkosten, die bei der Betreuung eines Kindes durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater entstehen, von der Stadt Leinfelden-Echterdingen und dem Landkreis Esslingen getragen. Die Eltern übernehmen nur die Kosten in Höhe des Elternbeitrags einer Kindertagesstätte. Dies erhöht die Entscheidungsfreiheit der Eltern bei der Wahl der Betreuung für ihren Nachwuchs. Außerdem fördert die Stadt die Qualifizierung und Weiterbildung der Tagesmütter und Tagesväter.

Quellen: Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune: www.familienfreundliche-kommune.de

Langsame Ausdehnung der Betreuungszeiten

Die Betreuungszeiten wurden im Berichtszeitraum langsam ausgedehnt. 2009 wurden 25 % der unter 3-Jährigen und 12 % der 3- bis 6-Jährigen ganztätig betreut. Drei Jahre zuvor waren es noch 23 % bzw. 7 % der Kinder. Es ist anzunehmen, dass der tatsächliche Bedarf für eine ganztägige Betreuung höher ist bzw. weiter zunehmen wird (siehe Kapitel 2.1).²³ Der weitere Ausbau ganztägiger Angebote

²³ Bien/Rauschenbach/Riedel 2006.

würde nicht nur Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, sondern auch Kindern aus bildungsfernen Schichten zu Gute kommen.

Hinsichtlich des quantitativen Ausbaus der Kinderbetreuung wurden seit 2004 viele Ziele erreicht. Aber auch in der qualitativen Entwicklung von Bildung und Betreuung im Kleinkindalter hat es große Fortschritte gegeben. Mit dem „Orientierungsplan“ wurde ein pädagogisches Gesamtkonzept zur noch intensiveren Förderung im Kindergartenalter vorgelegt. Auch werden im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ Kinder mit Migrationshintergrund sowie Kinder aus bildungsfernen Schichten gezielt in ihrer Sprachentwicklung unterstützt und damit ihre Zugangschancen zu Bildung erhöht.

Nicht zuletzt die Qualifizierung des Betreuungspersonals ist eine entscheidende Voraussetzung für eine qualitätsvolle und individuelle Betreuung und Bildung von Kindern. Neben der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher an Fachschulen für Sozialpädagogik werden auch Fachkräfte in Bachelorstudiengängen „Frühkindliche Bildung“ ausgebildet. Wichtig ist zudem die Weiterbildung von Fachkräften, die auch berufsbegleitend möglich sein sollte. Im Berichtszeitraum lag der Anteil der pädagogischen Fachkräfte mit Hochschulabschluss relativ konstant unter 3 %. Gleichzeitig nimmt der Personalbedarf durch den Ausbau der Krippenplätze für unter 3-Jährige weiter zu. Daher ist es wichtig, für den Beruf des Erziehers zu werben – nicht nur unter Frauen, sondern auch unter Männern.

Im Bereich Elternbildung sollte auch künftig darauf geachtet werden, dass tatsächlich diejenigen Familien erreicht werden, die Hilfe benötigen. Dafür ist es notwendig, niedrigschwellige Angebote weiter auszubauen und noch stärker auf die persönliche Ansprache zu setzen. Wichtig sind zudem die breite Vernetzung der Angebote, die Kooperation mit Kindertageseinrichtungen, Tagesmüttern und Tagesvätern, die stetige Praxisorientierung, der gezielte Einbezug von Eltern mit Migrationshintergrund, die Frühprävention sowie die flächendeckende Verankerung bewährter Konzepte.²⁴

Mit dem Ziel, den Übergang auf die Grundschule leichter zu gestalten, bereiten zahlreiche Maßnahmen und Programme im „Kinderland Baden-Württemberg“ auf die Einschulung vor. Dabei hat sich im Zuge der Stichtagsflexibilisierung und der Absenkung des Einschulungsalters das Verhältnis von frühzeitigen und späten Einschulungen gewandelt. Der Anteil frühzeitiger Einschulungen ist rückläufig und der Anteil später Einschulungen steigt an. Gleichzeitig werden Mädchen häufiger frühzeitig eingeschult als Jungen. Künftig sollte der Zeitpunkt der Einschulung noch weiter der individuellen und nicht immer zeitgleichen Entwicklung von Kindern angepasst werden. Äußerst innovativ ist der Ansatz des Landesmodells „Bildungshaus 3-10“, mit dem das jahrgangsübergreifende Lernen von Kindern in Kindergarten und Grundschule intensiviert wird.

Frühkindliche Bildung intensiviert

Erziehungskräfte weiter stärken und qualifizieren

Elternbildung zentraler Bestandteil frühkindlicher Bildung

Einschulung flexibilisiert

²⁴ Saleth 2007.

1.2 Schulische Bildung und Erziehung

Mit der Einschulung setzt sich der individuelle Bildungsverlauf erst in der Grundschule, dann in den weiterführenden Schulen fort. Am Ende der Schullaufbahn steht der Erwerb eines allgemeinbildenden Bildungsabschlusses, der dazu befähigt, eine berufliche Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen. Der individuelle Bildungserfolg zeigt sich nicht nur im Bildungsabschluss am Ende der Schullaufbahn, sondern bereits früher bei Übergängen und Wechseln zwischen den Schularten sowie im Erwerb von schulischen und außerschulischen Kompetenzen und Fähigkeiten. Um Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg noch gezielter zu fördern, Chancenunterschiede abzubauen und verlässliche Rahmenbedingungen für Eltern und Kinder zu verwirklichen, wurde in den letzten fünf Jahren das Ganztagschulangebot stark ausgebaut. Die folgende Gesamtschau zu Bildungsübergängen, Ganztagschulen und Bildungserfolgen gibt einen Überblick über die aktuelle Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen im Schulalter und bildet entscheidende Dynamiken und Veränderungen seit 2004 ab.

1.2.1 Bildungsübergänge

Der erste Übergang, den Kinder in ihrer Bildungslaufbahn nach der Einschulung erleben, ist der Wechsel von der Grund- auf die weiterführende Schule. Gegen Ende der Grundschulzeit erhalten Kinder entsprechend der Einschätzung ihrer schulischen Fähigkeiten, Entwicklungsmöglichkeiten und Begabungen eine Grundschulempfehlung zur Aufnahme in die weiterführende Schule.¹ Im Rahmen des gegliederten Schulsystems besuchen die Schülerinnen und Schüler nach der 4. Klasse der Grundschule die Werkrealschule, die Hauptschule, die Realschule oder das Gymnasium.² Dieser Übergang bedeutet keine Festlegung auf einen bestimmten Abschluss. Je nach Entwicklung des Lern- und Leistungsverhalten bietet das breit gefächerte baden-württembergische Schulsystem die Möglichkeit, von einer Schulart auf eine andere zu wechseln, und sich auch im beruflichen Schulwesen weiterzuqualifizieren.

„Kinderland Baden-Württemberg“ soll dazu beitragen, die Durchlässigkeit innerhalb der Schullaufbahn zu verbessern, Bildungsungleichheiten abzubauen und den individuellen Bildungserfolg weiter zu optimieren. Vor allem die soziale Herkunft prägt den Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen und ein Teil der Kinder wächst unter Lebensumständen auf, die für den Bildungserwerb und die schulische Kompetenzentwicklung nicht förderlich sind. Besonders Kinder mit Migrationshintergrund haben oft Schwierigkeiten beim Übergang auf die weiterführende Schule. Aber auch ein geringes Einkommen oder die Arbeitslosigkeit der Eltern sowie das Leben in beengten Wohnverhältnissen oder in sozialen Brennpunkten können sich negativ auf den Bildungsverlauf auswirken.

Durchlässigkeit zwischen den Schularten optimieren

¹ Meist schließen sich die Eltern dieser Empfehlung an. Stimmt die Empfehlung nicht mit den Vorstellungen der Eltern überein, gibt es die Möglichkeit über ein Beratungsverfahren und gegebenenfalls eine Aufnahmeprüfung eine veränderte Empfehlung zu erhalten.

² Daneben gibt es Sonderschulen und die integrierten Schulformen Freie Waldorfschulen, Schulen besonderer Art (Gesamtschule Heidelberg, Mannheim, Freiburg) und die schulartunabhängige Orientierungsstufe in Konstanz.

Um allen Kindern gute Startbedingungen zu bieten, ist insbesondere die Förderung von Haupt- und Werkrealschülern ein Ziel der Landesregierung. Bereits ergriffene Maßnahmen sind die „Stärkung der Basiskompetenzen in Deutsch und Mathematik“ ab dem Schuljahr 2007/08, die „Kompetenzanalyse Profil AC“ oder der Einsatz „Pädagogischer Assistenten“ seit 2008. Die Realschulen fördern über „Themenorientierte Projekte (TOPe)“ wie „Soziales Engagement“ nicht nur schulische, sondern auch personale und soziale Kompetenzen. An den allgemeinbildenden Gymnasien stärkt das 2008 neu eingeführte „G8-Programm der Hausaufgabenbetreuung“ die individuelle Förderung.³ Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf werden an allgemeinen Schulen sowie Sonderschulen besonders unterstützt.

Berufliche Schulen weiter stärken

Für mehr Durchlässigkeit im Bildungsweg sorgen die beruflichen Schulen mit dem Berufsvorbereitungsjahr und dem Berufseinstiegsjahr, den Berufsfachschulen, den Berufskollegs und den beruflichen Gymnasien. In diesen Bildungsgängen können bis zur Hochschulzugangsberechtigung alle allgemeinbildenden Abschlüsse erworben werden.

Die beruflichen Gymnasien bieten qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern mit mittlerem Bildungsabschluss die Chance zum Erwerb des Abiturs. Auch für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten kann das berufliche Gymnasium eine zusätzliche Option sein. Das berufliche Gymnasium bereitet durch seine fachliche Ausrichtung gezielt auf das Berufsleben oder auf ein Studium vor. Berufliche Gymnasien gibt es in Baden-Württemberg in sechs Richtungen: Biotechnologie, Technik, Wirtschafts-, Agrar-, Ernährungs- und Sozialwissenschaften. Die beruflichen Gymnasien sind im vergangenen Jahrzehnt um ca. ein Drittel ausgebaut worden; derzeit wird insbesondere das Angebot an den Sozialwissenschaftlichen Gymnasien (SG) erweitert: Zum Schuljahr 2009/10 gingen 15 neue SG-Standorte an den Start. Zum kommenden Schuljahr 2010/11 werden an weiteren 15 beruflichen Standorten SGs eingerichtet. Das Land trägt damit auch den wachsenden Anforderungen an die Ausbildungsqualität in den Bereichen Betreuung, Pflege und Gesundheit Rechnung.

Berufswahlspektrum von Mädchen erweitern

Bei der Fächerwahl zeigen sich Geschlechterunterschiede, die Auswirkung auf die beruflichen Perspektiven haben können. Vor allem der gewerblich-technische Bereich entwickelt sich vielversprechend, was berufliche Perspektiven angeht. Deshalb will die Landesregierung mehr Mädchen für diese Themengebiete gewinnen und für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) begeistern. So soll bereits im Schulalter die Grundlage für eine berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern geschaffen werden. Entsprechende Maßnahmen der Landesregierung sind z.B. das Sonderprogramm „Schülerinnen forschen – Einblicke in Naturwissenschaft und Technik“⁴ (siehe Kapitel 1.3.2), die Projekte „Be Ing!“, „Perspektive Ingenieurinnen“, „PraxisParcours“ oder die „Girls' Day Akademie“.⁵ Auch der bundesweite „Girls' Day“ dient der Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen (vgl. Praxisbeispiel 1.2.1). Seit Februar 2010 bietet die Internetseite www.girls-do-tech.de einen Überblick über Mädchen-Technik-Projekte des Landes und der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit.

³ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

⁴ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

⁵ Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

Praxisbeispiel 1.2.1: Der Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag



Der Girls' Day ist ein bundesweiter Berufsorientierungstag für Mädchen, der 2010 in zahlreichen baden-württembergischen Unternehmen bereits zum zehnten Mal stattfand. Am Girls' Day erhalten Schülerinnen ab der 5. Klasse die Möglichkeit, Einblick in Berufe aus dem Bereich der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu bekommen, die häufig als „frauenuntypisch“ gelten und die viele Schülerinnen von sich aus nicht in Erwägung ziehen würden. Vor allem durch praktische Einblicke in naturwissenschaftlich-technische Berufsfelder bekommen die Schülerinnen Anstöße zum Überdenken ihrer beruflichen Optionen und den Anreiz, diese Berufe in ihre Zukunftsplanung einzubeziehen. Den teilnehmenden Unternehmen und Institutionen gibt der Aktionstag die Gelegenheit, Kontakt zu jungen Frauen aufzunehmen, ihnen die Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten in ihrer Organisation vorzustellen und so potenzielle zukünftige Mitarbeiterinnen kennenzulernen.

Quellen: Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V.; www.girls-day.de.

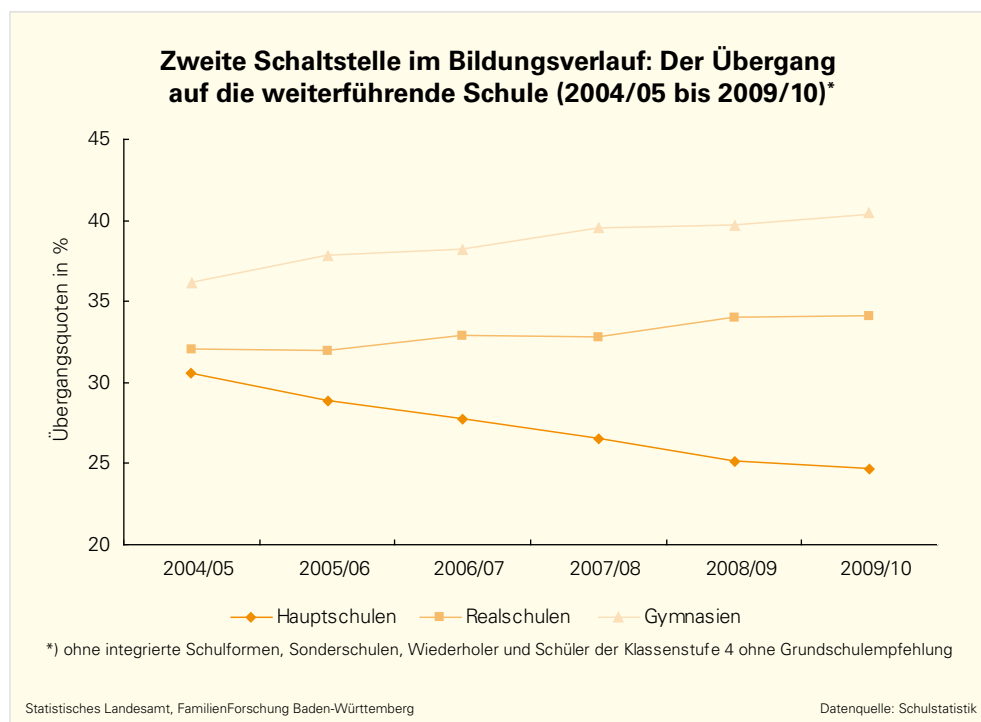


Der Übergang auf die weiterführende Schule

Das Übergangsverhalten zeichnet sich durch einen anhaltenden Trend zum Gymnasium aus (Abbildung 1.2.1). Während in den 1960er Jahren ein Wechsel auf die Hauptschule die Regel war, wechselten zum Schuljahr 2009/10 nur noch 25 % der Schülerinnen und Schüler auf die Hauptschule, rund 40 % dagegen auf das Gymnasium. Im Schuljahr 2001/02 waren erstmals mehr Übergänge auf das Gymnasium als auf die Hauptschule zu verzeichnen. Seitdem nimmt der Anteil der Übergänge auf das Gymnasium von Jahr zu Jahr weiter zu und nahezu gleichlaufend nehmen die Übergänge auf die Hauptschule ab. Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums

Anhaltender Trend zum Gymnasium

Abbildung 1.2.1



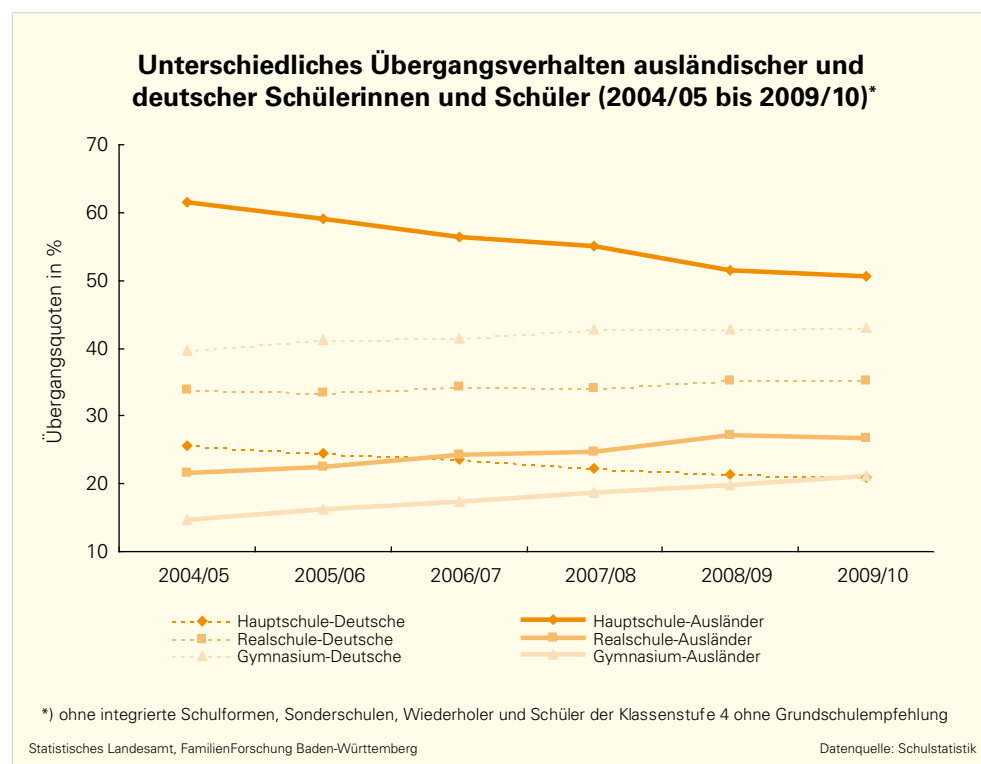
zum Schuljahr 2004/05 hat an dieser Entwicklung nichts geändert. Auf die Realschule wechselte zum Schuljahr 2009/10 rund ein Drittel der Grundschülerinnen und Grundschüler. Die Realschule verzeichnet ebenfalls zunehmende Übergangsquoten, allerdings in geringerem Ausmaß als das Gymnasium. Aber auch auf die Realschule wechselten seit 2004 mehr Schülerinnen und Schüler als auf die Hauptschule.

Verglichen mit anderen Bundesländern hat die Hauptschule in Baden-Württemberg ein relativ starkes Gewicht: In Deutschland wechselten zum Schuljahr 2008/09 nur 16 % der Schülerinnen und Schüler auf die Hauptschule,⁶ in Baden-Württemberg rund 25 %. Hauptschülerinnen und Hauptschüler in Baden-Württemberg hatten außerdem bisher im Rahmen des freiwilligen 10. Hauptschuljahres mit dem Besuch der Werkrealschule alter Prägung oder im beruflichen Schulwesen die Möglichkeit, einen mittleren Abschluss zu erwerben. Eine noch größere Berufsorientierung und weiterhin ein Weg zu einem mittleren Bildungsabschluss, bietet seit dem Schuljahr 2010/11 die Werkrealschule in neuer Konzeption.

Ausländische Kinder wechseln seltener auf das Gymnasium

Das Übergangsverhalten von ausländischen und deutschen Kindern unterscheidet sich deutlich (Abbildung 1.2.2).⁷ Im Vergleich zu den deutschen Schülerinnen und Schülern zeigen sich bei ausländischen Schülerinnen und Schülern sowohl deutliche Niveauunterschiede als auch eine stärkere Dynamik im Zeitverlauf. Für ausländische Schülerinnen und Schüler ist nach wie vor die Hauptschule die dominierende Schulart. Die Hälfte der ausländischen Schülerinnen und Schüler wechselte zum Schuljahr 2009/10 auf eine Hauptschule, über ein Viertel auf eine Realschule und nur jeder bzw.

Abbildung 1.2.2



6 Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010.
 7 Die Schulstatistik kann bislang nicht den Migrationshintergrund erfassen. Aussagen lassen sich zur Bildungsbeteiligung und den Schulabschlüssen ausländischer Kinder und Jugendlicher machen, Angaben über die Bildungsintegration von Kindern mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben, sind nicht möglich.

jedem fünften gelang der Wechsel auf ein Gymnasium. Das Übergangsverhalten von deutschen und ausländischen Schülerinnen und Schülern vollzieht sich annähernd spiegelverkehrt: Doppelt so viele ausländische wie deutsche Schülerinnen und Schüler wechseln auf die Hauptschule und nur halb so viele auf das Gymnasium.

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass ausländische Schülerinnen und Schüler den Abstand zu ihren deutschen Mitschülerinnen und Mitschülern verringern konnten: Ausländische Schülerinnen und Schüler haben seit 2004 wesentliche Fortschritte beim Übergang auf das Gymnasium gemacht. Obwohl das absolute Niveau nach wie vor niedrig ist, wechselten 2009 über 40 % mehr ausländische Schülerinnen und Schüler auf das Gymnasium als 2004. Insgesamt betrachtet bleiben trotz einer Annäherung nach wie vor große Unterschiede zwischen ausländischen und deutschen Schülerinnen und Schülern beim Übergangsverhalten bestehen.

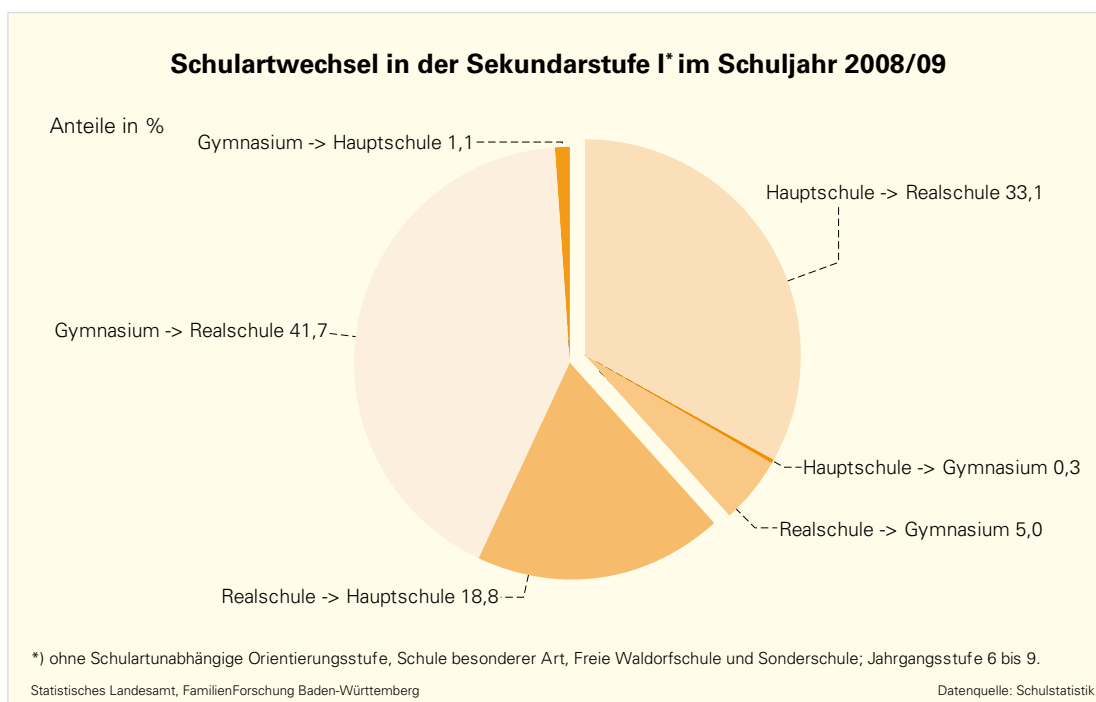
Wechsel der Schulart

Schulartwechsel innerhalb des Sekundarbereichs I (hier Jahrgangsstufe 6 bis 9) sind ein Indikator für die Durchlässigkeit des Schulsystems. Im Schuljahr 2008/09 besuchten in Baden-Württemberg rund 6 000 Schülerinnen und Schüler eine andere Schulart als im vorangegangenen Jahr. Dies entspricht einer Wechselquote von 1,4 %. Auch auf Bundesebene war die Wechselquote 2006/07 mit 2,6 % nur gering.⁸ Schulartwechsel kommen damit äußerst selten vor.⁹

Geringe Wechselquote

Innerhalb der Schulartwechsel dominieren mit 62 % Wechsel von der Real- auf die Hauptschule und vom Gymnasium auf die Haupt- oder Realschule (Abbildung 1.2.3).

Abbildung 1.2.3



⁸ Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008.

⁹ Die amtliche Schulstatistik erfasst keine Wechsel innerhalb des Schuljahres. Die abgebildeten Werte sind daher als konservative Schätzung bzw. untere Grenze aufzufassen.

Dabei überwiegen mit rund 42 % Wechsel vom Gymnasium auf die Realschule, sehr selten wechseln Schülerinnen und Schüler vom Gymnasium auf die Hauptschule.

Ein weiteres Drittel der Schülerinnen und Schüler wechselt von der Haupt- auf die Realschule. Wiederum sehr selten finden direkte Wechsel von der Haupt- oder Realschule auf das Gymnasium statt. Diese Wechsel finden meist sehr früh in der Bildungslaufbahn in der 6. oder 7. Klasse statt, stellen also eine Korrektur der Übergangsentscheidung nach der Grundschule dar.¹⁰

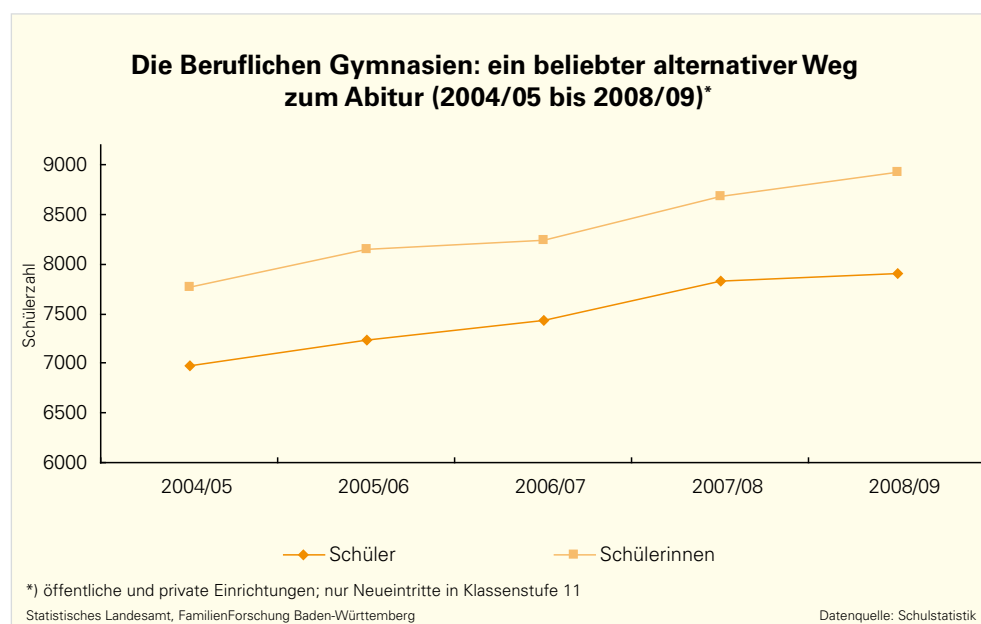
Übergänge auf das berufliche Gymnasium

Schülerinnen und Schüler, die nach der 4. Klasse nicht auf ein Gymnasium wechseln, haben die Möglichkeit, durch den späteren Übergang auf ein berufliches Gymnasium oder auch Berufskolleg die (Fach-)Hochschulreife zu erlangen. Ein Vorteil der beruflichen Bildungsgänge ist die inhaltliche Vertiefung, die gezielt auf das Berufsleben oder auf ein Studium vorbereitet und auch Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Gymnasien zum Wechsel motiviert.

Wachsende Beliebtheit beruflicher Gymnasien

Im Schuljahr 2008/09 verfügten landesweit 174 öffentliche und 32 private berufliche Schulen über einen Gymnasialzug. Außerdem bietet Baden-Württemberg ein flächendeckendes Angebot an beruflichen Gymnasien, das von Jahr zu Jahr von mehr Schülerinnen und Schülern wahrgenommen wird (Abbildung 1.2.4). Zum Schuljahr 2008/09 wechselten fast 17 000 Schülerinnen und Schüler in die 11. Klasse der beruflichen Gymnasien. Das waren 14 % mehr als zum Schuljahr 2004/05. Dabei wählen Schülerinnen häufiger den Weg zum Abitur über das berufliche Gymnasium als Schüler. Ihr Anteil liegt seit 2004/05 konstant um gut 10 % höher. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch bei der Wahl der Fachrichtung, die die traditionelle Rollenverteilung der Geschlechter widerspiegelt. Im Schuljahr 2008/09 waren an den

Abbildung 1.2.4

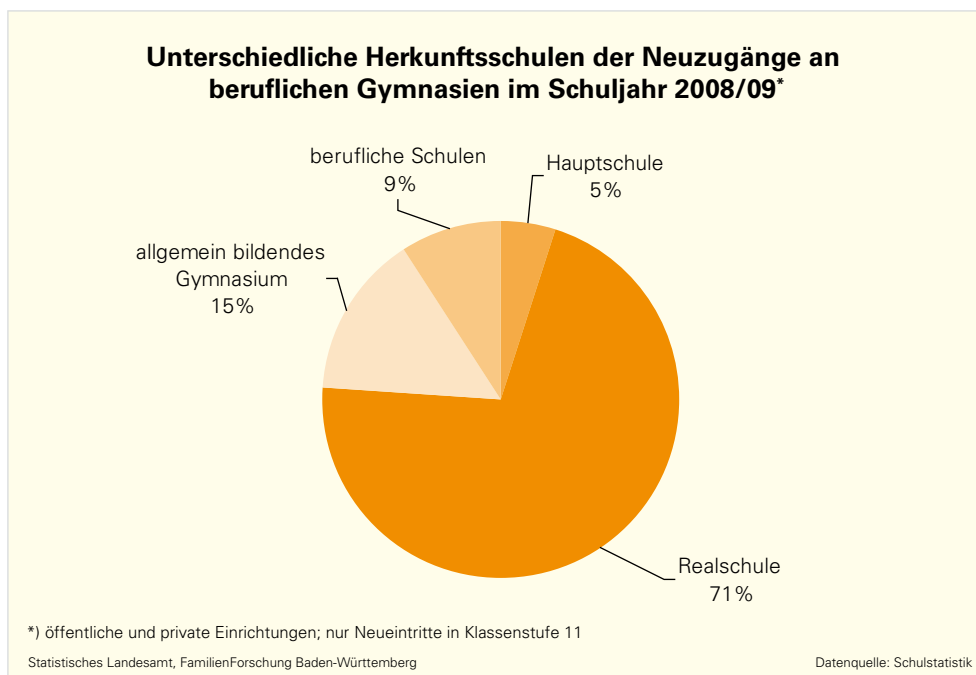


¹⁰ Zu Schulartwechseln zählen auch Übergänge von oder auf eine Sonderschule oder eine integrierte Schulform (z.B. Gesamt- oder Waldorfschule). Da diese nicht eindeutig als Auf- oder Abstieg identifiziert werden können, bleiben sie hier unberücksichtigt.

beruflichen Gymnasien mit technischer Ausrichtung nur 19 % der Schüler weiblich. Umgekehrt sieht das Verhältnis an den beruflichen Gymnasien mit sozialpädagogischer, biotechnologischer, ernährungs- und agrarwissenschaftlicher Ausrichtung aus. An diesen sind fast 80 % der Schüler weiblich. Relativ ausgeglichen ist die Verteilung an den Wirtschaftsgymnasien mit 62 % Schülerinnen.

Die Zahl der Real- und Hauptschülerinnen und -schüler, die auf das berufliche Gymnasium wechselt, verdeutlicht den Beitrag, den das berufliche Gymnasium zur Durchlässigkeit im baden-württembergischen Bildungssystem leistet. Zum Schuljahr 2008/09 kam eine deutliche Mehrheit (71 %) der Neuzugänge an berufliche Gymnasien von einer Realschule (Abbildung 1.2.5). Mit merklichem Abstand die zweitgrößte Gruppe stellten Schülerinnen und Schüler, die zuvor ein allgemeinbildendes Gymnasium besucht hatten (15 %). Von den beruflichen Schulen kamen 9 % und von der Hauptschule 5 % der Schülerinnen und Schüler. Diese Werte sind seit 2004/05 relativ konstant, mit leichten Zuwächsen von den beruflichen Schulen und bis zum Schuljahr 2008/09 zurückgehenden Anteilen von Hauptschulen und allgemeinbildenden Gymnasien.

Abbildung 1.2.5



Die beruflichen Gymnasien sind insbesondere für Jugendliche mit Realschulabschluss ein attraktiver Weg zum Abitur. Erwartungsgemäß nur sehr wenige Schülerinnen und Schüler kommen direkt von der Hauptschule – für diese dürfte der Weg zur Höherqualifizierung zunächst eher über den Erwerb eines mittleren Bildungsabschlusses an einer Schule des beruflichen Bildungswesens erfolgen (siehe Kapitel 1.3.1). Insgesamt leisten die beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg einen wichtigen Beitrag zur Optimierung von Durchlässigkeit und Chancengleichheit. Davon zeugt auch der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler, der mit 7 % über dem der allgemeinbildenden Gymnasien (4 %) liegt (siehe Kapitel 1.2.3).

Meisten Neuzugänge an beruflichen Gymnasien kommen von Realschulen

1.2.2 Ganztägige Bildung und Betreuung

Eine qualifizierte ganztägige Betreuung und Bildung ist nicht nur für die Kleinsten wichtig (siehe Kapitel 1.1). Gerade mit Beginn der Schulpflicht wünschen sich viele Eltern für ihre Kinder eine verlässliche Betreuung über den Vormittag hinaus. Nicht nur unter Betreuungsaspekten gewinnen Ganztagschulen an Bedeutung. Zusätzlich leisten sie einen Beitrag zur schulischen und außerschulischen Bildung und Förderung von Kindern und Jugendlichen. Ganztagschulen begünstigen eine Lehr- und Lernkultur, die besser auf die individuellen Fähigkeiten und Interessen der Schülerinnen und Schüler eingeht, Schwächen ausgleicht und Stärken fördert (vgl. Praxisbeispiel 1.2.2). Durch ganztägigen Unterricht und Betreuung steht nicht nur mehr Zeit zur Verfügung, es können auch neue Unterrichtsformen eingeführt werden. Ganztagschulen sind auch ein vielversprechender Weg, wenn es darum geht, den nach wie vor bestehenden Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen und damit die Chancengleichheit zu verbessern. Ganztagschulen sind außerdem Bestandteil einer umfassenden Armutsprävention: Wichtige Zielgruppen einer zukunftsweisenden Bildungs- und Sozialpolitik können über Ganztagschulen besser als bisher erreicht werden. Befunde der PISA-Studie weisen darauf hin, dass ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote (v.a. Deutsch-AGs und Hausaufgabenbetreuung) von schwächeren Schülerinnen und Schülern sowie von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund stark in Anspruch genommen werden.¹¹

Ganztagschulanteil bis 2015 auf 40 % ausbauen

Die Landesregierung möchte im Rahmen von „Kinderland“ bis 2015 jeder Schülerin und jedem Schüler in Baden-Württemberg, die bzw. der dies wünscht, den Besuch einer Ganztagschule ermöglichen. Dazu unterstützt das Land die Kommunen beim Aufbau eines bedarfsgerechten und flächendeckenden Netzes an Ganztagschulen: 40 % der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen sollen Ganztagschulen werden. Priorität beim Ausbau von Ganztagschulen haben dabei Grund- und Hauptschulen. 2006 hat die Landesregierung das Ganztagschulprogramm „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg“ gestartet, das sich aus folgenden Bausteinen zusammensetzt:¹²

1. „Ganztagschulen in offener Angebotsform“
2. „Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“
3. „Jugendbegleiterprogramm“

Im Unterschied zur Halbtagschule bietet die Ganztagschule nicht nur ein Mittagessen, sondern ein abgestimmtes ganztägiges pädagogisches Konzept, das es ermöglicht, jede Schülerin und jeden Schüler individuell zu fördern. Allen Ganztagschulen gemeinsam ist der sieben- bis achtstündige Ganztagsbetrieb an mindestens vier Wochentagen. Dadurch können Unterrichtsstunden gelockert über den Tag verteilt werden, so dass längere Pausen, ein späterer Unterrichtsbeginn oder Bewegungspausen in den Schulalltag integriert werden können.

¹¹ PISA-Konsortium Deutschland 2008.

¹² Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Praxisbeispiel 1.2.2: Ludwig-Uhland-Schule Birkenfeld – eine Ganztagschule mit zukunftsorientierter Konzeption



P raxisbeispiel

Die Ludwig-Uhland-Schule Birkenfeld ist eine Verbundschule mit ca. 700 Schülerinnen und Schülern – aufgeteilt in eine Grundschule, eine Hauptschule und eine Realschule. Das Ganztagsangebot richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Grund- und Hauptschule. Die Grundidee der Schule liegt darin, Kinder und Jugendliche in ihrer Sozialkompetenz gezielt zu fördern und nicht nur zu betreuen. Die Schule sieht ihre Aufgabe in der umfassenden Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben. Unter dem Motto „Schule als Lebensraum“ bietet die Ludwig-Uhland-Schule ihren Schülerinnen und Schülern ein breites Angebot: Selbstständiges Lernen, Hausaufgabenbetreuung, musische, technische und sportliche Angebote, ein Netzwerk mit außerschulischen Lernorten und ein breit angelegter Berufswahlunterricht sind nur einige Beispiele. Pro Tag verbringen Grundschülerinnen und Grundschüler acht und Hauptschülerinnen und Hauptschüler neun Unterrichtsstunden plus ca. zwei Stunden Pause in der Schule. Die Teilnahme am Mittagessen, das im Klassenverband oder in der Arbeitsgruppe in Begleitung einer Lehrkraft oder einer pädagogischen Mitarbeiterin bzw. eines pädagogischen Mitarbeiters eingenommen wird, ist für die Ganztags Schülerinnen und Ganztags Schüler verpflichtend. Nach dem Essen können sich die Schülerinnen und Schüler zur freien Betätigung in den Ruhe- und Freizeiträumen, der Sporthalle oder auf dem Sportplatz aufhalten. Die Schule hat zur Umsetzung dieser Angebote ein breites Netz an Kooperationspartnern aufgebaut. Dazu gehören die Erziehungs-, Beratungs- und Drogenstelle, Jugend- und Arbeitsamt, das kommunale Jugendzentrum, Vereine sowie örtliches Handwerk, Wirtschaft und Industrie.

Quelle: Ludwig-Uhland-Schule Birkenfeld: www.lus-birkenfeld.de.

Das Landesprogramm „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg“ forciert nicht nur den quantitativen Ausbau von Ganztagschulen, sondern leistet auch eine qualitative Neukonzeption der Ganztagschule. Das Programm fördert zwei Schultypen. Erstens „Ganztagschulen in offener Angebotsform“: Dies sind allgemeinbildende Schulen mit freiwilligem Ganztagsangebot. Die Eltern entscheiden jedes Schuljahr, ob ihr Kind teilnehmen soll (vgl. Programm 1.2.1). Zweitens „Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“: Dies sind Grund-, Haupt- und Werkrealschulen, die ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag unter deutlich erschwerten Bedingungen erfüllen. Schülerinnen und Schüler, die auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind, können dort gezielt gefördert werden. Je nachdem, ob es sich um eine Schule der *gebundenen* oder *teilweise gebundenen* Form handelt, nehmen alle oder nimmt nur ein Teil der Schülerinnen und Schüler am Ganztagsbetrieb teil (vgl. Programm 1.2.2).

Eine weitere wichtige Säule des Ganztagsschulprogramms ist das bundesweit einmalige „Jugendbegleiterprogramm“, das ehrenamtliches Engagement qualifizierter außerschulischer Partner an allen allgemeinbildenden Schulen, insbesondere Ganztagschulen fördert und die Arbeit der Lehrkräfte ergänzt (vgl. Programm 1.2.3). Darüber hinaus bezuschusst das Land über das Schulbauförderprogramm „Chancen durch Bildung – Investitionsoffensive Ganztagschule“ Baumaßnahmen, die für die ganztägige Bildung und Betreuung an den Schulen notwendig sind (vgl. Programm 1.2.4).

Qualitative Neukonzeption der Ganztagschule

Programm

Programm 1.2.1: „Ganztagsschule in offener Angebotsform“

Ziele: Schülerinnen und Schüler verstärkt fördern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Inhalt: Das Programm „Ganztagsschule in offener Angebotsform“ gehört zum „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg“. Das Programm unterstützt die Weiterentwicklung von halbtätigen Grund-, Haupt-, Werkreal-, Realschulen und Gymnasien (bis einschließlich 9. Klasse) sowie Förderschulen zu Ganztagschulen in offener Form. Dafür erhalten die Schulen nach Vorlage eines überzeugenden pädagogischen Konzepts, das z.B. Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter sowie außerschulische Kooperationen integriert, zusätzliche Lehrerwochenstunden. Zudem kann der Bau von Mensen und anderen Räumen für den Ganztagsbetrieb gefördert werden.

Laufzeit: 2006 bis 2015

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Die Zahl der Ganztagschulen in offener Form erhöhte sich von knapp 100 Schulen vor Start des Landesprogramms (Schuljahr 2005/06) auf rund 500 Schulen im Schuljahr 2009/10.

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Entwicklung des Ganztagsangebots

Die ersten Ganztagschulen wurden bereits Ende der 1960er Jahre eingerichtet. Ein starker quantitativer Ausbau setzte aber erst nach der Jahrtausendwende aufgrund des gestiegenen Betreuungsbedarfs zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie in Reaktion auf das relativ schlechte Abschneiden des deutschen Schulsystems in der PISA-Studie ein. Im Schuljahr 2001/02 lag der Ganztagschulanteil in Baden-Württemberg bei 7 %.

Verdoppelung der Zahl der Ganztagschulen seit 2004

Seit dem Start des Landesprogramms zum Ausbau von Ganztagschulen hat sich die Zahl der öffentlichen Ganztagschulen deutlich erhöht: Im Schuljahr 2008/09 waren rund 900 bzw. 20 % der allgemeinbildenden Schulen Ganztagschulen. Zum Schuljahr 2009/10 wurden weitere 160 und zum Schuljahr 2010/11 129 Ganztagschulanträge genehmigt. Dies entspricht insgesamt einer Verdoppelung der Zahl der Ganztagschulen seit 2004. Fast ein Viertel der Schulen im Land bietet damit mittlerweile einen Ganztagsbetrieb an.

Unterschiedliche Dynamiken beim Ausbau des Angebots

Der Ausbau ganztägiger Einrichtungen verläuft an den Schularten mit unterschiedlicher Dynamik (Abbildung 1.2.6). Dies ist sowohl auf politische Prioritäten beim Ausbau als auch auf unterschiedliche Ausgangsniveaus bei den verschiedenen Schularten zurückzuführen. Der Ganztagsanteil bei den Grundschulen lag im Schuljahr 2008/09 bei knapp 9 %, gleichwohl ist die absolute Zahl ganztägiger Grundschulen 2009 fast zehnmal so groß wie noch 2004. Ebenfalls sehr dynamisch ist die Entwicklung der ganztägigen Angebote an Hauptschulen und Gymnasien. Hauptschulen waren im Schuljahr 2008/09 mit rund 350 Ganztagschulen der Schulart mit den meisten ganztägigen Einrichtungen und verzeichneten allein zu den Schuljahren 2007/08 und 2008/09 beachtliche jährliche Zuwachsraten von 25 % bis 30 %. Dadurch bieten sich der Hauptschule, die ihren Bildungsauf-

Programm 1.2.2:**„Ganztagsschule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“**

Ziele: Schülerinnen und Schüler mit besonderem pädagogischem Betreuungs- und Unterstützungsbedarf fördern und integrieren, herkunftsbedingte Nachteile abbauen

Inhalt: Das Programm „Ganztagsschule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“ gehört zum „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagsschulen in Baden-Württemberg“. Es betrifft Grund-, Haupt-, Werkreal- und Förderschulen, die aufgrund der Zusammensetzung ihrer Schülerinnen und Schüler vor besonderen Bildungs- und Betreuungsherausforderungen stehen. Sie werden auf Antrag als Ganztagsschulen in teilweise oder voll gebundener Form eingerichtet und zur besseren pädagogischen Betreuung mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden ausgestattet. Zudem kann der Bau von Mensen und anderen Räumen für den Ganztagsbetrieb gefördert werden.

Laufzeit: 2006 bis 2011

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Seit Programmstart hat sich die Zahl der Ganztagsschulen in gebundener oder teilweise gebundener Form um gut 200 auf über 700 Schulen im Schuljahr 2009/10 erhöht. Bis 2011 soll das Angebot weiter ausgebaut werden.

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.


Programm 1.2.3:**„Jugendbegleiter“**

Ziele: Die Vielseitigkeit von Schulen mit Ganztagsbetreuung und die Vernetzung mit außerschulischen Partnern ausbauen.

Inhalt: Das Jugendbegleiterprogramm gehört zum „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagsschulen in Baden-Württemberg“. Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter sind qualifizierte ehrenamtliche Kräfte, die ergänzende freiwillige Betreuungs- und Bildungsangebote an Schulen anbieten und die Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und kirchlichen Einrichtungen fördern. Das Programm schafft durch eine landesweite Kooperationsvereinbarung mit über 80 Verbänden und Institutionen die Voraussetzung dazu und finanziert für die Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter Qualifizierungsmaßnahmen im Umfang von ca. 40 Stunden zu Inhalten wie Jugendschutz, Gruppenleitung, Motivation, Kommunikation und Konflikten. Teilnehmende Schulen werden mit 2 000 bis 5 000 Euro im Jahr bezuschusst.

Laufzeit: Modellphase 2006 bis 2011

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Im Schuljahr 2009/10 nahm bereits jede vierte öffentliche Schule, das sind rund 1 000 Schulen, am Jugendbegleiterprogramm teil. Zu Beginn des Programms 2006 waren es noch 250 Schulen. Landesweit engagierten sich 2009 rund 15 000 Schüler, Eltern, Vereinsangehörige und Einzelpersonen als Jugendbegleiterin bzw. Jugendbegleiter. Die Mehrheit der Schulen beurteilt ihre Erfahrungen mit dem Jugendbegleiterprogramm positiv. Nach Ende der Modellphase soll das Programm in die Fläche umgesetzt werden.

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.





Programm 1.2.4:
„Chancen durch Bildung – Investitionsoffensive Ganztagschule“

Ziele: Schulinfrastruktur an die Erfordernisse des Ganztagsbetriebes anpassen

Inhalt: Das Programm „Chancen durch Bildung – Investitionsoffensive Ganztagschule“ gehört zum „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg“. Land und Kommunen stellen im Rahmen des Programms insgesamt eine Mrd. Euro für Investitionsmaßnahmen zur Verfügung, davon kommen 450 Mill. vom Land und 550 Mill. von den Kommunen. Gefördert werden zusätzlich erforderliche Räume sowie Flächen für Essens-, Freizeit-, Betreuungs- und Lehrerbereiche.

Laufzeit: 2006 bis 2015

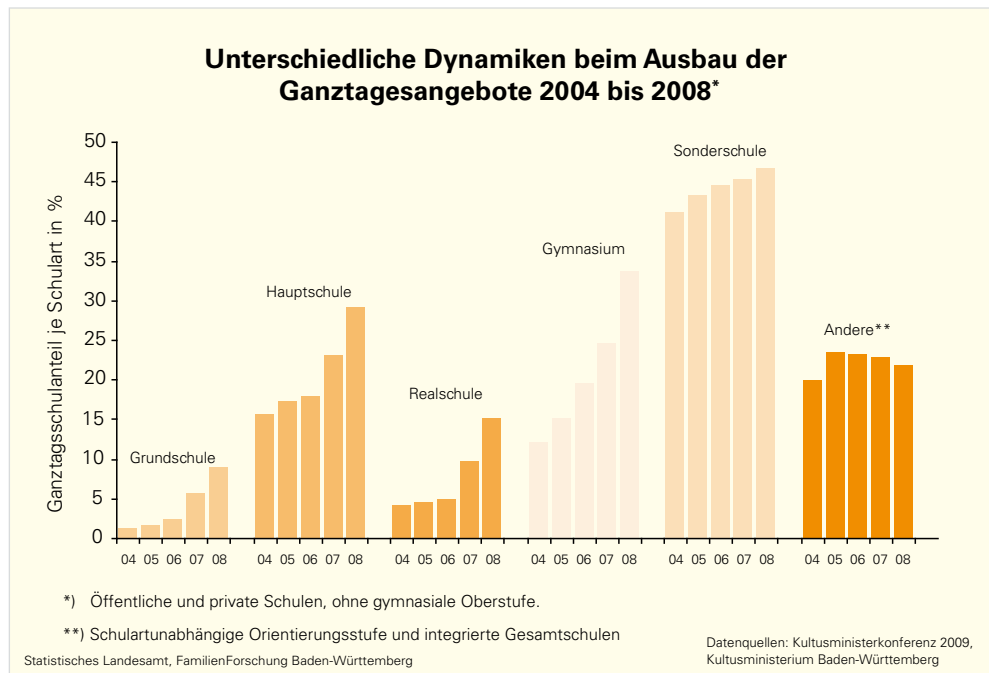
Beteiligte Ressorts: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Seit 2006 wurden 304 Projekte gestartet und bis 2009 rund 117 Mill. Euro investiert.

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

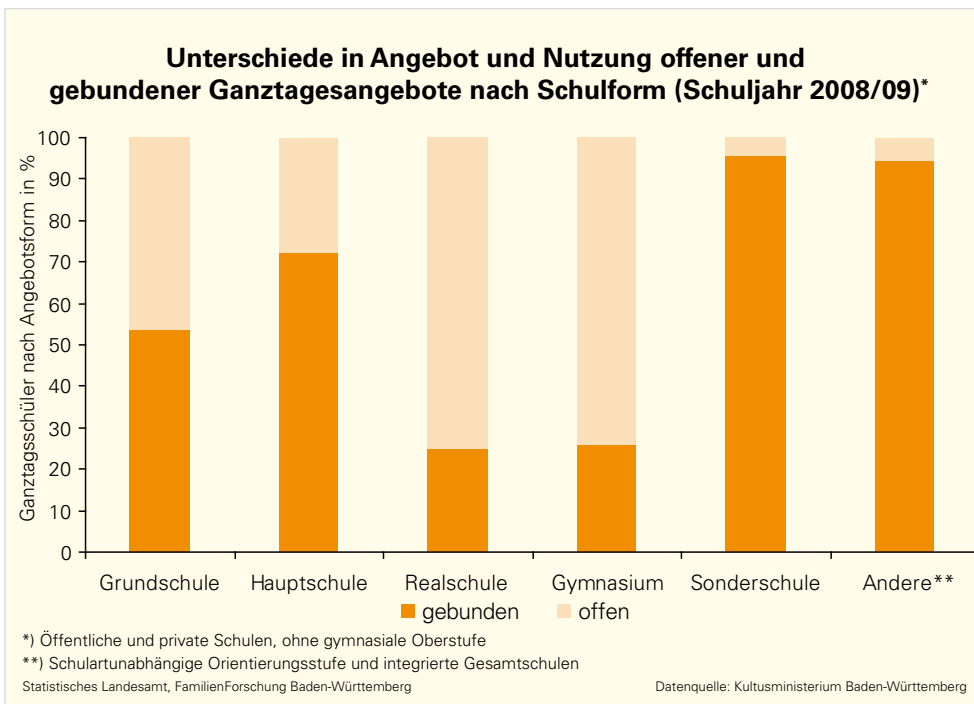
trag häufig unter schwierigen sozialen und pädagogischen Bedingungen erfüllt, bessere Rahmenbedingungen zur individuellen Förderung und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler. Ebenfalls überdurchschnittlich in Bezug auf den Landesdurchschnitt von 20 % ist der Ganztagsanteil an den Gymnasien. Beinahe jedes dritte Gymnasium bietet mittlerweile ganztägig Unterricht und Betreuung an. Die Sonderschulen schließlich sind aufgrund des speziellen sonderpädagogischen Förderbedarfs von Kindern mit Behinderung schon seit längerem sehr gut ganztägig ausgebaut. Entsprechend liegt deren Ganztagsanteil bereits jetzt über der Zielmarke von 40 %.

Abbildung 1.2.6



Von den insgesamt rund 280 000 Schülerinnen und Schülern an öffentlichen und privaten Ganztagschulen besuchten im Schuljahr 2008/09 52 % eine Schule der gebundenen Angebotsform und 48 % eine Schule der offenen Angebotsform.¹³ Dabei unterscheiden sich die einzelnen Schularten nicht nur in ihrer Dynamik beim Ausbau der Ganztagsangebote, sondern auch hinsichtlich der überwiegenden Angebotsform (Abbildung 1.2.7). An den Realschulen und Gymnasien überwiegt die offene (freiwillige) Angebotsform. An diesen Schularten sind jeweils nur etwa ein Viertel der Schülerinnen und Schüler auf einer Schule mit verpflichtendem Ganztagsbetrieb. Im Gegensatz dazu sind nahezu alle Sonderschülerinnen und Sonderschüler (96 %) auf einer Schule der gebundenen Form. Auch bei den Grund- und Hauptschulen ist die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler (54 % bzw. 72 %) an einer Schule der gebundenen Form.

Abbildung 1.2.7



Schulartunterschiede im offenen und gebundenen Ganztagsangebot

1.2.3 Bildungserfolge

Bildungserfolge setzen sich zusammen aus dem Erwerb von Kompetenzen, wie sie im Mittelpunkt der PISA-Studie stehen, dem Erreichen des Klassenziels am Ende des Schuljahrs und dem Erreichen eines Schulabschlusses – einer wichtigen Etappe auf dem Weg in die Berufsausbildung und später in den Beruf. Darüber hinaus sind gelingende Bildungsübergänge ein wichtiges Erfolgskriterium von Bildung. Die genannten Indikatoren – Kompetenzen, Versetzungen, Bildungsabschlüsse und Bildungsübergänge – beschreiben zusammengenommen umfassend und differenziert den individuellen Bildungserfolg.

¹³ Der tatsächliche Anteil an Ganztagschulen in offener Form dürfte höher liegen. Es können jedoch keine Angaben zu Schulen in privater Trägerschaft mit offenem Ganztagsangebot gemacht werden, da diese nicht unter die Förderung des Landes fallen.

Chancengleichheit verbessern

Insgesamt sind in Baden-Württemberg die PISA-Ergebnisse im Schnitt durchaus positiv, Nichtversetzungen selten und die Abschlussquoten hoch. Allerdings sind ausländische Kinder in ihrer Schullaufbahn oft weniger erfolgreich. Auch Schülerinnen und Schüler zeigen unterschiedliche schulische Erfolge. Aufgrund der gezielten Förderung von Mädchen im Rahmen der Bildungsreformen der 1960er Jahre ist nicht nur deren Bildungsbeteiligung gestiegen. Auch ihre schulischen Leistungen haben sich stark verbessert. Mittlerweile zeigen Schülerinnen in nahezu allen Bildungsbereichen bessere Leistungen als ihre Mitschüler.¹⁴ Ziel der Landesregierung ist es, die Verwirklichung von Chancengleichheit für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund sowie für Jungen wie Mädchen zu verbessern. Wichtige Bestandteile von „Kinderland Baden-Württemberg“ sind die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen, die Implementierung neuer Bildungspläne und der Einsatz „Pädagogischer Assistentinnen und Assistenten“. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, Kinder unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Geschlecht zu fördern. Um die Chancengleichheit für ausländische Kinder zu verbessern, muss schon vor der Schulzeit angesetzt werden. Hervorzuheben ist hier die zentrale Rolle der frühkindlichen Sprachförderung und Integration, da Sprache eine Schlüsselrolle beim Bildungserwerb spielt. Entsprechende Maßnahmen ziehen sich als roter Faden durch die gesamte Bildungskarriere der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg (siehe Kapitel 1.1). Dazu gehören im vorschulischen Bereich der Orientierungsplan, die neu konzipierte Einschulungsuntersuchung, das Projekt „Schulreifes Kind“ und das „Bildungshaus 3-10“. Hinzu kommen die gezielte Ansprache und fortlaufende Bildungsanstrengungen für Eltern.¹⁵ Auch die Baden-Württemberg Stiftung beteiligt sich mit dem Programm „KOMET – Kompetenz und Erfolgstraining für Jugendliche“ und mit Schülerstipendien für Kinder aus Zuwandererfamilien im Rahmen von „Talent im Land“ zusammen mit der Robert Bosch Stiftung beim Abbau von Bildungsungleichheiten.

Kompetenzen und Verständnis für Zusammenhänge stärken

Spätestens seit der ersten PISA-Studie 2000 wird die Bedeutung von Kompetenzen und Fähigkeiten für den Bildungsverlauf betont. Denn neben klassischen Wissensinhalten sind zunehmend übergreifende Kompetenzen wichtig. Kinder und Jugendliche sollen lernen, Zusammenhänge zu erkennen und zu verstehen. Um dies zu fördern, hat Baden-Württemberg bereits 2004 mit der Bildungsplanreform die Bildungsstandards überarbeitet. Zudem erhalten die Schulen mehr pädagogische Freiräume bei der Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung der Bildungsinhalte und Schulkonzepte.

Nichtversetzungen frühzeitig vermeiden

Baden-Württemberg hat bundesweit die niedrigste Wiederholerquote.¹⁶ Gleichwohl sind Klassenwiederholungen bzw. Nichtversetzungen am Ende des Schuljahrs durchaus umstritten. Kritisiert werden der pädagogische Nutzen sowie die zeitlichen und finanziellen Kosten. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre hält Baden-Württemberg prinzipiell an der „ultima ratio“ der Nichtversetzung fest. Zugleich wird versucht, Klassenwiederholungen von vornherein zu vermeiden: Seit dem Schuljahr 2004/05 haben Schülerinnen und Schüler, die das Klassenziel nicht erreichen, mit der neu eingeführten Versetzung auf Probe die Chance, sich zeitnah zu verbessern. Dazu wird für die Sommerferien eine Zielvereinbarung mit einem konkreten Plan zum Nachlernen getroffen. Die Schülerinnen und Schüler werden dann vier Wochen probeweise in die nächsthöhere Klassenstufe aufgenommen und können nach einer

¹⁴ PISA-Konsortium Deutschland 2008.

¹⁵ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

¹⁶ Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010.

erfolgreichen Prüfung dort bleiben. Außerdem haben Lehrerinnen und Lehrer seit der Bildungsplanreform mehr Freiräume und Ressourcen, von Nichtversetzung bedrohte Schülerinnen und Schüler frühzeitig zu fördern.¹⁷

Die entscheidende Voraussetzung für den reibungslosen Übergang in eine berufliche Ausbildung und in den Beruf ist ein Schulabschluss. Zwar gelingt es der Mehrheit der Jugendlichen, die Schule mit einem allgemeinbildenden Abschluss zu beenden. Ein kleiner Teil verlässt die Schule aber ohne Hauptschulabschluss. Diese Jugendlichen stehen vor besonderen Schwierigkeiten beim Einstieg in das Berufsleben. Ein Ziel von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es, diesen kleinen, aber nicht zu vernachlässigenden Anteil weiter zu minimieren. Dafür werden seit 2008 im Rahmen eines Modellprojektes „Pädagogische Assistentinnen und Assistenten“ eingesetzt. Zeitgleich wurde die „Kompetenzanalyse Profil AC“ eingeführt. Beide Programme sollen durch individuelle Förderung den Lernerfolg von Haupt- und Werkrealschülerinnen und -schülern unterstützen. In dieselbe Richtung zielt das Programm „Individuelle Lernbegleitung für benachteiligte Jugendliche“, im Rahmen dessen Schülerinnen und Schüler beim gesamten Lernprozess und beim Übergang in Ausbildung und Beruf von ehrenamtlichen Kräften begleitet werden.¹⁸

Kognitive Kompetenzen

Die Schulleistungsstudie PISA (Programme for International Student Assessment) im Auftrag der OECD untersucht die schulischen Kompetenzen von 15-Jährigen mit Schwerpunkten in Lesen (2000), Mathematik (2003) und Naturwissenschaft (2006).¹⁹

Baden-Württembergische Schülerinnen und Schüler belegten 2006 im Ländervergleich erneut vordere Plätze, in Mathematik den 3., in Lesen und Naturwissenschaften jeweils einen 4. Platz. Ihre naturwissenschaftlichen und mathematischen Kompetenzen lagen auch im internationalen Vergleich oberhalb des OECD-Schnitts, im Lesen auf mittlerem Niveau. In allen drei Kompetenzbereichen verbesserten sich die Schülerinnen und Schüler. Gleichzeitig war der Abstand zu den internationalen Spitzenreitern wie Finnland sehr groß und entsprach in Mathematik einem Vorsprung Finnlands von über einem Schuljahr. Auch im Bereich Lesen waren die Kompetenzen ausbaufähig: Baden-Württemberg steht im Ländervergleich Lesen im Mittelfeld. Solide waren die Leistungen dagegen in den Naturwissenschaften: Im Vergleich zu anderen Ländern blieben nur sehr wenige baden-württembergische Schülerinnen und Schüler auf der untersten Kompetenzstufe. Die so genannte Bildungsarmut im Kompetenzbereich ist also weniger verbreitet als in anderen Bundesländern.

Der starke Zusammenhang von sozialer Herkunft und Lesekompetenz hat sich von 2000 auf 2006 leicht abgeschwächt. Zugleich gelingt mehr Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern der Übergang auf das Gymnasium. Neben der sozioökonomischen Herkunft ist der Migrationshintergrund von Bedeutung. Nicht nur PISA, sondern auch andere Schulleistungsstudien wie z.B. IGLU zeigen, dass Schülerinnen und Schüler aus Migrantenfamilien einen relativ großen Leistungsrückstand zu Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund haben. Dies trifft auch auf Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg zu. Die mittleren Kompetenzen im naturwissenschaftlichen

Erfolgreiche Schulabschlüsse fördern

Gute PISA-Ergebnisse im Ländervergleich

Leichte Abschwächung des Herkunftseffekts

¹⁷ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

¹⁸ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

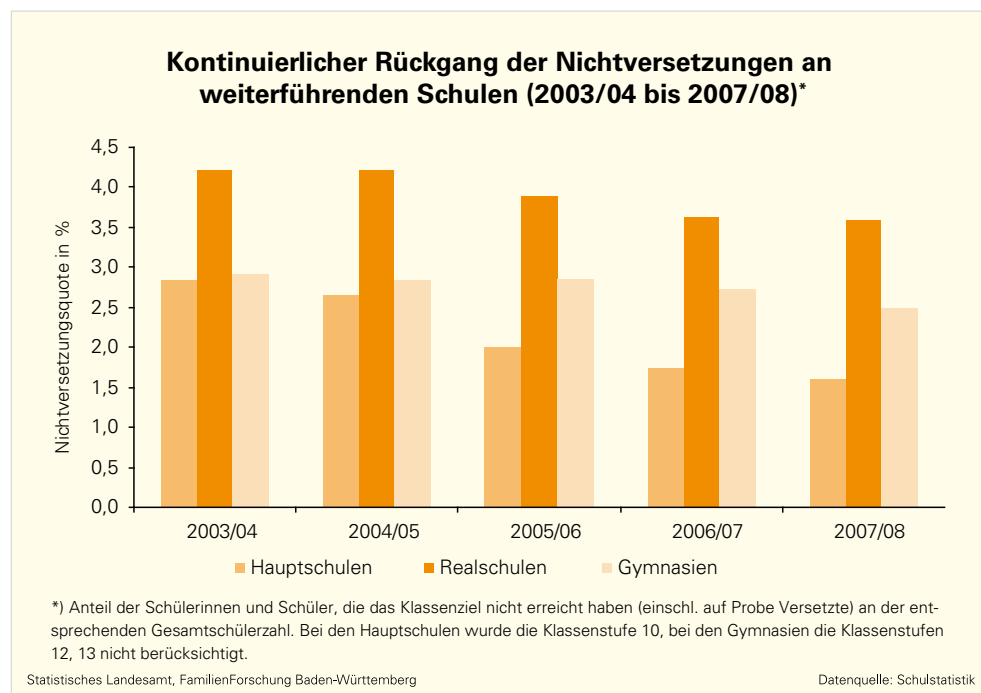
¹⁹ Das Kapitel beruht auf Ergebnissen des PISA-Konsortiums Deutschland (2008).

Bereich lagen 2006 unterhalb des Kompetenzniveaus von Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund. Dabei haben in Deutschland geborene Jugendliche der zweiten Zuwanderergeneration größere Probleme als Jugendliche, die selbst eingewandert sind. Diese konnten ihr Kompetenzniveau seit 2000 leicht verbessern. Zurückzuführen ist dies zum einen auf unterschiedliche Herkunftskulturen, zum anderen auf mangelhafte Integration bereits in der Elterngeneration.

Nichtversetzungen

Fast alle Schülerinnen und Schüler werden zum Ende des Schuljahrs in die nächsthöhere Klassenstufe versetzt. Zum Ende des Schuljahrs 2007/08 haben nur 1,6 % der Schülerinnen und Schüler das Klassenziel nicht erreicht. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen erneuten Rückgang der Nichtversetzungsquote. Die geringe Quote ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass Nichtversetzungen an den Grundschulen äußerst selten vorkommen. Aber auch an den weiterführenden Schulen ist der Anteil der Nichtversetzungen in Baden-Württemberg im betrachteten Zeitraum kontinuierlich gesunken (Abbildung 1.2.8).

Abbildung 1.2.8

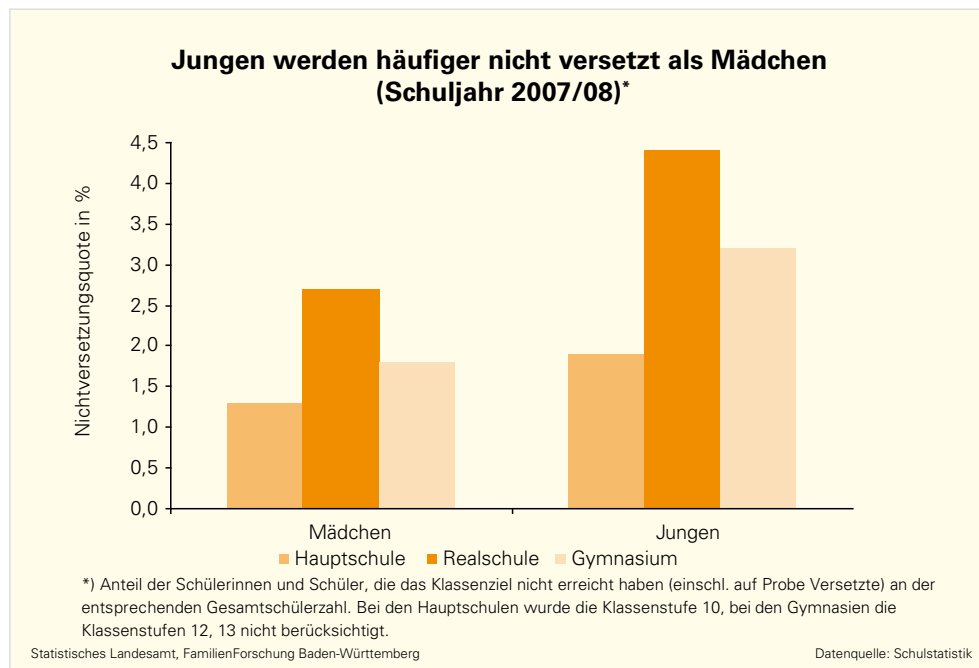


Nichtversetzungen selten und weiter rückläufig

Beim Vergleich der Nichtversetzungen zwischen den Schularten weisen 2008 die Realschulen mit 3,6 % die höchste Quote auf, diese ist aber seit 2004 ebenfalls rückläufig. Die niedrigsten und am stärksten sinkenden Quoten sind an den Hauptschulen zu verzeichnen. Ende des Schuljahrs 2007/08 haben nur 1,6 % der Hauptschülerinnen und Hauptschüler das Klassenziel nicht erreicht. Dies entspricht einem Rückgang der Quote um rund 40 %. Mittlere Werte nicht- oder nur auf Probe versetzter Schülerinnen und Schüler weisen die Gymnasien mit einem Anteil von 2,5 % auf.

Mädchen und Jungen sind in unterschiedlichem Ausmaß von Nichtversetzungen betroffen (Abbildung 1.2.9). Schülerinnen erreichen in allen Schularten häufiger das Klassenziel als Schüler. Am geringsten ist der Unterschied an den Hauptschulen, hier

Abbildung 1.2.9



liegt für beide Geschlechter die Nichtversetzungsquote unter 2 %. Jungen konnten sich an Hauptschulen in den letzten fünf Jahren stärker verbessern als Mädchen und den Abstand halbieren. An Realschulen und Gymnasien geht zwar im Zeitverlauf der Anteil an Nichtversetzungen bei Mädchen wie Jungen zurück. Es kommt aber im betrachteten Zeitraum nicht zu einer Angleichung der Leistungsunterschiede zwischen den Geschlechtern: An den Gymnasien erreichten 2008 fast doppelt so viele Jungen (3,2 %) wie Mädchen (1,8 %) nicht das Klassenziel. An Realschulen ist die absolute Differenz mit fast zwei Prozentpunkten am größten.

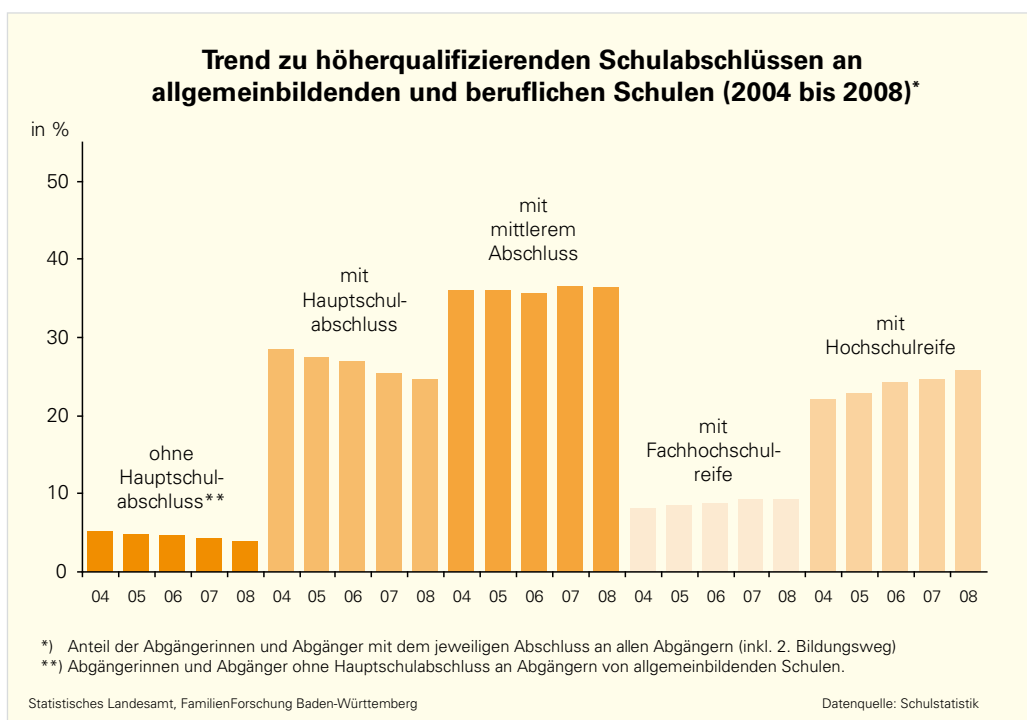
Bildungsabschlüsse

Im Jahr 2008 haben knapp 126 000 Abgängerinnen und Abgänger die allgemeinbildenden Schulen verlassen. Weitere rund 50 000 Schülerinnen und Schüler erwarben an einer beruflichen Schule einen allgemeinbildenden Abschluss. Den insgesamt größten Anteil stellen Absolventinnen und Absolventen mit mittlerem Abschluss (36 %), gefolgt von Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife (26 %), Hauptschulabschluss (25 %) und Fachhochschulreife (9 %) (Abbildung 1.2.10).

Der mittlere Bildungsabschluss ist zwar seit den 1970er Jahren die häufigste Abschlussart, von Jahr zu Jahr erwerben aber mehr Schülerinnen und Schüler die Hochschul- oder Fachhochschulreife. Im Jahr 2008 haben erstmals mehr Jugendliche die Schule mit der Hochschulreife als mit einem Hauptschulabschluss verlassen. Zusammen mit den Absolventinnen und Absolventen mit Fachhochschulreife kann damit ein gutes Drittel der Schülerinnen und Schüler ein Studium aufnehmen. Gleichzeitig nahm in den letzten Jahren der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hauptschulabschluss stetig ab. Insgesamt ist ein Trend zu höher qualifizierenden Schulabschlüssen zu beobachten.

Trend zu höher qualifizierenden Schulabschlüssen

Abbildung 1.2.10



Weniger Abgänger ohne Hauptschulabschluss

Positiv ist die rückläufige Zahl von Schülerinnen und Schülern, denen es nicht gelingt, einen Hauptschulabschluss zu erwerben. 2008 verließen weniger als 7 000 Schülerinnen und Schüler bzw. knapp 6 % der Abgängerinnen und Abgänger von allgemeinbildenden Schulen die Schule ohne Hauptschulabschluss. Sowohl die absolute Zahl als auch der relative Anteil sind erneut gesunken. Wie bereits in den Vorjahren verzeichnete Baden-Württemberg im Bundesvergleich die geringste Zahl von Abgängerinnen und Abgängern ohne Hauptschulabschluss. Wichtig für die Interpretation dieser Zahlen ist, dass nur gut ein Drittel dieser Jugendlichen Schulabbrecher ist. Der überwiegende Teil stammt von Förderschulen und Schulen für geistig Behinderte. Diese jungen Menschen erreichen an diesen Schulen einen ihren Voraussetzungen entsprechenden Schulabschluss.

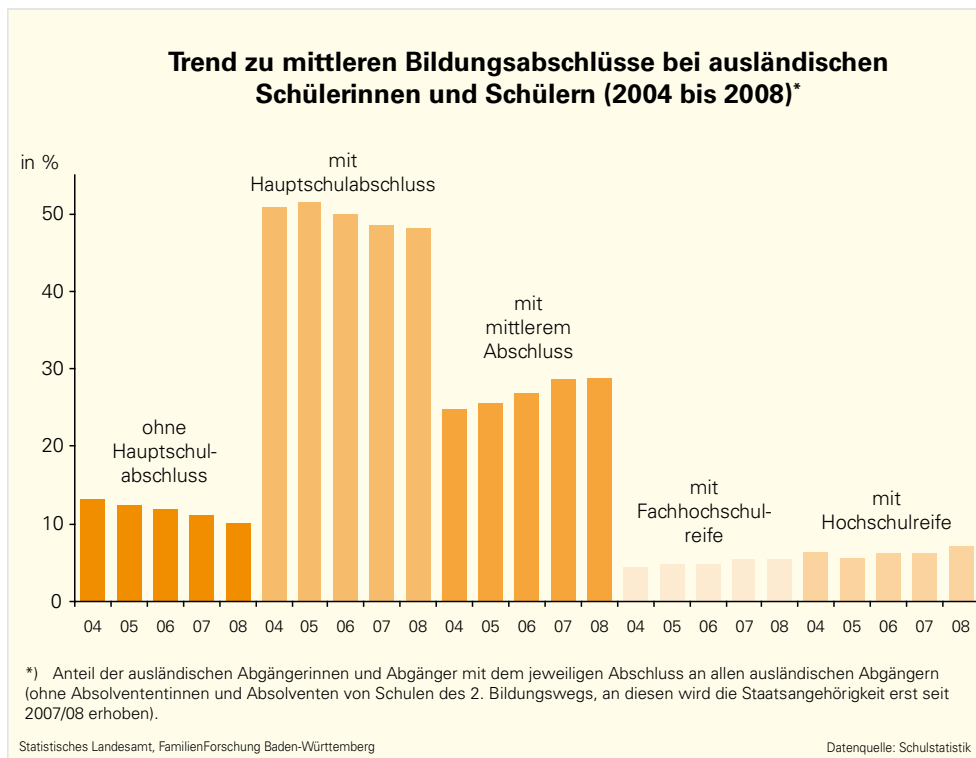
Ausländische Schülerinnen und Schüler haben häufiger mittlere Abschlüsse

Ausländische Schülerinnen und Schüler haben ihre schulischen Leistungen seit 2004 verbessert und erreichen zunehmend mittlere und höhere Abschlüsse (Abbildung 1.2.11). Gingen 2004 noch gut 2 600 ausländische Schülerinnen und Schüler ohne einen Hauptschulabschluss von einer der allgemeinbildenden Schulen ab, so war es 2008 rund ein Fünftel weniger. Trotz dieser positiven Entwicklung muss einschränkend hinzugefügt werden, dass dies immer noch rund 14 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler sind. Ausländische Schulabgängerinnen und Schulabgänger verlassen die Schule damit weit häufiger ohne Hauptschulabschluss als deutsche Schülerinnen und Schüler. Hinzu kommt, dass 2008 nach wie vor die Hälfte der Ausländer die Schule nur mit einem Hauptschulabschluss verlassen hat, deutsche Schülerinnen und Schüler dagegen überwiegend mit einem Realschulabschluss.

Gleichzeitig weist die Gruppe der ausländischen Schülerinnen und Schüler deutliche Zuwächse bei den mittleren Bildungsabschlüssen auf. Fast 30 % der Schülerinnen und Schüler ohne deutsche Staatsangehörigkeit erzielten 2008 diese Abschlussart.

Das war in absoluten Zahlen fast ein Viertel mehr als noch 2004. Mit knapp 13 % sehr gering ist nach wie vor der Anteil ausländischer Jugendlicher, der die Fachhochschul- oder Hochschulreife erlangt – ein deutlicher Gegensatz zur Quote der deutschen Absolventinnen und Absolventen von 38 %. Gleichzeitig erwerben ausländische Schülerinnen und Schüler von Jahr zu Jahr häufiger eine dieser höher qualifizierenden Abschlussarten. Zwar ist das absolute Niveau bislang gering, der relative Anstieg beträgt aber 22 %. Der entscheidende Trend ausländischer Schulabgängerinnen und Schulabgänger liegt aber insgesamt weniger im oberen Bildungsbereich, sondern vielmehr in der Verschiebung weg von Abgängen ohne und mit Hauptschulabschluss hin zu mittleren Bildungsabschlüssen.

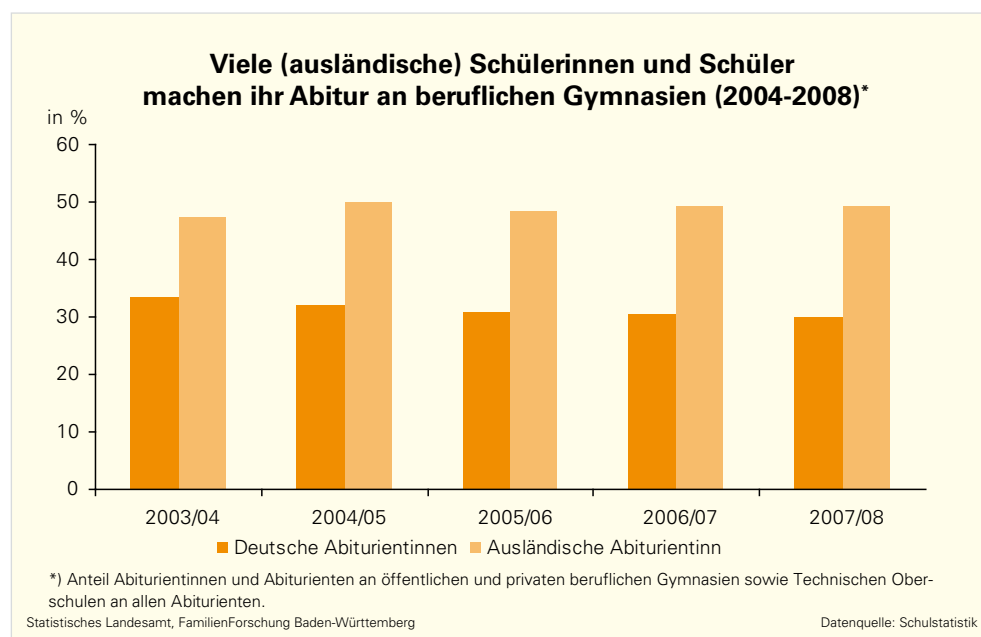
Abbildung 1.2.11



Der Weg zur (Fach-)Hochschulreife führt für ausländische Schülerinnen und Schüler häufiger über die beruflichen Gymnasien oder Berufskollegs. An diesen hat im Berichtszeitraum fast die Hälfte aller ausländischen Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife ihr Abitur abgelegt (Abbildung 1.2.12). Von den deutschen Abiturientinnen und Abiturienten hat ebenfalls ein knappes Drittel ein berufliches Gymnasium besucht. Die beruflichen Gymnasien stellen sowohl für deutsche Schülerinnen und Schüler, aber besonders für ausländische Schülerinnen und Schüler eine Möglichkeit dar, einen höher qualifizierenden Bildungsabschluss zu erwerben. Die beruflichen Schulen in Baden-Württemberg leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Durchlässigkeit im Bildungssystem und sind eine Chance zu Bildungsaufstiegen.

Ausländische Abiturientinnen und Abiturienten oft an beruflichen Gymnasien

Abbildung 1.2.12



Fazit

„Kinderland“ will die Bildungserfolge und Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen weiter optimieren. Das Bildungssystem und die Bildungsbilanz der Schülerinnen und Schüler im Land zeigen sich insgesamt als erfolgreich: Das Bildungsniveau ist hoch, der Anteil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss sinkt kontinuierlich und der Ausbau der Ganztagschulen machte in den letzten fünf Jahren große Fortschritte. Weitere Anstrengungen sind im Bereich der Bildungsübergänge und bei der Durchlässigkeit innerhalb der Schullaufbahn notwendig.

Trend zu höherqualifizierenden Schularten

Grundsätzlich eröffnet die Vielfalt der Bildungswege in Baden-Württemberg zahlreiche Möglichkeiten zu Übergängen und Wechseln. Für alle Schülerinnen und Schüler zentral ist der Übergang auf die weiterführende Schule. Dabei wechseln zunehmend mehr Schülerinnen und Schüler auf das Gymnasium oder auf die Realschule. Spätere Schulartwechsel bieten die Möglichkeit, den eingeschlagenen Bildungsweg zu verändern. Hier spielen die beruflichen Schulen eine zentrale Rolle. Hervorzuheben ist in Baden-Württemberg die Bedeutung der beruflichen Gymnasien, die einen häufig gewählten Weg zur Hochschulreife darstellen. Die Option eines Schulartwechsels innerhalb der Bildungslaufbahn nehmen dagegen nur wenige Schülerinnen und Schüler wahr. Potenzial dafür ist vorhanden: Beispielsweise nahmen 2008 fast 17 % der Schülerinnen und Schüler, die eine Gymnasialempfehlung bekamen, diese nicht wahr.²⁰ Dabei ist anzunehmen, dass dies vor allem Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Elternhäusern sind.²¹ Kinder und Eltern für die längerfristigen Bildungsvorteile durch den Besuch eines Gymnasiums zu sensibilisieren, ist eine wichtige Herausforderung.

Der Trend zu höher qualifizierenden Schularten ist angesichts der wachsenden Bedeutung von Bildung in einer wissensbasierten Gesellschaft positiv zu beurteilen.

²⁰ Schwarz-Jung 2009.

²¹ Becker/Lauterbach 2008.

Vor diesem Hintergrund ist es zum einen wichtig, die sehr guten Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg an die Hochschulen oder in eine anspruchsvolle Berufsausbildung im Rahmen der Begabtenförderung weiterhin zu bestärken. Zum anderen ist es entscheidend, auch schwächere Schülerinnen und Schüler gezielt in ihren Talenten und Fähigkeiten zu fördern und für eine Ausbildung sowie für die Berufswelt zu qualifizieren.

Jugendliche in Baden-Württemberg beenden ihre Schullaufbahn zunehmend mit höher qualifizierenden Abschlüssen. Auch das gute Abschneiden in der letzten PISA-Studie und der weitere Rückgang der Nichtversetzungsquote sind ein Hinweis darauf, dass die von der Landesregierung eingeleiteten Reformen des Bildungswesens Wirkung zeigen. Erfreulich sind zudem die nur kleine Risikogruppe der Schülerinnen und Schüler mit geringen Kompetenzen, der kontinuierliche Rückgang der Zahl von Abgängerinnen und Abgängern ohne Hauptschulabschluss und der Abbau der Kompetenzunterschiede zwischen Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher sozialer Herkunft.

Die positive Entwicklung zu höheren Bildungsabschlüssen ist getrübt durch eine ungleiche Verteilung von Bildungschancen. Weiterhin sind große Anstrengungen notwendig, um die Bildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Ausländische Schülerinnen und Schüler erzielen oft geringere qualifizierende Bildungsabschlüsse als deutsche Schülerinnen und Schüler: Die Anteile von Abgängerinnen und Abgängern ohne und mit Hauptschulabschluss sind höher, deren Rückgang fällt schwächer aus und weniger Schülerinnen und Schüler erreichen die (Fach-)Hochschulreife. Positiv sind dagegen die deutlich gestiegene Zahl ausländischer Schülerinnen und Schüler, die einen mittleren Bildungsabschluss erwerben sowie die nachhaltige Tendenz zur (Fach-)Hochschulreife, wenn auch auf geringerem Niveau. Insbesondere die letztgenannte Entwicklung gilt es zu fördern, um schrittweise dem Ziel gleicher Bildungschancen für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund näher zu kommen. Im schulischen Bereich setzen Maßnahmen wie die flächendeckende und bedarfsgerechte Einführung von Ganztagschulen, zusätzlicher Unterricht in Deutsch und Mathematik, die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Werkrealschule, eine stärkere berufliche Orientierung sowie die Absenkung des Klassenteilers bzw. Verkleinerung der Grundschulklassen an. Diese Maßnahmen kommen natürlich nicht nur Kindern mit Migrationshintergrund zu Gute, sondern allen Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg. Daneben ist im vorschulischen Bereich die neu eingeführte Sprachstandsdiagnose ein wichtiges Instrument, um die individuelle Förderung zukünftig noch präziser und vor allem frühzeitig im Bildungsverlauf zu verwirklichen. Allerdings reicht (vor)schulische Bildung allein zur Verwirklichung von Chancengleichheit nicht aus. Entscheidend sind deutsche Sprachkenntnisse, die nicht nur durch das Bildungssystem vermittelt werden können. Wichtig ist darüber hinaus die Integration in deutschsprachige Freundes- und Nachbarschaftskreise oder Freizeitgruppen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer weiteren Vernetzung der inner- und außerschulischen Lernbedingungen, wie sie im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ u.a. mit dem Jugendbegleiterprogramm angestrebt wird.

Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen zeigen sich beim Thema „Bildungserfolge“ oder beim Übergang auf das berufliche Gymnasium. Dabei sind nicht allein individuelle Merkmale für den geringeren Bildungserfolg von Jungen verantwortlich. Wichtig wäre u.a. die Stärkung der Vorbildfunktion männlicher Grundschullehrer, die für

Bildungsabschlüsse und Kompetenzentwicklung belegen Bildungserfolge

Geringere Bildungserfolge von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Bildungsungleichheiten zwischen Mädchen und Jungen abbauen

Jungen fördernde Kompetenzen, Lehr- und Lernkulturen in den Unterricht mitbringen.²² Dies kann über die verstärkte Werbung junger Männer für den Lehrerberuf erfolgen. Unterschiedliche Bildungswege und -interessen von Mädchen und Jungen werden auch beim Übergang auf das berufliche Gymnasium deutlich: Schülerinnen wechseln nicht nur häufiger auf das berufliche Gymnasium, sondern setzen auch andere Schwerpunkte. Sie wählen häufiger Fachrichtungen aus dem sozialen Bereich oder den „Life Sciences“. Dies ist im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung von Pflege- und Erziehungsberufen sowie von Schlüsseltechnologien der Biowissenschaften positiv. Gleichzeitig ist es jedoch wichtig, dass Mädchen verstärkt Zugang zu gewerblich-technischen Ausbildungsfeldern finden, da diese häufiger in höher entlohnte Berufe mit mehr Aufstiegsmöglichkeiten münden. Die vielfältigen Bemühungen im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“, bereits in der Schule das Technikinteresse von Mädchen zu erhöhen, sind ein Schritt in diese Richtung. Damit die Erfolge dieser Maßnahmen nicht später beim Übergang in den Beruf verpuffen, sind auch auf Seiten der Unternehmen weitere Verbesserungen bei der Einstellung und Beförderung von jungen Frauen sowie bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wünschenswert (siehe Kapitel 2.1).

Stetiger und dynamischer Ausbau der Ganztagschulen

Die Entwicklung im Bereich Ganztagschulen verläuft sehr dynamisch. Im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es seit Beginn der Ganztagsoffensive gelungen, die ganztägigen Betreuungs- und Bildungsangebote sowohl quantitativ auszubauen als auch qualitativ weiterzuentwickeln. Zwar ist bislang der landesweite Bedarf noch nicht in vollem Umfang gedeckt, die hohen Wachstumsraten weisen aber in die richtige Richtung. Im Zug des forcierten Ausbaus sollte es Ziel sein, die Lücke zum bundesdeutschen Ganztagschulanteil weiter zu schließen. Ganztagschulen sind zwar kein Allheilmittel, bieten aber eine Reihe von Vorteilen: Das größere Zeitfenster für Unterricht und Betreuung bietet z.B. mehr Raum für gemeinsames Lernen und für soziale Kontakte zwischen Lehrenden, Schülerinnen und Schülern, die über den reinen Bildungsauftrag hinausgehen. Dadurch eröffnen sich neue Möglichkeiten, leistungsschwächere wie -stärkere Schülerinnen und Schüler zielgerichtet und ihren individuellen Bedürfnissen entsprechend zu fördern. Um Kinder in ihrem individuellen Bildungsverlauf optimal zu unterstützen, Chancengleichheit zu fördern und nicht zuletzt Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern, sollte der Ausbau von Ganztagschulen in Baden-Württemberg weiterhin Priorität behalten.

Insgesamt betrachtet zeigt die zielorientierte und schrittweise vorangehende Modernisierung des Bildungswesens in Baden-Württemberg Erfolge. Auch wenn die Wirkungen einiger struktureller Maßnahmen im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ wie z.B. die Verkürzung der Besuchsdauer des Gymnasiums, die Bildungsplanreform oder die neu konzipierte Werkrealschule noch nicht erfasst werden konnten, weisen die dargestellten allgemeinen Entwicklungstrends in die gewünschte Richtung. Um diese positive Entwicklung weiter zu forcieren, investiert Baden-Württemberg mit der 2008 beschlossenen „Qualitätsoffensive Bildung“ bis zum Jahr 2012 rund eine halbe Mrd. Euro zusätzlich in den Bildungsbereich. Die „Qualitätsoffensive Bildung“ beinhaltet z.B. eine schrittweise Absenkung des Klassenteilers, neue Lehrerstellen trotz sinkender Schülerzahlen sowie eine verstärkte Fortbildung der Lehr- und Führungskräfte. All dies ist wichtig für die Modernisierung und für die systematische Verbesserung der Rahmenbedingungen von Schule und

²² Diefenbach/Klein 2002.

Unterricht. Leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler sollen noch zielgerichteter gefördert, leistungsstarke Schülerinnen und Schüler in ihren Bildungserfolgen motiviert werden. Ein Schwerpunkt der „Qualitätsinitiative Bildung“ ist außerdem der Aufbau von Bildungsnetzwerken. In sogenannten „Bildungsregionen“ sollen durch die aktive Zusammenarbeit von Schulen und an Bildungsfragen beteiligten Partnern in den Stadt- und Landkreisen die Lern- und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen weiter verbessert werden.²³ Ziel ist es, Baden-Württemberg nachhaltig als eine der führenden Bildungsregionen in Europa zu etablieren.

²³ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

1.3 Ausbildung, Studium und Berufseinstieg

Für junge Erwachsene markieren der Beginn von Ausbildung oder Studium und der anschließende Berufseinstieg den Übergang in eine wichtige Lebensphase. Dabei sind das international hoch angesehene Niveau der beruflichen Bildung sowie die Vielfalt und Exzellenz der Hochschulen Stärken Baden-Württembergs. Qualifizierte Nachwuchskräfte sind in einer wissensbasierten Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Dieses Kapitel zeigt die beruflichen Bildungswege und -erfolge von jungen Menschen in Baden-Württemberg sowie die Möglichkeiten des Berufseinstiegs im Anschluss an Ausbildung oder Studium.

1.3.1 Berufliche Ausbildung

Mit Ende der Schullaufbahn stehen Jugendliche vor der Entscheidung, einen Beruf zu wählen und eine Ausbildung zu beginnen. Die Berufsausbildung ist prägend für die Integration in die Gesellschaft und entscheidet darüber, wie sich die jungen Erwachsenen auf dem Arbeitsmarkt behaupten. Aus wirtschaftlicher und demografischer Perspektive ist eine fundierte Ausbildung wichtig, um einem Fachkräftemangel vorzubeugen. Im „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es ein zentrales sozial- und arbeitsmarktpolitisches Ziel, jeder und jedem ausbildungswilligen Jugendlichen eine betriebliche oder schulische Berufsausbildung zu ermöglichen. Jugendliche können im beruflichen Bildungswesen Baden-Württembergs nicht nur einen Beruf erlernen, sondern auch einen höherwertigen allgemeinbildenden Abschluss erwerben. Diese Option gilt es im Sinn einer Verbesserung der Durchlässigkeit und der Chancen im Bildungsbereich zu stärken.

Um die Ausbildungssituation weiter zu verbessern, wurde im „Kinderland Baden-Württemberg“ eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht und 2007 das „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Baden-Württemberg 2007 – 2010“ geschlossen (vgl. Programm 1.3.1).¹ Die Unterzeichner verpflichten sich, jeder und jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu machen. Baden-Württemberg hat auf Grund der konjunkturellen Krise darüber hinaus 2009 die Mittel des Programms „Azubitransfer – Ausbildung fortsetzen“ aufgestockt.² Das Programm fördert Betriebe, die Auszubildende aus insolventen Firmen übernehmen und soll dafür sorgen, dass kein Lehrling seine Ausbildung abbrechen muss. Allein 2009 haben auf diesem Weg rund 200 „Insolvenz-Lehrlinge“ neue Ausbildungsplätze gefunden. Außerdem wurden Anfang 2009 die beruflichen Schulen mit 100 zusätzlichen Lehrerstellen ausgestattet.³

Jedem ausbildungswilligen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz

¹ Wirtschaftsministerium; Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren; Staatsministerium Baden-Württemberg.

² Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

³ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Programm

Programm 1.3.1:

„Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in Baden-Württemberg 2007-2010“

Ziele: Jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot unterbreiten

Inhalt: Die Erweiterung des ersten Ausbildungsbündnisses aus dem Jahr 2004 soll sicherstellen, dass jede und jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendliche einen Ausbildungsplatz im beruflichen oder schulischen Bildungswesen findet. Bündnispartner sind das Land, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Wirtschaft und Kommunen. Jährlich sollen im Schnitt 7 600 neue Ausbildungsplätze eingeworben werden. Aufeinander abgestimmte Einzelmaßnahmen sollen Jugendliche auf dem Weg in und durch die Ausbildung unterstützen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Qualifikation und der Integration von benachteiligten Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Laufzeit: 2007 bis 2010

Beteiligte Ressorts: Wirtschaftsministerium; Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren; Staatsministerium Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: 2008 und 2009 wurden 13 000 bzw. rund 10 000 zusätzliche Ausbildungsplätze eingeworben. Die Zahl der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden konnte, ging 2009 um 11 % auf rund 400 junge Frauen und Männer zurück. Eine Verlängerung des Ausbildungsbündnisses wird angestrebt.

Quellen: Wirtschaftsministerium; Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren; Staatsministerium Baden-Württemberg; Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Baden-Württemberg.

Chancen von benachteiligten Jugendlichen verbessern

Jugendliche, die sozial benachteiligt sind oder Lernschwierigkeiten haben, brauchen besondere Unterstützung, damit der Übergang in die Berufsausbildung und ihr Abschluss gelingen. Im „Kinderland Baden-Württemberg“ ist die Förderung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher ein Schwerpunkt. Dazu wurden als Teil des „Ausbildungsbündnisses“ die „Jugendoffensive AKKU II“ (vgl. Programm 1.3.2), die „Mobile Jugendarbeit“ (siehe Kapitel 3.2) und das Projekt „Jugendberufshelfer“ verankert.⁴ Zum Schuljahr 2009/10 wurde außerdem in einem Schulversuch an der Berufsfachschule für Sozialpflege die „Ausbildung zum Alltagsbetreuer“ eingerichtet, die lernschwächeren Jugendlichen mit und ohne Hauptschulabschluss den Weg in eine Ausbildung eröffnen soll. Weitere Maßnahmen sind:⁵

- das „Berufseinstiegsjahr (BEJ)“ seit 2006,
- die „Individuelle Lernbegleitung für benachteiligte Jugendliche“ beim Übergang in die Ausbildung seit 2006,
- das „Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf (VAB)“ seit 2009,
- „Jugendberufshelfer“, die besonders Schülerinnen und Schülern des BEJ, BVJ und VAB beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen,
- die enge Kooperation der neuen Werkrealschule mit dem ersten Jahr der Berufsfachschule in Klasse 10.

⁴ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

⁵ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Programm 1.3.2: „Jugendoffensive AKKU II“

Ziele: Jugendarbeitslosigkeit vermeiden

Inhalt: Die „Jugendoffensive AKKU II“ fördert als Teil des „Ausbildungsbündnisses“ seit 2008 elf überregionale Projekte in Baden-Württemberg zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit, zur Qualifizierung und Integration von nicht ausbildungsreifen oder benachteiligten Jugendlichen sowie zur Verbesserung des Berufseinstiegs. Zielgruppe sind Jugendliche mit Migrationshintergrund, Schulabgängerinnen bzw. -abgänger mit und ohne Hauptschulabschluss oder mit geistigen oder körperlichen Beeinträchtigungen sowie Jugendliche, die eine Ausbildung abgebrochen haben.

Laufzeit: 2008 bis 2011

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: In der Programmlaufzeit stehen 4,2 Mill. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds und 2,5 Mill. Euro Landesmittel zur Verfügung. „AKKU II“ knüpft an die Jugendoffensive „AKKU – wir laden Projekte (2003-2007)“ an.

Quelle: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

Programm

Praxisbeispiel 1.3.1: Die Schönaicher Patenaktion – ein Erfolgsmodell aus dem Landkreis Böblingen



In Schönaich werden Hauptschülerinnen und Hauptschüler von ehrenamtlichen Patinnen und Paten bei der Berufsfindung und beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung begleitet. In dieser schwierigen Phase sind Jugendliche und ihre Eltern oft unsicher und fühlen sich überfordert. Die Patenaktion richtet sich vor allem an bildungsschwächere Jugendliche, die individuelle Förderung und gezielte Unterstützung brauchen. Die ehrenamtlichen Patinnen und Paten beraten, motivieren, begleiten, leiten an und unterstützen überall dort, wo Hilfe gebraucht wird. Die Ehrenamtlichen sind bis ins erste Ausbildungsjahr hinein Ansprechpartner und halten außerdem Kontakt zum Elternhaus, zur Klassenlehrerin bzw. zum Klassenlehrer, zu Berufsschullehrerinnen bzw. Berufsschullehrern sowie Ausbilderinnen bzw. Ausbildern im Betrieb. Das erfolgreiche Schönaicher Modell wurde im Landkreis Böblingen flächendeckend ausgebaut und ist mittlerweile an jeder Hauptschule vertreten. 2009 waren 360 Patinnen und Paten im Einsatz, die durch regelmäßige Treffen eng miteinander vernetzt sind. Zur fachlichen Begleitung der Ehrenamtlichen hat das Landratsamt Böblingen eine Koordinationsstelle eingerichtet, die die Arbeit der Ehrenamtlichen unter anderem über eine Internetseite (www.patenaktion.de) unterstützt.

Quellen: Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune: www.familienfreundliche-kommune.de; Landkreis Böblingen; www.patenaktion.de.

Praxisbeispiel

Einen wichtigen Beitrag beim Übergang Schule-Beruf leisten zudem das Programm „KOMET – Kompetenz- und Erfolgstraining für Jugendliche“⁶ und als Teil der „Jugendoffensive AKKU II“ das Projekt „carpo“⁷ mit seinem Konzept der assistierten Ausbildung, das Jugendliche in besonderen Lebenslagen (z.B. Altbewerberinnen und Altbewerber oder junge Eltern) oder Jugendliche mit Migrationshintergrund an eine betriebliche Ausbildung heranführt. Unterstützung bieten auch kommunale Patenmodelle (vgl. Praxisbeispiel 1.3.1).

Berufsausbildung Jugendlicher mit Migrationshintergrund fördern

In Baden-Württemberg hatte im Jahr 2007 fast ein Drittel der 25- bis 35-Jährigen mit Migrationshintergrund keinen Berufsabschluss. Auf Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund traf dies zu 8 % zu.⁸ Die bessere Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in die berufliche Bildung gehört zu den zentralen Herausforderungen im „Kinderland Baden-Württemberg“. Neben der „Jugendoffensive AKKU II“ stellt der 2008 beschlossene „Integrationsplan Baden-Württemberg“ dafür die Weichen. Der Plan benennt zahlreiche Maßnahmen, die Jugendliche bei der Berufswahl und beim Berufseinstieg unterstützen. Über sprachliche Defizite hinaus sind mangelnde Kenntnisse über das Ausbildungswesen eine Ursache für Ausbildungsprobleme. Im Rahmen des vom Europäischen Sozialfonds geförderten und 2010 gestarteten Projekts „Azubi statt ungelernt – mehr türkische Jugendliche ausbilden“ werden türkische Eltern besucht und über die Bedeutung einer Berufsausbildung sowie über das Bildungssystem informiert. Zusätzlich werden seit 2009 in einem bundesweit einzigartigen Projekt in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM) Filmspots im türkischen Fernsehen gesendet.⁹

Das berufliche Bildungswesen

Das berufliche Bildungswesen gliedert sich in Anlehnung an den Nationalen Bildungsbericht in das duale System, das Schulberufssystem und das Übergangssystem.¹⁰ Im dualen System findet die Ausbildung im Betrieb und an den Berufsschulen statt. Das breit ausgebaute Schulberufssystem führt – in Ergänzung zum dualen System – in vollzeitschulischer Ausbildung zu einem beruflichen Abschluss, teilweise in Verbindung mit dem Erwerb eines allgemeinbildenden Abschlusses. Das Übergangssystem schließlich wendet sich an Jugendliche, die ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt durch eine vollzeitschulische Berufsvorbereitung oder berufliche Grundbildung verbessern oder einen höheren allgemeinbildenden Schulabschluss, teilweise sogar mit Hochschulzugangsberechtigung, erlangen wollen. Das Übergangssystem wird u.a. mit dem Ziel, die Chancen von leistungsschwächeren Jugendlichen auf eine Berufsausbildung bestmöglich zu erhöhen, kontinuierlich weiterentwickelt. Hierzu wurde beispielsweise im Bereich des BEJ, BVJ und VAB die individuelle Förderung auf der Grundlage eines fundierten Diagnoseverfahrens eingeführt.

Mehr neu Auszubildende bei konstanter Verteilung auf Ausbildungsarten

Im Schuljahr 2008/09 begannen knapp 175 000 junge Erwachsene eine Ausbildung im beruflichen Bildungswesen Baden-Württembergs (Abbildung 1.3.1). Dies sind gut 5 % mehr Ausbildungsanfängerinnen bzw. -anfänger als 2004. Fast die Hälfte der Auszubildenden nahm dabei eine Ausbildung im dualen System auf, ein gutes Drittel

⁶ Baden-Württemberg Stiftung.

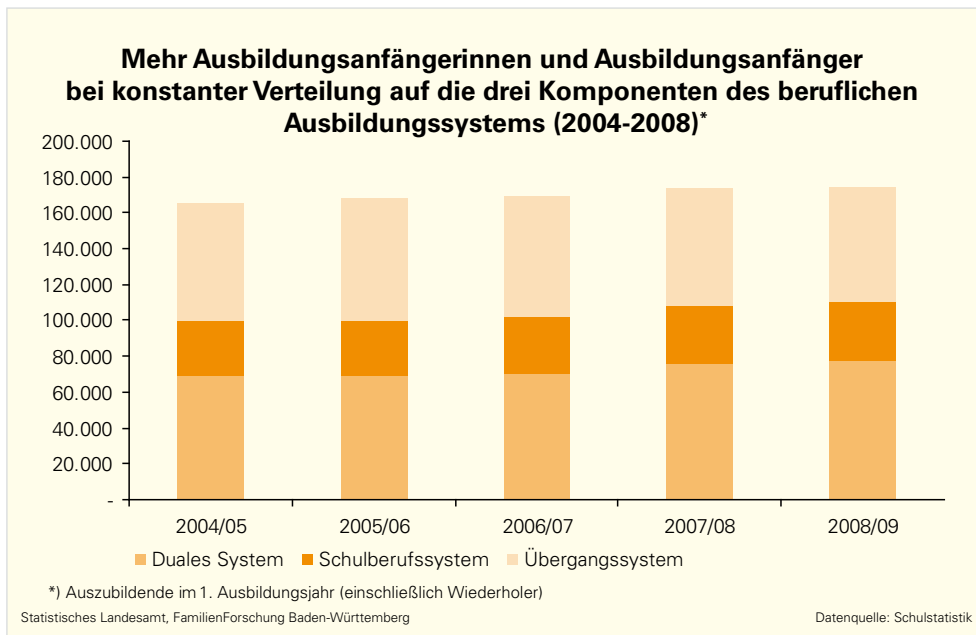
⁷ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg; Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit; Der Paritätische; Diakonie Württemberg.

⁸ Hin 2009.

⁹ Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

¹⁰ Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010.

Abbildung 1.3.1

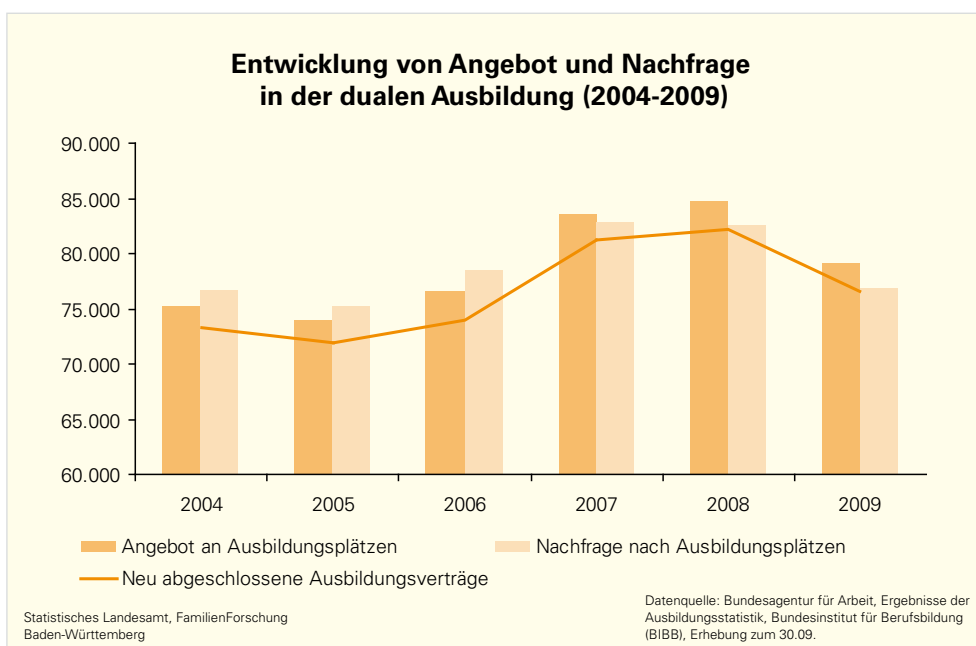


besuchte eine Schule des Übergangssystems und ein knappes Fünftel begann eine schulische Berufsausbildung. Diese Verteilung blieb im Berichtszeitraum bei einem leichten Bedeutungszuwachs der dualen Ausbildung, deren Anteil in den Vorjahren zugunsten des Übergangssystems und der schulischen Berufsausbildung zurückgegangen war, relativ konstant.

Bis 2006 war die Situation für Jugendliche in dualer Ausbildung schwierig und die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen größer als die Zahl angebotener Stellen (Abbildung 1.3.2). 2007 kam es in Baden-Württemberg zu einer Trendwende und es wurden mehr Ausbildungsplätze angeboten als nachgefragt. Bereits ab 2006 erhöhte sich

2007 positive Trendwende in der dualen Ausbildung

Abbildung 1.3.2



jährlich die Zahl abgeschlossener Ausbildungsverträge bis auf rund 82 000 im Jahr 2008. Aufgrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise kam es 2009 zu einem Rückgang auf knapp 77 000 abgeschlossene Verträge. Da gleichzeitig unter anderem die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger zurückging (siehe Kapitel 1.2.3), blieb die Angebots-Nachfragerelation weiterhin positiv.

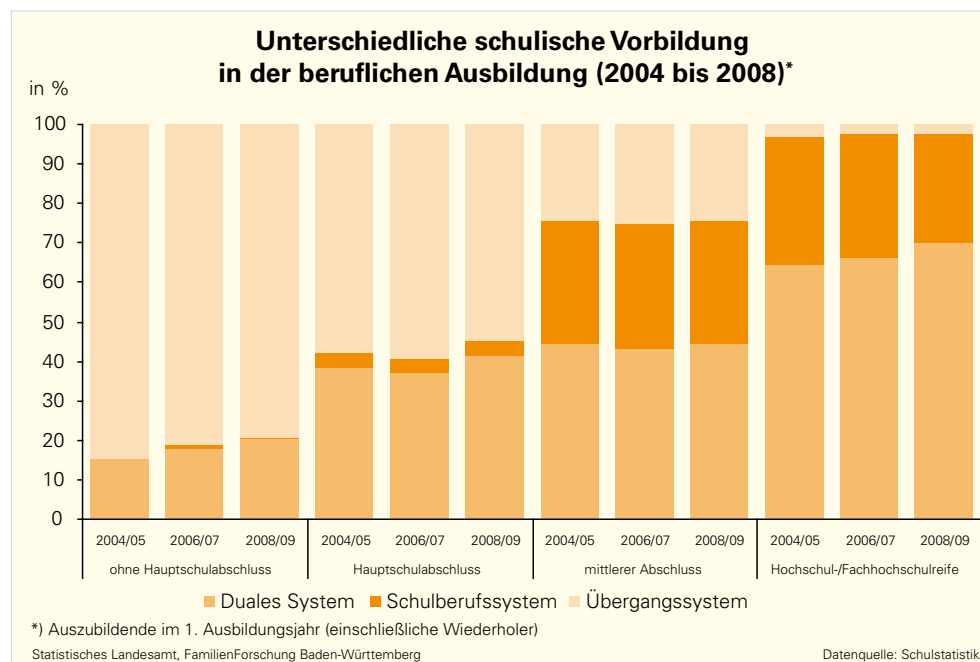
Deutschlandweit wurden von 2004 bis 2009 jährlich zwischen 550 000 und 630 000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Ähnlich der Entwicklung in Baden-Württemberg nahm dabei 2008 und 2009 die Zahl der neuen Ausbildungsverträge ab, insbesondere die neuen Länder sind von diesem Rückgang betroffen. Insgesamt war aber ab 2008 das Verhältnis von Ausbildungsnachfrage und -angebot in Deutschland positiv. In den Vorjahren überstieg dagegen die Nachfrage das Angebot. Nach wie vor negativ ist die Angebots-Nachfrage-Relation in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Berlin. Der Ausbildungsmarkt in Baden-Württemberg lag bezüglich der Angebots-Nachfrage-Relation im Berichtszeitraum durchgehend auf einem der vordersten Plätze.¹¹

Schulische Bildung prägt Chancen in der Berufsausbildung

Ausbildungschancen

Je nach Art der schulischen Ausgangsqualifikation schließen sich für Jugendliche unterschiedliche Wege in der beruflichen Bildung an (Abbildung 1.3.3). Für alle Bildungsgruppen zeigt sich seit 2004 eine tendenzielle Verschiebung weg vom Übergangssystem hin zum dualen System, ohne allerdings etwas am Gesamtbild zu verändern: Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger mit und ohne Hauptschulabschluss lernen überwiegend im Übergangssystem und nur 20 % der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger ohne Schulabschluss fanden 2008 einen Ausbildungsplatz im dualen System – jedoch 41 % der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger mit Hauptschulabschluss, 44 % mit mittlerem Abschluss und 70 % mit (Fach-)Hochschulreife. Während das Schulberufssystem Jugendlichen ohne

Abbildung 1.3.3



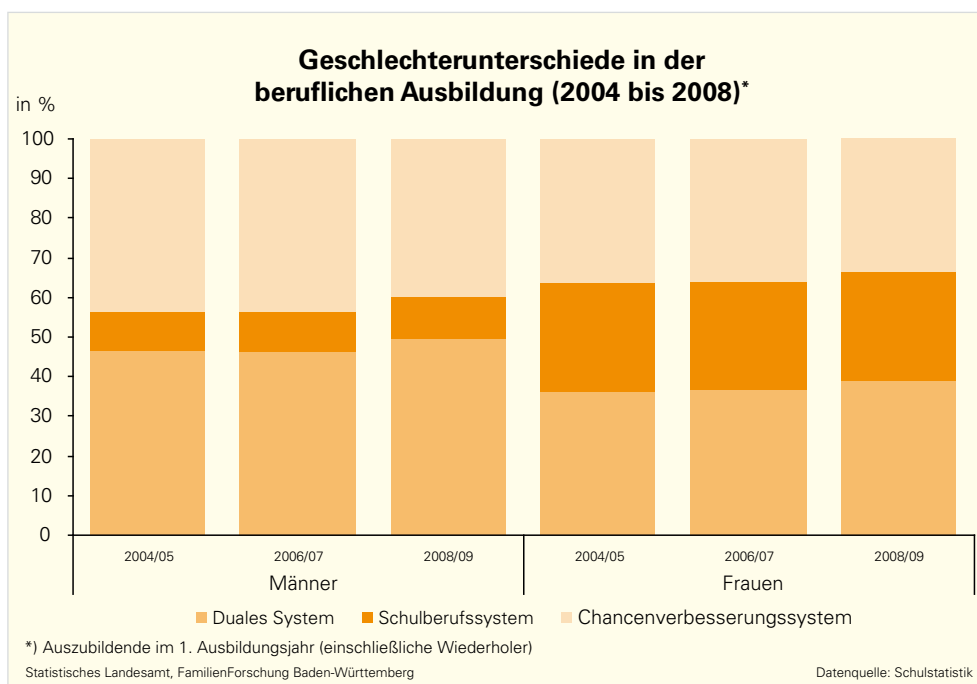
11 Für einen ausführlichen Bundesländervergleich vgl. Ulrich et al. (2010).

Abschluss ebenfalls weitgehend verschlossen bleibt, nahmen 31 % der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger mit mittlerer und 28 % mit höherer Bildung dort eine Ausbildung auf. Welche Ausbildungswege Jugendlichen offenstehen, hängt also stark davon ab, ob die Jugendlichen einen Schulabschluss haben oder nicht.

Jährlich beginnen etwas mehr Männer als Frauen eine berufliche Ausbildung: 2008 gab es 90 000 männliche und 85 000 weibliche Ausbildungsanfänger (Abbildung 1.3.4). Junge Frauen und Männer setzen bei der Ausbildungswahl unterschiedliche Schwerpunkte. Während sich Ausbildungsanfängerinnen relativ gleichmäßig auf die drei Bereiche des beruflichen Bildungswesens verteilen, liegt der Schwerpunkt der Männer im dualen System und nur halb so viele Männer wie Frauen beginnen eine schulische Ausbildung. Zudem gestaltet sich der Übergang in die Ausbildung für Männer oft schwieriger. 2008 begannen 40 % der Männer, aber nur 34 % der Frauen eine Ausbildung im Übergangssystem.

Schülerinnen im Schulberufssystem in der Mehrheit

Abbildung 1.3.4



Auch bei der Berufswahl spielen geschlechtsspezifische Faktoren eine Rolle. Frauen waren 2008 in allen Berufsfeldern des Schulberufssystems in der Mehrheit – bis auf den Bereich Datenverarbeitung mit 83 % Männern.¹² Besonders gering war der Männeranteil in Berufen des hauswirtschaftlichen (8 %) und des sozialen (13 %) Bereichs sowie des Gesundheitswesens (18 %). Im dualen System zeigt sich ein ähnliches Bild. Im Handwerk und in der Landwirtschaft war ein Viertel der Auszubildenden weiblich, im Bereich Hauswirtschaft und in den freien Berufen dagegen eine deutliche Mehrheit (97 %).

Deutliche Geschlechterunterschiede bei der Berufswahl

Ausbildungserfolge

Ist der Einstieg in die Ausbildung geschafft, ist es im nächsten Schritt sowohl für die eigenen Beschäftigungschancen als auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive wichtig, dass diese erfolgreich abgeschlossen wird. Denn die Ausbildungsabsolven-

Mehr berufliche Abschlüsse im Schulberufssystem

12 Die Angaben beziehen sich auf Berufe außerhalb des Berufsbildungsgesetzes.

tinnen und -absolventen stellen das zukünftige Fachkräftepotenzial. Ein beruflicher Abschluss kann im dualen System und im Schulberufssystem erworben werden. Insgesamt haben 2008 knapp 91 000 junge Erwachsene ihre Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen. Dies sind vor dem Hintergrund steigender Schülerzahlen im beruflichen Bildungswesen fast 7 % mehr Abgängerinnen und Abgänger als 2004. Dabei stellte das duale System mit fast 66 000 Absolventinnen und Absolventen nach wie vor die meisten Abgängerinnen bzw. Abgänger, auch wenn der relative Anteil seit 2004 leicht zurückgegangen ist. Demgegenüber hat das Schulberufssystem überproportional an Bedeutung gewonnen und stellt 2008 fast 19 % mehr Abgängerinnen und Abgänger als 2004.

Konstant 18 % vorzeitig gelöste Aus- bildungsverträge

Nicht allen Auszubildenden gelingt es, ihre Ausbildung zu Ende zu führen. So wurde im dualen System im Berichtszeitraum jährlich fast jeder sechste Vertrag vorzeitig gelöst. Besonders häufig kommen Vertragslösungen im Handwerk vor, hier werden 24 % der Verträge gelöst. Sehr gering ist mit 5 % die Lösungsquote im öffentlichen Dienst. Die höchsten Lösungsquoten finden sich in Berufen mit einem überdurchschnittlichen Anteil Auszubildender mit Hauptschulabschluss.

Höherqualifizierung im beruflichen Bildungs- wesen

Zusätzlich zum Erwerb eines Berufsabschlusses bietet das berufliche Bildungswesen die Möglichkeit, einen allgemeinbildenden Abschluss zu erwerben, also einen schulischen Abschluss nachzuholen oder sich weiterzuqualifizieren. Im Berichtszeitraum haben rund 30 % der Abgängerinnen und Abgänger diese Chance wahrgenommen. Dabei wurde 2008 zu etwa gleichen Teilen ein mittlerer Abschluss (29 %), die Fachhochschul- (32 %) oder Hochschulreife (27 %) erworben sowie zu 11 % ein Hauptschulabschluss. Bezieht man die Abgängerinnen und Abgänger von allgemeinbildenden Schulen mit ein, kam fast die Hälfte der Absolventinnen und Absolventen mit Studienberechtigung von einer beruflichen Schule. Vor allem für ausländische Absolventinnen und Absolventen sind die beruflichen Schulen ein häufiger Weg zur Höherqualifizierung. Fast drei Viertel haben ihre Studienberechtigung dort erworben. Die beruflichen Schulen Baden-Württembergs leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Durchlässigkeit in der Bildung und zur Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

1.3.2 Hochschulstudium

Dem Studium an einer Hochschule kommt in einer wissensbasierten Arbeitswelt große Bedeutung zu. Ein Studium erhöht nicht nur die individuellen Beschäftigungschancen, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und Ausbau der Innovationsfähigkeit Baden-Württembergs. Seit der Jahrtausendwende richten sich die Hochschulen zunehmend international aus. Grundlage ist die Bologna-Erklärung von 1999, mit der die Schaffung eines europäischen Hochschulraums und die Angleichung der Studiensysteme beschlossen wurden. Ein zentraler Bestandteil dieses Reformprozesses ist die Umstellung der Studiengänge von Diplom und Magister auf die neuen gestuften Bachelor- und Masterabschlüsse, die zu mehr Beschäftigungsfähigkeit führen, die Studiendauer verkürzen und gleichzeitig die Mobilität der Studierenden erhöhen sollen.

Studienanfänger- und Absolventenquoten erhöhen

Ziel der Landesregierung ist die nachhaltige Erhöhung der Quote der Studienanfängerinnen bzw. -anfänger sowie der Absolventinnen und Absolventen. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Studierenden fast kontinuierlich gestiegen. Im Wintersemester

1998/99 waren 190 000 Studierende an den Hochschulen des Landes eingeschrieben, 2003/04 waren es bereits 230 000 und zum Wintersemester 2009/10 wurde mit über 275 000 Studierenden ein neuer Höchstwert erreicht. Um für die kommenden Jahre sicherzustellen, dass die zunehmende Zahl Studienberechtigter – nicht zuletzt auch wegen des Abiturjahrgangs 2012 – weiterhin die Chance zur Aufnahme eines Studiums hat, initiierte Baden-Württemberg 2006 das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ (vgl. Programm 1.3.3).¹³ Ziel ist es, bis zum Jahr 2012 insgesamt zusätzliche 20 000 Studienanfängerplätze an den Hochschulen des Landes einzurichten.

Programm 1.3.3: „Hochschule 2012“

Ziele: Ausbau der Studienanfängerplätze an den Hochschulen bis 2012

Inhalt: Mit dem Programm „Hochschule 2012“ werden bis zum Jahr 2012 20 000 zusätzliche Studienanfängerplätze in Baden-Württemberg eingerichtet. Anfang 2010 wurde das bisherige Ausbaziel von 16 000 um 4 000 weitere Studienanfängerplätze aufgestockt. Damit wurde auf aktualisierte Vorausschätzungen des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg reagiert. So soll sichergestellt werden, dass die steigende Zahl Studienberechtigter und der Abiturjahrgang 2012 weiterhin die Chance zur Aufnahme eines Studiums haben. Für 2012 werden rund 93 000 Schulabgängerinnen und -abgänger mit Hochschulzugangsberechtigung prognostiziert. Erwartungsgemäß nehmen rund 75 % eines Jahrgangs ein Studium auf, davon die Hälfte im Jahr des Schulabschlusses. Zusätzlich werden 44 000 Studienplätze für Vorjahresabgängerinnen bzw. -abgänger, Studienanfängerinnen bzw. -anfänger aus anderen Ländern und aus dem Ausland, Fachwechslerinnen bzw. Fachwechsler sowie Studienanfängerinnen bzw. -anfänger im Zweitstudium benötigt. Zusammen mit den bereits vorhandenen rund 59 000 Studienanfängerplätzen, wird der Ausbau um insgesamt 20 000 Plätze erfahrungsgemäß ausreichen, um allen interessierten Schulabgängerinnen und -abgängern die Aufnahme eines Studiums zu ermöglichen. Zugleich berücksichtigt das Programm den Bedarf des Arbeitsmarkts an qualifizierten Nachwuchskräften in MINT-Fächern, den Wirtschaftswissenschaften sowie dem Studium im Bereich sozialer Dienstleistungen. Ein weiterer Schwerpunkt ist mit allein 3 300 zusätzlichen Studienanfängerplätzen die Duale Hochschule, die ein besonders praxisnahes Studium bietet. Insgesamt werden bis 2012 539 Mill. Euro aus Landesmitteln investiert.

Laufzeit: seit 2006

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Der Ausbau erfolgt in drei Tranchen: In der ersten Tranche 2007 und 2008 wurden 6 000, in der zweiten 2009 und 2010 nochmals rund 5 500 zusätzliche Studienanfängerplätze eingerichtet. Die dritte Tranche erfolgt 2011 und 2012.

Quelle: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.



Die Entscheidung für ein Studienfach und die passende Hochschule ist weitreichend und oft nicht einfach. Im „Kinderland Baden-Württemberg“ soll Studieninteressierten die Orientierung erleichtert werden. 2007 wurde dazu die Servicestelle „Studieninformation, -orientierung und -beratung (SIOB)“ eingerichtet, die mit der Kampagne „Gscheid studiert“ über alle Fragen des Studierens und das Studium in Baden-Württemberg infor-

**Studienwahl
erleichtern**

¹³ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

miert und dadurch zu einer möglichst passenden Studienwahl führen soll.¹⁴ Besonders erfolgreich und bislang bundesweit einzigartig ist der Einsatz von „Studienbotschaftern“, das sind Studierende, die an Gymnasien und beruflichen Schulen „Studieninformation aus erster Hand“ anbieten. Bis Ende 2009 haben die Studienbotschafterteams schon in rund 600 Einsätzen die Fragen von ca. 35 000 Schülerinnen und Schülern beantwortet – damit wurde rund ein Viertel der Studienberechtigten erreicht.

Absolventenzahl in MINT-Berufen erhöhen

Künftige Beschäftigungschancen liegen besonders in den Fachrichtungen Naturwissenschaften und Technik. In Baden-Württemberg gibt es bereits jetzt einen Ingenieurmangel: 2004 fehlten 5 000 Ingenieurinnen bzw. Ingenieure und im Herbst 2008 wurde mit fast 18 000 offenen Stellen ein Höhepunkt erreicht. Zwar ging diese Zahl bis Ende 2009 konjunkturbedingt auf das Niveau von 2004 zurück, für die Folgejahre wird aber ein erneuter Anstieg prognostiziert.¹⁵ Obwohl Baden-Württemberg von allen Bundesländern den größten Anteil an Hochschulabsolventinnen und -absolventen in einem MINT-Fach¹⁶ hat, ist es weiterhin notwendig, die Zahl der Absolventinnen bzw. Absolventen zu erhöhen. Um mehr Frauen und Männer zu einem MINT-Studium zu motivieren, kooperiert die Landesregierung mit verschiedenen Partnern: Zusammen mit dem Verein Deutscher Ingenieure fördert sie das Modellprojekt „Studienbotschafter Technik“, das Gymnasiastinnen und Gymnasiasten für ein Technikstudium begeistern soll.¹⁷ Zur gezielten Nachwuchsförderung wurde außerdem das Bildungsnetzwerk „Coaching4Future“ für Schülerinnen, Schüler und Studierende eingerichtet.¹⁸ An junge Frauen und Mädchen richten sich das Programm „Schülerinnen forschen – Einblicke

Programme

Programm 1.3.4: „Schülerinnen forschen – Einblicke in Naturwissenschaft und Technik“

Ziele: Frauenanteil in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern erhöhen

Inhalt: Mit dem Programm „Schülerinnen forschen – Einblicke in Naturwissenschaft und Technik“ sollen Mädchen ab Klasse 7 für die Fächer Physik und Chemie begeistert werden. Dadurch werden die Voraussetzungen für ein naturwissenschaftliches oder technisches Studium geschaffen und das Berufswahlspektrum erweitert. Das Programm fördert in Kooperation mit der Regionaldirektion Baden-Württemberg und der Bundesagentur für Arbeit Schülerlabore, Feriencamps und gendergerechte Orientierungsberatung.

Laufzeit: 2008 bis Ende 2010

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: In der ersten Runde 2008 waren die folgenden Hochschulen beteiligt: Pädagogische Hochschulen Heidelberg, Karlsruhe, Schwäbisch Gmünd, die Hochschule Karlsruhe sowie die Universität Konstanz. In der zweiten Runde kamen die Pädagogischen Hochschulen Freiburg und Ludwigsburg, die Hochschule Heilbronn sowie die Universität Stuttgart hinzu.

Quellen: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg; www.schuelerinnen-forschen.de.

¹⁴ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

¹⁵ VDI 2009a,b.

¹⁶ Als MINT-Fach nach „fields of education“ der OECD gilt: Fertigung, Ingenieur- und Bauwesen, Biowissenschaften, Physik, Mathematik und Statistik sowie Informatik.

¹⁷ Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

¹⁸ Baden-Württemberg Stiftung.

Praxisbeispiel 1.3.2: Netzwerk Frauen.Innovation.Technik an der Hochschule Furtwangen

Das Netzwerk Frauen.Innovation.Technik (Netzwerk F.I.T.) besteht seit dem Jahr 2001 und ist an der Hochschule Furtwangen angesiedelt. Die Aktivitäten des Netzwerks sollen dazu beitragen, den Frauenanteil in naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen zu erhöhen. Im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg organisiert das Netzwerk F.I.T. die Sommerhochschule *informatica femminile* und die Frühjahrshochschule *meccanica femminile*. Die *informatica femminile* ist eine einwöchige Sommerhochschule für Frauen in der Informatik. Sie findet im Jahr 2010 bereits zum zehnten Mal statt. Diese Veranstaltung hat das Ziel, hochschulübergreifend Studentinnen und Wissenschaftlerinnen aller Informatikstudiengänge sowie Informatikerinnen aus der Praxis zusammen zu bringen. Der Veranstaltungsort wechselt jährlich zwischen der Hochschule Furtwangen und der Universität Freiburg. Im Jahr 2009 nahmen rund 90 Frauen an der *informatica femminile* teil. Die Frühjahrshochschule *meccanica femminile* wurde aufbauend auf dem Erfolg der *informatica femminile* im März 2010 zum ersten Mal veranstaltet. Sie richtet sich an Frauen der Fächer Maschinenbau und Elektrotechnik. Die erste *meccanica femminile* hatte rund 70 Teilnehmerinnen. Sowohl bei der *informatica femminile* als auch bei der *meccanica femminile* wird ein Schülerinnen-Tag angeboten, bei dem sich die Schülerinnen über die Studiengänge Informatik, Maschinenbau und Elektrotechnik informieren können.

Quelle: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

P raxisbeispiel

in Naturwissenschaft und Technik“¹⁹ (vgl. Programm 1.3.4), die Projekte „Be Ing!“, „Perspektive Ingenieurinnen“²⁰ sowie das „Netzwerk Frauen.Innovation.Technik“ (vgl. Praxisbeispiel 1.3.2)²¹. Im März 2010 wurde zudem die Initiative „Frauen in MINT-Berufen in Wirtschaft und Wissenschaft“ gestartet, die laufende Programme aufeinander abstimmen und neue Akzente setzen soll.²²

Ebenso bedeutsam wie der quantitative Ausbau der Hochschulen ist die Studienqualität. In Baden-Württemberg sollen die Studienbedingungen verbessert und die Lehre gestärkt werden. Seit 2007 gibt es an den Hochschulen des Landes neben Forschungsprofessuren auch so genannte Lehrprofessuren, die stärker der Lehre verpflichtet sind. Weitere Professoren- bzw. Dozentenstellen mit Schwerpunkt Lehre können seit 2009 aus Studiengebühren finanziert werden. Da aus Studiengebühren finanzierte Maßnahmen nicht die Aufnahmekapazität einer Hochschule erhöhen, profitieren die Studierenden hierdurch unmittelbar durch eine verbesserte Betreuungsrelation. Zudem unterstützt das Land mit der „Aktion gutes Studium“ seit 2002 die Hochschulen in ihren Anstrengungen zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehrqualität.²³ Dazu gehört das „Bündnis für Lehre“, das Tutorienprogramme und den Landeslehrpreis umfasst.

Studienbedingungen verbessern und Lehre stärken

¹⁹ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg; Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit.

²⁰ Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

²¹ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

²² Wirtschaftsministerium; Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

²³ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

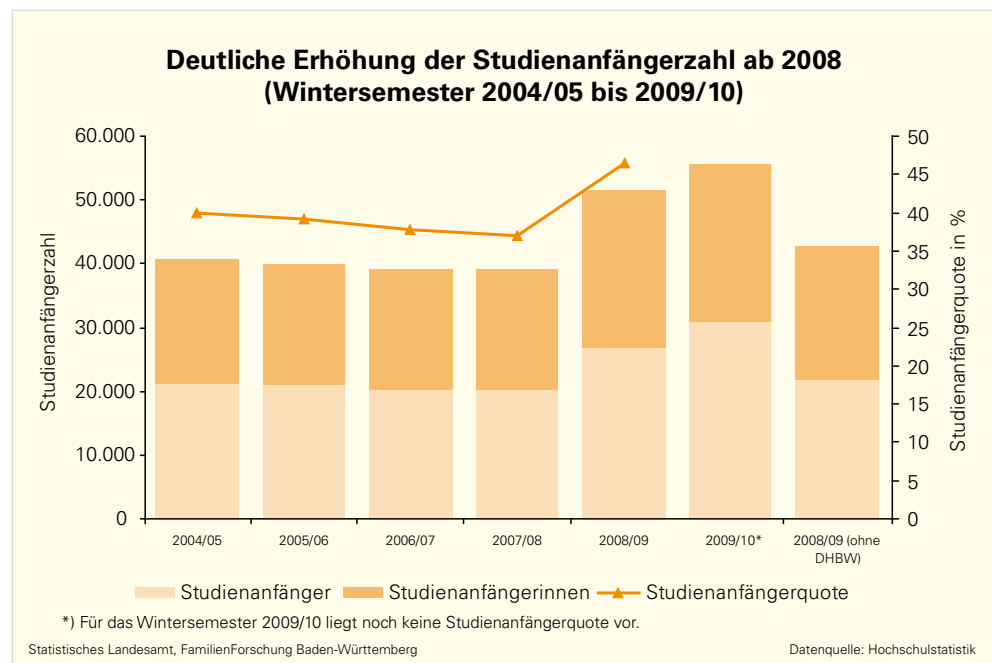
Studienverlauf

Baden-Württemberg verfügt über eine differenzierte Hochschullandschaft mit einer Fülle von Studienmöglichkeiten. In keinem anderem Bundesland gibt es mehr Hochschulen: Abhängig vom Berufswunsch haben Studierende die Wahl zwischen dem Studium an Universitäten, Privaten Wissenschaftlichen Hochschulen, staatlichen und nicht staatlichen (Fach-)Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Kunst- und Musikhochschulen, Film- und Popakademie, der Akademie für Darstellende Kunst sowie der Dualen Hochschule, die aus den ehemaligen Berufsakademien hervorgegangen ist.

Mehr Studienanfängerinnen und -anfänger – verstärkt durch Duale Hochschulen

Im Wintersemester 2009/10 nahmen über 55 000 Studierende ein Studium in Baden-Württemberg auf (Abbildung 1.3.5). Dies ist erneut ein deutlicher Anstieg gegenüber den Vorjahren, nachdem ab dem Wintersemester 2004/05 die Zahl fast jährlich zurückging. Dabei hat die Einführung der Studiengebühren 2007 nicht zu einem weiteren Rückgang geführt. Der auffällig starke Anstieg zum Wintersemester 2008/09 ist unter anderem auf die Verleihung des Hochschulstatus an die Duale Hochschule Baden-Württemberg – vormals Berufsakademien – zurückzuführen. An der Dualen Hochschule nahmen fast 9 000 Studierende ein Studium auf. Aber auch ohne diese Gruppe hat sich die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger zum Wintersemester 2008/09 im Vergleich zum Vorjahr um fast 2 000 Studierende erhöht. Nahezu parallel zur Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger entwickelt sich die Studienanfängerquote.²⁴ Diese erreichte im Jahr 2008 mit 47 % einen Höhepunkt, nachdem sie in den Vorjahren noch ohne die Studienanfängerinnen und -anfänger der Dualen Hochschule Baden-Württemberg von rund 40 % auf 37 % gesunken war.²⁵

Abbildung 1.3.5



24 Die Studienanfängerquote gibt den Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsemester an der Bevölkerung im entsprechenden Alter wider.

25 Für das Wintersemester 2009/10 liegt die StudienanfängerInnenquote noch nicht vor.

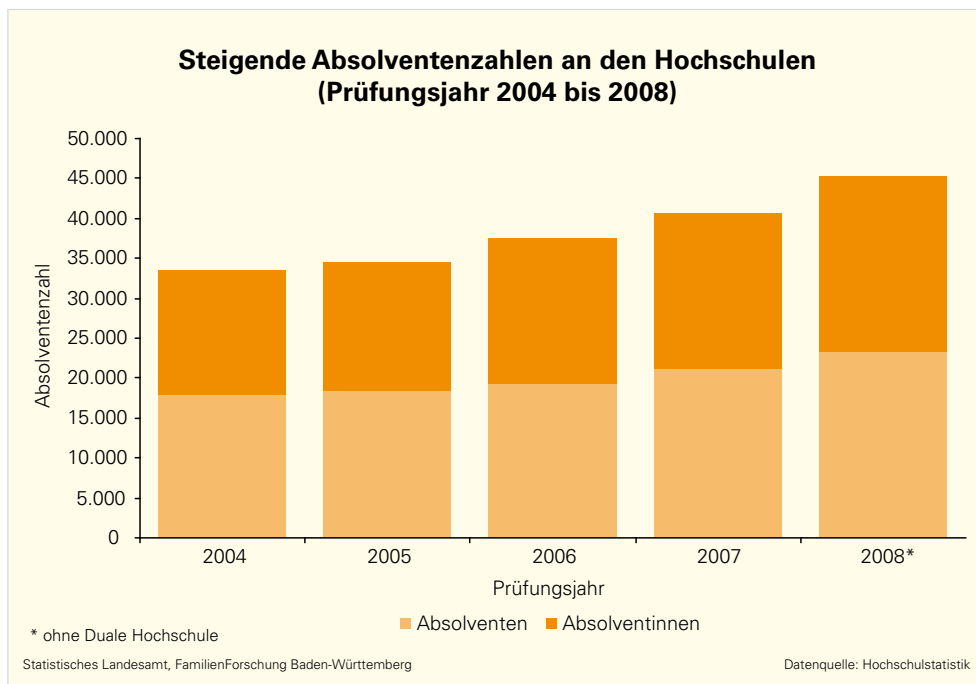
Unter allen Studienanfängern sind etwas weniger Frauen als Männer. Der Frauenanteil lag im Berichtszeitraum bis 2008 relativ konstant bei 48 %. Im Wintersemester 2009/10 ging er zurück auf 44 %. Deutlich überproportional ist demgegenüber der Anteil der Studienanfängerinnen an den Pädagogischen Hochschulen. Hier sind Frauen mit konstant rund 84 % aller Studienanfänger in der Mehrheit. An den Fachhochschulen konnten Studienanfängerinnen den Abstand zu ihren männlichen Kommilitonen abbauen. Im Wintersemester 2009/10 waren hier rund 41 % der Studienanfänger weiblich, 2004/05 waren es 35 %.

Studentinnen holen an Fachhochschulen auf

Entscheidend ist nicht nur, wie viele junge Menschen ein Studium beginnen, sondern auch wie viele dieses erfolgreich abschließen. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen ist seit 2004 konstant um insgesamt rund ein Drittel gestiegen und erreichte 2008 mit gut 45 000 Absolventinnen und Absolventen einen neuen Höhepunkt (Abbildung 1.3.6). Der prozentuale Zuwachs fällt dabei für alle Hochschularten ähnlich hoch aus. Der Frauenanteil hat sich im Berichtszeitraum leicht von 46 % auf 48 % erhöht und verhält sich analog zum Anteil der Studienanfängerinnen. An den Pädagogischen Hochschulen sind Frauen mit über 80 % konstant in der Mehrheit, dagegen an den Fachhochschulen mit 39 % unverändert in der Minderheit. An den Universitäten konnten Frauen ihren Anteil im Berichtszeitraum von 44 % auf 49 % am stärksten ausbauen.

Mehr Absolventinnen und Absolventen an allen Hochschularten

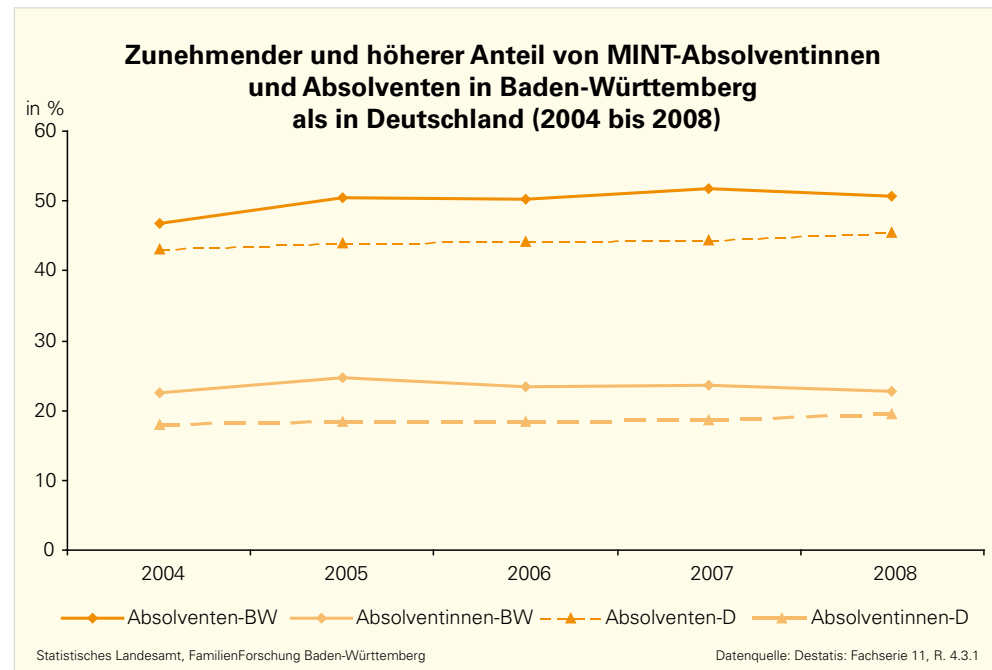
Abbildung 1.3.6



Baden-Württemberg hat von allen Bundesländern den größten Anteil an Absolventinnen und Absolventen in einem MINT-Fach. Von allen Absolventinnen und Absolventen haben in Baden-Württemberg im Berichtszeitraum jährlich weit mehr als ein Drittel – mit zunehmender Tendenz – in einem MINT-Fach ihr Studium abgeschlossen. Im Bundesdurchschnitt waren es stets 5 bis 7 Prozentpunkte weniger. Auch die absolute Zahl der MINT-Absolventinnen und Absolventen hat sich in Baden-Württemberg von rund 11 000 auf gut 16 000 erhöht. Männer wählen dabei deutlich häufiger ein MINT-Fach als Frauen (Abbildung 1.3.7). Absolventinnen studierten im Berichtszeitraum zu

Zunehmender Anteil von MINT-Absolventinnen und -absolventen

Abbildung 1.3.7

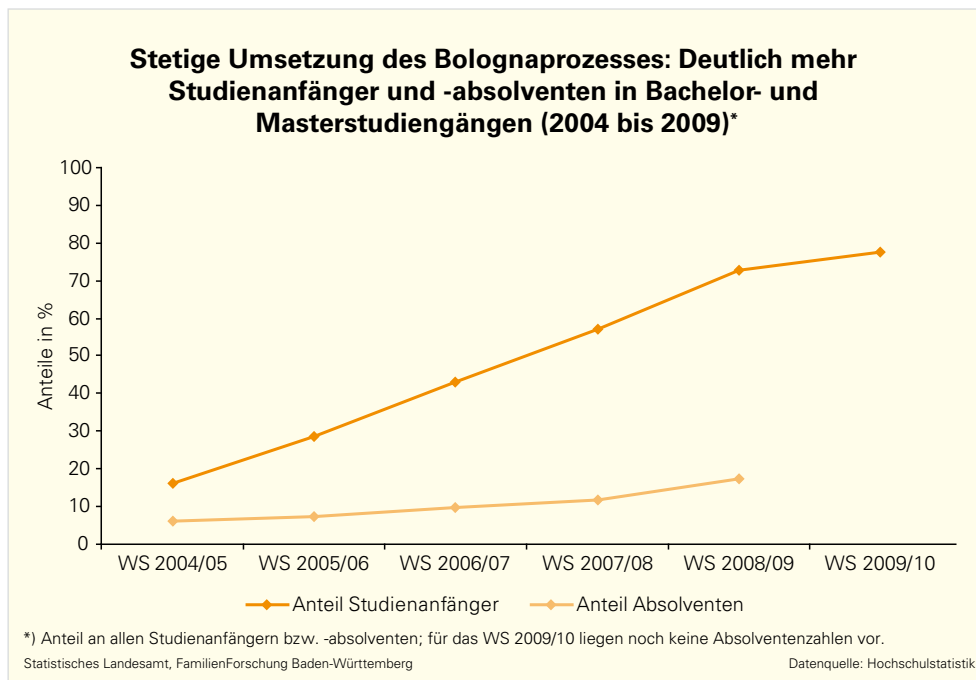


rund 23 % ein MINT-Fach. In allen anderen Bundesländern entscheiden sich Frauen noch etwas seltener für ein MINT-Studium: Deutschlandweit haben 2008 rund 19 % der Absolventinnen ein MINT-Fach studiert. Männliche MINT-Absolventen haben dagegen seit 2004 ihren Anteil an allen Absolventen von 47 % im Jahr 2004 auf knapp 51 % im Jahr 2008 leicht erhöht. Deutschlandweit den größten Anteil männlicher MINT-Absolventen gab es 2008 in Sachsen (53 %), im Bundesdurchschnitt waren es 45 %. Entsprechend befinden sich unter allen MINT-Absolventen deutlich weniger Frauen als Männer. Der Frauenanteil liegt in Baden-Württemberg wie im Bundesdurchschnitt seit 2004 relativ konstant bei knapp 30 %. Zusammenfassend entscheiden sich Frauen damit nach wie vor deutlich seltener für das Studium eines MINT-Fachs als Männer.

Zuwachs an Bachelor- und Masterstudierenden

Der Anteil der Studienanfänger sowie der Absolventen in Bachelor- und Masterstudiengängen an allen Studienanfängern bzw. Absolventen gibt Auskunft über den Stand des Bolognaprozesses. Die Umsetzung erfolgt zügig und mittlerweile haben sich im Wintersemester 2009/10 fast 78 % aller Studienanfängerinnen und -anfänger in einem Bachelor- oder Masterstudiengang immatrikuliert (Abbildung 1.3.8). Fünf Jahre zuvor waren es noch 16 %. Der Absolventenanteil entwickelt sich erwartbar verzögert. Der Anteil der Bachelor- und Masterprüfungen lag im Wintersemester 2008/09 bei 17 %, hat sich seit 2004 aber ebenfalls nahezu verdreifacht. Insgesamt waren im Wintersemester 2009/10 bereits über die Hälfte aller Studierenden in einem Bachelor- oder Masterstudiengang immatrikuliert. Am weitesten vorangeschritten mit der Umstellung sind die Fachhochschulen und Privatuniversitäten, an denen bereits die Mehrheit der Studierenden einen Bachelor- oder Masterstudiengang belegt. An den staatlichen Universitäten, die einen größeren Anteil an Staatsexamen-Studiengängen aufweisen, studiert etwa ein Viertel der Studierenden in einem Bachelor- oder Masterstudiengang.

Abbildung 1.3.8



Studienqualität

Wichtig für die Qualität eines Studiums ist die Betreuung durch wissenschaftliche Lehrkräfte sowie Professorinnen und Professoren. Die Betreuungsrelation, also die Relation von Studierenden zu Lehrkräften,²⁶ hat sich seit 2003 insgesamt verbessert, allerdings mit deutlichen Unterschieden. Am besten ist die Betreuungsrelation an den Kunsthochschulen und Universitäten: Sie beträgt hier unverändert rund 6 bzw. 7 Studierende pro Lehrkraft. Von 20 auf 18 Studierende pro Lehrkraft im Jahr 2008 verbessert, hat sich die Relation an den Pädagogischen Hochschulen. Ebenfalls günstiger geworden, 2008 aber nach wie vor relativ hoch, ist das Verhältnis an den Fachhochschulen mit 25 Studenten pro Lehrkraft.

Diese Rangfolge ändert sich, betrachtet man nicht alle Lehrkräfte, sondern lediglich Professorinnen und Professoren, die letztlich die Ausbildungsverantwortung tragen. Besonders an Fachhochschulen hat sich die Betreuungsrelation im Berichtszeitraum verbessert. Kamen dort 2003 noch 41 Studierende auf eine Professorin bzw. Professor, waren es 2008 nur 29. An der Spitze stehen weiterhin die Kunsthochschulen mit 11 Studierenden pro Professorin bzw. Professor, gefolgt von Fachhochschulen (29 Studierende), Pädagogischen Hochschulen (55 Studierende) und Universitäten (58 Studierende).²⁷

In Baden-Württemberg wurde 2009 die zweite landesweite Absolventenbefragung an Fachhochschulen durchgeführt.²⁸ Von den befragten Absolventinnen und Absolventen der Jahrgänge 2004 und 2007 sind retrospektiv 88 % zufrieden bis sehr zufrieden mit

Betreuungsverhältnis an den Hochschulen verbessert

Hohe Zufriedenheit mit dem (Fachhochschul)-Studium

²⁶ Lehrkräfte, also das wissenschaftliche und künstlerische Hochschulpersonal, sind in Vollzeitäquivalente umgerechnet: Teilzeitbeschäftigte werden mit dem Faktor 0,5 bewertet, nebenberuflich Beschäftigte mit 0,2.

²⁷ Nach Fachrichtungen ist die Betreuungsrelation in MINT-Fächern besser als in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, an denen 2006 an Universitäten, Kunst- und Pädagogischen Hochschulen mit 28 Studierenden doppelt so viele Studierende auf eine Lehrkraft kamen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008).

²⁸ Die Studie erfolgte im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg sowie 18 Fachhochschulen durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010).

ihrem Studium, nur 4 % sind ausdrücklich unzufrieden. Differenziert betrachtet sind die Studierenden im Nachhinein eher unzufrieden mit der Beratung beim Berufseinstieg (31 %) und dem Angebot an berufsorientierenden Veranstaltungen (22 %). Zufrieden sind sie dagegen mit dem Zugang zu Praktika (82 %), EDV-Diensten (79 %) sowie der fachlichen Betreuung und Beratung (68 %).

1.3.3 Berufseinstieg nach Ausbildung und Studium

Der Berufseinstieg ist die „zweite Schwelle“ im Verlauf der beruflichen oder akademischen Ausbildung. Ein möglichst reibungsloser Übergang ist wichtig für den Start in eine eigenständige Lebensführung, die Integration in den Arbeitsmarkt und nicht zuletzt die Möglichkeit zur Gründung einer Familie. „Kinderland Baden-Württemberg“ hört mit dem Abschluss von Ausbildung oder Studium nicht auf, sondern zielt weiter auf den Übergang in den Beruf.

Berufseinstieg nach der Ausbildung ...

Eine Stärke der dualen Berufsausbildung in Baden-Württemberg zeigt sich beispielsweise in der engen Verzahnung von Ausbildung und Beschäftigung. Die Mehrheit der Auszubildenden wird nach erfolgreichem Abschluss ihrer Lehrzeit direkt von ihrem Ausbildungsbetrieb übernommen.²⁹ Die hohen Anforderungen eines wissensbasierten Arbeitsmarkts machen allerdings besonders lernschwächeren jungen Menschen den Berufseinstieg schwer. Dabei lautet die politische Erwartung an die Arbeitsagenturen und Kommunen im Land: Kein Jugendlicher bleibt länger als drei Monate arbeitslos. Im Februar 2010 ist dies bei fast 60 % der arbeitslosen Jugendlichen gelungen.³⁰ Um Arbeitslosigkeit vorzubeugen, werden seit 2006 in Baden-Württemberg Jugendliche der oberen Klassenstufen der Hauptschulen, Werkrealschulen oder Förderschulen sowie des Übergangssystems im Rahmen des Projekts „Individuelle Lernbegleitung für Jugendliche beim Übergang zwischen Schule und Beruf“ von ehrenamtlich Tätigen beim Berufseinstieg begleitet.³¹ Darüber hinaus steht die Hälfte der 100 zusätzlichen Lehrerstellen, mit denen die beruflichen Schulen 2009 ausgestattet wurden, dem Weiterbildungsbereich zur Verfügung. Weiterbildung ist gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise eine Zukunftsinvestition, die Arbeitslosigkeit nach der beruflichen Erstausbildung zu vermeiden hilft und Fachkräfte an Unternehmen bindet.

... und nach dem Studium optimieren

Für baden-württembergische Hochschulabsolventinnen und -absolventen verläuft der Berufseinstieg in der Regel bruchlos und eine Mehrheit findet im unmittelbaren Anschluss an das Studium eine Anstellung oder macht sich selbstständig.³² Unterstützung beim Berufseinstieg finden Absolventinnen und Absolventen durch die von den Hochschulen eingerichteten „Career Center“ und „Campusagenturen“ (vgl. Praxisbeispiel 1.3.3). An Universitätsabsolventinnen und -absolventen richtet sich das zum Wintersemester 2009/10 initiierte Programm „Beschäftigung von MINT-Absolventen im Wissenschaftsbereich“.³³ Das Land fördert damit zusammen mit Hochschulen, Wirtschaft und Gewerkschaften Beschäftigungsverhältnisse in

²⁹ Bohachova/Klee 2008.

³⁰ Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Baden-Württemberg.

³¹ Ministerium für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

³² Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010.

³³ Staatsministerium; Ministerien für Wissenschaft, Forschung und Kunst; Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren; Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

**Praxisbeispiel 1.3.3:
Schnittstelle zwischen Studium und Beruf –
der Career Service
der Eberhard Karls Universität Tübingen**



Praxisbeispiel

Der Career Service der Eberhard Karls Universität Tübingen ist innerhalb des Arbeitsbereichs des Akademischen Beratungszentrums (ABZ) eine Serviceeinrichtung für Studierende, Absolventinnen und Absolventen. Er fungiert als Bindeglied zwischen Studium und Beruf mit dem Ziel, den Berufseinstieg zu erleichtern. Mit seiner Schnittstellenfunktion ist der Career Service zugleich Ansprechpartner für Unternehmen, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Das „Tübinger Modell“ fasst drei zentrale Arbeitsgebiete zusammen und vernetzt diese sowohl inhaltlich als auch personell: Als erstes Arbeitsgebiet bietet das Studium Professionale ein umfangreiches Kursangebot zur Vermittlung von fachübergreifenden, berufsfeldorientierten Schlüsselqualifikationen. Das zweite Arbeitsgebiet bietet eine studienbegleitende Beratung und Information aller Absolventinnen und Absolventen zu Berufsorientierung, Karriere, Praktika und Bewerbung. Außerdem gibt es ein zentrales Onlinejobportal. Als drittes Arbeitsgebiet kommen die Kontakte zu Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Institutionen und Unternehmen hinzu. Der Career Service wird kostenlos angeboten und finanziert sich aus Studiengebühren.

Quelle: Universität Tübingen: www.uni-tuebingen.de.

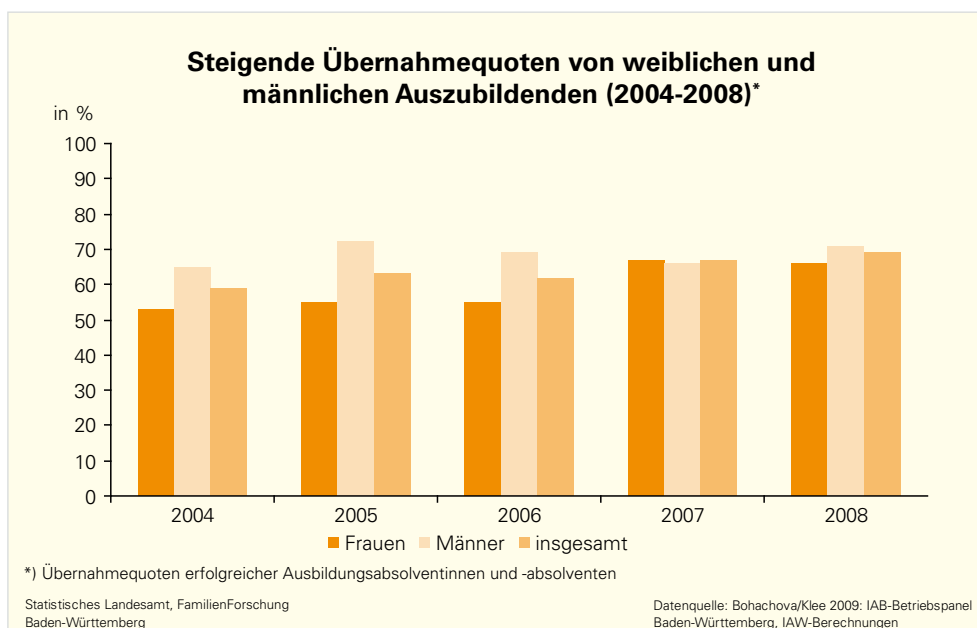
Forschungs- und Technologietransferprojekten. Das Programm ist zunächst auf 500 Absolventinnen und Absolventen mit einer Förderdauer von einem Jahr ausgelegt. Hierfür werden vom Land 9 Mill. Euro zur Verfügung gestellt. Eine Erweiterung bzw. Ausdehnung des Programms ist angedacht.

Berufseinstieg nach Abschluss einer beruflichen Ausbildung

Wenngleich der direkte Berufseinstieg aus der beruflichen Ausbildung nicht immer garantiert ist, haben in Baden-Württemberg die unmittelbaren Übernahmen in ein

**Zunehmend mehr
Übernahmen nach der
Ausbildung**

Abbildung 1.3.9



Beschäftigungsverhältnis zugelegt: 2008 wurden 69 % der Auszubildenden nach Ausbildungsabschluss direkt übernommen, 2004 waren es noch 59 % (Abbildung 1.3.9). Im Ländervergleich ist die Übernahmechance überdurchschnittlich: Deutschlandweit lag die jährliche Übernahmekquote ca. 10 Prozentpunkte niedriger.³⁴ Die Beschäftigungsquote erhöht sich zudem innerhalb eines Jahres nach Ausbildungsabschluss schrittweise. Die jungen Erwachsenen finden also – auch wenn keine direkte Übernahme erfolgt – nach und nach einen Arbeitsplatz.

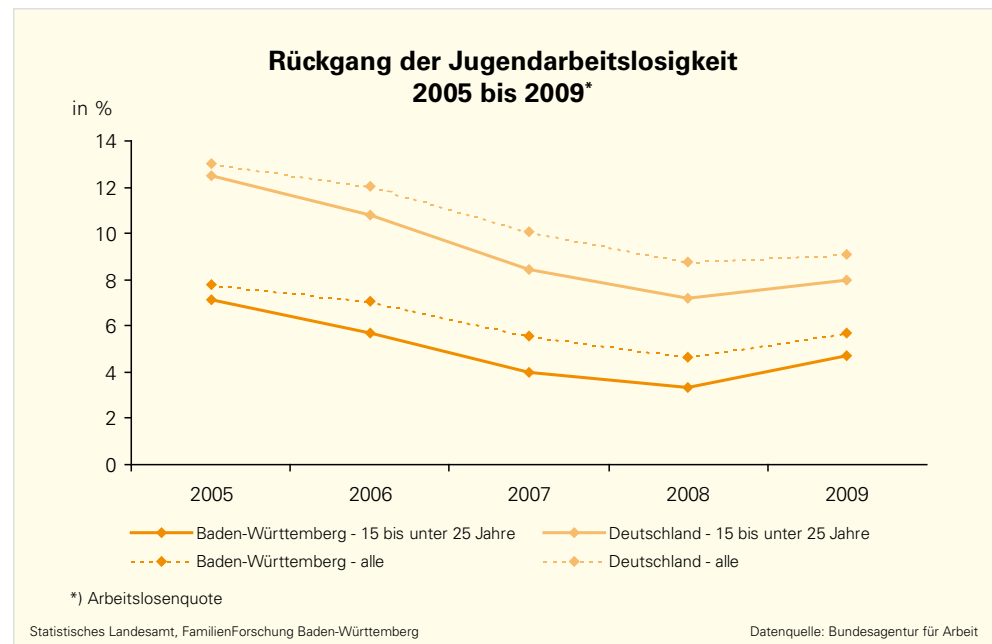
Höhere Übernahmekquote männlicher Auszubildender

Die Übernahme nach der Ausbildung verläuft für Frauen und Männer unterschiedlich. Dabei werden Männer häufiger direkt übernommen. 2008 wurden 71 % der männlichen und 66 % der weiblichen Auszubildenden weiterbeschäftigt. Das Verhältnis hat sich allerdings angenähert: 2004 lag die Übernahmekquote von Frauen noch 12 Prozentpunkte unter der von Männern.

Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit

Trotz der im Durchschnitt hohen Ausbildungs- und Übernahmekbereitschaft der Unternehmen waren 2009 in Baden-Württemberg 4,7 % der jungen Erwachsenen zwischen 15 und 25 Jahren arbeitslos gemeldet (Abbildung 1.3.10). Die Quote sank seit 2005 von 7,1 % kontinuierlich auf 3,3 % im Jahr 2008, um dann wieder leicht anzusteigen.³⁵ Bei der Bewertung dieser Entwicklung muss berücksichtigt werden, dass 2008 auf dem Arbeitsmarkt ein ausgesprochen positives Jahr war, während 2009 von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt wurde. Insgesamt betrachtet verzeichnete Baden-Württemberg im gesamten Berichtszeitraum sowohl die niedrigste Jugendarbeitslosenquote bundesweit als auch deren stärksten Rückgang. Deutschlandweit lag die Jugendarbeitslosenquote 2009 bei 8,0 %. Außerdem sind in Baden-Württemberg junge Menschen seltener arbeitslos als die Erwerbsbevölkerung insgesamt.

Abbildung 1.3.10



³⁴ Bundesinstitut für Berufsbildung 2009.

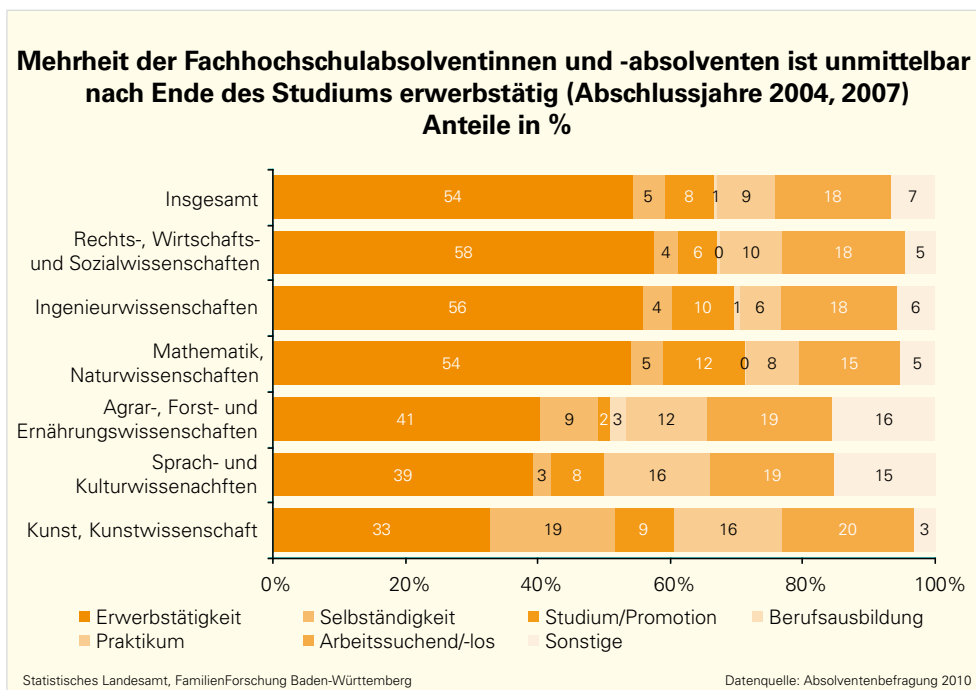
³⁵ Der Berichtszeitraum beginnt hier 2005, da 2004 mit der Änderung der Sozialgesetzgebung auch die Statistik umgestellt wurde, dadurch sind die Zahlen nicht vergleichbar.

Berufseinstieg nach Abschluss eines Hochschulstudiums

Für Hochschulabsolventinnen und -absolventen bieten sich durch den zunehmenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften gute Arbeitsmarktperspektiven. Ein akademischer Abschluss senkt das Risiko der Erwerbslosigkeit und erhöht die Beschäftigungschancen.³⁶ In Baden-Württemberg fanden 54 % der Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen der Abschlussjahre 2004 und 2007 unmittelbar nach Abschluss ihres Studiums eine Anstellung, 5 % machten sich selbständig (Abbildung 1.3.11). Knapp 18 % waren im Anschluss an das Studium zunächst arbeitslos. Ein Teil der Absolventinnen und Absolventen verblieb weiterhin im Bildungsbereich: Rund 8 % begannen ein weiteres Studium oder eine Promotion, 1 % eine Berufsausbildung. Ein Praktikum absolvierten knapp 9 % der Absolventinnen und Absolventen.

Rascher Berufseinstieg nach Fachhochschulstudium

Abbildung 1.3.11



Die Art des Berufseinstiegs unterscheidet sich dabei nach Fachrichtung. Am häufigsten gelang Studierenden der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein schneller Übergang in abhängige Beschäftigung (58 %), gefolgt von den Ingenieurinnen und Ingenieuren (56 %). Eher geringe Chancen auf unmittelbare Beschäftigung hatten Absolventinnen und Absolventen der Kunst und Kunstwissenschaften (33 %) sowie der Sprach- und Kulturwissenschaften (39 %). In beiden Fachgruppen schließt sich dem Studium überdurchschnittlich häufig ein bezahltes oder unbezahltes Praktikum an.

Der Berufseinstieg von der Universität lässt sich nur bedingt mit dem von einer Fachhochschule vergleichen. Dies ist u.a. auf andere Studienziele und Abschlüsse zurückzuführen. Bundesweit nahmen 2005 rund 30 % der Universitätsabsolventinnen und -absolventen unmittelbar nach Studienabschluss eine berufliche An-

36 Schmidt 2005.

Hohe Übereinstimmung von Studium und beruflicher Position

stellung an. Für 41 % schloss sich dagegen eine weitere Qualifikationsphase in Form eines Studiums, eines Referendariats oder einer Promotion an.³⁷

Eine gefundene Beschäftigung sollte möglichst der im Studium erworbenen Qualifikation entsprechen. In Baden-Württemberg schätzen die meisten Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen der Jahrgänge 2004 und 2007 ihre berufliche Situation mit Blick auf ihr Studium als (überwiegend) angemessen (63 %) ein, 34 % als wenig oder teilweise angemessen und nur 3 % als nicht angemessen. Dies spricht für die hohe Praxisorientierung des Studiums sowie die enge Kooperation der Fachhochschulen mit der Wirtschaft.³⁸

Höhere Einstiegseinkommen nach MINT-Studium

Ein weiterer Hinweis auf den Studienerfolg ist die Höhe des Einstiegseinkommens. Die meisten Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen (30 %) der Jahrgänge 2004 und 2007 begannen mit einem Bruttojahreseinkommen zwischen 30 000 und 40 000 Euro. Dabei gab es deutliche Unterschiede nach der Fachrichtung: In den unteren Einkommensklassen mit weniger als 30 000 Euro finden sich oft Absolventen von Kunst und Kunstwissenschaft (84 %) sowie der Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (80 %). Dagegen sind in den oberen Einkommensklassen von über 40 000 Euro häufiger Absolventinnen und Absolventen der Ingenieurwissenschaften (38 %), Mathematik und Naturwissenschaften (38 %) sowie Sprach- und Kulturwissenschaften (37 %) vertreten. Eine ähnliche Einkommensverteilung zeigt sich bundesweit auch für Universitätsabsolventinnen und -absolventen.³⁹ Der Vergleich der Fächergruppen zeigt, dass sich MINT-Absolventinnen und -Absolventen sowohl hinsichtlich der Beschäftigungssuche als auch in Bezug auf das Einstiegseinkommen am besten auf dem Arbeitsmarkt positionieren können.

Fazit

Sowohl für die Chancen auf dem Arbeitsmarkt als auch für die Integration in die Gesellschaft ist ein beruflicher oder akademischer Bildungsabschluss entscheidend. Baden-Württemberg unterstützt junge Erwachsene durch vielfältige Maßnahmen auf ihrem Weg durch Ausbildung oder Studium und in den Beruf.

Hohe Ausbildungsqualität in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg unternimmt große Anstrengungen, um allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen eine betriebliche oder schulische Berufsausbildung zu ermöglichen. Als Erfolg des ersten Ausbildungsbündnisses ist eine positive Trendumkehr auf dem Ausbildungsmarkt 2007 zu verzeichnen. Im Jahr darauf wurde mit rund 82 000 Ausbildungsverträgen das beste Ergebnis seit 1989 erzielt. Dafür ist zum Teil das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre verantwortlich. Auch 2009 hat sich ungeachtet der Wirtschafts- und Finanzkrise die Lage auf dem Ausbildungsmarkt nicht merklich verschlechtert. Zwar kam es zu einem Rückgang um rund 6 000 Ausbildungsverträge, da demografisch bedingt aber auch die Ausbildungsnachfrage zurückging, war die Bilanz weiterhin ausgeglichen. In einigen Branchen fehlen bereits Fachkräfte, so dass die Betriebe weiterhin motiviert sind, auszubilden.⁴⁰ Entsprechend wird eine erneute Verlängerung des Ausbildungsbündnisses über 2010 hinaus angestrebt. Dies ist auch mit Blick auf den Abiturjahrgang 2012 wichtig. Baden-Württemberg

³⁷ Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008.

³⁸ Für Universitätsabsolventinnen und -absolventen zeigen bundesweite Ergebnisse eine vergleichbare Berufsdäquanz (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008).

³⁹ Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008.

⁴⁰ DIHK 2009.

hat mit dem Programm „Hochschule 2012“ und den geplanten 20 000 zusätzlichen Studienplätzen bereits wichtige Maßnahmen ergriffen. Allerdings strebt jährlich etwa ein Viertel der Abiturientinnen und Abiturienten kein Studium an, sondern zieht eine berufliche Ausbildung vor. Kritisch ist dabei die potenzielle Verdrängung zu Lasten von Real- und Hauptschülerinnen bzw. -schülern. Um dem vorzubeugen, geht das Land der Wirtschaft mit gutem Beispiel voran und plant, 2012 über Bedarf auszubilden. Angestrebt wird eine Erhöhung um fünf Prozent.

Das berufliche Bildungssystem in Baden-Württemberg trägt zur Durchlässigkeit in der Bildung bei. Hervorzuheben ist sowohl die Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler mit und ohne Hauptschulabschluss, einen höherqualifizierenden Abschluss nachzuholen, als auch der hohe Anteil von Absolventinnen und Absolventen, die ihre Studienberechtigung im beruflichen Bildungswesen erwerben. Zur weiteren Verbesserung der Durchlässigkeit von beruflicher und hochschulischer Bildung soll zudem beruflich Qualifizierten ohne Abitur (z.B. Meisterinnen und Meistern) die Aufnahme eines Hochschulstudiums weiter erleichtert werden. Weiteren Handlungsbedarf sowie Passungsprobleme an der Schwelle in die Berufsausbildung offenbart dagegen der nach wie vor hohe Anteil von Ausbildungsanfängerinnen und -anfängern im Übergangssystem. Insbesondere Schulabgängerinnen und -abgänger mit und ohne Hauptschulabschluss müssen weiterhin besonders gefördert werden, da sie nicht nur bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz größere Schwierigkeiten haben, sondern tendenziell auch dabei, eine begonnene Ausbildung tatsächlich abzuschließen.

In der akademischen Ausbildung stehen die Hochschulen im Land im nationalen wie internationalen Vergleich sehr gut da. Baden-Württemberg ist das erfolgreichste Land in der Exzellenzinitiative: Vier der neun deutschen „Exzellenz-Universitäten“ kommen aus dem Land (Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz) und allein 20 der bundesweit 85 bewilligten Anträge der Exzellenzinitiative entfielen auf baden-württembergische Universitäten. Kein anderes Bundesland bietet eine vergleichbare Hochschulvielfalt, die durch die Verleihung des Hochschulstatus an die Duale Hochschule (vormals Berufsakademien) noch bereichert wird. Mit der Verknüpfung von Bildung und Beschäftigung ist die Duale Hochschule ein baden-württembergisches Erfolgsmodell. Außerdem konnten im Jahr 2009 in engem Kontakt mit der Region weitere Hochschulstandorte in Tuttlingen und Schwäbisch Hall etabliert werden.

In Baden-Württemberg ist die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger sowie der Absolventinnen und Absolventen seit 2004 gestiegen. Dies ist unter anderem auf die zukunftssträchtigen MINT-Fächer zurückzuführen. Auch was die Studienqualität angeht, sind die Studierenden in Baden-Württemberg zufrieden. Verbesserungsmöglichkeiten zeigen sich allerdings bei der fachlichen Betreuung. Auch wenn sich ein optimales Betreuungsverhältnis grundsätzlich kaum ermitteln lässt und Baden-Württemberg auch im Vergleich mit anderen Bundesländern gut dasteht, so ist gerade für die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge eine weitere Optimierung der Betreuungssituation wünschenswert. Damit der Berufseinstieg gelingt, werden von Hochschulabsolventinnen und -absolventen neben fachlichen Qualifikationen Methodenwissen, Motivation und fachübergreifende Schlüsselkompetenzen (z.B. Zeitmanagement, Kommunikationsfähigkeit) verlangt. Die Vermittlung dieser Kompetenzen und die studienbegleitende Berufsorientierung sollten ebenfalls weiterentwickelt werden.

Durchlässigkeit in der beruflichen und akademischen Bildung

Zunehmende Bedeutung der Hochschulen

2009 war bereits die Mehrheit der Studierenden in einem Bachelor- oder Masterstudiengang immatrikuliert. Wenngleich der Bologna-Prozess nicht ohne Kritik verläuft – bemängelt werden vor allem die Prüfungsdichte und die zu starke Vorstrukturierung –, sind die Reformen ein notwendiger Schritt, um eine steigende Zahl von Studierenden zu einem akademischen Abschluss zu führen und für eine anspruchsvolle Tätigkeit in Wirtschaft, Wissenschaft oder Forschung zu qualifizieren.⁴¹ Land und Hochschulen haben sich gemeinsam darauf verständigt, den Bologna-Prozess weiterzuentwickeln und zu optimieren. Dabei geht es darum, künftig noch stärker auf qualitative Aspekte der neuen Studiengänge zu setzen und die europaweiten Vorgaben flexibel umzusetzen. Oberstes Ziel ist eine Verbesserung der Studierbarkeit und des Studienaufwandes. Im März 2010 wurde von der Landesregierung ein internationaler „Bologna-Kongress“ veranstaltet, in den Anregungen und Vorschläge von Studierenden, Universitätsangehörigen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern eingeflossen sind.⁴² Ab dem Wintersemester 2010/11 sollen erste Maßnahmen umgesetzt werden.

Unterschiedliches Ausbildungsverhalten von Frauen und Männern

Im Ausbildungs- und Studierverhalten von Frauen und Männern spiegeln sich traditionelle Geschlechterrollen wider. Schülerinnen schließen die Schule zwar mittlerweile häufiger mit der (Fach-)Hochschulreife ab als Schüler (siehe Kapitel 1.2.3), beginnen aber seltener ein Hochschulstudium. Außerdem wählen Frauen häufiger eine Ausbildung oder ein Studium im Gesundheits- und Sozialwesen. Umgekehrt bevorzugen Männer handwerkliche und technische Fächer. Schülerinnen verstärkt zur Aufnahme eines Studiums zu bewegen ist nicht nur aus Gründen der Chancengleichheit wichtig. Auch aus ökonomischen Gründen sollte im Zug von demografischem Wandel und Fachkräftemangel das Humankapital junger Frauen nicht ungenutzt bleiben. Besonders für den Bereich der MINT-Fächer sollten weiterhin Schülerinnen geworben werden sowie umgekehrt verstärkt Schüler für soziale Berufsbilder, die ebenfalls gute Arbeitsmarktperspektiven haben. So beträgt nach einer aktuellen Modellrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg der zusätzliche Bedarf an Personal in der Altenpflege im Land bis zum Jahr 2031 zwischen 60 000 und 89 000 Personen. Durch die Verbreiterung der Berufswahl verbessern sich für Frauen wie Männer die Chancen auf einen erfolgreichen Ausbildungsverlauf und Berufseinstieg.

Herausforderung Berufseinstieg

Wenngleich auf Grund konjunktureller und qualifikatorischer Probleme nicht allen Jugendlichen der direkte Übergang aus der Ausbildung in den Beruf gelingt, ist in Baden-Württemberg die Situation auf dem Arbeitsmarkt insgesamt günstig. Sowohl Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Ausbildung als auch eines Studiums finden meist innerhalb kurzer Zeit eine adäquate Beschäftigung. Auch der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit spricht für die hohe Ausbildungsqualität in Baden-Württemberg und einen meist erfolgreichen Übergang.

Zwei Aspekte prägen die derzeitige und zukünftige Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt. Auf der einen Seite gehen demografisch bedingt die Zahl der Schülerinnen und Schüler und damit auch die Ausbildungsnachfrage zurück, auf der anderen Seite sind die Unternehmen mit konjunkturellen Schwankungen konfrontiert. Mit Blick auf die Zukunft ist nicht nur wichtig, dass weiterhin ausreichend Ausbildungsplätze ange-

⁴¹ Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (HRK); Deutscher Hochschulverband (DHV).

⁴² Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

boten werden, sondern auch dass junge Erwachsene nach der Ausbildung weiterhin übernommen werden bzw. nach dem Studium eine adäquate Beschäftigung finden. Nur so kann für beide Seiten – für junge Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger wie für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber – die Planungssicherheit verbessert und vermieden werden, dass erlernte Fähigkeiten und Qualifikationen verloren gehen.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, muss die Verzahnung von Schule, Ausbildung und Beruf weiter verbessert werden. Studienbotschafterinnen bzw. -botschafter sowie Patenprogramme weisen in diese Richtung. Zukünftig ist eine noch intensivere Zusammenarbeit aller Beteiligten – Schule, beruflichem Bildungswesen, Hochschule, Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und natürlich der jungen Erwachsenen – anzustreben.

Handlungsfeld

2

Eltern und Familie



Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung und Studium

2.1

Familienleben

2.2

„Trends und Fakten 2010“ setzt mit dem Handlungsfeld 1 „Kinder und Jugendliche“ im Abschnitt „Frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung“ bei der Geburt bzw. in der frühesten Kindheit an und begleitet Kinder und Jugendliche auf ihrem Lebensweg durch Schule, Ausbildung und Studium bis zum Berufseinstieg. Hier schließt Handlungsfeld 2 „Eltern und Familie“ an. Beschrieben werden die Lebens- und Erwerbssituation von Familien und das Familienleben in Baden-Württemberg. Besonders eingegangen wird sowohl auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als auch auf die ökonomischen Lebensumstände von Familien sowie auf die Schaffung einer kinder- und familienfreundlicheren Lebensumwelt.

2.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung und Studium

Familien in Baden-Württemberg möchten heute in zunehmendem Maß ihr Familienleben und die Verteilung der Familienarbeit partnerschaftlicher gestalten. Das bedeutet, dass die Gründung einer Familie für die Mehrheit der Frauen nicht mehr gleichbedeutend ist mit einem langfristigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben. Hintergrund für diese Tendenz ist zum einen die Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte, von der insbesondere Frauen stark profitiert haben. Zum anderen haben gesellschaftliche Wandlungsprozesse veränderte Wertvorstellungen und Rollenbilder für Frauen und Männer hervorgebracht. Väter möchten mehr Zeit mit ihren Familien verbringen und suchen verstärkt nach Möglichkeiten, wie auch sie Berufs- und Familienleben besser miteinander in Einklang bringen können. Angesichts dieser Entwicklungen und aufgrund des demografischen Wandels mit dem daraus resultierenden Fachkräftemangel ist die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung, Ausbildung/Studium und Pflege ein zentrales Handlungsfeld von „Kinderland Baden-Württemberg“.

Die quantitative und qualitative Entwicklung im Bereich Kinderbetreuung wird schwerpunktmäßig in Handlungsfeld 1, Kapitel „Frühkindliche Bildung und Betreuung“ behandelt. Im folgenden Kapitel wird im ersten Abschnitt zunächst das Thema Kinderbetreuung im Zusammenhang von Familie und Beruf sowie Ausbildung/Studium aufgegriffen. Vereinbarkeit umfasst dabei mehr als Kinderbetreuung, so z.B. auch den Bereich der Arbeitszeitorganisation.

Verbesserungen im Bereich Vereinbarkeit eröffnen für Familien außerdem zusätzliche Möglichkeiten, Erwerbseinkommen zu erzielen und sind deshalb ein wichtiger Faktor der direkten und indirekten Familienförderung. Der anschließende zweite Abschnitt zieht Bilanz zur finanziellen Situation von Familien und zur Familienförderung im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“.

2.1.1 Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und Pflege

Frauen und Männer wünschen sich zunehmend eine partnerschaftliche Form der Arbeitsteilung in der Familie, sowohl was die Erwerbsarbeit als auch was die Haus- und Familienarbeit angeht. Rund 60 % der Eltern würden eine Arbeitsteilung bevorzugen, in der beide berufstätig sind und sich die Kinderbetreuung teilen. Demgegenüber wünscht sich ein knappes Viertel der Paare das „klassische“ Modell des berufstätigen Mannes und der alleinigen Kinderbetreuung durch die Frau.¹ Im Bereich der Erwerbsarbeit hat sich die Aufgabenteilung zwischen den Ehepartnern heute insofern gegenüber früheren Jahren verändert, als auch die Ehefrauen deutlich häufiger einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Sie sind aber nach wie vor hauptsächlich für die Haus- und Familienarbeit zuständig. Für viele Familien stellt sich damit die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Für Unternehmen und Einrichtungen ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie angesichts des absehbaren Fachkräftemangels und des vorhandenen Erwerbspotenzials der gut ausgebildeten Frauen und Männer in Baden-Württemberg ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Prognosen zufolge werden im Land 2015 rund 300 000 Fachkräfte fehlen.² In 2007 war in Baden-Württemberg knapp die Hälfte der Hochschulabsolventen Frauen. Bei Abschlüssen in Humanmedizin, Biologie und Pharmazie stellten Frauen mit einem Anteil von knapp 60 % bis über 80 % die Mehrheit. Demgegenüber wird beispielsweise bei Ingenieurinnen das vorhandene Fachkräftepotenzial in Deutschland und auch in Baden-Württemberg bislang noch nicht ausgeschöpft. Für Baden-Württemberg wird die Zahl der Ingenieurinnen im erwerbsfähigen Alter, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, auf rund 6 000 geschätzt.³ Die Erwerbstätigenquote ist gerade bei Müttern mit Abitur oder Hochschulabschluss und Kindern unter drei Jahren mit 57 % höher als bei Müttern mit niedrigeren Bildungsabschlüssen.⁴ Mehr Familienfreundlichkeit rechnet sich deshalb für Unternehmen betriebswirtschaftlich z.B. durch Einsparungen bei Wiederbesetzungen und durch die Bindung von Fachkräften.⁵

Der demografische Wandel führt mit einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung nicht nur zu einem Fachkräftemangel. Durch die wachsende Lebenserwartung erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, einen Pflegefall in der Familie zu haben. Dadurch geraten immer mehr Familien in eine „Sandwich“-Position, in der sie einerseits Kinder versorgen und andererseits ältere Angehörige pflegen.

Vereinbarkeit gemäß dem Prinzip der Wahlfreiheit verbessern

Ziel von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es, ein möglichst reibungsloses Nebeneinander von Familie und Beruf bzw. Ausbildung/Studium zu gewährleisten. Dabei verfolgt „Kinderland“ das Prinzip der Wahlfreiheit und der Chancengleichheit: Verbesserte Rahmenbedingungen sollen neue Wahlmöglichkeiten eröffnen, für die sich Eltern gemäß ihrer individuellen Lebensentwürfe und Lebenssituationen entscheiden können.

1 Forsa 2008.

2 Industrie und Handelskammer Region Stuttgart 2009.

3 Ihsen et al. 2009.

4 Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg/Familienforschung Baden-Württemberg 2/2008.

5 Prognos 2003.

Mit „Kinderland Baden-Württemberg“ unterstützt das Land die Kommunen beim quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung (siehe Kapitel 1.1). Darüber hinaus stärken Kinderland-Programme Unternehmen und Einrichtungen bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zusätzliche Unterstützung bieten Beratungs- und Informationsangebote des „Kompetenzzentrums Beruf & Familie“⁶, die finanzielle Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen beim „audit berufundfamilie“⁷ sowie die „Zentrale Servicestelle betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“.⁸ Die Vereinbarkeit von Familie mit Ausbildung und Studium wird z.B. durch Möglichkeiten zur Teilzeitausbildung und durch den Ausbau der Kinderbetreuung an Hochschulen verbessert sowie durch die Teilnahme am bundesweiten Programm „Audit familiengerechte Hochschule“ gefördert. Auch mit der seit März 2009 gültigen Ausweitung der Befreiung von Studiengebühren im Falle der Betreuung von Kindern bis 14 Jahre (zuvor 8 Jahre) wird die Vereinbarkeit von Familie und Studium weiter gefördert. Darüber hinaus wurden im Landeshochschulgesetz weitere Flexibilisierungen für Studierende mit Kind geschaffen (z.B. für Beurlaubungen).

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Rund zwei Drittel der Mütter in Baden-Württemberg waren 2008 aktiv erwerbstätig, dagegen gut 80 % der Frauen ohne Kinder. Der zeitliche Umfang der Erwerbsbeteiligung von Vätern und Müttern unterschied sich deutlich. In Baden-Württemberg arbeitete 2008 mit 91 % die große Mehrheit der Väter in Vollzeit. Demgegenüber hatte nur rund jede sechste Mutter eine Vollzeitstelle, gut die Hälfte ging einer Teilzeitbeschäftigung nach oder war geringfügig beschäftigt. Noch deutlichere Unterschiede zeigen sich nach dem Alter des jüngsten im Haushalt lebenden Kindes (Abbildung 2.1.1).

Viele Mütter geben nach Geburt eines Kindes ihre Erwerbstätigkeit auf oder reduzieren sie. Von den Müttern, deren jüngstes Kind unter 3 Jahre alt war, waren 2008 gut 30 % aktiv erwerbstätig. Der Anteil der erwerbstätigen Mütter steigt mit dem Alter des jüngsten Kindes: Ist das Kind im Kindergartenalter, sind über zwei Drittel erwerbstätig, bei Erreichen des Grundschulalters bereits drei Viertel. Bis zur Volljährigkeit des Kindes erhöht sich der Anteil auf über 80 %. Bei den Vätern lässt sich ein solcher Verlauf nicht feststellen. Sie arbeiten unabhängig vom Alter ihres Kindes zu gut 90 % Vollzeit.

Gegenüber 2004 stieg die aktive Erwerbsbeteiligung von Müttern von unter 3-Jährigen von 28 % auf 30 % im Jahr 2008 und die Erwerbstätigkeit von Müttern 3- bis 6-Jähriger nahm sogar um 8 Prozentpunkte auf 67 % zu. Der Anteil der aktiv erwerbstätigen Mütter mit älteren Kindern stieg ebenfalls (Abbildung 2.1.2.).⁹

Mütter und Frauen ohne Kinder waren 2008 in Baden-Württemberg zum überwiegenden Teil häufiger erwerbstätig als im Bundesdurchschnitt. Lediglich bei Müttern von Kindern zwischen einem und zwei Jahren war der Anteil der aktiv erwerbstätigen Frauen in Baden-Württemberg etwas geringer (Abbildung 2.1.3).

Mütter arbeiten öfter Teilzeit als Väter

Erwerbsbeteiligung von Müttern gestiegen

Mütter in Baden-Württemberg häufiger erwerbstätig als Bundesschnitt

⁶ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg, Kompetenzzentrum Beruf & Familie Baden-Württemberg.

⁷ Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

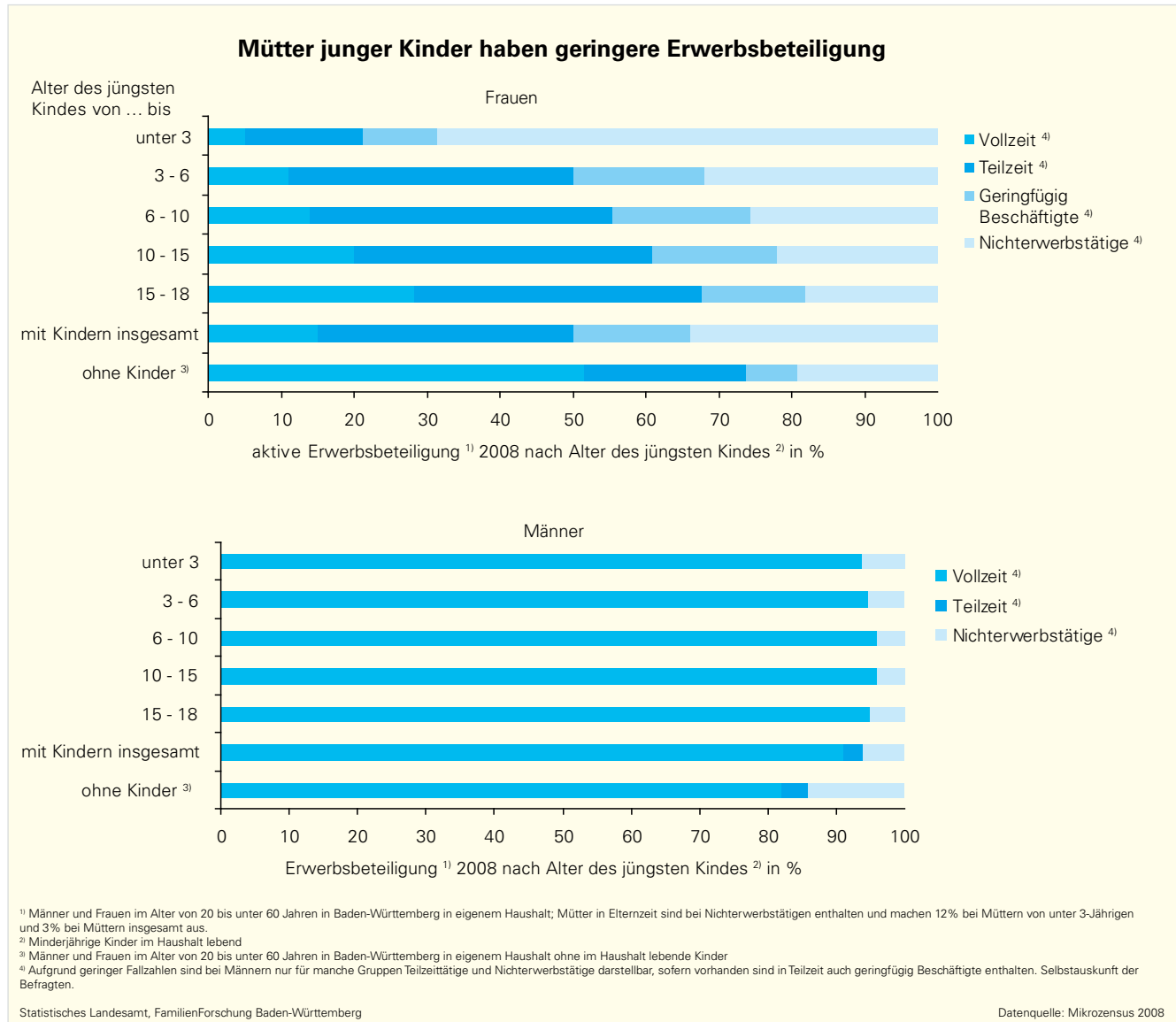
⁸ Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg.

⁹ Mikrozensusdaten erlauben für 2004 keine feinere Untergliederung der Altersstruktur.

Mütter in Baden-Württemberg häufiger in Teilzeit als Bundesschnitt

In Baden-Württemberg ist Teilzeitarbeit bei Müttern weiter verbreitet als im Bundesdurchschnitt. So arbeiteten 79 % der erwerbstätigen Mütter im Südwesten 2007 unter 35 Stunden in der Woche, bundesweit betrug dieser Anteil 72 %. Der zeitliche Umfang der Erwerbstätigkeit steigt mit dem Alter des Kindes. 45 % der Mütter mit Kleinkindern unter 3 Jahren leisteten 20 und mehr Wochenstunden, bei Müttern von 10 bis 18-Jährigen waren es gut zwei Drittel.¹⁰

Abbildung 2.1.1



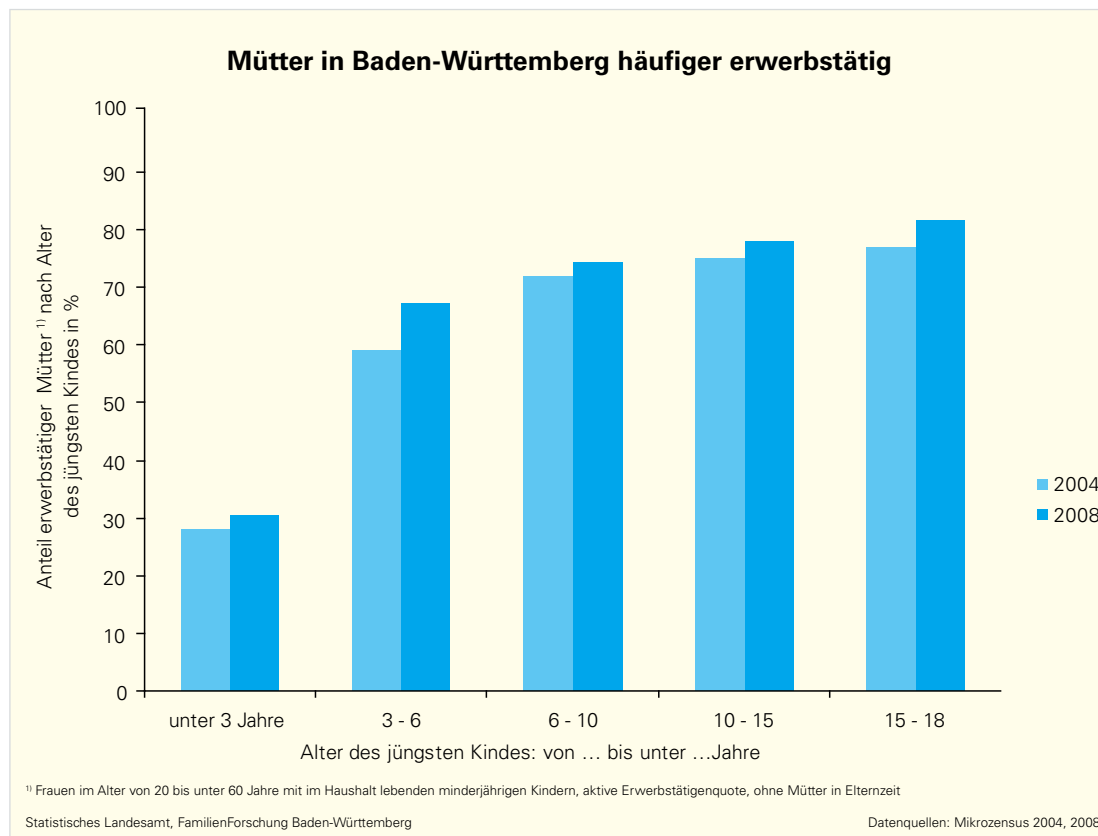
Mütter doppelt so lange im Haushalt tätig wie Väter

Was die Aufgabenteilung der Partner in Familien mit Kindern angeht, wird in Baden-Württemberg überwiegend das sogenannte modernisierte Ernährermodell gelebt, d.h. der Mann ist der Hauptverdiener und die Frau die Zuverdienerin: Bei 43 % der Paare mit Kindern unter 18 Jahren war 2008 ein Partner Vollzeit und der andere Teilzeit erwerbstätig. Bei einem Drittel der Paare war die Erwerbskonstellation Vollzeit und nicht erwerbstätig bzw. beurlaubt. Angesichts der sehr hohen Vollzeiterwerbsquote

¹⁰ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg/ Familienforschung Baden-Württemberg 1/2009.

von Vätern ist davon auszugehen, dass es bislang meist die Väter sind, die die Haupternährerrolle übernehmen.¹¹ Insgesamt liegen Väter und Mütter mit einem durchschnittlichen Zeitaufwand von über 8 Stunden täglich für Familien- und Erwerbsarbeit in etwa gleichauf. Die Aufteilung auf Familien- und Erwerbsarbeit unterscheidet sich allerdings zwischen Müttern und Vätern: Mütter wenden durchschnittlich täglich rund 6 Stunden für die Familien- und Hausarbeit auf, Väter kommen auf knapp die Hälfte des Zeitaufwands.¹²

Abbildung 2.1.2



In Baden-Württemberg lebten 2007 rund 309 000 Alleinerziehende, darunter 174 000 mit Kindern unter 18 Jahren. Sie stellten damit bei den Lebensformen mit Kindern unter 18 Jahren einen Anteil von 15 %, weitere 80 % waren Ehepaare und 5 % nichteheliche Lebensgemeinschaften. Alleinerziehende sind bei der Frage der Vereinbarkeit besonders betroffen, da die Erwerbs- und Familienarbeit nicht mit einem Partner geteilt werden kann. Der überwiegende Teil der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren war erwerbstätig – 77 % der Mütter und 85 % der Väter. Erwerbstätige alleinerziehende Mütter sind mit 61 % meist in Teilzeit beschäftigt, während alleinerziehende Väter zu rund 90 % Vollzeit arbeiten.¹³ Das unterschiedliche Erwerbsverhalten in Familien führt auch zu differenzierten Einkommenslagen (siehe Kapitel 2.1.2).

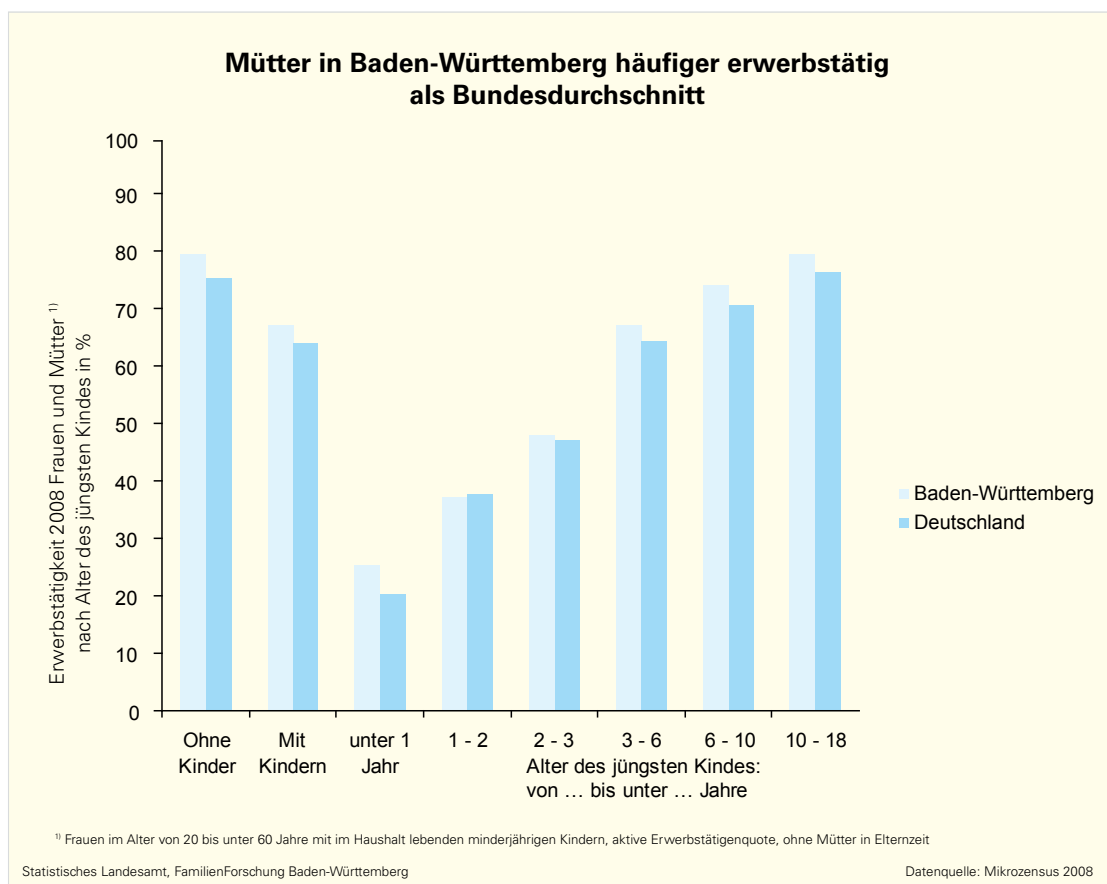
Alleinerziehende haben besondere Vereinbarkeitsprobleme

11 Mikrozensus 2008, Payk 2008.
 12 Gille/Marbach 2004.
 13 Krentz 2009.

Bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung

Da zunehmend mehr Mütter erwerbstätig sind und Väter weiterhin kaum den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit reduzieren, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für immer mehr Paare ein wichtiges Thema. Im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ wird diesem mit einem Ausbau der zur Verfügung stehenden Plätze und der Neuregelung der Betriebskostenförderung Rechnung getragen. Über mehrere Ausbauschritte sollen bis 2013 für 34 % der unter 3-Jährigen Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Von 2006 bis Anfang 2009 wurde eine Steigerung von 9 % auf fast 16 % erreicht. Auch ältere Kinder werden berücksichtigt. Bei den 3- bis 6-Jährigen bot Baden-Württemberg 2009 mit einer Betreuungsquote von 95 % ein im bundesweiten Vergleich überdurchschnittliches Versorgungsniveau. Auch die Zahl der Ganztagschulen wurde im Zuge von „Kinderland Baden-Württemberg“ erhöht (siehe Kapitel 1.1 und 1.2).

Abbildung 2.1.3



Betriebsnahe Kleinkindbetreuung erleichtert

Eine weitere Maßnahme innerhalb von „Kinderland Baden-Württemberg“, die den Eltern die Betreuung ihres Kindes auch in der Nähe ihres Beschäftigungsortes erleichtert, ist die Neuregelung der Betriebskostenförderung für die Kleinkindbetreuung seit 2009. Die Fördermittel fließen an die Standortgemeinden der Einrichtungen, in denen die Kinder betreut werden („das Geld folgt dem Kind“). Freie Einrichtungsträger haben gegenüber der Standortgemeinde einen Rechtsanspruch auf Mitfinanzierung. Für auswärtige Kinder erhält die Standortgemeinde einen Refinanzierungsanspruch gegen die Wohnsitzgemeinde.¹⁴ Betriebsnahe Kinderbetreuung von Seiten des

¹⁴ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

Arbeitgeber bieten in Baden-Württemberg beispielsweise die Daimler AG mit ihren „Sternchen“ und die Landesbank Baden-Württemberg mit ihren „Frechdaxen“ an. Ein weiteres Angebot, mit dem die Unternehmen ihre Beschäftigten bei der Kinderbetreuung unterstützen, ist die Vermittlung von Kindertagespflegeplätzen mit qualifizierter Betreuung, wie sie z.B. die „Familiengenossenschaft Rhein-Neckar“, ein Zusammenschluss von Tageseltern und Unternehmen in Mannheim, anbietet (vgl. Praxisbeispiel 2.1.1).¹⁵

Praxisbeispiel 2.1.1: Familie und Beruf – Die Familiengenossenschaft e. G. Rhein-Neckar



Die 2006 gegründete Familiengenossenschaft e.G. bietet Dienstleistungen von Tageseltern. Ihre Mitglieder sind Unternehmen und qualifizierte Tagesmütter und Tagesväter aus der Region Rhein-Neckar. Sie vermittelt Tagesmütter und Tagesväter, bietet Familienzimmer, berät und begleitet Unternehmen und Kommunen und führt Qualifizierungslehrgänge für Tagesmütter und -väter durch (gemäß dem 160-Stunden-Curriculum des Deutschen Jugendinstituts). Außerdem gibt es eine mobile Kinderbetreuung und die Möglichkeit, ältere, kranke und behinderte Familienangehörige zu betreuen. Die Zahl der Tagepflegepersonen erhöhte sich von 13 zur Gründung auf 34 Tagesmütter und 3 Tagesväter nach einem Jahr. Die Zahl der beteiligten Unternehmen und Einrichtungen stieg von 6 auf 17, unter anderem sind die Universität und die Hochschule Mannheim Mitglieder.

Quelle: Kompetenzzentrum Beruf & Familie Baden-Württemberg; www.kompetenzzentrum-bw.de.

Praxisbeispiel

Gelingende Vereinbarkeit erfordert mehr als bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote. Auch flexibilisierte Regelungen zur Arbeitszeitgestaltung und -organisation sowie Hilfen beim Wiedereinstieg nach Familienpausen spielen eine wichtige Rolle. 87 % der Bevölkerung und 94 % der Mütter von minderjährigen Kindern sehen flexible Arbeitszeiten beispielsweise in Form von Arbeitszeitkonten und Gleitzeitregelungen als Kennzeichen eines familienfreundlichen Betriebs an. Auch Hilfen beim Wiedereinstieg werden von zwei Dritteln der Mütter als wichtig erachtet. Dabei gibt es eine Vielzahl von Modellen, um die Vereinbarkeit Familie und Beruf zu verbessern. So können sich Beschäftigte eine Vollzeitstelle teilen, beispielsweise 30 % zu 70 %, auch kann die Arbeitszeit z.B. mit dem Alter der Kinder angepasst werden. Vor allem Mütter minderjähriger Kinder wünschen sich Teilzeitangebote: 37 % hatten 2009 eine Wochenarbeitszeit von über 36 Stunden, allerdings wünschten sich nur 10 % diesen Umfang. Dagegen hatten 38 % eine Wochenarbeitszeit von 20 bis 35 Stunden, gewünscht wurde diese Größenordnung von 60 %. Bei einer Arbeitszeit von 19 Stunden und weniger war die Differenz zwischen faktischer und gewünschter Arbeitszeit mit 24 % zu 27 % deutlich geringer. Auch Väter wünschen sich eine geringere Arbeitszeit. Zwar arbeiten 97 % mehr als 36 Stunden in der Woche, gewünscht wird dies jedoch nur von 76 %, weitere 17 % wollen zwischen 30 und 35 Stunden arbeiten.¹⁶

**Vereinbarkeit braucht
mehr als Kinder-
betreuungsangebote**

¹⁵ Kompetenzzentrum Beruf & Familie Baden-Württemberg.

¹⁶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2009.

Flexibilisierte Arbeitszeit und -organisation

Beim Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit nutzten fast zwei Drittel der Mütter die Möglichkeit, von einer Vollzeit- in eine Teilzeitstelle zu wechseln. Wichtig für die gelungene Rückkehr in den Beruf ist auch der Kontakt zum Betrieb während der Elternzeit, um auf dem aktuellen Stand interner Entwicklungen zu bleiben. Angebote wie Seminare und Fortbildungen zum Wiedereinstieg wurden von 63 % der Rückkehrerinnen als Erleichterung empfunden.¹⁷ Beispielhaft für die Förderung des Wiedereinstiegs ist die Weleda AG in Schwäbisch Gmünd (vgl. Praxisbeispiel 2.1.2). Die Umsetzung von Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und -organisation wird im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ durch Informations- und Förderangebote unterstützt. Dies geschieht beispielsweise durch die „Zentrale Servicestelle betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ beim Kommunalverband für Jugend und Soziales mit Bedarfsanalysen und Unterstützung bei der Implementierung, dem „FamilyNet“, das Beratungsangebote zu Kinderbetreuung und der Situation pflegender Angehöriger bietet, sowie regionale Netzwerke aufbaut und auch Ferienbetreuung organisiert.

P raxisbeispiel

Praxisbeispiel 2.1.2: Miteinander durch die Elternzeit – Weleda AG



Die Weleda AG begleitet Mitarbeiterinnen von der Bekanntgabe der Schwangerschaft bis zum gelungenen Wiedereinstieg nach dem Grundsatze: Kinder sind kein Problem, sondern ein freudiges Ereignis. Um den Ausstieg gemeinsam vorzubereiten, hat das Personalmanagement einen Informationsordner zu den Themen Schwangerschaft, Mutterschutz, Elternzeit und Wiedereinstieg zusammengestellt, der auch Merkblätter für die Führungskräfte enthält. Im Rahmen einer intensiven Beratung wird dieser Ordner mit der schwangeren Mitarbeiterin besprochen. So können sich beide Seiten auf die Veränderungen einstellen und es wird vermieden, dass wichtige Punkte unerwähnt oder unbeachtet bleiben. Neben dieser Information ermöglicht Weleda schwangeren Mitarbeiterinnen zwei kostenlose Beratungstermine bei einer erfahrenen Hebamme sowie die Teilnahme an einem firmeninternen Schwangerenworkshop. Auch während der Elternzeit bietet Weleda zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen für junge Eltern, die es ermöglichen sollen, den familiären Aufgaben gerecht zu werden (z.B. ein Eltern-Coaching auf Firmenkosten) und gleichzeitig Kontakt zum Betrieb zu halten (z.B. Kontakthalteprogramm, Teilzeitarbeit).

Quelle: Kompetenzzentrum Beruf & Familie Baden-Württemberg; www.kompetenzzentrum-bw.de.

Kleine und mittlere Unternehmen werden beim „audit berufundfamilie“¹⁸ finanziell unterstützt und erhalten weitere Informationen durch einen Leitfaden zur betrieblich unterstützten Kinderbetreuung.¹⁹ Will man die Vereinbarkeit wirkungsvoll verbessern, reicht es allerdings nicht aus, entsprechende Angebote einzurichten. Diese Angebote müssen seitens der Unternehmen darüber hinaus auch aktiv intern an die Beschäftigten wie auch extern erfolgreich kommuniziert werden. Unterstützt werden die Unternehmen dabei z.B. durch das „Kompetenzzentrum Beruf & Familie Baden-Württemberg“ (vgl. Programm 2.1.1).²⁰ Laut Befragungen von Beschäftigten und Personalverantwortlichen verfügten 2008 beispielsweise 96 % der Unternehmen

¹⁷ Stutzer 2009.

¹⁸ Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

¹⁹ Wirtschaftsministerium; Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Finanzministerium; Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

²⁰ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

bereits über Teilzeitangebote, aber nur bei der Hälfte war sich die Belegschaft dessen auch bewusst. Auch bei anderen Angeboten wie Telearbeit, d.h. der Einrichtung eines PC-Arbeitsplatzes beim Beschäftigten zu Hause, waren sich Beschäftigte über deren Existenz oftmals nicht im Klaren.²¹

Programm 2.1.1: „Kompetenzzentrum Beruf & Familie Baden-Württemberg“

Ziele: Das Kompetenzzentrum Beruf & Familie wurde im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren bei der FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg eingerichtet, um Unternehmen und Non-Profit-Einrichtungen bei ihrer familiengerechten Weiterentwicklung zu unterstützen. Ziel ist, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und familiären Aufgaben wie Kinderbetreuung und Angehörigenpflege zu erleichtern, zum Vorteil von Beschäftigten und Arbeitgebern.

Inhalt: Als landesweiter Ansprechpartner bündelt das Kompetenzzentrum Aktivitäten, verstärkt den Theorie-Praxistransfer durch Information und Beratung und bezieht bereits bestehende regionale Netzwerke und Initiativen mit ein. Seine Rolle als Impulsgeber nimmt das Kompetenzzentrum Beruf & Familie insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und Non-Profit-Einrichtungen wahr. Gemeinsam mit Partnern vor Ort richtet es Workshops und Schulungen für Personalverantwortliche und Führungskräfte aus. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entwickeln dabei eigene familienfreundliche Maßnahmen.

Laufzeit: Beginn Juli 2008

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Das Kompetenzzentrum hat ein Internetportal (www.kompetenzzentrum-bw.de) aufgebaut, das baden-württembergischen Arbeitgebern die Präsentation der eigenen familienbewussten Personalpolitik sowie die Recherche von Experten, Arbeitshilfen und Veranstaltungen ermöglicht. Nach 20 Monaten sind 52 Best-Practice Lösungen und 44 beteiligte Betriebe online. Ein Newsletter informiert monatlich über Aktuelles und Aktivitäten wie Vor-Ort-Angebote. Neben einer größeren Zahl von Infoständen und -vorträgen hat das Kompetenzzentrum bisher acht Unternehmenswerkstätten mit verschiedenen Partnern und drei Führungskräftefortbildungen in Non-Profit-Einrichtungen durchgeführt.

Quelle: Kompetenzzentrum Beruf & Familie Baden-Württemberg: www.kompetenzzentrum-bw.de.



Beispiele für die Umsetzung von arbeitsplatznaher Kleinkindbetreuung, flexibilisierten Regelungen der Arbeitszeit und -organisation sowie Hilfen zum Wiedereinstieg finden sich innerhalb der obersten Landesbehörden: Im Zuge von „Kinderland Baden-Württemberg“ wurde ressortübergreifend die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Angriff genommen. Die Zahl der Telearbeitsplätze allein in der obersten Landesverwaltung stieg von 2005 bis 2008 um rund 60 % auf über 180. Der Anteil der Telearbeitenden erhöhte sich damit von knapp 3 % auf 5 %. Neben flexiblen Arbeitszeitmodellen und den Optionen zur Telearbeit werden die Landesbediensteten auch beim Wiedereinstieg mit frühzeitigen Schulungen, Begleitung durch Mentoren und mit aktuellen Informationen aus ihren Fachbereichen unterstützt. Ebenso stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in den Ministerien und im Landesrechnungshof von rund 550 auf knapp 610. Ihr Anteil an allen Beschäftigten nahm damit

Familienfreundlicher Arbeitgeber Baden-Württemberg

²¹ Schulte 2008.

von 14 % auf 16 % zu. Auch auf Führungs- und Leitungsebene erhöhte sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten von 17 auf 20 Personen. Zum Ausbau der arbeitsplatznahen Kleinkindbetreuung wurden im Jahr 2009 Haushaltsmittel in Höhe von 500 000 Euro zur Verfügung gestellt (vgl. Praxisbeispiel 2.1.3). Diese Maßnahmen wurden auch durch das audit berufundfamilie der gemeinnützigen Hertie-Stiftung honoriert, das inzwischen mehrere Ministerien zertifiziert hat.²²

P raxisbeispiel

Praxisbeispiel 2.1.3:

Einrichtung von Kindertagesstätten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz in Stuttgart und Tübingen

Das Justizministerium führt im Zusammenwirken mit dem Wirtschafts- und Finanzministerium zwei Modellprojekte zur Kinderbetreuung von Landesbediensteten in Stuttgart (Alexanderstraße 93) und Tübingen (Pfleghofstraße 2) durch.

In der Alexanderstraße 93 in Stuttgart entsteht eine von der konzept-e gGmbH, Stuttgart, betriebene Kindertageseinrichtung mit 45 Vollzeitplätzen, davon 35 Krippenplätzen für Kinder von 6 Monaten bis 3 Jahren und 10 Kindergartenplätzen für Kinder ab 3 Jahren. Derzeit laufen Baugenehmigungsverfahren und Ausschreibung der Bauleistungen. Die Inbetriebnahme ist für das vierte Quartal 2010 geplant. Es sind vier Gruppen vorgesehen. Die Aufteilung soll in drei reine Kita-Gruppen à 10 Kinder bis 3 Jahren sowie eine gemischte Gruppe à 5 Kinder bis und 10 Kinder über 3 Jahre erfolgen. Jeweils drei Belegplätze stehen den Kindern von Angehörigen des Finanz- und des Staatsministeriums zu. Die übrigen Plätze sollen vorrangig den Beschäftigten der Justiz Baden-Württembergs (Justizministerium, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Notariate und Justizvollzug) sowie des Wirtschaftsministeriums, im Übrigen den Kindern anderer Landesbediensteter zur Verfügung stehen.

Die Kindertagesstätte Pfleghof 2 in Tübingen wird von einem privaten Verein, der „Kindergruppe Schlatterhaus e. V.“, Tübingen, betrieben. Die bereits bestehende Gruppe der Einrichtung umfasst acht Halbtagesplätze für Kinder von 1-3 Jahren. Mit Abschluss des Pilotprojekts sollen ab Herbst 2010 insgesamt 20 Plätze zur Verfügung stehen – davon 10 Halbtagesplätze und 10 Ganztagesplätze. Die bestehende Kita-Gruppe ist etwa zur Hälfte mit Kindern von Landesbediensteten besetzt. Künftig sollen die Kita-Plätze vorrangig Kindern von Landesbediensteten zur Verfügung stehen. Die Bauarbeiten haben im Frühjahr 2010 begonnen. Betriebsbeginn wird voraussichtlich ebenfalls im vierten Quartal 2010 sein.

Quelle: Justizministerium Baden-Württemberg.

Die Hochschulen im Land sind ein weiterer Bereich, in dem das Land Baden-Württemberg im Rahmen von „Kinderland“ als Arbeitgeber familienfreundliche Akzente setzt. Wissenschaftliches Hochschulpersonal mit seinen flexiblen Arbeitszeiten steht bei der Kinderbetreuung vor besonderen Herausforderungen. Das Förderprogramm „Kinderbetreuung für das wissenschaftliche Personal an den Hochschulen Baden-Württembergs“ begegnet dieser Bedarfslage. Die Zahl der Betreuungsplätze für unter 3-Jährige Kinder von wissenschaftlichem Personal konnte so von 2007 bis 2008 von 448 um 244 (Stand 2010) erhöht werden.²³

²² Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

²³ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

Vereinbarkeit von Ausbildung/Studium und Familie

In Baden-Württemberg gab es 2008 rund 15 000 Studierende mit Kind, dies entspricht einem Anteil von rund 5 % an allen Studierenden. Der Anteil der studierenden Mütter war dabei mit 6 % höher als der studierender Väter mit 3 %. Befragungen zufolge wollen 93 % der Studierenden mit Kind ihr Studium in Voll- oder Teilzeit fortsetzen, knapp 7 % ihr Studium unterbrechen und 1 % es abbrechen.²⁴ Im Zuge von „Kinderland Baden-Württemberg“ konnte die Zahl der Kinderbetreuungsplätze an Hochschulen von 2005 bis 2008 von rund 1 150 auf knapp 1 750 erhöht werden. Darunter waren 2008 gut 500 Plätze für unter 3-Jährige. Eine weitere Ausweitung des Betreuungsangebots auf insgesamt über 2 000 Plätze bis 2011 ist geplant.²⁵

Die Familienfreundlichkeit von Hochschulen untersucht und zertifiziert bundesweit die „berufundfamilie“ gGmbH der gemeinnützigen Hertie-Stiftung. In Baden-Württemberg stieg die Zahl der mit dem Zertifikat „familiengerechte Hochschule“ ausgezeichneten staatlichen Hochschulen von einer im Jahr 2004 auf 14 im Jahr 2010. Unter den zertifizierten Landeseinrichtungen sind verschiedene Hochschultypen vertreten: Universitäten, Hochschulen und Duale Hochschulen, so z.B. die Universitäten Hohenheim und Konstanz (vgl. Praxisbeispiel 2.1.4).²⁶

**Zwei Drittel mehr
Kinderbetreuungs-
plätze an Hochschulen**

**Immer mehr Hoch-
schulen als familien-
gerecht zertifiziert**

Praxisbeispiel 2.1.4: Familiengerechte Hochschule – Familienfreundlichkeit zwischen Hörsaal und Seminar

UNIVERSITÄT HOHENHEIM

Universität
Konstanz



Praxisbeispiel

Die Universitäten Hohenheim, Konstanz, Mannheim und Ulm sind Beispiele für die inzwischen 14 als „familiengerechte Hochschulen“ zertifizierten staatlichen Hochschulen in Baden-Württemberg. Die anderen sind die Duale Hochschule Baden-Württemberg mit den Standorten Lörrach, Mannheim und Mosbach, die Hochschulen Albstadt-Sigmaringen, Esslingen, Furtwangen, Heilbronn, Mannheim und Offenburg, das Universitätsklinikum Ulm sowie die Hochschule der Bundesagentur für Arbeit in Mannheim. Vom Audit der berufundfamilie gGmbH der Hertie-Stiftung wurde besonders die flexible Kinderbetreuung für Notfälle in Hohenheim hervorgehoben und in die bundesweite „Best-Practice“-Liste mit Anregungscharakter übernommen. Die „Kinderfeuerwehr“-Betreuung ist eine kurzfristig nutzbare ganztägige Betreuung für Kinder ab 0 Jahren. Es gibt vier Plätze, die von 2 Erzieherinnen betreut werden und kostet für Studierende 1 Euro. Die Kinder können nach Absprache auch zu Hause betreut werden und erhalten bei der Ganztagsbetreuung ein Mittagessen in der Mensa. In Konstanz bestehen neben der regulären Kinderbetreuung ähnlich flexible Angebote. „Plan B“ sieht Kapazitäten zur Notfallbetreuung im Zeitraum von 8 bis 20 Uhr auch zu Hause und Samstags vor. Es werden zudem Plätze für einen kurzfristigen Betreuungsbedarf (bis zu 30 Tage bzw. 6 Monate) z.B. für Austauschstudenten und Gastwissenschaftler angeboten.

Quellen: berufundfamilie gGmbH; Universität Hohenheim; Universität Konstanz.

²⁴ Helfferich et al. 2007.

²⁵ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

²⁶ Berufundfamilie gGmbH 2009.

Von den Auszubildenden hatten 2008 bundesweit rund 48 000 Kinder, davon waren 70 % Frauen.²⁷ Für Auszubildende mit Kindern bietet sich die Möglichkeit, ihre Ausbildung in Teilzeit wahrzunehmen. Dabei reduziert sich die Arbeitszeit im Betrieb, nicht allerdings der schulische Teil. Die Dauer der Ausbildung erhöht sich dadurch von drei auf vier Jahre. Die Auszubildenden erhalten nach Bestehen ihrer Prüfungen einen vollwertigen Berufsabschluss. Im Rahmen des vom Land geförderten Projekts „Diana“ vermitteln z.B. Träger der Jugendberufshilfe diese Möglichkeit und bieten weitere Unterstützung an. Zur Unterstützung von jugendlichen Auszubildenden gibt es außerdem seit 2009 die Option, für deren Eltern analog zur Elternzeit „Großelternzeit“ zu nehmen, um ihre Kinder bei der Kinderbetreuung zu unterstützen.²⁸ Ein erfolgreiches Beispiel für Teilzeitausbildungen gibt es in Reutlingen (vgl. Praxisbeispiel 2.1.5).

P raxisbeispiel

Praxisbeispiel 2.1.5:

Vereinbarkeit von

Familie und Berufsausbildung – Ausbildung in Teilzeit



Bundesagentur für Arbeit
Agentur für Arbeit Reutlingen

Seit seiner Novellierung im Jahr 2005 bietet das Berufsbildungsgesetz die noch wenig bekannte und bisher selten genutzte Möglichkeit, die tägliche oder wöchentliche Ausbildungszeit zu verkürzen. Sie eröffnet jungen Menschen mit Familienpflichten die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung in Teilzeit und damit zugleich die Möglichkeit des Einstiegs ins Berufsleben. In Kooperation der Reutlinger Agentur für Arbeit und des Bildungsträgers Berufliche Bildung gGmbH (BBQ) wurde ein Ausbildungs- und Umschulungsmodell in Teilzeit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickelt. Die überwiegend weiblichen Teilnehmer der „Ausbildung in Teilzeit“ absolvieren eine betriebliche Ausbildung mit einer verminderten wöchentlichen Ausbildungszeit von ca. 20-30 Stunden pro Woche. Die Betriebe und Auszubildenden sprechen die Arbeitszeiten im Betrieb individuell ab. Die gesamte Ausbildungszeit verlängert sich auf etwa vier Jahre. Die Agentur für Arbeit bezahlt die Ausbildungsvergütung. Für die Arbeitgeber, die den praktischen Teil der Ausbildung beisteuern, fallen somit fast keine Kosten an. Parallel werden die Auszubildenden vom Bildungsträger BBQ sozialpädagogisch und organisatorisch im Alltag unterstützt und individuell begleitet. Die Erfahrung aus dem Projekt zeigt, dass die Auszubildenden vielfältige Kompetenzen mitbringen und die Teilzeitausbildung mit hoher Motivation, Zielorientierung und großer Leistungsbereitschaft anpacken.

Quellen: Agentur für Arbeit Reutlingen; www.bbq-zukunftskurs.de.

Familie zentraler Ort der Pflege

Die Familie ist der zentrale Ort der Versorgung von pflegebedürftigen Menschen. 2007 wurden in Baden-Württemberg über 106 000 Pflegebedürftige ausschließlich zu Hause und von Angehörigen versorgt, das sind zwei Drittel aller ambulant betreuten Pflegebedürftigen bzw. knapp die Hälfte aller Pflegebedürftigen insgesamt. Rund 40 % der pflegenden Angehörigen waren jünger als 55 Jahre – befanden sich damit in einer Lebensphase, in der in der Regel noch einer Berufstätigkeit nachgegangen wird und in der noch Kinder im Haushalt leben. 2003 hatten zwei Drittel der Beschäftigten, die einen pflegebedürftigen Angehörigen zu betreuen hatten, auch Kinder im Haushalt zu versorgen.²⁹ Pflegende stehen einer Reihe von Herausforderungen gegenüber,

²⁷ Für Baden-Württemberg können an dieser Stelle aus Datenschutzgründen wegen zu geringer Fallzahlen keine Angaben gemacht werden.

²⁸ Saleth 2006; Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg/Familienforschung Baden-Württemberg 1/2009.

²⁹ Klenner/Pfahl 2008.

die sich von denen der Kinderbetreuung unterscheiden. Der Eintritt eines Pflegefalls kann sehr plötzlich erfolgen (z.B. Schlaganfall) und die Dauer der Pflegebedürftigkeit ist meist schwer abzusehen. Während bei der Betreuung von Kindern, die Kinder im Zeitverlauf mit zunehmendem Alter eigenständiger werden, ist bei der Pflege eher mit dem Gegenteil zu rechnen. Diesen Herausforderungen wird sich in Zukunft eine zunehmende Zahl von Familien stellen müssen. Für die Zahl der von Angehörigen Gepflegten ergeben Modellrechnungen bis 2030 eine Zunahme von 38 %.³⁰ Beispielhaft dafür, wie Unternehmen in Baden-Württemberg die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf für ihre Beschäftigten verbessern können, ist die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG (vgl. Praxisbeispiel 2.1.6).

Praxisbeispiel 2.1.6: Pflege und Beruf – Vereinbarkeit bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG



Die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG hat es sich bereits seit den 1960er-Jahren zum Ziel gesetzt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Neben familienfreundlichen Maßnahmen wie flexiblen Arbeitszeiten, Teilzeitmodellen oder Telearbeit, die sowohl Eltern als auch pflegende Angehörige entlasten, stellt die Bausparkasse Unterstützungsangebote bereit, die speziell auf die Bedürfnisse von pflegenden Angehörigen zugeschnitten sind. Dazu gehört die Möglichkeit, eine Pflegepause von bis zu 24 Monaten einzulegen, die für die Dauer von bis zu einem Jahr auch auf die betriebliche Altersvorsorge angerechnet wird. Während der Pflegepause steht es den Beschäftigten offen, an allen betrieblichen Bildungsmaßnahmen weiterhin teilzunehmen. Hierdurch wird versucht, den Kontakt und den Wissensstand der Beschäftigten aufrecht zu erhalten und den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern. Weiterhin betreibt die Schwäbisch Hall AG seit 1997 am Standort Schwäbisch Hall ein eigenes Seniorenwohnstift mit 28 Einzel- und 24 Zweipersonenwohnungen mit angegliederter Pflegestation, das ehemaligen Beschäftigten und auch deren Angehörigen offen steht.

Quelle: Kompetenzzentrum Beruf & Familie Baden-Württemberg: www.kompetenzzentrum-bw.de.

2.1.2 Finanzielle Situation und Förderung von Familien

Ein ausreichendes Einkommen ist eine zentrale Voraussetzung zur Sicherung des Lebensstandards und zur sozialen Teilhabe. Familien sehen sich grundsätzlich mit einer anderen wirtschaftlichen Situation konfrontiert als Frauen und Männer ohne Kinder. Zusätzlich zum eigenen Lebensunterhalt sind Eltern für das Wohl ihrer Kinder verantwortlich. Gleichzeitig ist in Familien häufig ein Elternteil, in der Regel die Mutter, nicht oder teilweise erwerbstätig (siehe Kapitel 2.1.1). Insbesondere für Alleinerziehende ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schwierig. Einem erhöhten Einkommensbedarf durch Kinder stehen also verminderte Einkommensquellen gegenüber. Ein Ziel von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es, die finanzielle Situation von Familien zu unterstützen.

Kinder sind zwar kein generelles Armutsrisiko, das Einkommen von Familien ist durch den erhöhten Bedarf aber oft geringer als von Kinderlosen.³¹ Im „Kinderland Baden-

**Einkommenssituation
von Familien
unterstützen**

**Kinderarmut
vermeiden**

³⁰ Burger/Weber 2009.

³¹ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg/Familienforschung Baden-Württemberg 4/2008.

Württemberg“ soll die Armutsgefährdung von Kindern weiter verringert werden. Familien werden daher von Land und Bund durch eine Reihe von monetären und nichtmonetären Leistungen unterstützt. Eines der größten Armutsrisiken ist fehlende oder eingeschränkte Erwerbsbeteiligung. Der Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur (siehe Kapitel 1.1.1) trägt dazu bei, insbesondere Müttern die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu erleichtern und so das Armutsrisiko von Familien zu senken.³² Auch Kommunen und Unternehmen gehen zunehmend neue Kooperationsformen ein, um Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, z.B. über einen Betreuungskostenzuschuss (vgl. Praxisbeispiel 2.1.7).

P raxisbeispiel

Praxisbeispiel 2.1.7: Kinderbetreuung am Arbeitsort – bei ebm-papst mit Betreuungskostenzuschuss



Beschäftigte bei ebm-papst, einem weltweit führenden Hersteller von Ventilatoren und Motoren, haben unabhängig von ihrem Wohnort die Möglichkeit, ihre Kinder an ihrem Arbeitsort in Mulfingen betreuen zu lassen. Kinder unter zwei Jahren können von Tagesmüttern oder Tagesväter des Tagesmüttervereins Hohenlohekreis e.V. betreut werden. Kinder zwischen zwei und drei Jahren können halbtags den Gemeindekindergarten besuchen und bei Bedarf zusätzlich durch Tagesmütter oder Tagesväter betreut werden. Für Kinder zwischen drei und sechs Jahren bietet die Gemeinde eine Ganztagesbetreuung im Kindergarten an. Die Öffnungszeiten sind dabei den Bedürfnissen der Beschäftigten von ebm-papst angepasst. ebm-papst gewährt einen Betreuungskostenzuschuss für die Ganztagsbetreuung in Höhe von monatlich 85 Euro. Wird die Ganztagsbetreuung an weniger als fünf Tagen pro Woche in Anspruch genommen, reduziert sich der Betreuungskostenzuschuss anteilig. Die Gemeinde Mulfingen erhebt einen einheitlichen Elternbeitrag von 64 Euro plus zusätzlich 125 Euro für die Ganztagsbetreuung, dabei wird ein Ausgleich mit den jeweiligen Wohnortkommunen der Eltern angestrebt. Ohne die Bereitschaft der Gemeinde Mulfingen zur Betreuung auswärtiger Kinder im kommunalen Kindergarten wäre es ebm-papst nicht möglich, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein entsprechendes Angebot zu machen.

Quelle: Kompetenzzentrum Beruf & Familie Baden-Württemberg; www.kompetenzzentrum-bw.de.

Mit dem „Landeserziehungsgeld“ werden junge Familien finanziell unterstützt. Baden-Württemberg bietet das Landeserziehungsgeld einkommensschwachen Familien im Anschluss an das Bundeselterngeld an. Auf Grund des demografisch bedingten Geburtenrückgangs und auch weil viele Eltern nach dem Elterngeldbezug eine schnelle Rückkehr in den Beruf anstreben, geht die Inanspruchnahme des Landeserziehungsgeldes tendenziell zurück. Es bleibt aber ein wichtiger Bestandteil der Einkommenssicherung gerade auch für armutsgefährdete Familien.

Des Weiteren erhalten Alleinerziehende, Familien mit drei und mehr Kindern oder einem Kind mit schwerer Behinderung den „Landesfamilienpass“, mit dem verschiedenste Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können (vgl. Programm 2.2.3).³³

³² Grabka/Frick 2010.

³³ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

Auf Bundesebene erfahren Familien unter anderem durch Kinder-, Eltern und Wohn-geld, im Rahmen der SGB II Gesetzgebung mit dem Arbeitslosengeld II (ALG II) und dem Kinderzuschlag Unterstützung. Besonders zielgruppenspezifische Transfers wie das Elterngeld tragen dazu bei, das Armutsrisiko zu senken.³⁴ Um das öffentliche Bewusstsein für Armutsrisiken und -folgen zu schärfen, hat die Europäische Kommission das „Europäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ausgerufen, das von Bund und Land unterstützt wird. Fünf der deutschlandweit 40 vom Bund geförderten Projekte gegen Armut und Ausgrenzung kommen aus Baden-Württemberg (vgl. Praxisbeispiel 2.1.8). Weitere drei Projekte gegen Armut und Ausgrenzung aus Baden-Württemberg erhalten vom Land Baden-Württemberg eine Förderung.

Praxisbeispiel 2.1.8:

Viko: Knapp bei Kasse? Wir kommen klar!



Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das in Deutschland die Durchführung des Europäischen Jahres 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung organisiert, hat 40 „Leuchtturm-Projekte“ ausgewählt, die von der EU-Kommission und vom Bund finanziell gefördert werden. Darunter ist das Projekt der Viko GmbH aus Waiblingen, das Menschen unterstützt, die als Empfänger von Sozialleistungen oder niedriger Löhne mit geringen finanziellen Mitteln auskommen müssen. Ziel ist es, die Lebensqualität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verbessern und einer Ver- bzw. Überschuldung entgegen zu wirken. Dazu sollen die Finanz- und Haushaltskompetenzen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gestärkt und ausgebaut werden. Die Adressaten des Projekts werden für die Risiken der Verschuldung sensibilisiert und entwickeln Bewältigungsstrategien. Das Konzept besteht aus mehreren Modulen: Haushaltsplanung, Einsparmöglichkeiten, gesundes Essen, potenzielle Schuldenfallen und Ansätze zur Bewältigung vorhandener Schulden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten zudem Informationen über das lokale Beratungs- und Hilfenetzwerk und erfahren an welche Einrichtungen sie sich in schwierigen Lebenssituationen wenden können. Während des Qualifizierungsprogramms wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zusätzlich eine individuelle sozialpädagogische Begleitung angeboten.

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Viko GmbH: www.sozialbetriebe.de.

Einkommenssituation von Familien

Einkommen ist die zentrale Ressource, um einen ausreichenden Lebensstandard zu erreichen und die soziale Teilhabe zu sichern. Um die Einkommenssituation von Familientypen unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichen zu können, werden sogenannte Äquivalenzeinkommen herangezogen. Das sind unter Bedarfsgesichtspunkten gewichtete monatliche Pro-Kopf-Einkommen.³⁵

Das Pro-Kopf-Einkommen von Paaren mit Kindern lag in Baden-Württemberg in den Jahren 2004 bis 2007 zwischen 1 200 Euro und 1 500 Euro (Abbildung 2.1.4). Dabei waren die Einkommensunterschiede zwischen verheirateten und unverheirateten Paaren mit Kindern nur gering. Dagegen verfügten Paare ohne Kinder im gesamten

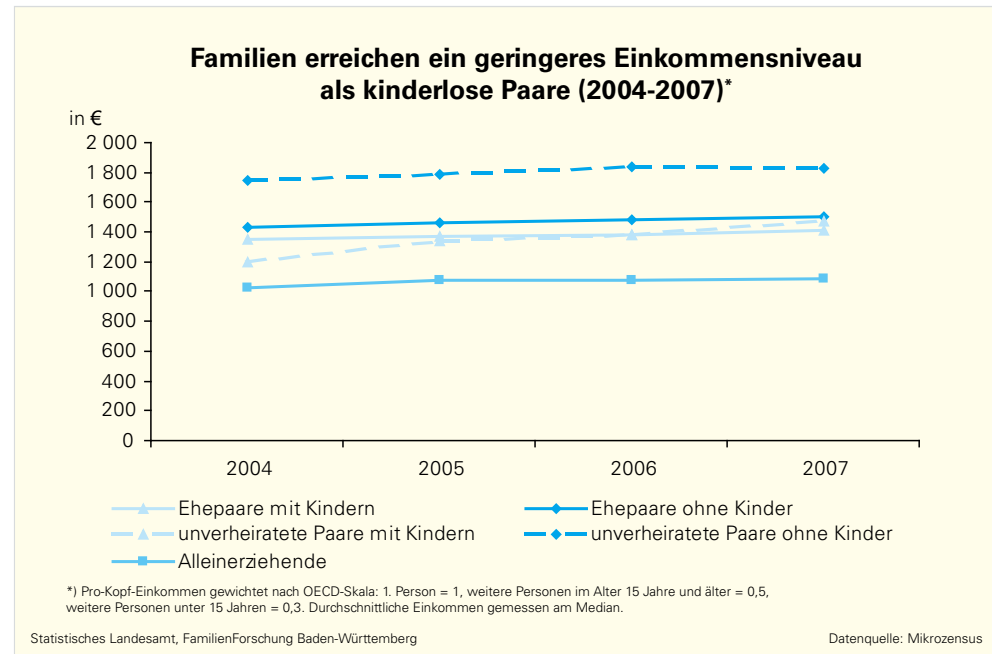
Familien haben geringere Pro-Kopf-Einkommen als Kinderlose

³⁴ Grabka/Frick 2010.

³⁵ Das Haushaltseinkommen wird dazu anhand der modifizierten OECD-Skala gewichtet. Die erste Person wird mit 1 gewichtet, jede weitere Person ab 15 Jahren mit 0,5 und jede weitere Person unter 15 Jahren mit 0,3. Eine Alleinerziehende mit einem Kind erhält z.B. das Gewicht 1,3. Durch dieses Gewicht wird das Haushaltsnettoeinkommen geteilt.

Berichtszeitraum über ein Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1 500 Euro und 1 800 Euro und erreichten damit ein deutlich höheres durchschnittliches Einkommensniveau als Lebensformen mit Kindern. Am geringsten fällt das Pro-Kopf-Einkommen von Alleinerziehenden aus. Diesen stand im Durchschnitt ein Pro-Kopf-Einkommen von rund 1 000 Euro zur Verfügung.

Abbildung 2.1.4



Innerhalb der Gruppe der Familien variiert das Einkommen mit dem Alter und der Anzahl der Kinder. So hatten junge Familien, deren jüngstes Kind unter 3 Jahren alt ist, im Jahr 2007 ein Pro-Kopf-Einkommen von rund 1 200 Euro. Dagegen lag bei Familien mit einem Kind zwischen 15 und 18 Jahren das Pro-Kopf-Einkommen bei 1 400 Euro. Eine ähnliche Konstellation – allerdings auf niedrigerem Einkommensniveau – zeigt sich bei Alleinerziehenden. Außerdem sinkt das Pro-Kopf-Einkommen mit der Anzahl der Kinder in einer Familie: Paare mit nur einem Kind hatten 2007 ein Pro-Kopf-Einkommen von gut 1 500 Euro, bei mindestens drei Kindern lag das Einkommensniveau dagegen bei knapp 1 200 Euro. Alleinerziehende mit einem Kind verfügten über ein Pro-Kopf-Einkommen von 1 200 Euro, mit drei und mehr Kindern dagegen nur über knapp 900 Euro.

Was bedeuten Armut und Armutsgefährdung?

Armutsgefährdung von Familien

Armut ist eine Form sozialer Ungleichheit. Wie Armut gemessen werden kann, ist umstritten. Einigkeit besteht darin, dass Armut in modernen westlichen Gesellschaften etwas anderes bedeutet als in früheren Zeiten oder in Entwicklungsländern. Orientiert am Armutsverständnis der Europäischen Union gelten Menschen dann als arm, wenn sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Land, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist. Armut bedeutet dabei nicht nur mangelndes Einkommen, sondern auch eingeschränkte Teilhabechancen in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur oder Erwerbstätigkeit.³⁶

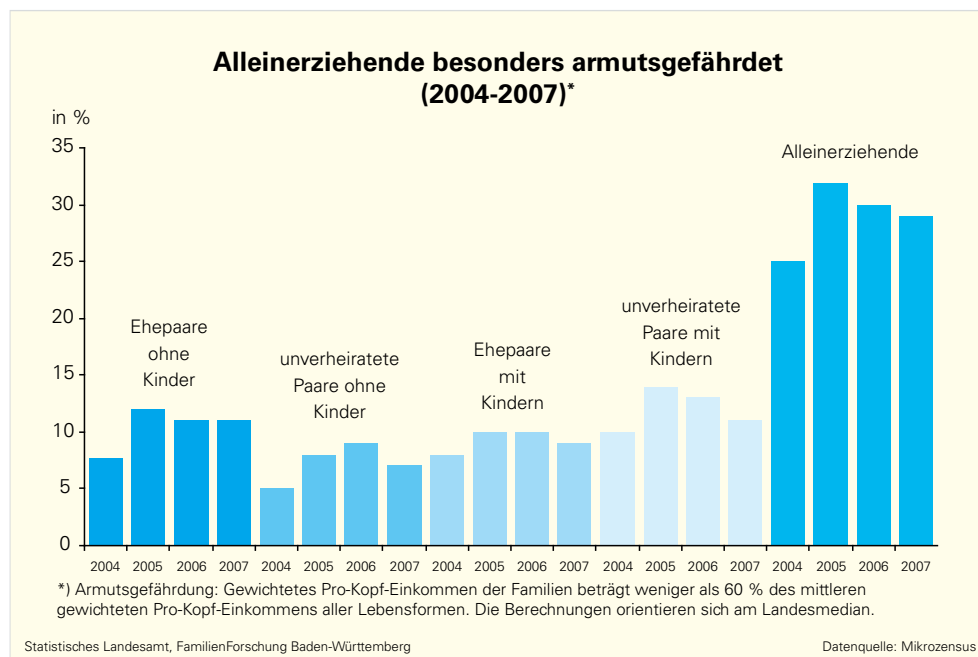
³⁶ Eggen 2008.

Verstanden als soziale Ungleichheit, definiert sich Armut dann als relative Armut. Als armutsgefährdet gilt derjenige, dessen Pro-Kopf-Einkommen niedriger ist als 60 % des Medians des gewichteten Nettoäquivalenzeinkommens.³⁷ Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen lag 2007 in Baden-Württemberg bei 1 370 Euro. Der Schwellenwert, ab dem ein Paar mit zwei Kindern als armutsgefährdet gilt, lag entsprechend bei einem Familiennettoeinkommen von unter 1 726 Euro, bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern bei 1 315 Euro.

Das Armutsrisiko hat sich für alle Lebensformen von 2004 auf 2005, zeitgleich mit der Einführung der SGB II-Gesetzgebung, deutlich erhöht. In den Folgejahren ist das Armutsrisiko – vermutlich im Zusammenhang mit der positiven konjunkturellen Entwicklung – wieder etwas zurückgegangen. Diese Entwicklung findet sich nicht nur in Baden-Württemberg, sondern im gesamten Bundesgebiet. Dabei sind in Baden-Württemberg Familien generell nicht stärker armutsgefährdet als kinderlose Lebensformen (Abbildung 2.1.5). Im Jahr 2007 lag die Armutsrisikoquote von Paaren mit Kindern bei 9 % (Ehepaare) bzw. 11 % (unverheiratete Paare). Das Risiko von Paaren ohne Kinder unterscheidet sich davon kaum.

Paare mit Kindern generell nicht überdurchschnittlich armutsgefährdet

Abbildung 2.1.5



Für bestimmte Familienformen und -phasen ist das Armutsrisiko allerdings erhöht. Dies gilt vor allem für Alleinerziehende. In Baden-Württemberg galten fast ein Drittel aller Alleinerziehenden und ihre Kinder zwischen 2004 und 2007 als armutsgefährdet. Ihr Armutsrisiko war damit rund dreimal so hoch wie von Paaren mit Kindern. Zudem konnten Alleinerziehende – im Gegensatz zu Paaren mit Kindern – trotz des Rückgangs des allgemeinen Armutsrisikos seit 2006 das Niveau von 2004 nicht wieder erreichen. Ihre Armutsgefährdung lag 2007 um 4 Prozentpunkte höher als 2004.

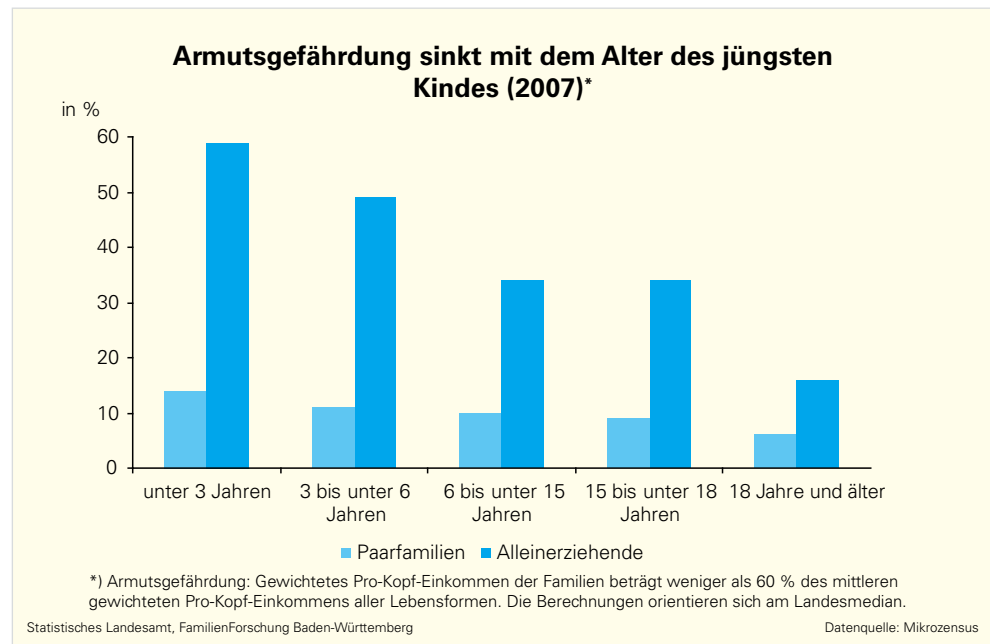
Erhöhtes Armutsrisiko Alleinerziehender

37 Eurostat 2010.

Armutrisiko in Baden-Württemberg und Deutschland unterschiedlich

Deutschlandweit waren 2007 rund 9 % aller Paare mit Kindern und 24 % der Alleinerziehenden armutsgefährdet. Bezogen auf das entsprechende mittlere Einkommen in Deutschland waren in Baden-Württemberg 6 % der Paare mit Kindern und 19 % der Alleinerziehenden armutsgefährdet. Wenn die Einkommen der Familien in Baden-Württemberg also nicht mit den Einkommensverhältnissen im Land, sondern mit denen in Deutschland verglichen werden, dann gelten erstens weniger Familien in Baden-Württemberg als armutsgefährdet und zweitens fällt das Armutsrisiko geringer aus als das für Familien in Deutschland insgesamt.³⁸

Abbildung 2.1.6



Familien mit jüngeren Kindern stärker armutsgefährdet

Neben Alleinerziehenden sind Familien mit jüngeren Kindern und kinderreiche Familien einer vergleichsweise großen Armutsgefährdung ausgesetzt. Dabei sinkt in Baden-Württemberg die Armutsgefährdung von Familien mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes (Abbildung 2.1.6). Dies gilt für Paarfamilien ebenso wie für Alleinerziehende – wenngleich für diese auf deutlich höherem Niveau. In Paarfamilien betrug das Armutsrisiko 2007 bei einem jüngsten Kind von unter 3 Jahren 14 %. War das jüngste Kind dagegen bereits volljährig, lag das Armutsrisiko nur noch bei 6 %. Bei Alleinerziehenden korrespondiert das Armutsrisiko deutlich mit dem Bildungsverlauf des jüngsten Kindes: Alleinerziehende mit einem jüngsten Kind unter 3 Jahren waren zu 59 % armutsgefährdet. War das jüngste Kind im Kindergartenalter, belief sich der Anteil auf 49 %. Mit dem Übergang des Kindes in die Schule und den dadurch verbesserten Chancen auf dem Arbeitsmarkt geht das Armutsrisiko weiter zurück auf 34 %. Ist das Kind volljährig, beträgt das Armutsrisiko aber noch immer 16 %. Nicht nur Alleinerziehende und Familien mit kleinen Kindern sind überdurchschnittlich armutsgefährdet, sondern auch kinderreiche Familien (Abbildung 2.1.7). Für Paare mit

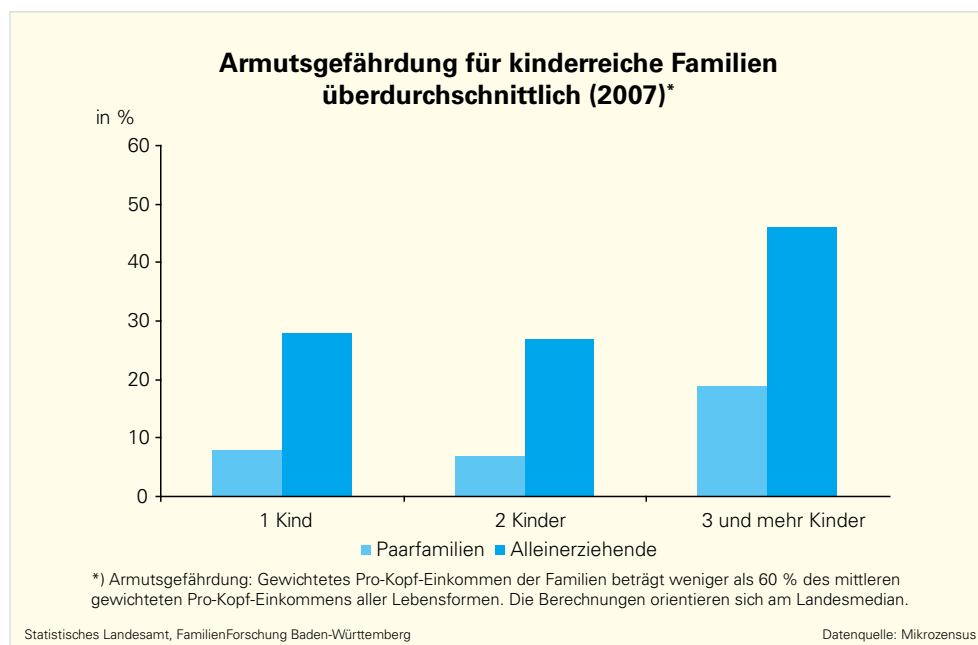
Erhöhtes Armutsrisiko von kinderreichen Familien

³⁸ Der Armutsgefährdung gemessen am Bundesmedian liegt eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle für Bund und Länder zugrunde. Dagegen berücksichtigt die Messung der Armutsgefährdung am Landesmedian die unterschiedlichen Einkommensniveaus in den Bundesländern. So liegt in Baden-Württemberg das durchschnittliche Einkommen höher als in Gesamtdeutschland. Entsprechend höher liegt auch die Einkommensschwelle, unterhalb derer eine Familie als armutsgefährdet gilt. Hinzu kommt eine höhere Einkommensungleichheit als z.B. in Ostdeutschland. Beides geht in der Regel mit einer höheren Armutsgefährdung einher (Eggen 2008). Soweit nicht anders angegeben, orientieren sich die Analysen zur Armutsgefährdung am Landesmedian.

einem oder zwei Kindern war 2007 mit einer Armutsrisikoquote von 8 % (1 Kind) bzw. 7 % (2 Kinder) das Armutsrisiko noch nicht überdurchschnittlich. Dagegen beträgt die Armutsgefährdung für Paare mit drei und mehr Kindern 19 %. Alleinerziehende waren bereits mit einem (28 %) oder zwei Kindern (27 %) erneut stärker armutsgefährdet als Paarfamilien. Bei drei und mehr Kindern beträgt das Armutsrisiko von Alleinerziehenden sogar 46 %.

Auch für ausländische Familien ist das Armutsrisiko überdurchschnittlich. Während 6 % der deutschen Paare mit Kindern 2007 armutsgefährdet waren, lag die Quote ausländischer Paare mit Kindern rund viermal so hoch. Auch ausländische Alleinerziehende hatten mit 48 % eine höhere Armutsrisikoquote als deutsche Alleinerziehende mit 30 %.³⁹ Als mögliche Ursachen für die schlechtere Einkommenssituation von Familien mit Migrationshintergrund benennt der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung fehlende schulische und berufliche Qualifikationen, etwaige Diskriminierungen durch Arbeitgeber, Sprachbarrieren sowie Unterschiede im Erwerbsverhalten.

Abbildung 2.1.7



Familien im SGB II-Bezug

Die SGB II-Leistungen Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld, umgangssprachlich als „Hartz IV“ bezeichnet, sind die mit Abstand am häufigsten in Anspruch genommene Mindestsicherungsleistungen in Deutschland. Die Leistungen sollen das sogenannte Existenzminimum sichern.⁴⁰

In Baden-Württemberg ist seit der Einführung der SGB II-Gesetzgebung im Jahr 2005 die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, die auf Leistungen an-

³⁹ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg/Familienforschung Baden-Württemberg 4/2008.

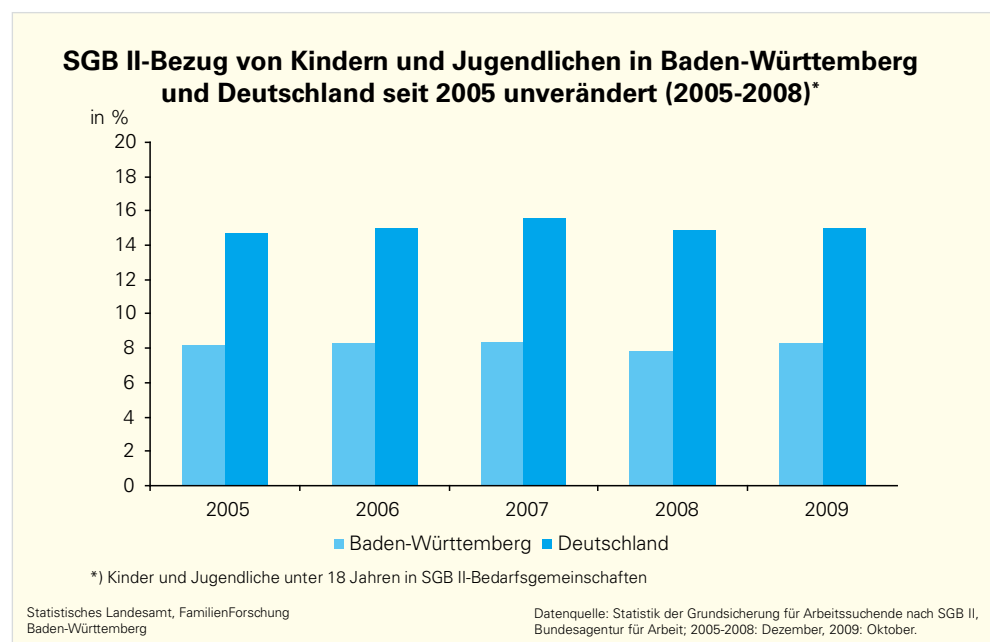
⁴⁰ Die Höhe der Regelsätze orientiert sich am Ausgabeverhalten der ärmsten 20 % der Bevölkerung. Im Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht die Berechnung der Sätze für verfassungswidrig erklärt und eine Neubemessung der Regelleistungen insbesondere für Kinder gefordert.

Durchgehend 8 % der Kinder in SGB II- Bedarfsgemein- schaften

gewiesen sind, leicht zurückgegangen. 2005 lebten fast 170 000 Minderjährige in SGB II-Bedarfsgemeinschaften. Bis 2008 sank diese Zahl auf rund 150 000, bevor es 2009 wieder zu einem leichten Anstieg auf 160 000 Kinder und Jugendliche in SGB II-Bedarfsgemeinschaften kam.

Das Risiko des SGB II-Bezugs hat sich von 2005 bis 2009 für Kinder und Jugendliche kaum verändert (Abbildung 2.1.8). Etwa 8 % aller Minderjährigen in Baden-Württemberg waren in den jeweils beobachteten Monaten auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen. Deutschlandweit lag die Quote mit rund 15 % konstant fast doppelt so hoch. Differenziert nach der Familienform, erhielten im Oktober 2009 in Baden-Württemberg gut 53 000 Alleinerziehende und knapp 40 000 Paare mit minderjährigen Kindern Leistungen nach SGB II. Dies waren etwa 27 % der Alleinerziehenden und 3 % der Paare mit Kindern.

Abbildung 2.1.8



Erwerbsbeteiligung von Müttern gestiegen

Fazit

Eines der Ziele von „Kinderland Baden-Württemberg“ im Handlungsfeld Eltern und Familie ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine Erwerbstätigkeit beider Partner und eine gemeinschaftliche Kinderbetreuung wünschen sich etwa 60 % der Paare, ein knappes Viertel will eine „klassische“ Rollenverteilung. Dies zeigt die Bedeutung des Prinzips der Wahlfreiheit, unter dessen Maßgabe „Kinderland Baden-Württemberg“ die individuellen Entscheidungen und Lebensentwürfe bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit berücksichtigt. Bei der Arbeitsteilung innerhalb der Familie ergibt sich als das vorherrschende Modell jenes mit dem Mann als in Vollzeit erwerbstätigem Hauptverdiener und der Frau als in Teilzeit erwerbstätiger Zuverdienerin mit Hauptzuständigkeit für Haus- und Familienarbeit. Die Erwerbsbeteiligung von Müttern hat sich in den vergangenen Jahren erhöht und liegt in Baden-Württemberg über dem Bundesdurchschnitt. Dabei nutzen Mütter eher Teilzeitangebote, Väter arbeiten überwiegend Vollzeit. Bei der Geburt eines Kindes reduziert der Großteil der Mütter die Arbeitszeit, dies trifft auf Väter

nicht zu. Allerdings steigt die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit dem Alter ihres jüngsten Kindes wieder an und der Wiedereinstieg in den Beruf gelingt in Baden-Württemberg besser als im Bundesdurchschnitt.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen umfasst als einen der zentralen Bestandteile den Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-Jährige. Der Ausbau der Betreuungskapazitäten wurde in den letzten Jahren erfolgreich vorangetrieben, die Betreuungsquote erhöhte sich von knapp 9 % im Jahr 2006 auf fast 16 % in 2009. Darüber hinaus wurde die Betriebskostenförderung reformiert, um Eltern Betreuungsmöglichkeiten auch nahe der Arbeitsstelle zu eröffnen. Die bundesweit überdurchschnittlich hohe Betreuungsquote von 3- bis 6-Jährigen und der Ausbau der Ganztagschulen tragen insgesamt ebenfalls zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.

Vereinbarkeit umfasst bei den Rahmenbedingungen neben einem bedarfsorientierten Angebot der Kinderbetreuung auch die Flexibilität der Arbeitsbedingungen. Die Landesverwaltung geht im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit guten Beispielen voran. Unter anderem sorgen flexibilisierte Arbeitszeitmodelle und Telearbeit auch in Führungspositionen sowie gezielte Schulungen für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger für eine verbesserte Familienfreundlichkeit.

Auch der starke Ausbau der Kinderbetreuungskapazitäten an den Hochschulen des Landes belegt die Fortschritte im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“. Die Prämierung von insgesamt vierzehn staatlichen Hochschulen in Baden-Württemberg als „familiengerechte Hochschulen“ und die Aufnahme von Beispielen in die „Best-Practice“-Liste der bundesweit aktiven „berufundfamilie“ gGmbH zeigen die Erfolge der Bemühungen um eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung/Studium. Zusammen mit der Förderung von Trägern, die Auszubildende mit Kindern beispielsweise durch die Vermittlung von Teilzeitausbildungen unterstützen, reflektiert dies den großen Wert, der vom „Kinderland Baden-Württemberg“ auf Familie und Bildung gelegt wird.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erstreckt sich angesichts der demografischen Entwicklung mit einer deutlich alternden Bevölkerung nicht nur auf Kinderbetreuung und Beruf, sondern durch die große Bedeutung von Angehörigen für die Betreuung von Pflegebedürftigen auch auf die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Familien finden sich zunehmend in der Position wieder, in der einerseits Kinder im Haushalt zu betreuen sind und andererseits auch ältere Pflegebedürftige Hilfe bedürfen. Familien in dieser „Sandwichposition“ stärker zu unterstützen, ist eine Herausforderung, der sich das „Kinderland Baden-Württemberg in den kommenden Jahren verstärkt stellen muss. Hierfür ist es wichtig, bestehende Angebote für pflegende Angehörige stärker zu kommunizieren und Betriebe bei der Verbesserung der Pflegeinfrastruktur enger einzubinden. Unternehmen und Einrichtungen können unter anderem durch das „Kompetenzzentrum Beruf & Familie Baden-Württemberg“ dabei unterstützt werden, die Vereinbarkeit durch individuelle Lösungen z.B. in Bezug auf die Arbeitsorganisation zu verbessern.

Grundsätzlich sind Familien in Baden-Württemberg nicht stärker armutsgefährdet als kinderlose Lebensformen. Allerdings gibt es Familientypen und -phasen, die mit

**Kinderbetreuung
ausgebaut**

**Flexibilisierte
Arbeitsbedingungen**

**Verbesserte Vereinbarkeit
von Ausbildung/
Studium und Familie**

**Vereinbarkeitsproblem
zunehmend auch für
pflegende Angehörige**

**Familientypen
unterschiedlich stark
armutsgefährdet**

einem erhöhten Armutsrisiko einhergehen. Dazu gehören Alleinerziehende, Familien mit jüngeren Kindern, kinderreiche Familien sowie ausländische Familien. Die Armutsgefährdung erhöht sich vor allem durch fehlende oder nur eingeschränkte Erwerbsbeteiligung der Eltern. Armut von Kindern und Jugendlichen bedeutet nicht nur fehlendes Einkommen, sondern kann darüber hinaus auch eingeschränkte Entwicklungschancen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung oder soziale Teilhabe mit sich bringen. Die Reduzierung der Armutsgefährdung im Kindesalter steht daher als besondere Herausforderung weiterhin auf der Tagesordnung. Dabei sollte es nicht nur um die Erhöhung monetärer Transfers gehen. Eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein wichtiger Ansatzpunkt, um die ökonomische Situation von Familien nachhaltig zu sichern.

2.2 Familienleben

Für ein glückendes Familienleben ist neben familieninternen Faktoren ein kinder- und familienfreundliches Umfeld von entscheidender Bedeutung. Die Kommunen sind die unmittelbare Lebensumwelt der Menschen, die Orte also, die mit ihren Rahmenbedingungen den Familienalltag direkt prägen. Kinder- und familienfreundliche Rahmenbedingungen stehen im Zentrum der öffentlichen Diskussion und sind in den letzten Jahren vielerorts zu einem Zukunftsthema der Kommunalentwicklung geworden. Dabei sind neben den prominentesten Handlungsfeldern „Frühkindliche Betreuung und Bildung“, „Schulische Bildung“ und „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ weitere Bereiche wichtig: Etwa bezahlbarer und familienfreundlicher Wohnraum mit entsprechendem Umfeld, familiengerechte Mobilitätsangebote und Möglichkeiten zur Teilhabe am Leben in der Kommune. Hinzu kommen Kriterien wie die Verfügbarkeit attraktiver außerschulischer Freizeit- und Bildungsangebote. Die tatsächliche Lebensqualität von Familien, Kindern und Jugendlichen entscheidet sich im Wesentlichen vor Ort.

2.2.1 Wohnen und Mobilität von Familien

Im Standortwettbewerb der Kommunen ist für Familien zunächst das Angebot an attraktivem und bezahlbarem Wohnraum ein zentraler Faktor. In Baden-Württemberg als einem dezentralisiert besiedelten Flächenland sind für Familien bei der Entscheidung für oder gegen eine Kommune als neuen Lebensmittelpunkt darüber hinaus adäquate Mobilitätsangebote ein wichtiges Kriterium. Ziel von „Kinderland Baden-Württemberg“ in diesem Zusammenhang ist es, die Wohnsituation und das Wohnumfeld von Familien im Land möglichst flächendeckend in Richtung mehr Familienfreundlichkeit weiterzuentwickeln.

Insbesondere Paare in der Familienplanungsphase sind in Baden-Württemberg besonders oft auf der Suche nach neuem Wohnraum: Rund 40 % der befragten Haushalte mit Kinderwunsch tragen sich mit konkreten Umzugsplänen. Von den Haushalten ohne Kinderwunsch sind demgegenüber nur etwas weniger als 10 % der Haushalte auf der Suche nach einer neuen Bleibe. Bei den Paaren mit Kindern hat über ein Fünftel vor umzuziehen. 41 % der Umzugswilligen wollen eine Mietwohnung beziehen, 34 % eine eigene Immobilie und 24 % ein eigenes Haus. Bei den 35- bis 44-Jährigen streben rund 41 % ein eigenes Haus an. Die wichtigsten Anforderungen an eine eigene Immobilie sind dabei für 81 % der einen Umzug Planenden eine energiesparende Bauweise sowie für jeweils 76 % eine gute Verkehrsanbindung und eine ruhige Wohnlage.¹

Durch die Novellierung der Landesbauordnung zum 1. März 2010 wurde den besonderen Bedürfnissen von Familien mit Kindern insoweit Rechnung getragen, als in

¹ L-Bank 2009.

**Wohnsituation und
-umfeld von Familien
verbessern**

Wohngebäuden mit mehr als zwei Nutzungseinheiten oder mit Nutzungseinheiten von insgesamt mehr als 400 m² Grundfläche leicht erreichbare und gut sowie nunmehr auch möglichst ebenerdig zugängliche Flächen zum Abstellen von Kinderwagen zur Verfügung stehen müssen. Darüber hinaus schreibt die Landesbauordnung für Gebäude mit mehr als zwei Wohnungen ausdrücklich einen ausreichend großen Spielplatz für Kleinkinder auf dem Baugrundstück oder in unmittelbarer Nähe vor.²

Dem Wunsch nach den eigenen vier Wänden trägt „Kinderland Baden-Württemberg“ mit der Neukonzeption der Wohnraumförderung im Jahr 2007 Rechnung (vgl. Programm 2.2.1).³ Neben der Förderung einzelner Bauvorhaben wurde zudem der Wettbewerb „Wohnen im Kinderland Baden-Württemberg“ ins Leben gerufen, der besonders familienfreundliche städtebauliche Maßnahmen auszeichnet (vgl. Praxisbeispiel 2.2.1). Dabei werden Beiträge in verschiedenen Kategorien prämiert, z.B. integrierte Konzepte und kommunale Strategien für innovative Förderungskonzepte und Finanzierungsberatungen für junge Familien und Starterhaushalte, Wohn- und Lebensräume für Kinder und Jugendliche, Soziale Infrastrukturen sowie Netzwerke und Initiativen.⁴

Ein großer Teil der baden-württembergischen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum und legt deshalb für Beruf, Ausbildung und Freizeitaktivitäten regelmäßig größere

P rogramm

Programm 2.2.1: „Wohnraumförderung“

Ziele: Familien den Zugang zum Immobilienmarkt erleichtern und familienorientiertes Bauen und Wohnen fördern.

Inhalt: Die Wohnraumförderung des Landes Baden-Württemberg erfolgt vor allem durch die Vergabe von unterschiedlichen Darlehen mit im Wesentlichen vergünstigten Konditionen sowie durch Zuschüsse über die landeseigene L-Bank. Paare mit mindestens einem haushaltsangehörigen Kind und Einkommen unterhalb einer bestimmten Grenze können diese Förderung erhalten, ebenso Alleinerziehende und schwerbehinderte Menschen. Sogenannte „Optionsdarlehen“ können auch für junge kinderlose Paare vergeben werden, die dann nach der Geburt/Adoption eines Kindes eine Ergänzungsförderung nutzen können. Gefördert werden können nicht nur der Erwerb von Wohneigentum, sondern auch erwerbsnahe Modernisierungen unter anderem unter dem Aspekt der Energieeffizienz oder der barrierefreien Gestaltung des Wohnumfelds. Junge Familien werden so unterstützt, sich ein Heim und gleichzeitig eine Kapitalanlage zu schaffen. Zugleich kann der Umweltschutz vorangetrieben und die Wohnsituation von Menschen mit Behinderungen verbessert werden.

Laufzeit: Neukonzeption 2007

Beteiligte Ressorts: Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Im Jahr 2008 konnten rund 4 000 Anträge mit einem Darlehensvolumen von 240 Mill. Euro bewilligt werden. 2009 wurden über 3 100 Förderanträge gestellt, davon betrafen rund 1 000 Anträge Optionsdarlehen. Für das Förderjahr 2009 belief sich in der Wohneigentumsförderung der Förderrahmen (Gesamtheit der Subventionsbarwerte) auf rund 90 Mill. Euro.

Quelle: Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

² Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

³ Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

⁴ Staatsministerium Baden-Württemberg.

Strecken zurück. Dies kommt auch in der hohen Priorität zum Ausdruck, die eine gute Verkehrsanbindung der eigenen Wohnlage für die große Mehrheit hat. Um den Mobilitätsansprüchen der Bürger und zugleich dem Umweltschutz gerecht zu werden, sollen unter der Dachmarke „3-Löwen-Takt“ die Mobilitätsinfrastrukturen insbesondere im Nahverkehr verbessert werden.⁵ Maßnahmen in diesem Zusammenhang kommen insbesondere Kindern und Jugendlichen zugute, da diese in der Regel auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind.

Praxisbeispiel 2.2.1: Wohnen im Kinderland Baden-Württemberg – Konzept der Stadt Haiterbach



P raxisbeispiel

Die Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen hat ihre gemeinsame Initiative mit dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg 2007/08 unter das Motto „Wohnen im Kinderland Baden-Württemberg – eine Offensive für zukunftsorientierte Städte und Gemeinden“ gestellt. Städte, Gemeinden und Landkreise sind umso zukunftsfähiger, je besser es ihnen gelingt, Kindern und Jugendlichen beste Start- und Entwicklungschancen zu bieten. Einen 1. Preis erhielt die Stadt Haiterbach (Landkreis Calw) für ihre langjährige kinder- und familienfreundliche Gemeindeentwicklung. Ihr Konzept umfasst eine nachhaltige familienfreundliche Wohnumfeldgestaltung für alle Generationen. Hierzu gehören neben einem vorbildlichen Ganztagsbetreuungsangebot auch ein Mehrgenerationenhaus als Treffpunkt von Jung und Alt und mehrere nach Kinderwünschen mit attraktiven Spiel- und Freiräumen (Fahrradgeländebahn, Bolz- und Beachvolleyballplatz) gestaltete innerörtliche Areale und Wohnquartiere. Außerdem bietet Haiterbach ein Finanzierungs- und Förderkonzept, das speziell auf bauwillige junge Familien zugeschnitten ist. Sie erhalten eine Subvention von bis zu 40 Euro je Quadratmeter beim Erwerb innerörtlicher Grundstücke und 2 000 Euro Kinderrabatt je Kind.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen: www.arge-online.org.

Wohnen

Von 2004 bis 2008 nahm die Bevölkerung in Baden-Württemberg fast ausschließlich aufgrund von Zuwanderung um 0,3 % zu. Die gesamtdeutsche Bevölkerung nahm im Gegensatz dazu im gleichen Zeitraum um 0,6 % ab. Zeitgleich erhöhte sich die Wohnfläche, die rechnerisch jeder Einwohnerin und jedem Einwohner Baden-Württembergs zur Verfügung stand, um 3 % auf über 42 Quadratmeter. Die Zahl der neu fertig gestellten Wohngebäude nahm um knapp 40 % auf 13 100 ab.⁶

Der Anteil der Privathaushalte in Baden-Württemberg, der über Haus- und Grundbesitz verfügt, ging von 2003 bis 2008 leicht um 2 Prozentpunkte auf 58 % zurück. Lag damit aber deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt, der um 1 Prozentpunkt auf 48 % sank. 2008 hatten nur das Saarland und Rheinland-Pfalz einen höheren Anteil an Haushalten mit Immobilienbesitz (Abbildung 2.2.1).

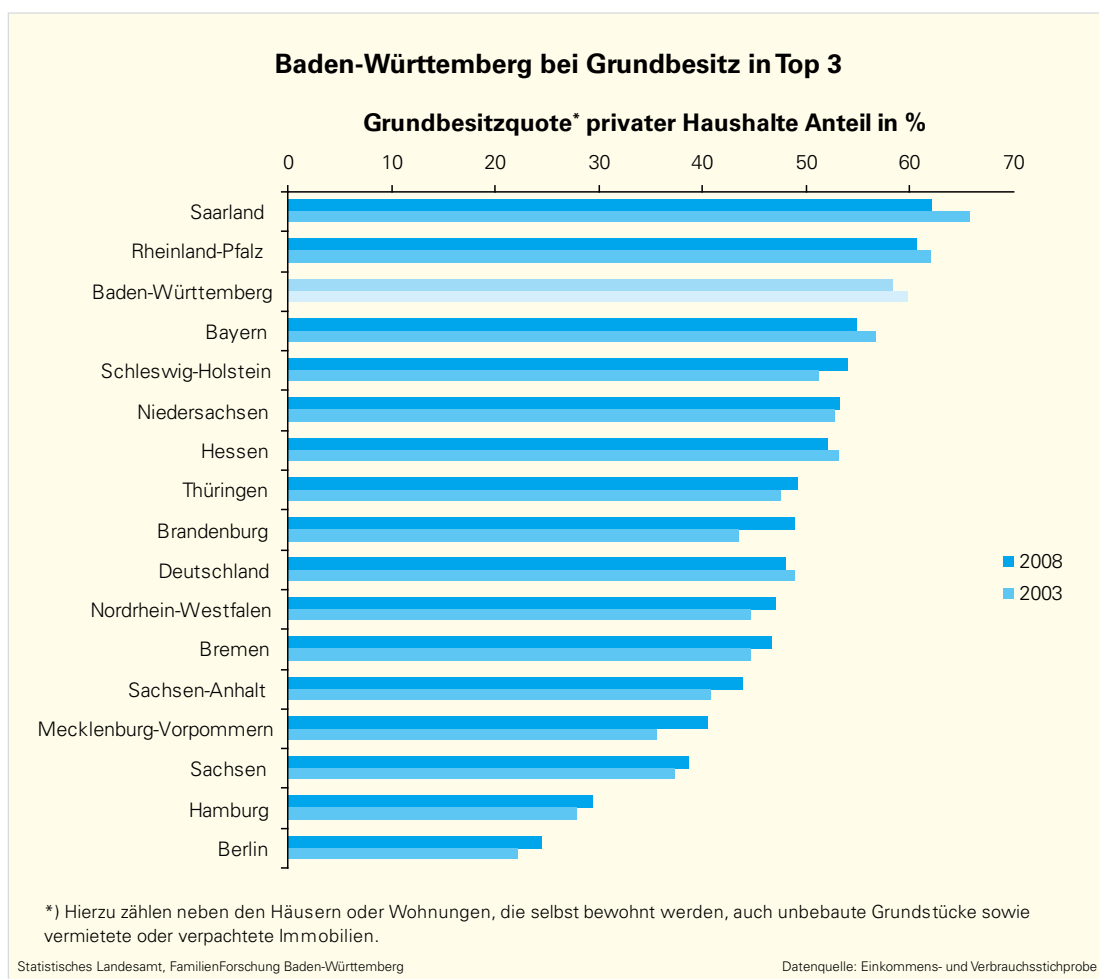
Mehr Wohnfläche je Einwohnerin und Einwohner

In Baden-Württemberg bundesweit dritt- höchste Immobilien- besitzquote

⁵ Innenministerium Baden-Württemberg.

⁶ Payk 2010.

Abbildung 2.2.1



Über 70 % der Paare mit Kindern besitzen Immobilien

In Baden-Württemberg verfügten 2003 wie 2008 insbesondere Familien mit im Haushalt lebenden Kindern über Haus- und Grundbesitz: In beiden Jahren nannten jeweils 72 % eine Immobilie ihr eigen. Im Bundesdurchschnitt fiel der Anteil mit 62 % für 2003 und 65 % für 2008 niedriger aus.⁷ Dabei machten 2008 in Baden-Württemberg Einfamilienhäuser 62 %, Eigentumswohnungen rund 30 % und Zweifamilienhäuser 12 % des Immobilienbesitzes aus. Der Anteil der Einfamilienhäuser und der Eigentumswohnungen am Haus- und Grundbesitz von Familien mit Kindern stieg im Vergleich zu 2003 um einen bzw. zwei Prozentpunkte, der der Zweifamilienhäuser sank um zwei Prozentpunkte.

Baulandpreise überdurchschnittlich, deutliche regionale Unterschiede

Neben den eigentlichen Baukosten sind die Verfügbarkeit und der Preis von Bauland für die Entscheidung ob und wo gebaut wird wichtig. Sie beeinflussen die regionale Verteilung der Bevölkerung, deren Bedarf nach finanzieller Bauförderung und nach Infrastruktur z.B. für Mobilität. Das Preisniveau für Bauland in Baden-Württemberg liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. So wurde 2004 im Mittel je Quadratmeter baureifes Land⁸ ein Preis von 175 Euro erzielt, bundesweit waren es knapp

⁷ Besitz an (Wohn)Gebäuden und unbebauten Grundstücken von Paaren mit ledigen minderjährigen Kindern im Haushalt, Mehrfachnennungen möglich. Aufgrund geringer Fallzahlen sind für Alleinerziehende in Baden-Württemberg keine statistisch belastbaren Zahlen darstellbar. Werte für Deutschland: Statistisches Bundesamt 2004, 2009.

⁸ Eine Bebauung des Grundstücks ist sofort möglich. Das Land muss nach der baulichen Ordnung in der Kommune zur Bebauung anstehen.

100 Euro. Bis 2008 verringerte sich der Abstand auf 171 Euro für Baden-Württemberg gegenüber 127 Euro für Deutschland. Dabei unterschieden sich in Baden-Württemberg die Preise in den Stadt- und Landkreisen zum Teil deutlich. Spitzenreiter war 2008 mit rund 680 Euro je Quadratmeter der Stadtkreis Stuttgart vor dem Stadtkreis Heidelberg mit knapp 540 Euro. Am günstigsten war baureifes Land mit 55 Euro je Quadratmeter im Neckar-Odenwald-Kreis. 2008 waren über 90 % der 13 100 neu fertig gestellten Wohngebäude, vor allem Ein- und Zweifamilienhäuser, in den Landkreisen zu verzeichnen.

Mobilität

Mobilität spielt im täglichen Leben von Familien eine wichtige Rolle. Bundesweit legte 2007 jede Einwohnerin und jeder Einwohner am Tag durchschnittlich über 40 Kilometer Wegstrecke zurück, Vollzeitbeschäftigte waren täglich rund 54 km, Auszubildende knapp 37 km und Rentnerinnen und Rentner gut 30 km unterwegs.⁹ Gut 80 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg lebte 2004 wie 2008 in den 35 Landkreisen, der Rest in den 9 Stadtkreisen. Die Hälfte der gesamten Bevölkerung wohnte in Kommunen mit weniger als 20 000 Einwohnern. Diese Verteilung und der Wunsch nach Mobilität äußert sich in den Anforderungen der Menschen an ihre Wohnlage. 76 % wünschen sich eine gute Verkehrsanbindung.¹⁰ Die Mehrheit der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger pendelt zur Arbeit und auch Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende sind räumlich mobil. 55 % der Erwerbstätigen¹¹ pendelten 2005 aus ihrer Wohnortkommune zur Arbeit. Insgesamt sind rund 85 % der Kommunen in Baden-Württemberg Auspendlerkommunen. Berufspendelnde über Ortsgrenzen hinweg nutzten überwiegend Kraftfahrzeuge: 85 % waren (Mit)Fahrerinnen bzw. (Mit)Fahrer von Pkw oder Krafträdern. Immerhin jede und jeder Siebte nutzte öffentliche Verkehrsmittel.¹²

Insgesamt stieg die Beförderungsleistung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Baden-Württemberg von 2004 bis 2008 deutlich, und zwar um 10 % auf 8 750 Mill. Personenkilometer.¹³ Jede Einwohnerin und jeder Einwohner Baden-Württembergs legte 2008 durchschnittlich 810 Kilometer im öffentlichen Nahverkehr zurück, rund 70 km mehr als 2004. Insgesamt beförderten die Verkehrsunternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg 2008 rund 1 550 Mill. Fahrgäste. Insbesondere Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende nutzten den Nahverkehr. Sie stellten knapp die Hälfte der Fahrgäste. Gegenüber 2004 stieg die Zahl der Fahrgäste insgesamt um 7 %, bei den Auszubildenden und Studierenden um 8 %. Der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu. Im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ wurde der ÖPNV unter der Dachmarke des „3-Löwen-Takts“ 2008 mit gut 1,26 Mrd. Euro gefördert. Die Fördermittel wurden unter anderem für Betriebskosten, Investitionen und für den Schülerverkehr verwendet. Gegenüber 2004 wurden 5 % weniger Mittel aufgewandt, wobei die Mittel für Schülerbeförderung mit 170 Mill. Euro konstant blieben.¹⁴

Berufspendelnde nutzen meist den Pkw

Nahverkehrsfahrgastzahlen gestiegen, Ausbildungsverkehr stellt Hälfte

⁹ Personen älter als 10 Jahre (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2009).

¹⁰ L-Bank 2009.

¹¹ Zu den Erwerbstätigen zählen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, Richter, Beamte, Beamtenanwärter und Zeit- und Berufssoldaten sowie Selbständige (Winkelmann 2008).

¹² Winkelmann 2008.

¹³ Personenkilometer: Multiplikation der Anzahl der Fahrgäste mit deren durchschnittlicher mittlerer Reiseweite in Kilometern. Ohne die Beförderungsleistung der Deutschen Bahn, da diese ihren Unternehmenssitz in Frankfurt am Main hat. Länderkonsolidierte Daten, die diese berücksichtigen, werden nicht nach Nutzergruppen differenziert.

¹⁴ Innenministerium Baden-Württemberg.

Ein besonders erfolgreiches Nahverkehrskonzept, das bundesweit und international Beachtung findet, ist das sogenannte „Karlsruher Modell“ (vgl. Praxisbeispiel 2.2.2). Auch in baden-württembergischen Kommunen finden sich kreative Ansätze zum Thema Mobilität: Z.B. das Modell des „Walking Bus“ aus Mauer im Rhein-Neckar-Kreis (vgl. Praxisbeispiel 2.2.3) – ein Vorbildprojekt zur Förderung selbstständiger Mobilität schon in jungen Jahren.

P Praxisbeispiel

Praxisbeispiel 2.2.2: „Das Karlsruher Modell“



Das „Karlsruher Modell“ verbindet innerstädtische und regionale Mobilität im Nahverkehr. Durch den Einsatz von Zweisystemwagen können „Stadtbahnen“ sowohl die Gleise im innerstädtischen Bereich als auch die der Deutschen Bahn im Umland nutzen und ermöglichen Fahrten ohne Umsteigen zwischen Stadt und Land. Seit 1992 wurde das so bediente Streckennetz von 60 km auf über 400 km erweitert und reicht vom Elsass und der Südpfalz bis nach Heilbronn und den Nordschwarzwald. Die Fahrgastzahl des Karlsruher Verkehrsverbundes stieg seit seiner Gründung 1994 um über 70 % auf 173 Mill. im Jahr 2008. Gut die Hälfte der entgeltlich beförderten Fahrgäste war im Ausbildungsverkehr, weitere 10 % nutzten die „Karte ab 60“. Das Konzept wurde bereits in Saarbrücken übernommen, für Braunschweig, Bremen, Chemnitz und Kassel ist eine Übernahme geplant.

Quelle: Karlsruher Verkehrsverbund: www.kvv.de.

P Praxisbeispiel

Praxisbeispiel 2.2.3: Gut zu Fuß – mit dem „Walking Bus“ zur Schule



In der Gemeinde Mauer (Rhein-Neckar-Kreis) klagten die Bürgerinnen und Bürger in einer Zukunftswerkstatt der FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg und des KVJS über die gefährliche Verkehrssituation morgens vor der Schule, wenn Eltern ihre Kinder mit dem Auto bringen. Im Rahmen des Projekts „Mauer bewegt sich“ in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt des Rhein-Neckar-Kreises wurde daher ein sogenannter „Walking Bus“ eingerichtet, bei dem Ehrenamtliche die Schülerinnen und Schüler morgens auf dem Weg zur örtlichen Grundschule und nach dem Unterricht wieder zurück nach Hause begleiten. Als Begleiterinnen und Begleiter, sozusagen als „Busfahrer“, konnten neben engagierten Eltern auch Mitglieder des Senioren-Wanderclubs „Gut Fuß“ gewonnen werden. Inzwischen laufen 5 „Laufende Schulbusse“ nach einem festen Fahrplan ausgeschilderte Haltestellen an, an denen die Schülerinnen und Schüler „ein- und aussteigen“. Die Kinder erleben den Schulweg zusammen mit ihren Freundinnen und Freunden bzw. können Mitschülerinnen und Mitschüler von anderen Klassen kennenlernen. Aufgrund seiner vielen Vorteile (z.B. Entlastung der Eltern, Schonung der Umwelt) ist der „Walking Bus“ inzwischen in der Gemeinde Mauer zu einer nicht mehr wegzudenkenden Institution geworden.

Quelle: Gemeinde Mauer: www.gemeinde-mauer.de.

2.2.2 Partizipation von Eltern und Kindern auf kommunaler Ebene

Vor allem in den Kommunen als unmittelbarste Lebensumwelt ist die Partizipation von Eltern und Kindern wichtig, um deren speziellen Bedürfnissen vor Ort noch stärker Rechnung tragen zu können. Im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ lautet deshalb die Zielsetzung, Eltern und Kinder auf kommunaler Ebene verstärkt einzubinden und so die Familienfreundlichkeit des direkten Umfelds weiter zu verbessern. Ende 2008 lebte in Baden-Württemberg die Hälfte der Bevölkerung in den rund 1 000 Kommunen mit weniger als 20 000 Einwohnern und etwas mehr als ein Fünftel in knapp 80 Kommunen mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern. Gerade die kleineren Kommunen spielen also bei der Gestaltung einer familienfreundlichen Lebensumwelt eine wichtige Rolle.

Bedürfnisse von Eltern und Kindern vor Ort stärker berücksichtigen

Programm 2.2.2: Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune

Ziel: Kommunen auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit unterstützen

Inhalt: Das „Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune“ der FaFo Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt unterstützt kinder-, jugend-, familien- und seniorenfreundlichen Aktivitäten in Gemeinden, Städten, Kreisen und Regionen. Das Kompetenzzentrum bietet familienpolitisch Aktiven im Land:

- aktuelle Informationen, innovative Praxisbeispiele und Arbeitshilfen zur Familienfreundlichen Kommunalentwicklung im Portal www.familienfreundliche-kommune.de
- Beratung und Prozessbegleitung zur Familienfreundlichen Kommunalentwicklung
- „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“
- „RegioKonferenzen zur Familienfreundlichkeit“
- Bilanz-Werkstätten und Workshops für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

Das Kompetenzzentrum trägt mit seinen Leistungen dazu bei, die Ziele einer nachhaltigen familienfreundlichen Kommunalentwicklung in die Fläche zu tragen. Wichtige Handlungsfelder sind dabei: „Kinderbetreuung und Bildung“, „Familienbildung, Beratung, Begleitung“, „Migration und Integration“, „Orte und Netzwerke für Jung und Alt“, „Jugend, Kultur und Freizeit“ sowie „Kommunalentwicklung mit Familien“.

Laufzeit: ab 2004

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren

Wirkungen und Perspektiven: Das Portal www.familienfreundliche-kommune.de hat sich für die Kommunen im Land als wichtige Informationsquelle und als Plattform zur Vernetzung und zur Darstellung eigener Aktivitäten etabliert: Nahezu alle Kommunen haben den Newsletter zum Portal abonniert. Bis Anfang 2010 wurden mit über 40 Kommunen und über 4 000 Beteiligten „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“ durchgeführt. In sechs der zwölf Regionen des Landes fanden außerdem RegioKonferenzen zur Vernetzung und zum Austausch familienfreundlicher Praxisbeispiele statt. Weitere Veranstaltungen sind in Vorbereitung.

Quellen: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg; Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune.



Um die Beteiligungsmöglichkeiten von Eltern und Kindern in den Kommunen auszubauen und die Familienfreundlichkeit vor Ort weiter zu verbessern, wurde im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ das „Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune“ bei der FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt eingerichtet. Das Kompetenzzentrum unterstützt die kinder- und familienfreundlichen Aktivitäten in den Gemeinden, Städten, Kreisen und Regionen mit Informations- und Beratungsangeboten und mehreren Veranstaltungstypen (vgl. Programm 2.2.2).¹⁵

Seit 2007 veranstaltet das Kompetenzzentrum „RegioKonferenzen zur Familienfreundlichkeit“. Zu den Konferenzen kommen die Akteure einer Region aus Wirtschaft, Politik, Kirchen, Verbänden, Vereinen und der Bürgerschaft zusammen, um das familienfreundliche Profil ihrer Region gemeinsam zu schärfen. Jede RegioKonferenz wird in enger Kooperation mit einem regionalen Veranstaltungspartner und zahlreichen Multiplikatoren vorbereitet und auf die aktuelle Situation sowie die zukünftigen Herausforderungen und Chancen der jeweiligen Region zugeschnitten. Die RegioKonferenzen bieten den Teilnehmenden neben fachlichen Impulsen zu ausgewählten Themen der Familienfreundlichkeit die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und zur Kontaktaufnahme mit zukünftigen Kooperationspartnern. In Workshops werden außerdem erfolgreiche innovative Beispiele aus der Praxis präsentiert, die als Inspiration für eigene Projekte und Maßnahmen dienen. Bis Anfang 2010 wurden in sechs der zwölf Regionen des Landes RegioKonferenzen mit über 1 000 Teilnehmenden und über 100 Referentinnen und Referenten durchgeführt.¹⁶ Weitere Veranstaltungen sind geplant.

Die seit 2005 durchgeführten „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“ des Kompetenzzentrums setzen dagegen auf kommunaler Ebene an. Im Rahmen eines mehrstufigen Beteiligungsverfahrens entwickeln die Teilnehmenden konkrete Ideen und Handlungsvorschläge zur Verbesserung der Kinder-, Jugend-, Senioren- und Familienfreundlichkeit in ihrer Kommune, die anschließend mit vereinten Kräften umgesetzt werden (vgl. Praxisbeispiel 2.2.4).

Im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ unterstützte auch die Baden-Württemberg Stiftung von 2007 bis 2009 mit dem Konzept „Zukunftsforum Familie, Kinder & Kommune“ die familienfreundliche Kommunalentwicklung. In ihrem Auftrag hat die FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg 17 Zukunftsforen im ganzen Land durchgeführt. Mit Hilfe der Zukunftsforen wurde vor Ort die Bedeutung familienfreundlicher Maßnahmen angesichts des demografischen Wandels deutlich gemacht. Darüber hinaus wurden erste Handlungskonzepte z.B. zu Kinderbetreuungsangeboten entwickelt. Die Zukunftsforen wurden dabei wahlweise als Gemeinderatsklausuren mit Expertenbeteiligung oder als Veranstaltungen mit offener Bürgerbeteiligung angelegt. Beteiligt waren sowohl Landkreise, Gemeindeverbände und einzelne Kommunen. In mehreren Kommunen wurden durch die Zukunftsforen beispielsweise Planungen zum Ausbau der Kleinkindbetreuung in Gang gebracht. Außerdem konnte vielerorts die Transparenz bereits bestehender Angebote der Kommunen erhöht werden (Abbildung 2.2.2).¹⁷

¹⁵ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg; Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune.

¹⁶ Schmider 2010.

¹⁷ Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune.

Praxisbeispiel 2.2.4: Die „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“ – Aktive Beteiligung von Familien, Alt & Jung in den Kommunen



Die „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“ sind ein mehrstufiges Beteiligungsverfahren für Kommunen, um die Kinder-, Jugend-, Senioren- und Familienfreundlichkeit vor Ort voranzubringen und dabei die Bürgerschaft und die örtlichen Fachvertreterinnen und Fachvertreter aktiv mit einzubinden. Die „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“ werden nach dem Konzept der FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg im Auftrag des Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg und in Zusammenarbeit mit dem Kommunalverband für Jugend und Soziales durchgeführt. Weitere lokale Kooperationspartner sind das Ortenauer Bündnis für Familien und das Familienbündnis Breisgau-Hochschwarzwald.

Das Konzept der Zukunftswerkstätten sieht eine intensive Beteiligung der Bürgerschaft und der örtlichen Fachvertreterinnen und Fachvertreter an der Kommunalentwicklung vor. Jede Zukunftswerkstatt startet mit einer eintägigen Auftaktveranstaltung, zu der Bürgermeister/in und Gemeinderat alle Bürger, Familien, Alt & Jung, Vertreterinnen und Vertreter der Kommune, örtlichen Einrichtungen, Unternehmen, Kirchen, Vereine und Initiativen einladen. In drei Arbeitsphasen entwickeln die Teilnehmenden konkrete Ideen und Handlungsvorschläge zur Verbesserung der Kinder-, Jugend-, Senioren- und Familienfreundlichkeit in ihrer Kommune. Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt werden mit der Kommune strategisch beraten und zu einem Handlungskonzept ausgearbeitet, das im Gemeinderat vorgestellt, diskutiert und beschlossen wird. Auch der weitere Umsetzungsprozess wird von der FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg und vom Kommunalverband für Jugend und Soziales unterstützt.

Bislang haben über 40 Kommunen Zukunftswerkstätten veranstaltet (vgl. Abbildung 2.2.2). Mehr als 4 000 Bürgerinnen und Bürger waren daran beteiligt. Eine erste Bilanz der Umsetzung belegt den nachhaltigen Erfolg. Aus jeder Zukunftswerkstatt gehen im Durchschnitt fünf bis sieben familienfreundliche Maßnahmen hervor.

Quelle: Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune: www.familienfreundliche-kommune.de.




Der Bedeutung eines schnellen und unkomplizierten Zugangs zu Informationen für Familien wird im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ außerdem durch das Informationsportal „Service BW“ des Landes Rechnung getragen. Das Portal ist als zentraler Anlaufpunkt konzipiert, nach Lebenslagen strukturiert und informiert über die verschiedenen Verwaltungsebenen hinweg.¹⁸

Die Beteiligung von Familien wird in Baden-Württemberg außerdem in „Lokalen Bündnissen für Familie“ weiter voran getrieben. Die Bündnisse bündeln vor Ort das gesellschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden, Wirtschaft, Kirchen, Bildungseinrichtungen, Kommunalverwaltung und Politik, um gemeinsam konkrete Verbesserungen der Familienfreundlichkeit in die Tat umzusetzen. Im Rahmen der Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erhöhte sich die Zahl der aktiven Bündnisse im Land von 36 im Jahr 2005 auf 62 Anfang 2010.¹⁹

¹⁸ Innenministerium Baden-Württemberg: www.service-bw.de.

¹⁹ Lokale Bündnisse für Familien 2010.

Abbildung 2.2.2: Förderung der Familienfreundlichkeit in der Fläche und vor Ort seit 2005 - RegioKonferenzen, Zukunftswerkstätten und -foren

-  Zukunftswerkstätten
-  Zukunftsforen
-  RegioKonferenzen



Datenquelle: Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune, www.familienfreundliche-kommune.de. – 1) Die Metropolregion Rhein-Neckar und die Region Donau-Iller werden vollständig (auch mit außerhalb Baden-Württembergs liegenden Gebieten) dargestellt.



2.2.3 Außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote

Bildung findet nicht nur in den klassischen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Hochschulen statt. Auch im außerschulischen Bereich steht in Baden-Württemberg eine breite Palette ergänzender Angebote zur Verfügung. Die Landesverfassung weist der „in ihren Bünden gegliederten Jugend“ einen zentralen Erziehungs- und Bildungsauftrag zu. Sie beschreibt damit an exponierter Stelle den Eigenwert und die gesellschaftlich bedeutsame und unverzichtbare Funktion der Kinder- und Jugendarbeit neben Familie und Schule für die Gesellschaft. Baden-Württemberg unterstützt daher die soziale, integrative, kulturelle, politische, berufliche und demokratische Arbeit wichtiger Träger der Kinder- und Jugendarbeit wie die Baden-Württembergische Sportjugend, die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg, den Landesjugendring Baden-Württemberg, die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg und die Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände in Baden-Württemberg mit dem „Bündnis für die Jugend“ 2007 – 2011 und sichert so die verbandliche, offene und kulturelle Kinder- und Jugendarbeit im Land als eigenständigen Bereich der außerschulischen Jugendbildung. Darüber hinaus sind Freizeitangebote für Eltern, Kinder und Jugendliche wichtiger Baustein eines familienfreundlichen Umfelds. Gut 60 % der minderjährigen Baden-Württembergern und Baden-Württembergern sind beispielsweise in Sportvereinen aktiv (siehe Kapitel 3.1). „Kinderland Baden-Württemberg“ formuliert das Ziel, Kindern und Jugendlichen Bildung auch außerhalb der Schule altersgerecht nahezubringen und Familien und Kindern vielseitige Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung zu bieten.

Bildung außerhalb der Schule fördern, vielseitige Freizeitangebote bieten

Programm 2.2.3: „Landesfamilienpass“

Ziel: Familien kostengünstigen Zugang zu Freizeitveranstaltungen und -einrichtungen bieten

Inhalt: Der Landesfamilienpass steht Familien in Baden-Württemberg unabhängig vom Einkommen zur Verfügung und kann bei den Bürgermeisterämtern bezogen werden. Voraussetzung bei Elternpaaren sind mindestens drei Kinder, Alleinerziehende und Familien mit einem Kind mit schwerer Behinderung erhalten den Landesfamilienpass unabhängig von der Kinderzahl. Er ermöglicht es Familien viele Veranstaltungen und Einrichtungen in Baden-Württemberg kostenfrei bzw. zu einem ermäßigten Eintrittspreis zu besuchen. Im Jahr 2010 stehen den Passinhaberinnen und -inhabern 21 Gutscheine für den Besuch von staatlichen Einrichtungen wie dem Schloss Heidelberg, der Staatsgalerie Stuttgart oder dem TECHNOSEUM in Mannheim zur Verfügung. In Kooperation mit nichtstaatlichen Einrichtungen können Landesfamilienpassinhaberinnen und -inhaber außerdem z.B. Freizeitparks an einem vorgegebenen Termin besuchen. Auch das Mercedes-Benz Museum in Stuttgart ist einer der nichtstaatlichen Kooperationspartner.

Laufzeit: 2007 Aufwertung im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Für die Zukunft ist eine weitere Verbesserung des Angebots durch die Einbeziehung von weiteren nichtstaatlichen Freizeitangeboten für Familien und von Profisportvereinen geplant.

Quelle: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

Programm

Inhaberinnen und Inhaber des Landesfamilienpasses können viele Einrichtungen und Veranstaltungen des reichhaltigen Freizeitangebots Baden-Württembergs kostenfrei oder vergünstigt nutzen. Der Pass wurde im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ aufgewertet (vgl. Programm 2.2.3). Ermäßigt bzw. kostenfrei können Familien beispielsweise die Kulturdenkmäler der staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württembergs nutzen. Sehr viele dieser Stätten bieten speziell für Kinder und Jugendliche Sonderführungen an (vgl. Programm 2.2.4).²⁰

P rogramm

Programm 2.2.4:

„Sonderführungen und Ferienprogramme für Kinder und Jugendliche in den staatlichen Schlössern und Gärten Baden-Württembergs“

Ziel: Kindern und Jugendlichen Erlebnisorte bieten und altersgerecht Wissen vermitteln

Inhalt: Die Sonderführungen und Ferienprogramme für Kinder und Jugendliche in den staatlichen Schlössern und Gärten sind altersgerecht aufbereitet und lassen Geschichte erleben, beispielsweise seit 2008 im „Kinderreich Schloss Ludwigsburg“, einem interaktiven Mitmach-Museum. Andere Angebote enthalten Werkstätten oder Rollenspiele. Auch Führungen speziell für Schulklassen stehen mit dem Programm „Lehrreich – Schulklassen erleben Geschichte hautnah in Baden-Württemberg“ zur Verfügung, die thematisch eng mit dem Bildungsplan der einzelnen Klassenstufen abgestimmt sind.

Laufzeit: Ab 1993 erste Kinderführungen

Beteiligte Ressorts: Finanzministerium Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die das Angebot spezieller Führungen wahrnahm, stieg von 36 000 im Jahr 2005 auf über 51 000 im Jahr 2010. An 22 Standorten standen 2009 rund 170 Sonderführungsthemen zur Auswahl. Auch 2010 sind rund 170 Sonderführungsthemen für Kinder und Jugendliche sowie für Schulklassen im Angebot.

Quellen: Finanzministerium Baden-Württemberg; www.schloesser-und-gaerten.de

Auch in den Bereichen Theater, Musik und Medien werden im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ Veranstaltungen speziell für Kinder und Jugendliche gefördert. Etwa eigenständige Kinder- und Jugendtheater wie das „Radelrutsch“ in Heilbronn, spezielle Angebote an den Schauspielhäusern, die „School of Rock“ der Popakademie Baden-Württemberg oder das Kinderfilmhaus der Filmakademie Baden-Württemberg. Auch die Vermittlung von Literatur wird in Abstimmung mit den Bildungsplänen an den 96 literarischen Museen des Landes schrittweise ausgebaut und über jährlich stattfindende Kinder- und Jugendliterartagen gefördert.²¹

Kindgerechte Wissensvermittlung bieten außerdem mit den „Kinderuniversitäten“ zahlreiche Hochschulen in Baden-Württemberg. Seit der deutschlandweit ersten Kinderuniversität 2002 an der Universität Tübingen folgen Hochschulen im ganzen Bundesgebiet diesem Beispiel und bringen mit Veranstaltungen zu verschiedenen Fachdisziplinen Kindern im Kindergarten- und Grundschulalter auf anschauliche Art wissenschaftliche Inhalte näher (vgl. Praxisbeispiel 2.2.5). Über außerschulische Angebote werden außerdem Hochbegabte gefördert, beispielsweise durch die

²⁰ Finanzministerium Baden-Württemberg.

²¹ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

„Kinderakademien“ in Kooperation mit der Hector Stiftung. Die Akademien bieten besonders begabten Kindern die Möglichkeit, ihre Interessen z.B. in Naturwissenschaften zu vertiefen und ihre Kenntnisse über Workshops z.B. zur Robotik zu vertiefen. Das derzeitige Angebot von 23 Kinderakademien soll in den nächsten zehn Jahren auf 50 Einrichtungen ausgeweitet werden.²²

Praxisbeispiel 2.2.5: Kinder-Universität in Tuttlingen – Kleine Zuhörer besetzen den Hörsaal



P raxisbeispiel

Die Kinderuniversitäten in Baden-Württemberg sind ein Erfolgsmodell, das mittlerweile europaweit imitiert wird. Im Rahmen einer Kinder-Uni zeigen Fachleute wissbegierigen Kindern, wie spannend ihr Arbeitsgebiet ist. Die Kinder-Uni Tuttlingen ist eine gemeinsame Initiative des Otto-Hahn-Gymnasiums und des Medizintechnik-Herstellers Aesculap in Zusammenarbeit mit den Hochschulen der Region. Wie an einer „echten“ Universität werden Vorlesungen angeboten, die besonders interessante Themen kindgerecht und interaktiv vermitteln. Die Kinder im Alter von 9 bis 12 Jahren erfahren neue, spannende Dinge aus unterschiedlichsten Fachgebieten. In Tuttlingen geht es darum, „für das Leben zu lernen“. Außerdem sollen die Kinder mit viel Spaß, Lust und Spannung zu wissenschaftlichem Denken angeregt werden. Beispiele für Vorlesungsthemen sind „Warum kostet ein Film so viel Geld?“, „Warum tut es bei Operationen nicht weh?“ oder „Warum Zeugen sich täuschen können!“, die von je 150 Kindern besucht werden können. Seit ihrem Bestehen erfährt die Kinder-Uni in Tuttlingen sehr große Resonanz.

Quellen: KinderUni Tuttlingen: www.kinderuni-tuttlingen.de; Die Kinder-Uni: www.die-kinder-uni.de.

„Kinderland Baden-Württemberg“ fördert aber nicht nur besonders begabte junge Menschen, sondern auch all diejenigen Kinder und Jugendlichen, die sich aufgrund von körperlichen oder geistigen Einschränkungen besonderen Herausforderungen gegenüber sehen. Gerade auf kommunaler Ebene bestehen hier Angebote, die diese Kinder und Jugendlichen und ihre Altersgenossen ohne Behinderung gemeinsam ansprechen (vgl. Praxisbeispiel 2.2.6). Auch bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund spielen die Freizeitangebote im „Kinderland Baden-Württemberg“ eine wichtige Rolle. Vor allem die von Kindern und Jugendlichen gerne genutzten Angebote der Sportvereine spielen dabei eine wichtige Rolle (vgl. Praxisbeispiel 2.2.7).

Die „Stegener Wurzelkids“ und zahlreiche andere Projekte werden von der Baden-Württemberg Stiftung und deren Unterstiftung, der Stiftung „Kinderland Baden-Württemberg“ gefördert. Die 2005 mit einem Stiftungskapital von 50 Mill. Euro gegründete Stiftung „Kinderland Baden-Württemberg“ kann jährlich Fördermittel in Höhe von etwa 2 Mill. Euro für dem Stiftungszweck entsprechende und förderungswürdige Projekte und Maßnahmen gewähren. Sie beweist mit ihren Förderprogrammen, dass sie Projektideen in Gang setzt und somit auch wesentlich zur Weiterentwicklung des Kinderlands Baden-Württemberg beiträgt.²³

²² Staatsministerium Baden-Württemberg.

²³ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg

P raxisbeispiel

Praxisbeispiel 2.2.6: Back to the Roots – Die Stegener Wurzelkids



In Stegen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald bietet der Förderkreis Offene Jugendarbeit Stegen e.V. seit dem Sommer 2009 eine integrative Freizeit für hörgeschädigte und nicht-hörgeschädigte Kinder und Jugendliche ab 9 Jahren an. Das natur- und erlebnispädagogische Konzept sieht vor, dass die Kinder und Jugendlichen gemeinsam eine Woche in einer Schwarzwaldhütte verbringen. Sie versorgen sich selbst aus Vorräten und Essbarem aus dem Wald, sammeln Feuerholz und nutzen handbetriebene Maschinen. Neben der Förderung des Selbstvertrauens lernen die Kinder und Jugendlichen den Umgang mit Natur und Umwelt sowie das Miteinander im Team. Das Projekt wird von der landeseigenen Stiftung Kinderland über einen Zeitraum von drei Jahren mit 16 500 Euro gefördert. Die gute Akzeptanz zeigte sich durch eine hohe Zahl an Anmeldungen, die die Zahl der verfügbaren Plätze bei weitem übersteigt. Bei der Platzvergabe werden Kinder aus Familien mit geringem Einkommen bevorzugt behandelt.

Quellen: Baden-Württemberg Stiftung; www.jugendnetz.de.

P raxisbeispiel

Praxisbeispiel 2.2.7: „Vielfältig freiwillig – Jugendarbeit in der Einwanderungsgesellschaft“ im Zollernalbkreis



Im Zollernalbkreis haben der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg und der Zollernalbkreis Jugendring in Zusammenarbeit mit den Kreisjugendringen Esslingen, Rems-Murr-Kreis und Tuttlingen das Projekt „Vielfältig freiwillig – Interkulturelle Öffnung im freiwilligen Engagement junger Menschen“ ins Leben gerufen. Anlass waren die vergleichsweise geringe Teilhabe von jungen Migrantinnen und Migranten in Vereinen und Verbänden und die Schwierigkeiten von Vereinen und Jugendverbänden, sich diesem Kreis gegenüber zu öffnen um neue Aktive zu gewinnen. Deshalb wurden konkrete und vor Ort umsetzbare Handlungsansätze und Tipps erarbeitet, um die Kinder und Jugendlichen besser einzubinden und die Vereinsstrukturen für sie leichter zugänglich zu machen. Neben der Handreichung wurden außerdem 5 000 Flyer mit Tipps, Ansprechpartnern und der Rubrik „Was Sie schon immer auf Russisch sagen und verstehen wollten“ erstellt. Außerdem wurde eine Service-Stelle eingerichtet, die Ideenspeicher, Online-Lernplattformen für interkulturelle Kompetenz und Qualifizierungsangebote für Akteure der lokalen Jugendarbeit und junge Migrantinnen und Migranten bietet. Seit Start des Projekts wurden die Beratungsangebote vor allem von Vereinsseite genutzt.

Quelle: Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune; www.familienfreundliche-kommune.de.

Bildungs- und Freizeitangebote

Baden-Württemberg bietet eine vielseitige Museumslandschaft und lag 2002 mit 1 032 Museen und rund 14 Millionen Besucherinnen und Besuchern deutschlandweit an zweiter Stelle: Nur Bayern kann mit 1 082 Museen ein noch reichhaltigeres Angebot vorweisen. In großem Abstand folgt Nordrhein-Westfalen mit 671 Museen.²⁴ Die Sonderführungen für Kinder und Jugendliche an den staatlichen Kulturdenkmälern erfreuten sich im Berichtszeitraum wachsender Beliebtheit. Die Teilnehmerzahlen stiegen um über ein Drittel auf 49 000 im Jahr 2008.

Im Bereich Kinder- und Jugendtheater bietet Baden-Württemberg deutschlandweit mit die meisten Vorstellungen. Die Zahl der Aufführungen für Kinder und Jugendliche erhöhte sich deutlich von rund 1 400 mit 291 000 Besucherinnen und Besuchern in der Spielzeit 2003/04 auf fast 1 800 Veranstaltungen mit 347 000 Besucherinnen und Besuchern in der Spielzeit 2007/08. Damit lag das Land nur knapp hinter Nordrhein-Westfalen, dessen Theater 453 000 Kinder und Jugendliche anzogen und deutlich vor Sachsen mit rund 1 200 Vorstellungen.²⁵

Lesen spielt im „Kinderland Baden-Württemberg“ nicht nur als Kulturtechnik in der schulischen Bildung, sondern auch als Freizeitbeschäftigung für Kinder und Jugendliche eine bedeutende Rolle. Seit Beginn von „Kinderland Baden-Württemberg“ hat sowohl die Zahl der öffentlichen Bibliotheksstandorte im Land im Berichtszeitraum um 9 % auf insgesamt 1 300 zugenommen als auch die Zahl der Entleihungen durch junge Nutzerinnen und Nutzer bis einschließlich 12 Jahre. Deren Anteil an den Entleihungen insgesamt stieg um 12 % auf 367 000 und steigerte sich damit von einem Viertel auf knapp 30 % der gesamten Entleihungen.²⁶

Die im Bundesvergleich große Zahl von Museen und der positive Trend bei Kinder- und Jugendtheatern verweisen auf die Entwicklung der Kulturausgaben der Städte in Baden-Württemberg: Stuttgart war 2003 unter den Landeshauptstädten der Flächenländer mit seinen laufenden Kulturausgaben von 111 Euro je Einwohner Nummer fünf in Deutschland. Karlsruhe, Mannheim und Freiburg belegten mit 116, 115 und 99 Euro je Einwohner in ihrer Größenklasse die Ränge sieben, acht und zehn. Heidelberg, Heilbronn und Ulm finden sich in ihrer Gruppe auf den Plätzen eins, fünf und acht. Bis zum Jahr 2005 erhöhten die Städte ihre Kulturausgaben weiter und verbesserten damit ihre Platzierungen: Stuttgart stand 2005 mit 144 Euro je Einwohner auf Platz eins, Karlsruhe und Mannheim mit 172 bzw. 148 Euro auf den Rängen eins und zwei, Freiburg mit 111 Euro je Einwohner auf Platz sechs. Auch Heidelberg, Heilbronn und Ulm gaben 2005 mehr aus und hielten bzw. verbesserten sich auf die Plätze eins, zwei und drei. Die Ausgaben des Landes liegen seit 2005 relativ konstant bei rund 30 Euro je Einwohner, 2008 wurden insgesamt gut 340 Mill. Euro für den Kulturbereich ausgegeben.²⁷

Über 1 000 Museen im Land, rund 14 Millionen Besucherinnen und Besucher

Wachsendes Theaterangebot für Kinder & Jugendliche

Mehr Bibliotheken, mehr junge Nutzerinnen und Nutzer

Steigerung der Kulturausgaben, Städte deutschlandweit führend

²⁴ Sinner-Bartels 2005.

²⁵ Deutscher Bühnenverein 2005; 2009.

²⁶ Deutsche Bibliotheksstatistik 2010.

²⁷ Sonderauswertung der Jahresrechnungsstatistiken der Gemeinden/Gemeindeverwaltungen, Kulturausgabenstatistik. Ausgaben der Städte sind laufende Nettoausgaben, d.h. von den Ausgaben für den laufenden Betrieb werden zurechenbare Einnahmen z.B. aus Eintrittsgeldern gegen gerechnet. Bei den Landesausgaben handelt es sich Gesamtnettoausgaben inklusive Investitionen.

Fazit

„Kinderland Baden-Württemberg“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Lebenswelt von Familien in Baden-Württemberg noch familien- und kinderfreundlicher zu gestalten. Im Berichtszeitraum hatten dabei die Themen „Wohnsituation und Mobilität von Familien“, „Teilhabe von Familien auf kommunaler Ebene“ und „außerschulischen Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten“ Priorität.

Eigene Immobilie bei Familien beliebt – nachhaltige Förderung

Die nach wie vor hohe Attraktivität Baden-Württembergs kommt in vergleichsweise hohen Grundstückspreisen zum Ausdruck, die allerdings regional sehr unterschiedlich ausfallen. Zugleich zeichnet sich Baden-Württemberg bundesweit durch einen überdurchschnittlichen Anteil von Haushalten und vor allem von Familien mit Immobilienbesitz aus. Um Familien ihren Wünschen gemäß weiterhin den Zugang zu Wohneigentum zu erleichtern, wurde im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ die Wohnraumförderung des Landes als nachhaltige Förderung neu konzipiert. Neue Wohngebäude entstanden dabei im Berichtszeitraum überwiegend in den Landkreisen. In Zukunft dürften allerdings angesichts der sich abzeichnenden Tendenzen einer Reurbanisierung die Städte als Wohn- und Lebensraum von Familien wieder an Bedeutung gewinnen.²⁸

Einbindung der Familien vor Ort – Steigerung der Familienfreundlichkeit

Der hohe Bevölkerungsanteil in Baden-Württemberg, der in kleineren Kommunen lebt, unterstreicht zugleich weiterhin die Bedeutung der Qualität des direkten Lebensumfelds von Familien im ländlichen Raum. Im Berichtszeitraum ist es durch die Angebote des „Kompetenzzentrums Familienfreundliche Kommune“ im Rahmen der Initiative „Schritt für Schritt ins Kinderland“, die aus dem Beraterkreis Kinderland hervorgegangen ist, gelungen, zur weiteren Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in den Kommunen den Beteiligungsgedanken in die Fläche zu tragen und vor Ort konkrete Fortschritte zu erzielen. Die Veranstaltungen, Informations- und Beratungsangebote des Kompetenzzentrums waren im Berichtszeitraum stark gefragt. Sie vermittelten den vielfältigen Handlungsbedarf in der kommunalen Familienpolitik angesichts des demografischen Wandels, motivierten die Aktiven und gaben vielerorts den Anstoß zu neuen Kooperationen und Maßnahmen. Die Beteiligung von Familien, Alt und Jung wird auch in Zukunft ein wichtiges Element einer nachhaltigen Kommunalentwicklung bleiben, da sich viele Handlungsfelder wie z.B. Kinderbetreuung, Bildung oder Kommunale Seniorenpolitik derzeit im Umbruch befinden und die Bedarfslagen sich vor Ort stark unterschiedlich entwickeln. Hier kann eine Rückkopplung mit der Bürgerschaft über Beteiligungsverfahren zusätzliche Informationen und Denkanstöße für die kommunale Planung liefern und gegenseitiges Verständnis stiften. Beteiligung kann Versorgungslücken ebenso wie Überversorgung aufzeigen und damit zu einer treffsichereren Verwendung der verfügbaren Mittel beitragen – angesichts knapper Kassen eine zukunftssträchtige Strategie.

Reichhaltiges Bildungs- und Freizeitangebot – Rege Nutzung

Baden-Württemberg bietet seinen Bürgerinnen und Bürgern schließlich eine Fülle von Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten wie Theater, Musik und Medien und gehört in einer Reihe von Bereichen im Bundesländervergleich zur Spitzengruppe. Darüber hinaus verringert das Land über Vergünstigungen Zugangsbarrieren. Die beschriebene wachsende Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Kultur-, außerschulischen Bildungs- und Freizeitangeboten bestätigt den eingeschlagenen Weg. Die Zukunft

²⁸ Brachatz 2008.

dürfte hier weiterhin ebenso kreativen wie qualitativ hochwertigen Angeboten gehören, denen es noch besser gelingt, auch bildungs- und kulturferne Familien, Kinder und Jugendliche zu erreichen und so den Kreislauf aus über Generationen weitergegebener Benachteiligung zu durchbrechen. Dies unterstützt auch die im außerschulischen Bereich in Baden-Württemberg angebotene vielseitige und umfangreiche Palette von Möglichkeiten, wie Kinder und Jugendliche selbst künstlerisch tätig werden können: Sei dies durch das Erlernen eines Instruments in einer Musikschule, die Ausbildung und das Mitspielen in einem Musikverein, das künstlerische Experimentieren in einer Jugendkunstschule oder durch die Teilnahme an einer Jugendtheatergruppe. Eigene künstlerische Praxis fördert das Interesse an Bildung und Kultur und trägt zu einer umfassenden Persönlichkeitsbildung bei.

Handlungsfeld

Gesellschaft und Umwelt

3



Gesundheit

3.1

Kinderschutz

3.2

Generationengerechtigkeit

3.3

„Trends und Fakten 2010“ beschreibt als drittes Handlungsfeld von „Kinderland Baden-Württemberg“ den Bereich Gesellschaft und Umwelt. Damit rücken die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Familienleben in den Fokus. Dazu gehören an erster Stelle die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sowie der Kinderschutz. Damit das Land für Familien und für die nachwachsenden Generationen auch langfristig ein lebenswertes Umfeld bieten kann, setzt „Kinderland Baden-Württemberg“ außerdem Akzente im Bereich nachhaltige Entwicklung. Generationengerechtigkeit durch nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Umweltschutz sind hier die vorrangigen Aktionsfelder.

3.1 Gesundheit

„Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“¹ Gesundheit ist nicht nur ein wesentlicher Faktor der persönlichen Lebensqualität, sondern hat auch gesamtgesellschaftliche Auswirkungen, z.B. auf die Wirtschaftskraft des Landes und auf die größtenteils von der Solidargemeinschaft getragenen direkten und indirekten Krankheitskosten. Im Folgenden wird zunächst ein Überblick über den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg gegeben, der im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ weiter verbessert werden soll. Wie gesund Kinder und Jugendliche im Land sind, hängt unter anderem von ihrem Gesundheits- und Ernährungsverhalten ab. Dieses sowie Aktivitäten im Land zur Prävention von Krankheit und Sucht, z.B. in Bezug auf „Alltagsdrogen“, werden anschließend beschrieben.

3.1.1 Gesundheitszustand

Ziel von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es, die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen im Sinne der „Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg“ weiter zu verbessern. Diese bezieht sich auf alle Altersgruppen und Lebenswelten und benennt den „Gesunden Start in Kindheit und Jugend“ als ein Handlungsfeld.

Den Gesundheitszustand von Kindern und eventuelle Förderbedarfe frühzeitig zu erfassen, dazu dienen die Frühförderung und die neukonzipierte Einschulungsuntersuchung. Ebenso ist das Vermeiden von Risiken auch gesundheitlicher Natur Inhalt der Frühen Hilfen bzw. des Kinderschutzes (siehe Kapitel 3.2).

Die Frühförderung ist ein Hilfeangebot für Kinder mit bestehender oder drohender Behinderung oder Entwicklungsstörung und deren Familien. Sie kann vom Zeitpunkt der Geburt an in der Regel bis zum Schuleintritt gewährt werden. Aufgabe und Ziel der Frühförderung ist es, Auffälligkeiten oder Beeinträchtigungen möglichst frühzeitig zu erkennen, drohenden Behinderungen entgegenzuwirken, vorhandene Behinderungen und ihre Folgen zu mildern oder zu beheben und betroffene Familien

Gesundheitszustand frühzeitig erkennen, auf Förderbedarf reagieren

¹ Arthur Schopenhauer (1788-1860) zugeschrieben.

zu begleiten. Das Angebot des Systems Frühförderung umfasst die Früherkennung, Frühbehandlung, Früherziehung und Frühförderung sowie Frühberatung. Diese werden mit unterschiedlichem medizinischem und/oder pädagogischem Schwerpunkt von folgenden Stellen angeboten: von niedergelassenen Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzten und Therapeutinnen und Therapeuten, Interdisziplinären Frühförderstellen, sonderpädagogischen Beratungsstellen, sozialpädiatrischen Zentren sowie Kinderkliniken und anderen Fachkliniken. Da die Erfahrung – insbesondere bei der Entwicklung von Kindern - gezeigt hat, dass drohende Behinderungen oft vermieden und eingetretene Behinderungen und ihre Folgen sogar ganz beseitigt werden können, wenn die Risiken und Beeinträchtigungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt erkannt und eine gezielte ganzheitliche Therapie und Förderung eingeleitet wird, steht die Früherkennung und Frühförderung seit langem im Fokus der Landesregierung. Der Aufbau und die Arbeit Interdisziplinärer Frühförderstellen werden daher seit vielen Jahren mit Landesmitteln in Höhe von ca. 1,8 Mill. Euro pro Jahr unterstützt. Die Landesförderung hat dazu geführt, dass die Situation im Bereich der Interdisziplinären Frühförderung in Baden-Württemberg im Bundesvergleich vorbildlich ist. Derzeit gibt es in Baden-Württemberg insgesamt 38 Interdisziplinäre Frühförderstellen in freier und kommunaler Trägerschaft. Diese verfügen über ein interdisziplinäres Team von qualifizierten medizinisch-therapeutischen und pädagogischen Fachkräften und sind für entwicklungsauffällige Kinder und ihre Eltern niederschwellig, familienorientiert, wohnortnah, ambulant und mobil tätig. Dem Grundsatz der Ganzheitlichkeit entsprechend besteht in den Frühförderstellen von Anfang an die Möglichkeit, die Diagnostik, Förderung und Behandlung mehrdimensional durchzuführen und das Kind nicht nur aus Sicht einer Fachdisziplin zu beurteilen. Interdisziplinäre Frühförderstellen sind für alle Entwicklungsstörungen und Behinderungsarten offen. Die Eltern oder Angehörigen können sich selbst an die Frühförderstelle wenden und erhalten dort Beratung, kontinuierliche Förderung und Therapie. Die Förderung und Therapie erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten.²

Die neukonzipierte Einschulungsuntersuchung wird seit 2009 landesweit durchgeführt. Dabei wird der körperliche, geistige und psychosoziale Entwicklungsstand des Kindes untersucht und ggf. Förder- oder Therapievorschlüsse entwickelt. Durch die Vorverlegung des Termins in das 5. Lebensjahr kann eine Förderung oder Therapie greifen, bevor die Einschulung erfolgt. Ziel ist, allen Kindern die bestmöglichen Startbedingungen in die Schule zu ermöglichen, unabhängig vom sozialen Hintergrund, und hierdurch einen Beitrag zur Verbesserung der Bildungschancen zu leisten. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf die Feststellung sprachlicher Defizite und die Integration entsprechender Förder- und Therapieangebote gelegt. Die Vorlage des U-Heftes für Kinder ist im Rahmen der Einschulungsuntersuchung verpflichtend. In diesem Zusammenhang wirken die Gesundheitsämter auf die Eltern ein, eventuell verpasste Untersuchungen nachholen zu lassen. Ziel ist zum einen, Kinder wieder in das medizinische System zu integrieren. Zum anderen soll eine Möglichkeit geschaffen werden, eine Kindeswohlgefährdung zu erkennen und präventiv tätig zu werden.³

Eine grundlegende Kennzahl zur Beschreibung des Gesundheitszustandes von Kindern und Jugendlichen ist das Körpergewicht. Übergewicht ist im weiteren Lebensver-

² Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

³ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

lauf Ursache für eine Reihe schwerwiegender Krankheiten wie z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen und für vorzeitige Todesfälle. Viele Kinder in Baden-Württemberg sind bereits zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung übergewichtig und der Anteil der Übergewichtigen an der Bevölkerung nimmt mit dem Alter zu.⁴

Ein wichtiger Ansatzpunkt von „Kinderland Baden-Württemberg“ zur Verbesserung des Gesundheitszustandes von Kindern und Jugendlichen ist das Körpergewicht. Programme wie „STÄRKE“⁵, „Gesund aufwachsen in Baden-Württemberg – Kommunale Netzwerke für Ernährung und Bewegung“, „Komm in Form“⁶, „ScienceKids“⁷, „Fitness Coaches“⁸ sowie die Projekte „Grundschule mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt (GSB)“ und „Weiterführende Schule mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt (WSB)“ sollen dazu beitragen, Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen von Anfang an durch gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung möglichst zu vermeiden. Im Bereich psychische Gesundheit bietet das „Kinderland Baden-Württemberg“ beispielsweise im Umfeld Schule mit 28 schulpsychologischen Beratungsstellen, gut 100 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen und rund 1 600 Beratungslehrkräften ein dichtes Netz von Hilfsangeboten.⁹ Dieses Angebot soll ab 2010 weiter ausgebaut werden, z.B. sollen zusätzlich 250 Deputate für Beratungskräfte und Gewaltpräventionsbeauftragte geschaffen werden, u.a. um damit die Zahl der Beratungslehrkräfte auf 3 200 zu verdoppeln.¹⁰ Darüber hinaus wurde 2009 das Projekt „Jugendliche und junge Erwachsene mit psychischen Problemen im Schulalltag“ gestartet, das Lehrkräfte, Medizinerinnen und Mediziner sowie Therapeutinnen und Therapeuten durch Symposien, Unterrichtsmaterialien und Kongresse fortbildet und besser vernetzt.¹¹ Lehrkräfte sollen Probleme von Schülerinnen und Schülern früher erkennen und Hilfe vermitteln. Eine Form der psychischen Auffälligkeit sind Essstörungen, hier sind vor allem Mädchen gefährdet. Hilfsangebote bieten z.B. die Gesundheitsämter der Stadt- und Landkreise, in Stuttgart fördert das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren die Anlaufstelle ABAS für Essstörungen. Darüber hinaus gibt es stationäre Angebote, z.B. die Spezialambulanz Essstörungen im „Zentralinstitut für Seelische Gesundheit“ der Stadt Mannheim. Außerdem wurde auf Landesebene 2008 in Kooperation mit dem Landesverband der Betriebskrankenkassen das Projekt „Bauchgefühl“ ins Leben gerufen, um Kindern und Jugendlichen über Seminare und Unterrichtsmaterialien ein gesundes Essverhalten und Körpergefühl zu vermitteln.¹²

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen weiter verbessern

Körpergewicht

Als Maßzahl zur Bewertung des Körpergewichtes hat sich der „Body-Mass-Index“ (BMI) etabliert, der Körpergröße und Gewicht zueinander in Beziehung setzt. Gemäß der Klassifikation des BMI waren in Baden-Württemberg im Jahr 2005 rund 48 % der Gesamtbevölkerung übergewichtig. Im Bundesländervergleich lag dieser

Fast die Hälfte der Bevölkerung in Baden-Württemberg übergewichtig

4 Gesundheit lässt sich schwer in absoluten Zahlen messen, z.B. bei psychischen Problemen. Deswegen wird hier aufgrund der Komplexität des Themas und der Datenverfügbarkeit das Körpergewicht in den Fokus gestellt.

5 Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

6 Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg.

7 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der AOK Baden-Württemberg.

8 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg; Stiftung Sport in der Schule mit dem Partner Edeka.

9 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg; BKK Landesverband Baden-Württemberg.

10 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

11 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

12 Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren; Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg; BKK Landesverband Baden-Württemberg.

Migrantenkinder, Haupt- und Förder- schülerinnen und -schüler häufiger übergewichtig

Anteil im unteren Viertel, unter den Flächenländern hatte Baden-Württemberg den niedrigsten Anteil. Mit zunehmendem Alter wächst der Anteil der Übergewichtigen: Während 2005 bei den 18- bis 40-Jährigen ein knappes Drittel übergewichtig war, betrug der Anteil bei den 40- bis 65-Jährigen knapp über die Hälfte und lag bei den über 65-Jährigen bei fast zwei Dritteln.¹³

Von den 6-jährigen Kindern waren in Baden-Württemberg 2007 laut Einschulungsuntersuchung im Landesdurchschnitt 10 % übergewichtig.¹⁴ Bei Kindern mit Migrationshintergrund ist der Anteil an Übergewichtigen höher. Von den Kindern mit Deutsch als bevorzugter Familiensprache waren 9 % übergewichtig. Dagegen war bei Kindern, deren bevorzugte Familiensprache Türkisch oder Italienisch ist, der Anteil der Übergewichtigen mehr als doppelt so hoch.¹⁵ Die Anteile unterschieden sich auch nach der besuchten Schulform: Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren, die in Stuttgart eine Förder- oder Hauptschule besuchten, waren 2005 mit 36 % bzw. 26 % häufiger übergewichtig als Realschüler und Gymnasiasten mit 14 % bzw. 8 %. Der Durchschnittswert für die Altersgruppe lag bei 16 %.¹⁶ Die höheren Anteile übergewichtiger Kinder mit Migrationshintergrund und bei Schülerinnen und Schülern von Haupt- und Förderschulen bestätigen auch deutschlandweite Untersuchungen.¹⁷

Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Gesundheit umfasst neben der körperlichen Gesundheit auch die psychische Gesundheit. Schätzungen zufolge weisen 9 % der 3- bis 17-jährigen männlichen und bei 5 % der weiblichen Kinder und Jugendlichen psychische Auffälligkeiten auf.¹⁸ Untersuchungen von Viertklässlerinnen und Viertklässlern 1999 in Stuttgart zeigten, dass über ein Fünftel über Einschlafstörungen und weitere jeweils rund 20 % über Kopf- und Bauchschmerzen sowie über Nervosität klagten.¹⁹ Von den über 100 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in Baden-Württemberg wurden 2007/08 rund 6 000 Einzelfallberatungen durchgeführt.

Essstörungspatienten mehrheitlich jung und weiblich

Eine spezielle Form der psychischen Auffälligkeit sind Essstörungen. Die Gefahr, eine Essstörung zu entwickeln, ist alters- und geschlechtsabhängig. Fast die Hälfte der 2004 in den Krankenhäusern Baden-Württembergs wegen Essstörungen behandelten über 600 Patientinnen und Patienten war unter 20 Jahre alt, davon waren rund 90 % weiblich. Ein Sechstel der Patientinnen und Patienten war unter 15 Jahre alt, auch hier stellten die Mädchen mit knapp 80 % die Mehrheit. Bis 2008 erhöhte sich die Zahl der Behandlungsfälle insgesamt um 12 %. Dabei sank der Anteil der unter 20-Jährigen an den Patienten von 46 % auf 43 %, der der unter 15-Jährigen blieb konstant. Der Anteil weiblicher Patienten insgesamt stieg auf 92 %, bei den unter 20-Jährigen auf 92 % bzw. bei den unter 15-Jährigen auf 85 %.²⁰

13 Zusatzbefragung Mikrozensus, aktuellste verfügbare Daten (Schmidt 2006).

14 Bei der Einschulungsuntersuchung wird eine relative Definition von Übergewicht verwendet, wobei die schwersten 10 % der Kinder als übergewichtig gelten. Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg 2008.

15 Kompauer et al. 2008.

16 Stadt Stuttgart 2005.

17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2009.

18 Robert-Koch-Institut/Statistisches Bundesamt 2008.

19 Häfner/Schmidt-Lachenmann 2008.

20 Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2010.

3.1.2 Gesundheits- und Ernährungsverhalten

Das Gesundheits- und Ernährungsverhalten ist ein wichtiger Einflussfaktor auf die gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Die Auswirkungen eines unvernünftigen Gesundheits- und Ernährungsverhaltens bleiben dabei nicht auf den Einzelnen beschränkt, sondern betreffen auch sein Umfeld und die gesamte Gesellschaft. Laut Schätzungen des Bundesgesundheitsministeriums belaufen sich die aufgrund von ernährungsbedingten Krankheiten entstehenden Behandlungskosten allein in Baden-Württemberg auf 9 Mrd. Euro jährlich.²¹

Viele chronische Krankheiten und Beschwerden wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes mellitus, orthopädische Beschwerden und psychosoziale Beeinträchtigungen lassen sich durch ein bewusstes Gesundheits- und Ernährungsverhalten vermeiden oder in ihren Wirkungen abmildern. Im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ soll daher das Gesundheits- und Ernährungsverhalten von Kindern und Jugendlichen positiv beeinflusst werden. Denn viele Kinder und Jugendliche zeigen bereits in jungen Jahren ungesunde Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten. Das Programm „Klasse2000“ vermittelt bereits in der Grundschule Freude an gesunder Ernährung und Bewegung. Im Schuljahr 2008/09 nahmen in Baden-Württemberg rund 600 Schulen mit knapp 2 500 Klassen und 58 000 Schülerinnen und Schülern daran teil. Die Lions Clubs unterstützen die Verbreitung dieses evaluierten Programms seit vielen Jahren ebenso wie die derzeitige Weiterentwicklung für die Förderschulen in Zusammenarbeit mit der Robert-Bosch-Stiftung und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.²²

Programme, wie das seit 2006 an Schulen in Kooperation mit Sportvereinen laufende „Jugendbegleiterprogramm“, setzen ebenfalls an den Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen an.²³ Dabei weisen ehrenamtliche Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter die Kinder und Jugendlichen z.B. in verschiedene Sportarten ein. Sowohl Bewegung als auch gesunde Ernährung zu fördern und dabei die vielfältigen bestehenden kommunalen Angebote besser zu vernetzen, ist Ziel der 2007 gestarteten Landesinitiative „Gesund Aufwachsen in Baden-Württemberg – Kommunale Netzwerke für Ernährung und Bewegung“ (vgl. Programm 3.1.1).²⁴ Ein ungünstiges Ernährungsverhalten lässt sich im späteren Lebensverlauf nur noch schwer verändern. Um das Ernährungsverhalten frühzeitig in Richtung gesundheitsförderlicher Gewohnheiten zu beeinflussen, wurden deshalb innerhalb von „Kinderland Baden-Württemberg“ Landesprogramme wie „STÄRKE“, und „Komm in Form“ gestartet, die bereits in jungen Jahren und im Elternhaus ansetzen. Die Familienbildungskurse des seit 2008 laufenden Programms „STÄRKE“ vermitteln Eltern Kenntnisse in Entwicklungspsychologie, Bewegungsförderung und Ernährung im ersten Lebensjahr (vgl. Programm 1.1.2). Das Landesprogramm „Komm in Form“ beinhaltet Erzieherfortbildungen für die Ernährung von unter 3-Jährigen, den „aid-Ernährungsführerschein für Grundschüler“, entsprechende Schulungen für Grundschullehrkräfte und die „Jugendbegleiter Ernährung“. Darüber hinaus bietet der Ausbau der Ganztagschulen in Baden-Württemberg neue Chancen, die Ernährung und das Essverhalten von Kindern und Jugendlichen weiter zu ver-

Zu besserer Ernährung und mehr Bewegung anregen

21 Landtag Baden-Württemberg 2008a.

22 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

23 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

24 Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg.

bessern. Kinder und Jugendliche sollen in ihrem alltäglichen schulischen Umfeld gesunde und ausgewogene Ernährung erfahren. Dazu unterstützt „Komm in Form“ die „Vernetzungsstelle Schulverpflegung Baden-Württemberg“. Seit 2009 baut die Vernetzungsstelle ein Netzwerk zur Schulverpflegung auf, in dem unter anderem „Best Practice“ Beispiele gesammelt werden und sogenannte Praxisbegleiterinnen und Praxisbegleiter Schulen vor Ort beraten und es ihnen durch Vernetzung ermöglichen, beim Thema gesunde Ernährung von den Erfahrungen und Ideen anderer Schulen zu profitieren (vgl. Programm 3.1.2). Weitere Maßnahmen im Umfeld Schule sind die Projekte „Grundschule mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt (GSB)“ und „Weiterführende Schule mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt (WSB)“²⁵ sowie die Programme „ScienceKids“²⁶ und „Fitness Coaches“²⁷, die sowohl eine bewusstere Ernährung als auch die Förderung gesunden Bewegungsverhaltens enthalten (vgl. Programme 3.1.3, 3.1.4, 3.1.5, 3.1.6).

Programme

Programm 3.1.1:

„Gesund aufwachsen in Baden-Württemberg – Kommunale Netzwerke für Ernährung und Bewegung“

Ziele: Ernährungs- und Bewegungsverhalten von Kindern und Jugendlichen verbessern, Kommunale Netzwerke auf- und ausbauen

Inhalt: Die Initiative „Gesund aufwachsen in Baden-Württemberg – Kommunale Netzwerke für Ernährung und Bewegung“ ist ein Projekt der „Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg“, die gesundheitliche Einschränkungen und lebensstilbedingte chronische Erkrankungen in allen Lebensphasen und -welten vermeiden soll. Träger der Initiative ist das Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg. Die Initiative wird von der Robert-Bosch-Stiftung gefördert und hat 14 weitere Projektpartner aus Wissenschaft, Verwaltung, Praxis und dem Gesundheitswesen. Die Partner erarbeiteten und erprobten zunächst ein Handbuch zur umfassenden kommunalen Prävention mit attraktiven lokalen Bewegungs- und Ernährungsangeboten, die flexibel vor Ort angepasst werden. In der zweiten Projektphase wird ein Interventionskonzept in Kindertagesstätten für Kinder von 0 bis 6 Jahren und deren Eltern entwickelt. Als dritte Komponente soll ein Interventionskonzept für Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 18 Jahren im Schulbereich in Form von Gesundheitszirkeln mit schulindividuellen Maßnahmen entstehen. Eine Evaluation soll die Umsetzung der einzelnen Projektteile begleiten.

Laufzeit: ab 2007 Erstellung Handbuch, Pilotphase 2008 – 2009

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren, Ministerium Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Das Handbuch wurde ab Ende 2008 in fünf Pilotkommunen umgesetzt (Breisach am Rhein, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald; Stadtteil Mühlburg, Stadt Karlsruhe; Michelfeld, Landkreis Schwäbisch Hall; Mühlacker, Enzkreis; St. Georgen, Schwarzwald-Baar-Kreis). Als lernendes System werden Erfahrungen laufend berücksichtigt und Maßnahmen angepasst. Im Juni 2010 wurde die Evaluation präsentiert. Das Konzept steht jetzt allen Kommunen in Baden-Württemberg zur Verfügung.

Quelle: Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg.

²⁵ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

²⁶ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der AOK Baden-Württemberg.

²⁷ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg; Stiftung Sport in der Schule mit dem Partner Edeka.

Programm 3.1.2: „Komm in Form“

Ziel: Ernährungsverhalten von Kindern und Jugendlichen verbessern

Inhalt: Das Landesprogramm „Komm in Form“ ist in die bundesweite Kampagne „IN FORM“ zur Verbesserung der Ernährung eingebettet. Seine Komponenten bauen zum Teil auf bereits etablierten Programmen wie „BeKi Bewusste Kinderernährung“ auf. Angeboten werden Informationsmaterialien und Fortbildungen für Multiplikatoren, Eltern, Hebammen und Entbindungshelfer, Kindergartenpersonal, Grundschullehrkräfte und Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter. Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter für Ernährung sind z.B. ehrenamtliche Kräfte an Ganztagschulen, die zusätzlich zur Jugendbegleiterausbildung ergänzende Fortbildungsmodule zum Thema Ernährung absolviert haben. Sie bieten z.B. Kochwerkstätten unter dem Motto „Besser essen – selber machen“ an und bringen den Schülern so Kochen und bewusste Ernährung näher. Am Ende einer Kochwerkstatt sind die Schülerinnen und Schüler dazu in der Lage, selbstständig ein Drei-Gänge-Menü zu kochen. Schulen sollen außerdem ab 2009 von einem Netzwerk zur Schulverpflegung und Praxisbegleitern von ihren Erfahrungen gegenseitig profitieren.

Laufzeit: ab 2008 bis 2018

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, Ministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Die ersten 23 Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter Ernährung wurden 2009 ausgebildet. 2010 sollen es über 100 werden. In über 50 regionalen Projekten sind mehr als 100 Partner an Projekten für Bildungseinrichtungen und sozial Benachteiligte engagiert. Die neuen Ideen werden auch auf andere Landkreise übertragen. Im Jahr 2009 besuchten rund 1 000 Lehrkräfte eine Fortbildung zum aid-Ernährungsführerschein. Diese Größenordnung wird auch für das Jahr 2010 angestrebt..

Quelle: Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg.

P
rogramm

Programm 3.1.3: Grundschule mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt (GSB)

Ziel: Verankerung von mindestens 200 Minuten Sport und einer täglichen Bewegungszeit in einem rhythmisierten Schultag

Inhalt: Die Bewegungserziehung soll über die drei Stunden Sportunterricht hinaus im Schulalltag verankert werden. Durch mehr Bewegung, Spiel und Sport in der Schule soll die motorische, physische, kognitive, soziale, personale und sensorische Entwicklung positiv beeinflusst werden.

Laufzeit: ab 2001

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Das Projekt wurde im Schuljahr 2001/02 mit 5 Pilotschulen gestartet. Inzwischen wurden über 700 Grundschulen zertifiziert.

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

P
rogramm

Programme

Programm 3.1.4:

Weiterführende Schule mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt (WSB)

Ziel: Verankerung von ausreichender und qualifizierter Bewegungszeit in einem rhythmisierten Schultag

Inhalt: Wissenschaftliche Studien zeigen, dass die positiven Ergebnisse durch mehr Bewegung im Schulalltag nicht nur für Kinder im Grundschulalter zutreffen, sondern auch auf die Schulzeit in weiterführenden Schulen. Die positive Wirkung von Bewegung und Sport auf kognitive Prozesse wie Lernen wird in den Fokus gerückt.

Laufzeit: Im Schuljahr 2009/10 erproben 14 Pilotschulen das Konzept mit seinen Bausteinen im Schulalltag; ab Februar 2011 werden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren am Landesinstitut für Schulsport, Schulkunst und Schulmusik (LIS) ausgebildet.

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Das Projekt soll möglichst flächendeckend an den weiterführenden Schulen eingeführt werden.

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Programme

Programm 3.1.5:

ScienceKids

Ziel: „Kinder entdecken Gesundheit“ eröffnet Kindern einen erfahrungsoffenen Zugang zum Thema Gesundheit. Dieses Projekt ermöglicht Grundschülerinnen und Grundschulern eine konstruktive Auseinandersetzung mit Ernährungs- und Bewegungsthemen.

Inhalt: Die neuesten Erkenntnisse der Ernährungs- und Sportwissenschaften, der Biologie, der Gehirnforschung und der Lernpsychologie flossen in die Projektentwicklung ein. Das interdisziplinäre Wissenschaftsteam bündelte diese Expertisen zur handlungsorientierten Gesundheitsbildung. Die ScienceKids-Unterrichtsmaterialien sind exakt auf die Fächerverbünde „Mensch, Natur und Kultur“ und „Bewegung, Spiel und Sport“ des Bildungsplans für die Grundschulen abgestimmt. Die ScienceKids-Materialien wurden von ausgewählten Pilotschulen erprobt und optimiert und konnten zwischenzeitlich allen Schulen, die Kinder im Grundschulalter unterrichten, kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Laufzeit: Seit Frühjahr 2006, seit 2008/09 werden landesweit Lehrerfortbildungen angeboten, die vom Landesinstitut für Schulsport, Schulkunst und Schulmusik koordiniert werden.

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: ScienceKids ist als Erweiterung des GSB-Programms an vielen Schulen fester Bestandteil des Unterrichts.

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Programm 3.1.6: Fitness-Coaches

Ziel: Jugendliche sollen dazu befähigt werden, unter Anleitung einer Lehrkraft an ihrer Schule Projekte zum Thema Bewegung und Ernährung durchzuführen.

Inhalt: Jugendlichen an Haupt- und Realschulen ab Klassenstufe 7 wird durch eine praxisnahe Ausbildung Wissen zum Themenkomplex Bewegung und Ernährung vermittelt, das sie sowohl an ihre Mitschüler als auch an jüngere Schülerinnen und Schüler weitergeben können. Die Ausbildung befähigt die Schülerinnen und Schüler dazu, gemeinsam mit einer Lehrkraft Projekte an ihrer Schule durchzuführen und dadurch Einfluss auf die Ernährungssituation an der eigenen Schule zu nehmen. Darüber hinaus können die Fitness-Coaches als Multiplikatoren in ihren Familien auf einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln und einen gesunden Lebensstil hinwirken. Sie erhalten Einblicke in die Zusammenhänge zwischen Ernährung, Bewegung und Gesundheit bzw. geistiger Leistungsfähigkeit (Lernen). Darüber hinaus wird während der Ausbildung auch Wert auf die Sozialkompetenz der Schülerinnen und Schüler gelegt.

Laufzeit: ab 2008

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Im Rahmen der Ganztagesbetreuung soll das Projekt in möglichst vielen Haupt- und Realschulen durchgeführt werden.

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

P rogramm

Gesundheitsverhalten

Prägend für das Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen ist ein Freizeitverhalten, das stark durch die Nutzung elektronischer Medien wie PC, Fernsehen und Spielekonsole geprägt ist. Diese sind typischerweise eher bewegungsarm und werden zum Teil zudem in ungesunder Haltung ausgeführt. Im Durchschnitt verbringen 12- bis 19-Jährige fast 6 Stunden täglich mit dem Konsum von Medien. Je rund 2 Stunden entfallen auf Fernsehen und Internet, der Rest auf Computer-, Konsolen- oder Onlinespiele.²⁸

Viele Kinder und Jugendliche sind allerdings trotz des hohen durchschnittlichen Medienkonsums sportlich aktiv. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, der sich mindestens einmal in der Woche sportlich betätigt, fällt je nach Alter und Geschlecht unterschiedlich aus. In der Altersgruppe von 3 bis 5 Jahren sind gut zwei Drittel sportlich aktiv. Im Grundschulalter liegt der Anteil der sportlich Aktiven mit über vier Fünftel deutlich höher. Bei älteren Kindern und Teenagern sind die Anteile hingegen wieder geringer: Zwischen 9 und 11 Jahren sind gut 80 % der Jungen aktiv, zwischen 12 und 14 Jahren sind es 70 % und zwischen 15 und 17 Jahren noch knapp 60 %. Bei den Mädchen sind die Anteile durchgängig niedriger: Gut 70 % bei den 9- bis 11-jährigen, knapp die Hälfte bei den 12- bis 14-jährigen und über ein Drittel bei den 15- bis 17-jährigen (Abbildung 3.1.1).²⁹

Baden-Württembergs vielfältige Vereinslandschaft bietet Kindern und Jugendlichen zahlreiche Möglichkeiten, gemeinsam mit anderen Sport zu treiben. Dass diese Ange-

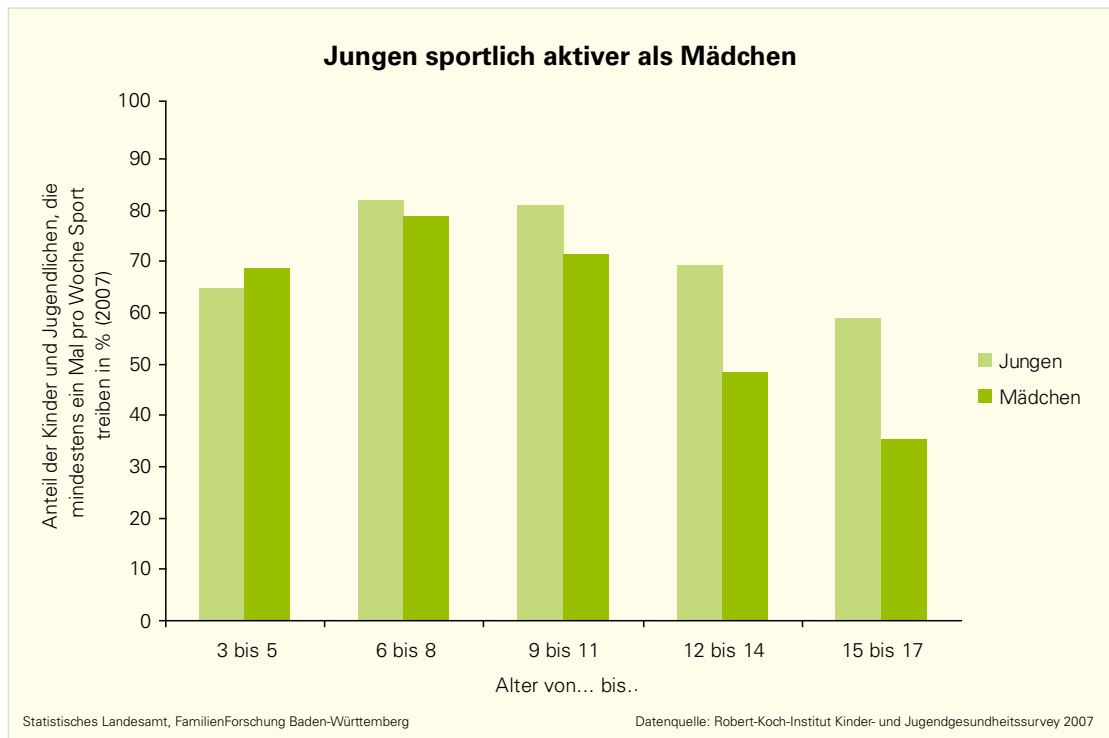
**Jugendliche nutzen
täglich fast sechs
Stunden Medien**

**Großteil der Kinder
sportlich aktiv,
Anteil nimmt bei
Jugendlichen ab**

**Fast zwei Drittel der
unter 18-Jährigen in
Sportvereinen**

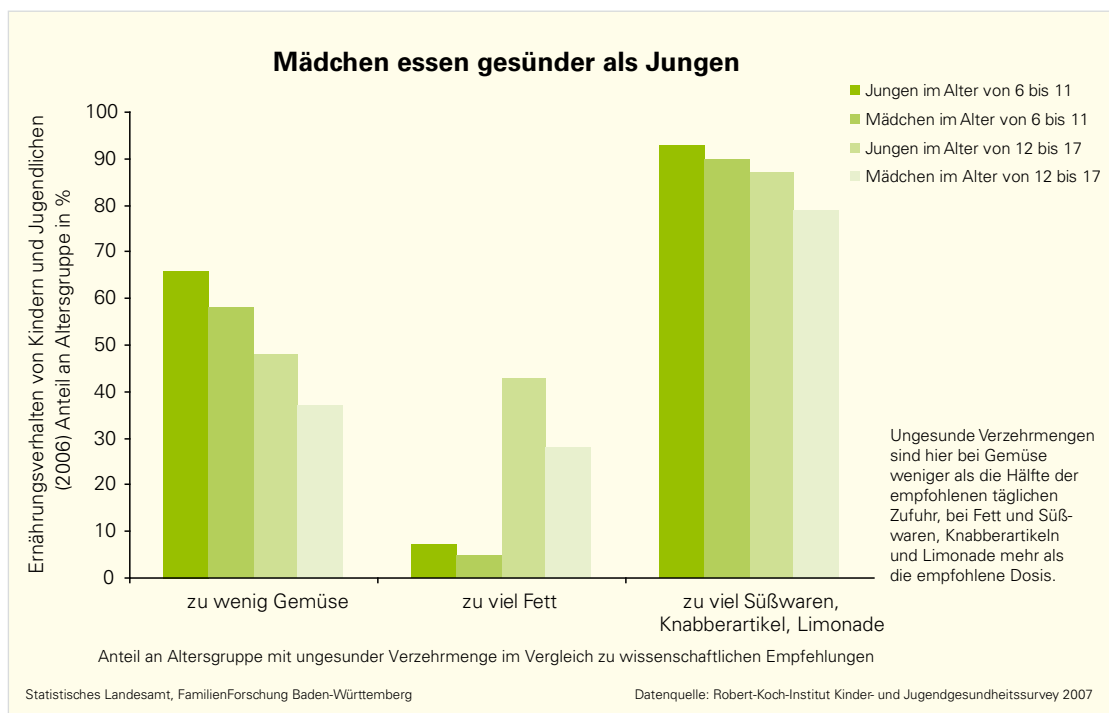
²⁸ Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest JIM 2009.
²⁹ Lampert et al. 2007.

Abbildung 3.1.1



bote auch geschätzt und wahrgenommen werden, zeigen über 3,7 Mill. Sportvereinsmitglieder im Jahr 2008, von denen rund ein Drittel unter 18 Jahre alt war. Insgesamt waren 2008 fast zwei Drittel der unter 18-Jährigen in einem Sportverein aktiv.³⁰

Abbildung 3.1.2



30 Landessportverband Baden-Württemberg 2009.

Ernährungsverhalten

Entgegen Empfehlungen von Ernährungsexperten nehmen Kinder und Jugendliche im Durchschnitt zu wenige pflanzliche Lebensmittel wie Gemüse, Obst, Brot oder Kartoffeln zu sich. Dasselbe gilt für Fisch. Dagegen konsumieren sie zu viel tierische Lebensmittel wie fettreiches Fleisch, Fleischwaren und Wurst. Auch Süßwaren, Knabberartikel und Limonade sind auf dem Speiseplan von Kindern und Jugendlichen zu stark vertreten (Abbildung 3.1.2). Kinder ernähren sich dabei in Bezug auf die Aufnahme von Fett generell gesünder als Jugendliche, wofür die mit dem Alter zunehmende Unabhängigkeit von den Eltern verantwortlich sein dürfte. Mädchen ernähren sich grundsätzlich gesünder als Jungen.³¹

**Zu viel Fleisch,
zu wenig Gemüse**

3.1.3 Prävention von Krankheit und Sucht

Die Prävention von Krankheit und Sucht ist eine wichtige Aufgabe des Gemeinwesens. Historisch mit dem Ziel, Seuchen zu vermeiden, in modernen Industriegesellschaften um die Lebensqualität zu erhöhen und zugleich die Solidargemeinschaft vor direkten und indirekten Auswirkungen und Kosten zu bewahren. Die Erfolge bei der Verbesserung der Zahngesundheit zeigen das Potenzial von frühzeitiger Präventionsarbeit an Kindergärten und Schulen: Bei den Zwölfjährigen nahm die Zahl kariöser Zähne seit 1995 von durchschnittlich 2,4 deutlich auf 0,7 im Jahr 2004 ab.³² Gegenwärtig sind Krankheiten, die sich auf falsche Ernährung oder mangelnde Bewegung zurückführen lassen, sexuell übertragbare Krankheiten, aber auch Krankheiten, die im Zusammenhang mit dem Konsum von „Alltagsdrogen“ stehen, zentrale Handlungsfelder von Prävention.

Insbesondere der exzessive Alkoholkonsum unter Jugendlichen ist in den letzten Jahren zunehmend zum Problem geworden, die Zahl der Raucherinnen und Raucher hingegen nahm ab. Vor dem Hintergrund der bedenklichen Entwicklung des Alkoholkonsums werden im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene Anstrengungen unternommen, den exzessiven Alkoholkonsum unter Jugendlichen zu reduzieren.

Exzessiven Alkoholkonsum unter Jugendlichen reduzieren

Ein Beispiel für die kommunale Prävention von Alkoholmissbrauch ist das Projekt „b.free – Es ist Deine Entscheidung“ im Landkreis Konstanz, das am Freizeitverhalten der Jugendlichen ansetzt und rauch- und alkoholfreie Events gestaltet (vgl. Praxisbeispiel 3.1.1). Einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol und Tabak bzw. den Verzicht auf diese Stoffe sollen auch Landesprogramme wie „Aktive Teens – Schülermentorenprogramm zur Suchtprävention“ vermitteln (vgl. Programm 3.1.7).³³ Das von den Lions Clubs unterstützte Programm zur Persönlichkeitsstärkung „Lions Quest – Erwachsen werden“ vermittelt den Jugendlichen in den weiterführenden Schulen ebenfalls wichtige soziale und kommunikative Kompetenzen für den Umgang mit Konfliktsituationen. Über 8 000 Lehrkräfte verschiedener Schularten in Baden-Württemberg haben in den letzten Jahren Seminare zum Programm „Lions Quest – Erwachsen werden“ besucht. Inzwischen werden sie bei der Umsetzung des Programms in ihren Schulen von Praxisbegleiterinnen und Praxisbegleitern

Übergewicht, Sucht und sexuell übertragbare Krankheiten vermeiden

³¹ Robert-Koch-Institut 2007.

³² Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

³³ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Praxisbeispiel

Praxisbeispiel 3.1.1: „b.free“ – Ein Projekt zur Alkoholprävention im Landkreis Konstanz



Mitglieder der Rotary Clubs Singen und Radolfzell-Hegau haben die kritische Tendenz des Alkoholkonsums von Jugendlichen zum Anlass genommen, ein umfassendes Projekt zur Suchtprävention zu konzipieren. Das Projekt startete 2005 unter dem Motto „b.free – Es ist deine Freiheit! Es ist deine Entscheidung!“ mit einer Reihe von alkohol- und nikotinfreien Großveranstaltungen im Landkreis Konstanz (alkoholfreie Discos, SWR3 Dance Nights). b.free verdammt Alkohol nicht pauschal, sondern will einen verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol erreichen. Alle Bevölkerungs- und Altersgruppen sollen sensibilisiert werden. Das Projektteam (u. a. Vertreterinnen und Vertreter der Jugend- und Schulsozialarbeit, der Polizei sowie Suchtpräventionskräfte) ist dazu in unterschiedlichsten Lebenswelten wie Jugendtreffs, Schulen, Vereinen, und Kommunen aktiv. Es soll ein kommunales multidisziplinäres Netzwerk mit gemeinsamen Handlungsstrategien zur Sucht- und Alkoholprävention aufgebaut, begleitet und institutionalisiert werden. Dazu sind eine Reihe von Maßnahmen entwickelt worden: b.free unterstützt neben Informationsveranstaltungen und Runden Tischen mit zwei mobilen Saftläden auch eine neue Art von Festkultur. Dies ermöglicht es Vereinen und Schulen, alkoholfreie Cocktails auszuschenken und damit Alternativen zu üblichen „alkohollastigen“ Partys zu bieten. Mittlerweile hat sich das Netzwerk b.free im Landkreis fest etabliert und baut seine Aktivitäten im Kampf gegen den Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen permanent aus.

Quelle: b.free – kommunale Alkoholprävention: www.b-free-rotary.de.

Programm

Programm 3.1.7: „Aktive Teens – Schülermentorenprogramm zur Suchtprävention“

Ziel: Rauchen und Alkoholkonsum von Kinder und Jugendlichen vermeiden

Inhalt: Im Rahmen des Landesprogramms „Aktive Teens – Schülermentorenprogramm zur Suchtprävention“ arbeitet das Land mit dem Landesverband der Betriebskrankenkassen und mit den Betriebskrankenkassen vor Ort zusammen. Das Programm richtet sich an Schülerinnen und Schüler an Haupt- und Realschulen der 7. und 8. Klasse. Es bietet ihnen eine 3-tägige Seminarfortbildung in Form einer Klassenfahrt. Inhalte sind Fragestellungen wie „Was ist Sucht?“ und „Was sind deren Ursachen?“ oder „Wie sieht eine Wohlfühlschule aus?“ Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten den „Qualipass“, der ihnen ehrenamtliches Engagement und Kenntnisse zur Suchtprävention attestiert. Sie sollen anschließend an ihren Schulen das Schulleben durch eigene Projekte (z.B. Projektstage und Sportturniere) so mit gestalten, dass die Schülerinnen und Schüler sich möglichst wohl fühlen und nicht aus Frustration oder Langeweile zu Zigaretten oder Alkohol greifen. Die Schülermentorinnen und Schülermentoren leisten außerdem Aufklärungsarbeit bei Gleichaltrigen und Jüngeren und übernehmen z.B. Patenschaften für 5. Klassen.

Laufzeit: ab 2006

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Nach anfänglich 120 Schülermentorinnen und Schülermentoren an 7 Schulen im Schuljahr 2006/07 stieg die Zahl im Schuljahr 2008/09 auf über 600 an 20 Schulen.

Quellen: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg; Jugendstiftung Baden-Württemberg.

unterstützt.³⁴ Kinder und Jugendliche über die Gefahren des Alkohols aufzuklären und riskanten Konsum zu vermeiden, ist auch eines der Handlungsfelder der 2006 begonnenen breit angelegten „Neuakzentuierung der Prävention“. Weitere Ziele sind die Vermeidung von Übergewicht, Sucht und sexuell übertragbaren Krankheiten (vgl. Programm 3.1.8).³⁵ Die Präventionsarbeit insbesondere auf kommunaler Ebene weiter zu verbessern, ist Gegenstand der 2010 eingerichteten „Stiftung für gesundheitliche Prävention Baden-Württemberg“ des Landes. Gemeinsam mit Partnern aus dem Bereich der Sozialversicherung und der Wirtschaft fördert sie Projekte auf kommunaler Ebene, in Betrieben und Schulen.³⁶

Programm 3.1.8: Strategie „Neuakzentuierung der Prävention in Baden-Württemberg“

Ziele: Kein weiterer Anstieg Zahl adipöser und übergewichtiger Kinder, Reduktion des Anteils der 12- bis 17-jährigen Raucherinnen und Raucher um 3 %, kein Anstieg der HIV-Neuinfektionen

Inhalt: Die Strategie des Landes zur „Neuakzentuierung der Prävention in Baden-Württemberg“ ist eine Kooperation zwischen den Sozialversicherungsträgern im Land und dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren. Themenbereiche sind Stressbewältigung, Prävention von Übergewicht, Sucht und sexuell übertragbarer Krankheiten. Angesetzt wird an der direkten Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen wie Schule und Freizeit. Die für die jeweiligen Bereiche verantwortlichen Akteure kooperieren, unter Einbeziehung auch bereits bestehender Projekte und Maßnahmen, um insbesondere sozial benachteiligte Gruppen zu erreichen.

Laufzeit: 2006 nahm die Projektgruppe ihre Arbeit auf, Beginn einzelner Projekte 2009, Evaluation der Projekte nach drei Jahren

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg

Wirkungen und Perspektiven: Um die Erreichung für Ziele wie die Reduzierung der Raucherquote zu überprüfen, sollen landesspezifische Daten für Baden-Württemberg durch Teilnahme an der HBSC, einer internationalen Studie der Weltgesundheitsorganisation zum Gesundheitsverhalten von Schülern, erhoben werden.

Quelle: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

P
rogramm

Haupttodesursachen bei 20- bis 64-Jährigen

Die schädlichen Folgen eines übermäßigen Konsums von „Alltagsdrogen“, dessen Wurzeln oft im Jugendalter liegen, äußern sich meist nicht unmittelbar, sondern mit zeitlicher Verzögerung. Die häufigsten Todesursachen von 20- bis 64-Jährigen in Baden-Württemberg im Jahr 2008 ließen sich zumindest zu einem Teil auf bekanntermaßen riskante Verhaltensweisen zurückführen: Bei Männern sind Herzinfarkte, Lungenkrebs, Unfälle, Selbsttötungen und auf Alkohol zurückführbare Krankheiten die häufigsten Gründe für ein vorzeitiges Ableben. Bei den Frauen sind Lungenkrebs sowie Selbsttötungen, Alkohol und Unfälle mit die häufigsten Todesursachen. Frauen sterben dabei seltener vorzeitig als Männer. So erlagen z.B. 2008 mit 780 knapp doppelt so viele Männer wie Frauen an Lungenkrebs, an alkoholbedingten Erkrankungen starben mit über 600 sogar dreimal so viele Männer wie Frauen.

Lungenkrebs und
Alkohol unter Haupt-
todesursachen

³⁴ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

³⁵ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

³⁶ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

Zahl sonstiger Drogentoter seit Jahren rückläufig

Andere Drogen als Alkohol und Tabak führten zu einer vergleichsweise geringen Anzahl jährlicher Todesopfer: 2004 und 2008 starben in Baden-Württemberg jeweils rund 120 Personen an Medikamenten-/Drogenabhängigkeit. Im längerfristigen Trend zeichnet sich dabei ein deutlicherer Rückgang ab, 1999 betrug die Zahl der Drogentoten noch über 250.

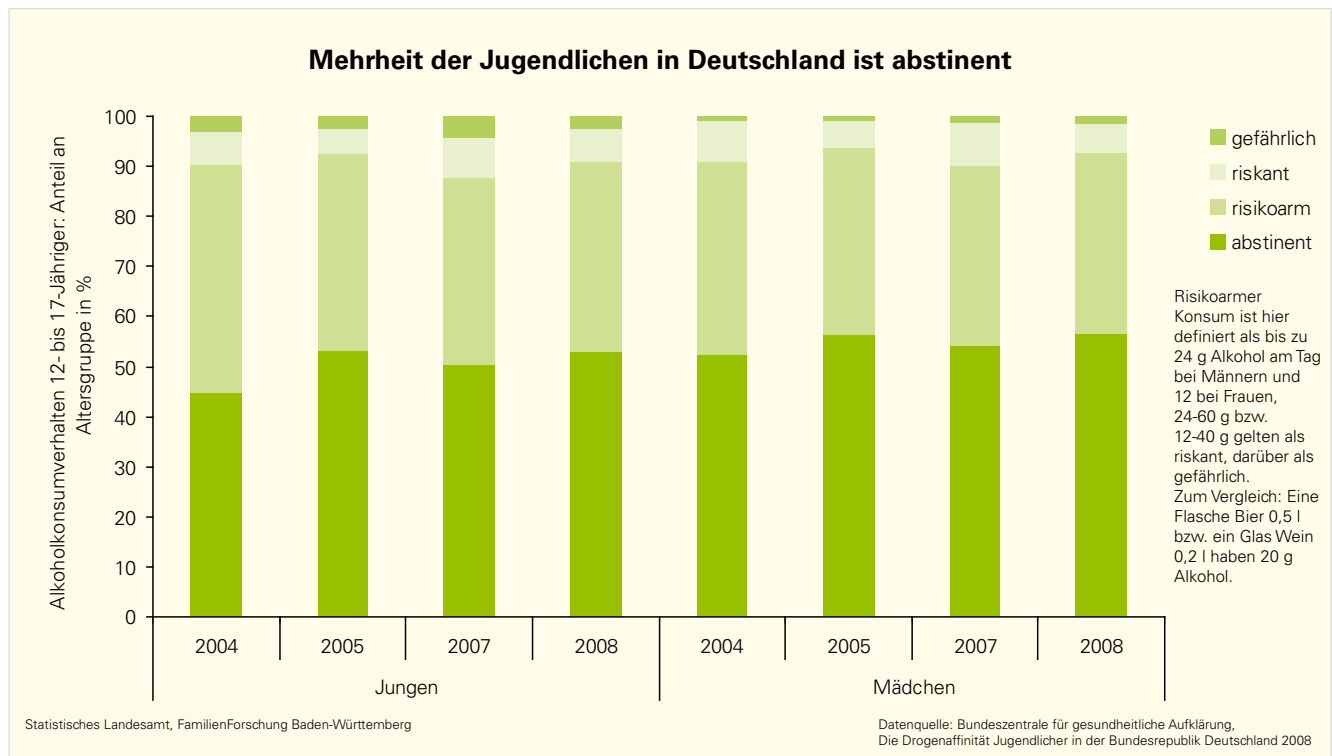
Alkoholkonsum

Alkoholische Getränke erfordern einen verantwortungsvollen Umgang. Zwar ist die Zahl der alkoholbedingten Sterbefälle für die gesamte Bevölkerung in Baden-Württemberg seit Jahren tendenziell rückläufig, sie lag 2008 aber immer noch bei über 1 400. Männer starben aufgrund von durch Alkohol verursachten Erkrankungen etwa 14 Jahre und Frauen 21 Jahre früher als das jeweilige durchschnittliche Sterbealter.

Mehrheit der Jugendlichen trinkt nur maßvoll oder gar keinen Alkohol

Die Drogenaffinitätsstudie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ergab für 2008, dass etwa die Hälfte der Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren in Deutschland im Befragungsmonat Alkohol getrunken hatte. Ein Fünftel aller Jugendlichen hatte „Binge Drinking“ betrieben, also mehr als fünf alkoholische Getränke hintereinander konsumiert. Das generelle Trinkverhalten von 12- bis 17-Jährigen ist allerdings eher von Abstinenz bzw. sogenanntem risikoarmem Konsum geprägt, rund die Hälfte dieser Altersgruppe trinkt keinen Alkohol und für weitere 40 % lässt sich ein risikoarmer Konsum verzeichnen. Grundsätzlich ist der Anteil der Jugendlichen mit riskantem Konsumverhalten mit etwa 6 % relativ gering, ebenso der Anteil von 2 % mit gefährlichem Konsum (Abbildung 3.1.3). Manchen Kindern und Jugendlichen fehlt allerdings das Problembewusstsein oder sie legen es bewusst auf Rauscherfahrungen an. 2008 war der Anteil von 12- bis 17-jährigen Jungen, die „Binge Drinking“ betrieben, mit 23 % höher als der von Mädchen mit knapp 18 % . Unterschiede zeigen

Abbildung 3.1.3



sich außerdem nach besuchter Schulform: Knapp jede/r fünfte Schülerin und Schüler einer Haupt- und Realschule gilt als „Binge Drinker“, dagegen nur etwas mehr als halb so viele Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.³⁷

In Extremfällen benötigen Kinder und Jugendliche nach übermäßigem Alkoholkonsum ärztliche Hilfe oder müssen sogar ins Krankenhaus. Die Zahl der alkoholbedingten Krankenhausbehandlungen von 13- bis 19-Jährigen in Baden-Württemberg ist seit ihrer erstmaligen Erhebung 2001 deutlich gestiegen, von 1 770 auf 3 960 im Jahr 2008. Jungen stellen dabei mit über 60 % die Mehrheit. Bezogen auf die Bevölkerung im jeweiligen Alter kamen 2001 bei den Jungen knapp 27 Fälle auf 10 000 Personen, bei den Mädchen 16. Bis 2008 stiegen die jeweiligen Zahlen auf 55 bzw. 37 (Abbildung 3.1.4). Besonders problematisch ist die Entwicklung bei den 13- bis 16-Jährigen, da unter 16-Jährige aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen eigentlich keine und 16-Jährige nur vergleichsweise schwache alkoholische Getränke zu sich nehmen dürften. Die Behandlungszahl in dieser Altersgruppe nahm von rund 920 Jungen und Mädchen im Jahr 2001 auf rund 2 050 im Jahr 2008 zu.³⁸ Bei den alkoholbedingten Krankenhausbehandlungen ist auch bundesweit eine deutliche Steigerung der Fallzahlen zu verzeichnen. Die Zahl der unter 15-Jährigen, die wegen akuter Alkoholvergiftung behandelt werden mussten, nahm von 2001 bis 2008 um über 70 % auf rund 4 500 zu, in Baden-Württemberg verdoppelte sie sich im gleichen Zeitraum auf knapp 700 Fälle.³⁹

Abbildung 3.1.4



Tabakkonsum

Der Konsum von Tabak hat eindeutig belegbare negative gesundheitliche Auswirkungen, wie z.B. ein stark erhöhtes Lungenkrebsrisiko. Die Lebenserwartung von Raucherinnen bzw. Rauchern ist deutlich reduziert. Sie haben nur noch eine Chance von

Alkoholbedingte Krankenhausfälle bei Jugendlichen mehr als verdoppelt

Jugendliche im Land bundesweit geringste Raucherquote

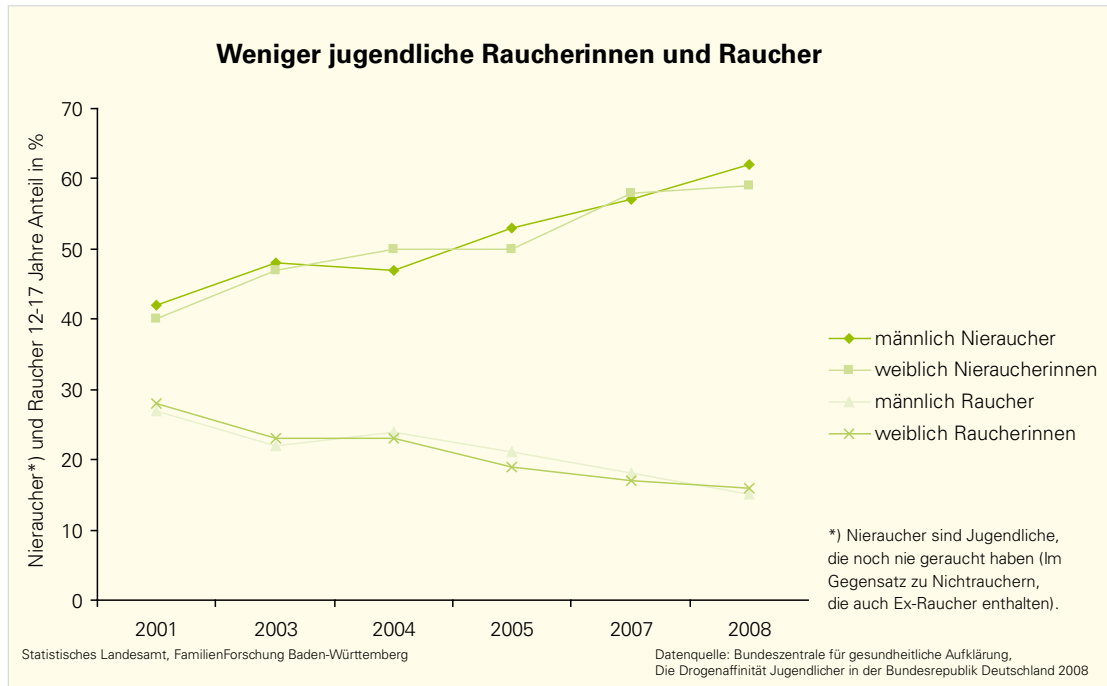
³⁷ Risikoarmer Konsum ist hier definiert als bis 24 g Alkohol am Tag bei Männern und 12 g bei Frauen, 24-60 g bzw. 12-40 g gelten als riskant, Werte darüber als gefährlich. Eine Flasche Bier 0,5 l bzw. ein Glas Wein 0,2 l haben 20 g Alkohol (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2009a).

³⁸ Baumann 2008.

³⁹ Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2009.

58 %, ihren 70. Geburtstag zu erleben. Nichtraucherinnen bzw. Nichtraucher dagegen erreichen mit einer Wahrscheinlichkeit von 81 % dieses Alter.⁴⁰ Baden-Württemberg hatte 2005 im Bundesländervergleich bei einem Bundesdurchschnitt von 28 % mit 25 % die zweitniedrigste Raucherquote. Bei Jugendlichen und Heranwachsenden von 15 bis 20 Jahren hat Baden-Württemberg gegenüber einem deutschen Durchschnitt von 24 % mit 21 % den geringsten Raucheranteil.⁴¹

Abbildung 3.1.5



Rückläufige Quote von Raucherinnen und Rauchern

Beim Rauchverhalten von Jugendlichen zeigt sich eine positive Entwicklung. Der Anteil der 12- bis 17-Jährigen, die noch nie geraucht haben, erhöhte sich 2008 bundesweit auf über 60 %, der der Raucherinnen und Raucher sank auf 15 % (Abbildung 3.1.5). Das seit 2007 geltende Rauchverbot für Jugendliche in der Öffentlichkeit könnte den generellen Trend zum Nichtrauchen verstärkt haben.

HIV-Neuinfizierte überwiegend über 20 Jahre

HIV-Infektionen

Bei den sexuell übertragbaren Krankheiten ist die Infektion mit dem HI-Virus und die tödliche Folgekrankheit AIDS eine der schwerwiegendsten. Fast 90 % der Infektionen sind laut Schätzungen des Robert-Koch-Instituts das Ergebnis sexueller Kontakte. 2009 kam es in Baden-Württemberg zu rund 270 Neuinfektionen, bundesweit waren es 2 900. In der Altersgruppe der unter 20-Jährigen waren 2009 in Baden-Württemberg 12 und bundesweit 89 Neuinfizierte zu verzeichnen. In Baden-Württemberg gab es 2009 eine Mutter-Kind-Infektion.⁴² Im Schuljahr 2007/08 haben die Gesundheitsämter in Baden-Württemberg rund 720 Schulklassen mit insgesamt 14 600 Schülerinnen und Schülern mit Präventionsveranstaltungen zu AIDS und sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten erreicht. Trotz enger Personalsituation

⁴⁰ Deutsches Krebsforschungszentrum 2009.

⁴¹ Mikrozensus 2005, Zusatzfragebogen aktuellste verfügbare Daten.

⁴² Robert-Koch-Institut 2009a, 2009b, 2010.

konnten im Schuljahr 2008/09 noch rund 670 Präventionsveranstaltungen in Schulen stattfinden. Zusätzlich führten die Gesundheitsämter in den beiden Schuljahren insgesamt 270 außerschulische Veranstaltungen, z.B. in Jugendhäusern, durch.⁴³ Auch die AIDS-Hilfe-Vereine und weitere Nicht-Regierungs-Organisationen führen Präventionsveranstaltungen zu AIDS und sexuell übertragbaren Krankheiten durch.

Fazit

Ziel von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Land weiter zu verbessern. Ein wichtiger Indikator für den Gesundheitszustand ist das Körpergewicht: Übergewicht verursacht vermeidbare Erkrankungen und Beschwerden. Kinder und Jugendliche in Baden-Württemberg sind im Vergleich zu anderen Altersgruppen seltener übergewichtig. Im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ soll der Anteil weiter reduziert werden. Dabei gilt es weiterhin besonders zu beachten, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und mit niedrigerem Bildungsniveau stärker von Übergewicht betroffen sind als der Durchschnitt ihrer Altersgenossen. Dabei ist eine den Zielgruppen gerecht werdende, das Elternhaus einbeziehende und möglichst frühzeitig ansetzende Ansprache wichtig. Im Bereich der psychischen Gesundheit steht den Betroffenen bereits eine Reihe von Hilfsangeboten zur Verfügung. Darüber hinaus sollte in Zukunft auch das Umfeld, z.B. die Schule, weiter sensibilisiert und gegebenenfalls auch geschult werden.

Zur Verbesserung des Gesundheitszustandes von Kindern und Jugendlichen setzt „Kinderland Baden-Württemberg“ darauf, Förderbedarf frühzeitig zu erkennen und ein vernünftiges Gesundheits- und Ernährungsverhalten zu fördern. Kinder und Jugendliche nutzen in ihrer Freizeit intensiv elektronische Medien, zugleich sind fast zwei Drittel in Sportvereinen aktiv. Das Ernährungsverhalten ist oft schon in jungen Jahren von ungünstigen Gewohnheiten geprägt. Insbesondere männliche Kinder und Jugendliche greifen oft zu Fleisch und zu selten zu Gemüse. Diesen Tendenzen begegnet „Kinderland Baden-Württemberg“ frühzeitig. Programme wie „STÄRKE“, „Komm in Form“, „Klasse2000“, „Gesund aufwachsen in Baden-Württemberg – Kommunale Netzwerke für Ernährung und Bewegung“ und die „Jugendbegleiter“ begleiten und unterstützen Kinder, Eltern und deren Umfeld auf ihrem Weg zu einem bewussteren Gesundheits- und Ernährungsverhalten. Dem Thema Gesundheitsförderung wird auch durch eine integrative Programmstrategie des Bund-Länder-Förderprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ besonders Rechnung getragen.

Ein weiteres Ziel von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist die Prävention von Krankheit und Sucht. Im Fokus stehen dabei vor allem die „Alltagsdrogen“ Alkohol und Tabak, außerdem die Vermeidung von weiterem Drogenkonsum und von sexuell übertragbaren Krankheiten. Der Anteil rauchender Kinder und Jugendlicher ist seit Jahren rückläufig und in Baden-Württemberg auf dem bundesweit niedrigsten Niveau. Genauso nehmen die Zahl der Drogentoten und die der HIV-Infektionen ab. Im Bereich des Alkoholkonsums zeigt sich, dass viele Jugendliche Alkohol trinken, die überwiegende Mehrheit aber sehr mäßig konsumiert. Eine zunehmende Zahl von Behandlungsfällen in Krankenhäusern zeigt jedoch, dass der verantwortungsvolle Umgang mit Alkohol nicht allen Jugendlichen gelingt. Besonders männliche Jugendliche

Verstärkte frühzeitige Förderung gesunder Ernährung und Bewegung

Trend zum Alkoholkonsum kritisch

⁴³ Landesgesundheitsamt 2010.

und Schülerinnen und Schüler von Haupt- und Realschulen sind gefährdet. Hier sind wirksame präventive Maßnahmen auch weiterhin wichtig, um eine weitere Ausweitung und Verfestigung des Trends zum exzessiven Alkoholkonsum zu verhindern.

Prävention bringt langfristige Ergebnisse

Die vergleichsweise kurze bisherige Laufzeit der Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ erlauben zwar angesichts der eher langfristigen Wirkungszusammenhänge noch keine Evaluation im engeren Sinn. Die erreichten Erfolge im Bereich der Zahngesundheit und bei jugendlichen Raucherinnen und Rauchern zeigen aber, dass sich über frühzeitige und konsequente Prävention und Gesundheitsförderung ein deutlich verbessertes Gesundheitsverhalten und damit letztlich auch ein deutlich verbesserter Gesundheitszustand erreichen lassen.

Umfassender Ansatz Kinderland birgt Potenzial

Insgesamt betrachtet eröffnet der umfassende Ansatz von „Kinderland Baden-Württemberg“ mit dem Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschulen für das Handlungsfeld Gesundheit zusätzliche Chancen: Kindergärten und Schulen können durch die Einbettung in kommunale Netzwerke zu Bildungsorten nicht nur klassischen Lernstoffs werden, sondern können auch Kenntnisse, Fähigkeiten und Verhaltensweisen darüber hinaus vermitteln, insbesondere im Bereich Gesundheitsförderung. Es eröffnen sich neue Möglichkeiten zu einer verstärkten Sozialisation breiterer Bevölkerungskreise im Sinn einer gesundheitsförderlichen Lebensführung. Insbesondere spezielle Gruppen wie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oder mit niedrigem Bildungsstand dürften sich über entsprechend ausgerichtete Ganztagsbetreuungsangebote besser als bisher erreichen lassen. Diese Potenziale gilt es zukünftig verstärkt zu nutzen.

3.2 Kinderschutz

Der Schutz der jüngsten und schwächsten Mitglieder einer Gesellschaft ist eine der wichtigsten Aufgaben eines Gemeinwesens. Kinder und Jugendliche vor Gefahren zu schützen, spielt deshalb innerhalb von „Kinderland Baden-Württemberg“ eine wichtige Rolle. Gefährdungen für Kinder und Jugendliche können in verschiedenen Bereichen entstehen, so z. B. durch Vernachlässigung und Misshandlung, durch einen unreflektierten Umgang mit Medien wie Fernsehen und Internet sowie durch Straftaten und Unfälle.

3.2.1 Elternverantwortung und Schutz vor Vernachlässigung und Misshandlung

Die Verantwortung für die Erziehung und das Wohlergehen von Kindern liegt grundsätzlich bei den Eltern, die diese Aufgabe in der Regel mit großem Einsatz ausfüllen. Sollten sich Eltern allerdings nicht in ausreichendem Maße um ihre Kinder kümmern können, weil sie beispielsweise mit der Aufgabe überfordert sind, dann ist es die Aufgabe des Staates, mit Frühen Hilfen möglichen Überforderungen präventiv entgegenzuwirken und bei nicht möglicher Abhilfe im Wege der Intervention rechtzeitig einzugreifen.

Ziel von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es, Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern zu verhindern. In den fünf Jahren vor Beginn „Kinderland“ nahm die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die als Schutzbefohlene Opfer von Misshandlungen wurden, deutlich zu. Die Zahl der Inobhutnahmen ging im selben Zeitraum zurück. Es wurde deshalb ein breit gefächertes Kinderschutzkonzept entwickelt, das den Präventionsgedanken besonders betont. Es baut auf den vier Säulen Früherkennung und Prävention im Rahmen des Kinderschutzgesetzes Baden-Württemberg, weiterer Ausbau der Frühen Hilfen, Qualifizierung der Fachkräfte und Förderung der interdisziplinären Vernetzung vor Ort auf.

Das Kinderschutzgesetz verpflichtet Eltern, ihre Kinder an Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen zu lassen. Bei Anzeichen auf Kindeswohlgefährdung ist zunächst auf Hilfsangebote hinzuweisen. Darüber hinaus werden die Untersuchenden unter bestimmten Voraussetzungen von ihrer Schweigepflicht entbunden, um Hinweise auf Gefährdungen den zuständigen Stellen weitergeben zu können. Im Rahmen des Ausbaus der „Frühen Hilfen“ wird die Fortbildung von Hebammen zu Familienhebammen sowie von Kinderkrankenschwestern zu Familienkrankenschwestern gefördert. Durch solch weitergebildete Fachkräfte können Familien in besonderen Lebenssituationen noch gezielter unterstützt und die Entwicklung junger Kinder begleitet werden. 2009 standen 47 Familienhebammen Eltern mit kleinen Kindern in schwierigen Lebenssituationen zur Seite. Bis zunächst 2014 werden jährlich insgesamt 80 weitere Fortbildungsplätze gefördert. Überdies erfolgt für den gleichen

Elternverantwortung stärken

Vernachlässigung und Misshandlung verhindern

Zeitraum im Wege einer Anschubfinanzierung die Unterstützung von Einsätzen solch ausgebildeter Fachkräfte vor Ort mit finanziellen Mitteln. 2009 haben bereits 35 von 48 Jugendämtern in Baden-Württemberg entsprechende Fördermittel beantragt.¹

Um eine Überforderung von Eltern zu vermeiden und sie bei der Erziehung ihrer Kinder von Anfang an zu unterstützen, wurde außerdem das Programm „STÄRKE“ gestartet, das es den Eltern leichter machen soll, unterstützende Angebote der Familien- und Elternbildung zur Stärkung der eigenen Eltern- und Erziehungskompetenzen wahrzunehmen. Seit September 2008 erhalten alle Eltern im Land zur Geburt eines Kindes Bildungsgutscheine im Wert von 40 Euro, die wohnortnah für Kurse bei anerkannten Trägern der Familien- und Elternbildung eingelöst werden können. Darüber hinaus können Familien in besonderen Lebenssituationen wie z.B. Alleinerziehende oder Eltern unter 18 Jahren spezielle Unterstützungsformen und bei Bedarf auch häusliche Beratungsangebote in Anspruch nehmen (vgl. Praxisbeispiel 3.2.1).²

P raxisbeispiel

Praxisbeispiel 3.2.1: STÄRKE im Ostalbkreis – erfolgreiche Verknüpfung mit bestehenden Strukturen



Ziel des Landesprogramms STÄRKE ist es, durch Stärkung der Elternkompetenzen – hier insbesondere der Erziehungskompetenzen – Kinder zu fördern und ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu verbessern. Im ländlich geprägten Flächenlandkreis Ostalb gaben die Landesprogramme „STÄRKE“ und „Guter Start ins Kinderleben“ den Anstoß dazu, die bestehenden Hilfe- und Kinderschutz-Strukturen in Richtung durchgängiger lebensphasenbezogener Angebote weiter zu entwickeln. Es ist dabei aufs Beste gelungen, mit den STÄRKE-Leistungen für Familien mit Säuglingen und Familien in besonderen Lebenslagen an bereits bestehende Strukturen anzuknüpfen.

Im Ostalbkreis wurde zunächst eine Übersicht in Form eines Veranstaltungskalenders der am Programm STÄRKE teilnehmenden Träger und ihrer Elternkurse erstellt. Dieser wird nun den Eltern nach der Entbindung direkt beim Entlassungsgespräch zusammen mit dem STÄRKE-Bildungsgutschein überreicht. Darüber hinaus stellen Kinderärzte direkt den Kontakt zu geeigneten Trägern der Jugendhilfe und zur Eltern- und Familienbildung her und unterstützen so Familien in besonderen Lebenssituationen möglichst frühzeitig. Diese Einbindung von Kinderärztinnen bzw. -ärzten und Hebammen und Entbindungspflegern ist wichtig, denn die Erfahrungen im Ostalbkreis haben gezeigt, dass es nicht ausreicht, STÄRKE-Kurse allein durch Informationsmaterial anzubieten. Für eine breite Inanspruchnahme der Gutscheine ist vielmehr entscheidend, dass das Kursangebot durch die Personen vermittelt wird, die in den jeweils entscheidenden Lebensphasen Zugang zu den Familien haben.

Quelle Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune: www.familienfreundliche-kommune.de.

Zusätzlich bieten als Ergänzung der staatlichen und kommunalen Unterstützungsangebote im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ ehrenamtlich tätige sogenannte „welcome“-Teams jungen Familien Hilfe beim Übergang vom Krankenhaus in den häuslichen Alltag, wenn diese nicht auf Familie oder Freunden zurückgreifen

¹ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.
² Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

können. Die Teams kommen etwa zweimal wöchentlich zwei bis drei Stunden in die Familien, betreuen die Kinder oder begleiten die Familien zum Arzt. Von 2008 bis 2009 wurde die Zahl der „welcome“-Standorte im Land von einem auf elf erhöht. Mit Hilfe der „Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte der Jugendhilfe“ schließlich sollen die Anzeichen von Gefährdungen noch frühzeitiger erkannt werden, so dass rechtzeitig zum Schutz der Kinder und Jugendlichen mit Hilfsangeboten oder auch Inobhutnahmen eingeschritten werden kann. Mit diesen Fortbildungen konnten an knapp 700 Veranstaltungstagen über 26 000 Fachkräfte der Jugendhilfe im Zeitraum von 2008 bis Anfang 2010 geschult und weitergebildet werden.³

Die vierte Säule des Kinderschutzkonzeptes in „Kinderland Baden-Württemberg“, die Förderung der interdisziplinären Vernetzung vor Ort, wird beispielsweise durch folgende zwei Projekte umgesetzt:

Das vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren und dem Justizministerium unterstützte Projekt Elternkonsens stellt das Wohl des Kindes in hochstrittigen Trennungs- und Scheidungssituationen in den Mittelpunkt. Ziel der Bemühungen von Familienrichterinnen und Familienrichtern, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten sowie den Beschäftigten von Jugendämtern und Beratungsstellen ist, dass Eltern auch in dieser schwierigen Situation selbst die Verantwortung für ihre Kinder übernehmen und sich gemeinsam auf alltagstaugliche Umgangs- und Sorgerechtsregelungen einigen. Das Kindeswohl soll dabei im Vordergrund aller Überlegungen stehen. Die wesentlichen Elemente des Projektes Elternkonsens sind: Ein früher erster Anhörungstermin findet innerhalb von 4 Wochen nach Eingang eines Antrags durch eine Partei statt. Von schriftlichen Äußerungen aller beteiligter Berufsträger vor dem ersten Termin wird abgesehen. Alle am Verfahren beteiligten Professionen wirken auf ein Einvernehmen der Eltern in Fragen des Umgangs mit ihren Kindern hin. Die Eltern werden auf Beratungsangebote, Mediation oder andere Angebote der außergerichtlichen Streitbeilegung hingewiesen, wenn im ersten Termin kein Einvernehmen hergestellt werden kann. In Fällen einer Kindeswohlgefährdung, wie z.B. bei Gewalt in der Familie oder bei sexuellem Missbrauch, können Ausnahmen von dieser Verfahrensweise gemacht werden. Diese Einzelfälle müssen dann sehr genau geprüft werden im Hinblick auf eine mögliche Retraumatisierung der Kinder.⁴

Projekt interdisziplinäre Zusammenarbeit im Kinderschutz: Ziel des Projektes Kinderschutz ist es, die interdisziplinäre Vernetzung der mit den Aufgaben des Kinderschutzes betrauten staatlichen Stellen vor Ort zu fördern. Insbesondere Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Schulen und Gesundheitsbehörden sollen Hand in Hand – auch mit privaten Gesundheitseinrichtungen und Organisationen wie Frauenhäusern, Schwangerschaftsberatungsstellen, Sportvereinen, Kinderschutzorganisationen etc. – zusammenarbeiten und ihre jeweiligen Aufgaben im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft wahrnehmen. Mit diesem Ziel hat das Justizministerium eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit in Fragen des Kinderschutzes einberufen.⁵ Die Arbeitsgruppe hat Empfehlungen für die Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen in Fragen des Kinderschutzes

³ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren, Justizministerium Baden-Württemberg.

⁴ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

⁵ Mit Beteiligung des Justizministeriums, Innenministeriums, Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport, Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg und dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg.

erarbeitet. In einem ersten Teil der Empfehlungen werden die Aufgaben der beteiligten Stellen beschrieben, Schnittstellen aufgezeigt und Fragen des Datenschutzes angesprochen. Der zweite Teil enthält Grundlagen für die Zusammenarbeit. Die zusammenfassende Beschreibung der Aufgaben aller Beteiligten soll den Blick auf die Handlungsschwerpunkte und Handlungsmöglichkeiten der anderen Berufsträger schärfen und das gegenseitige Verständnis fördern. Die aufgezeigten Schnittstellen verdeutlichen die Berührungspunkte und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Die Empfehlungen für die Zusammenarbeit sind abrufbar vom Justizportal Baden-Württemberg.⁶ Darüber hinaus wurden im Februar 2009 und Februar 2010 zwei interdisziplinäre „Fachtage Kinderschutz“ organisiert, an welchem insgesamt fast 200 Personen – Familienrichter und Jugendamtsmitarbeiter – teilnahmen.⁷ Diese Veranstaltungen dienen dazu, Einblicke in die unterschiedlichen Aufgabenbereiche der Familienrichterinnen und Familienrichter auf der einen und der Jugendamtsmitarbeiterinnen und Jugendamtsmitarbeiter auf der anderen Seite zu gewinnen, die unterschiedlichen Handlungsoptionen und -beschränkungen aufzuzeigen und so eventuell bestehende Vorbehalte abzubauen. Auch im Jahr 2011 ist ein weiterer Fachtage Kinderschutz geplant.⁸

Misshandlungen und Inobhutnahmen

Die Zahl der Misshandlungen von Schutzbefohlenen ging von 2004 bis 2009 um 10 % auf 357 zurück. Im Einzelnen ging die Anzahl der Fälle bei den unter 6-Jährigen um 19 % , bei den 7- bis 13-Jährigen um 4 % und bei den 14- bis 17-Jährigen um 15 % zurück. Die Opfer waren 2009 gut zur Hälfte zwischen 7 und 13 Jahre alt, rund 30 % waren jünger als sechs Jahre.⁹

Deutlicher Anstieg der Inobhutnahmen

Die Zahl der Inobhutnahmen Minderjähriger nahm von 2004 bis 2008 um über 60 % auf rund 2 700 zu. Der Hauptgrund für Inobhutnahmen war 2008 mit rund der Hälfte der Fälle Überforderung der Eltern, bei einem Fünftel Beziehungsprobleme, bei je einem Zehntel Anzeichen von Misshandlung oder von Vernachlässigung.¹⁰ Die wachsende Zahl von Inobhutnahmen ist vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass die Akteure des Kinder- und Jugendschutzes im Land in den letzten Jahren gegenüber Anzeichen möglicher Kindeswohlgefährdung zunehmend sensibler reagieren. Der Schutz von Kindern vor Straftaten – besonders vor Misshandlung und Missbrauch – ist Zielsetzung nicht nur staatlicher Organe, sondern auch privater Initiativen wie der Stiftung Hänsel + Gretel (vgl. Praxisbeispiel 3.2.2).

3.2.2 Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche wachsen heute in einer zunehmend von Informations- und Kommunikationstechnologien geprägten Gesellschaft auf. Die souveräne Handhabung von Computer, Internet und Handy ist in einer Wissensgesellschaft eine unverzichtbare Kulturtechnik. Allerdings erfordern der erleichterte Zugang zu verschiedensten

⁶ www.justizportal-bw.de.

⁷ Organisiert vom Justizministerium Baden-Württemberg gemeinsam mit dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg sowie teilweise dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

⁸ Justizministerium Baden-Württemberg.

⁹ Innenministerium Baden-Württemberg.

¹⁰ Es können auch mehrere Gründe je Fall vorliegen.

Inhalten und die vielfältigen Kontaktmöglichkeiten eine aufgeklärte und reflektierte Nutzung. Denn es bestehen Gefahren wie z.B. Betrug, extremistische Inhalte oder Sexualdelikte, darüber hinaus auch Mobbing, etwa in den von Jugendlichen intensiv genutzten sozialen Netzwerken und Chatrooms. Das beliebteste soziale Netzwerk für Kinder und Jugendliche beispielsweise ist „SchülerVZ“ und hat deutschlandweit 5,5 Mill. Mitglieder, insgesamt sind 29 % aller Internetnutzer Mitglied in einem sozialen Netzwerk.¹¹

Praxisbeispiel 3.2.2: Stiftung Hänsel + Gretel – Kindesmissbrauch: verhindern, helfen



Die 1997 in Karlsruhe gegründete Stiftung Hänsel + Gretel initiiert und unterstützt Projekte gegen Kindesmissbrauch und für den Opferschutz. Präventiv betreibt die Stiftung intensive Aufklärungsarbeit zum Thema Missbrauch und initiierte beispielsweise das bundesweite „Notinsel“-Projekt: Unter dem Motto „Wo wir sind bist Du sicher“ zeigen Läden und Geschäfte mit diesem Logo, dass sie Zufluchtstätten sind und dass Kinder mit ihren Problemen nicht alleine sind. Darüber hinaus unterstützt „Hänsel + Gretel“ Forschungsprojekte wie „Kein Täter werden“ zur Entwicklung von Therapieangeboten für Menschen mit pädophilen Neigungen. Speziell dieses Projekt wurde bereits mehrfach ausgezeichnet und erhält vom Bund eine Förderung in Höhe von 750 000 Euro. Außerdem hilft die Stiftung Kindern, die bereits Opfer von Missbrauch geworden sind, z.B. mit kinderfreundlichen Anhörungszimmern, die den Kindern einen Auftritt vor Gericht und die Begegnung mit den Beschuldigten ersparen.

Quelle: Stiftung Hänsel + Gretel: www.haensel-gretel.de.

P raxisbeispiel

Untersuchungen zeigen einen Zusammenhang zwischen schlechten schulischen Leistungen, Gewalttätigkeit und exzessiver Mediennutzung. Eltern können den Medienkonsum ihrer Kinder positiv beeinflussen.¹² Innerhalb von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es Ziel, sowohl die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen als auch von deren Bezugspersonen zu erhöhen, damit sie die neuen Medien selbstbestimmt, kreativ und eigenverantwortlich nutzen können.

Medienkompetenz von Kindern und Jugend- lichen erhöhen

Zu diesem Zweck hat die Landesregierung in Kooperation mit der Landesanstalt für Kommunikation (LFK), dem SWR, dem Landesmedienzentrum (LMZ) und der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg die Initiative „Kindermedienland Baden-Württemberg“ ins Leben gerufen. Mit dieser Medienkompetenz-Initiative werden die zahlreichen Projekte, Aktivitäten und Akteure im Land gebündelt, vernetzt, ergänzt sowie eine breite öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Medienbildung und -erziehung geschaffen. Im Internetportal¹³ finden Eltern, Erziehungsverantwortliche und Lehrkräfte einen umfassenden Überblick über das engmaschige Netz an Ansprechpartnern und Aktivitäten im „Kindermedienland Baden-Württemberg“. Die Initiative verfolgt einen grundsätzlich positiven Ansatz zur Mediennutzung. Mit vielen Kreativitätsprojekten werden junge Menschen dazu motiviert, aus der Rolle des passiven Konsumenten herauszutreten und Medien selbst zu gestalten. Kinder

¹¹ SchülerVZ 2009; Schawinsky 2009.

¹² Kleimann et al. 2006.

¹³ www.kindermedienland-bw.de.

und Jugendliche sind heute aber nicht selten versierter in der Mediennutzung als ihre Eltern und Erziehungsverantwortlichen. Mit passgenauen Angeboten soll deshalb im Rahmen der Initiative „Kindermedienland“ auch gezielt die Medienkompetenz von Eltern, Lehrkräften und anderen Multiplikatoren gestärkt werden. Gefördert werden dabei unter anderem Fortbildungen für Eltern, Lehrkräfte und an Schulen ehrenamtlich tätige Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter, Medienprojekte wie Trickfilmworkshops für Kinder und Jugendliche sowie mediengestützte Selbstlernphasen an Schulen und das Arbeiten mit Medien in Kindergärten.¹⁴ Weitere Maßnahmen im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ sind die Schüler-Medienmentoren¹⁵ (vgl. Programm 3.2.1) und die Förderung von Projekten des Jugendschutzes. Darüber hinaus ist das Vermitteln von Medienkompetenz in den Orientierungs- und Bildungsplänen der Kindergärten und Schulen verankert und begleitet Kinder und Jugendliche in ihrem Bildungsverlauf bis zum Ende der Sekundarstufe.¹⁶ Medienkompetenz und ein Bewusstsein für die Gefährdungspotenziale durch Medien vermittelt auch das Vortragskonzept „Kids online - Neue Medien - Neue Gefahren!“ der Polizei, das landesweit in allen Städten und Kommunen umgesetzt wurde.¹⁷ Dabei werden sowohl Kinder und Jugendliche als auch Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen von den mittlerweile über 200 speziell ausgebildeten Präventionsbeamtinnen und Präventionsbeamten sowie Jugendsachbearbeiterinnen und Jugendsachbearbeitern geschult. 2008 wurden bei nahezu 50 Veranstaltungen rund 2 300 Teilnehmer erreicht. Für das Jahr 2010 ist außerdem die Erstellung eines interaktiven Mediums zum Einsatz an Schulen geplant.

P rogramm

Programm 3.2.1: „Schüler-Medienmentoren“

Ziele: Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern fördern, um ihnen einen sachgerechten, kreativen und sozial verantwortlichen Umgang mit Medien zu ermöglichen

Inhalt: Das Schüler-Medienmentorenprogramm richtet sich an Schülerinnen und Schüler aller Schularten zwischen 13 und 18 Jahren. Sie erhalten eine Ausbildung von medienpädagogischen Fachkräften in vier Modulen à 10 Stunden zu Themen wie „Praktisches Arbeiten mit Medien“ (Print, Audio, Video, Präsentationstechniken), „Pädagogisch-psychologische Grundkenntnisse“ (Umgang mit Gruppen, Rolle als Mentorin/Mentor, Krisenmanagement) und „Medienpädagogische Grundlagen“ (Filmanalyse, Medienwirkung, Mediennutzung). Sie werden außerdem dazu angeleitet, ihren Altersgenossen z.B. in Arbeitsgemeinschaften ihre Kenntnisse zur Funktionsweise von Medien und zu einem verantwortlichen Umgang mit ihnen weiterzuvermitteln.

Laufzeit: Erprobungsphase 2006 bis 2008 danach als Programm bis Ende 2013

Beteiligte Ressorts: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Wirkungen und Perspektiven: 2006/07 startete das Programm mit 210 Mentorinnen und Mentoren, seitdem stieg ihre Zahl auf über 750 im Jahr 2009. Bis 2011 sollen rund 1 300 Mentorinnen und Mentoren ausgebildet werden.

Quellen: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg; www.mediaculture-online.de.

¹⁴ Staatsministerium Baden-Württemberg.

¹⁵ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

¹⁶ Landtag Baden-Württemberg 2008b.

¹⁷ Innenministerium Baden-Württemberg.

Der Kinder- und Jugendschutz wird innerhalb von „Kinderland Baden-Württemberg“ auch durch die Förderung von Projekten und Akteuren ausgebaut. Die „Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg“ beispielsweise ist ein landesweiter Zusammenschluss von 19 Mitgliedsverbänden, der pädagogische Konzepte erstellt und Fortbildungen u.a. in den Bereichen Gewalt- und Suchtprävention und des Jugendmedienschutzes anbietet. Darüber hinaus bietet das „LandesNetzWerk für medienpädagogische Elternarbeit“ Eltern und Fachkräften landesweit für Bildungsangebote qualifizierte regionale Ansprechpartner.¹⁸

Medienausstattung und -nutzung

2009 verfügten knapp vier Fünftel der Haushalte in Baden-Württemberg über mindestens einen Computer und drei Viertel der Haushalte hatten einen Internetzugang. In beiden Fällen liegen diese Werte etwas über dem Bundesdurchschnitt. 2008 besaß jedes zweite Kind zwischen 6 und 13 Jahren ein Handy. Einen Computer nannten 15 % der Kinder ihr eigen. Gegenüber 2003 verdoppelte sich der Anteil der Handybesitzer, bei den Computern blieb der Anteil konstant.¹⁹

Bei den Jugendlichen von 12 bis 19 Jahren besaßen 2009 mit 95 % fast alle ein Handy. Einen eigenen Computer oder ein Laptop konnten drei von vier Jugendlichen vorweisen. Beide Werte stiegen im Vergleich zu 2004, bei den Handys um 5 Prozentpunkte und bei Computern um über 20 Prozentpunkte. Der Anteil der 12- bis 19-Jährigen, die täglich bzw. mehrmals pro Woche das Internet nutzen, stieg von gut drei Vierteln in 2007 auf 90 % im Jahr 2009. Die Nutzungsdauer nahm im Durchschnitt für den Zeitraum Montag bis Freitag um 20 Minuten auf rund 130 Minuten täglich zu.²⁰

Der Medienkonsum (TV/Video, Musik, Spielkonsole, Computer/Internet, Handy) von Jugendlichen von 12 bis 19 Jahren liegt im Durchschnitt bei fast 6 Stunden täglich (siehe Kapitel 3.1).²¹ Auch Medien bergen ein Suchtpotenzial: Laut repräsentativen Befragungen von Schülern neunter Klassen spielen 4 % der Mädchen und 16 % der Jungen mehr als 4,5 Stunden täglich am Computer. Als suchgefährdet gelten weniger als 1 % der Mädchen und knapp 5 % der Jungen.²²

Die Zahl der Straftaten, die mittels des Mediums Internet begangen werden, wird seit 2005 in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. Ihre Zahl nahm seitdem um über 50 % auf rund 22 000 im Jahr 2009 zu. Dabei entfielen rund 80 % auf Vermögensdelikte wie Betrug. Gut 3 % der Delikte bezogen sich auf die Verbreitung pornografischer Schriften. Weitere knapp 1 % entfielen auf Kinderpornografie.²³

Hälfte aller Kinder zwischen 6 und 13 Jahre haben ein Handy

95 % aller Jugendlichen haben ein Handy, 75 % einen Computer

Jugendliche nutzen fast sechs Stunden täglich Medien

Internetkriminalität deutlich gestiegen

¹⁸ Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg; Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

¹⁹ Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest KIM 2003; KIM 2008.

²⁰ Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest JIM 2007; JIM 2009.

²¹ Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest JIM 2009.

²² Mößle 2009.

²³ LKA 2007; 2010b.

3.2.3 Sicherheit für Kinder und Jugendliche – Unfall- und Kriminalitätsprävention

Straftaten und Unfälle verhindern

Die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen umfasst neben dem Schutz innerhalb der Familie und vor Risiken durch die neuen Medien auch den Schutz vor Straftaten und die Sicherheit im Straßenverkehr. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die Opfer von Straftaten wurden, nahm in den Jahren vor Beginn von „Kinderland Baden-Württemberg“ deutlich zu. Dasselbe gilt für die Zahl der Straftaten, die ihnen zur Last gelegt wurden. Im Straßenverkehr dagegen kamen weniger Kinder zu Schaden. Ein Ziel von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es, sowohl Straftaten gegen Kinder und Jugendliche als auch kriminelle Handlungen von Kindern und Jugendlichen zu verhindern und Unfälle im Straßenverkehr zu vermeiden.

Dazu wurden im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ eine Reihe von Maßnahmen getroffen.²⁴ Der zunehmenden Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit von Kindern und Jugendlichen wird mit Gewaltpräventionsprogrammen begegnet, wie beispielsweise dem von Kultus- und Innenministerium 1998 initiierten Programm „Herausforderung Gewalt“, das sich insbesondere an Schulen sowie Eltern, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler richtet.²⁵ In dessen Rahmen sollen die Eltern und Lehrkräfte für die interaktiven Zusammenhänge bei Gewaltkonflikten sensibilisiert und in ihrer erzieherischen Kompetenz gestärkt werden. Das Programm wird inhaltlich noch im Jahr 2010 um die Themen Amok und Handygewalt ergänzt. Allein an Schulen wurden im Jahr 2009 3 100 gewaltpräventive Veranstaltungen durchgeführt und dabei insgesamt rund 87 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht, davon knapp 61 000 Minderjährige. Zudem wird die hohe Medienaffinität von Kindern mittlerweile auch bei der Gewaltprävention berücksichtigt. So wird Kindern z.B. über Computerlernspiele und Filme gewaltfreie Konfliktlösung nahegebracht.

Den vielfältigen Ursachen von Kriminalität begegnet auch die Mobile Jugendarbeit (Streetwork) in Problemgebieten, die sich an benachteiligte Kinder und Jugendliche richtet. Jährlich werden über 19 000 vor allem Jugendliche über individuelle Beratung und Gruppenarbeit erreicht. Beratungsthemen sind dabei z.B. gewaltlose Konfliktlösung oder die Integration in Schule und Ausbildung. 2009 wurden landesweit rund 200 Vollzeitstellen in der Mobilien Jugendarbeit gefördert. Diese Zahl soll bis 2011 im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ um weitere 10 % erhöht werden. Etwa 70 % der angesprochenen Kinder und Jugendlichen hatten einen Migrationshintergrund.²⁶

Vor dem Hintergrund der vergleichsweise hohen Zahl von nichtdeutschen Tatverdächtigen bei der Gewaltkriminalität wirbt die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes mit der bundesweiten Kampagne „Hand in Hand – Gegen Gewalt! Für die Zukunft unserer Kinder“²⁷ – für eine gewaltfreie Erziehung bei türkischen Eltern als Vertreterinnen und Vertreter der größten Migrantengruppe. Die Kampagne wurde 2007 in Baden-Württemberg landesweit umgesetzt und vorbildhaft mit äußerst positiver Resonanz auf kommunaler Ebene durch die Polizeidirektion Reutlingen realisiert.

²⁴ Eine Übersicht bietet die Publikation „Roter Faden Prävention“ (2009) des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, des Innenministeriums und des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

²⁵ Innenministerium; Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

²⁶ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg.

²⁷ Innenministerium Baden-Württemberg.

Das Angebot umfasst verschiedene Medien und Veranstaltungen, zum Teil auch in türkischer Sprache. Die Kampagne wurde außerdem in die in Baden-Württemberg seit 2005 bestehende landesweite Initiative „Polizei und Moscheevereine“ integriert und durch die bereits ausgebildeten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Moscheevereine in die türkisch-muslimischen Vereinigungen transportiert. Die Eltern werden darüber hinaus in enger Kooperation mit knapp 400 türkischen Verbänden, Einrichtungen und Vereinen sowie 220 Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern und über zum Teil türkischsprachige Medien und Veranstaltungen erreicht.²⁸

Die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen im Straßenverkehr zu verringern, ist Gegenstand der Unfallprävention und der Verkehrserziehung mit Programmen wie der Radfahrausbildung von Viertklässlerinnen und Viertklässlern, die regelmäßig mit über 100 000 Teilnehmern über 94 % eines Schülerjahrgangs erfolgreich absolvieren. Neben der Aktion „Sicherer Schulweg“ soll „Schüler FAIR-Kehr“ ebenfalls für einen sicheren Schulweg sorgen, sowohl durch das Vermeiden von Unfällen als auch durch das Vermeiden von gewalttätigem Verhalten (vgl. Programm 3.2.2).²⁹

Programm 3.2.2: „Schüler-FAIR-Kehr“

Ziele: Angstfreier und sicherer Schulweg, fairer Umgang unter den Schülern und der Erwerb sozialer Kompetenzen durch ehrenamtliche Tätigkeit

Inhalt: Schule, Eltern, Kommune und Polizei untersuchen gemeinsam den Schulweg auf Gefahrenstellen und Angsträume. Daraufhin werden ältere Schülerinnen und Schüler als Schülerlotsen und Schulbusbegleiter ausgebildet und erlernen neben Verkehrssicherheit auch Verantwortung und Konfliktlösung.

Laufzeit: 2007 bis 2011

Beteiligte Ressorts: Innenministerium, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Wirkungen und Perspektiven: 2007 engagierten sich 1 322 Schulwegbegleiterinnen bzw. -begleiter als Schülerlotsinnen bzw. -lotsen, Schulbusbegleiterinnen bzw. -begleiter und erwachsene Schulweghelferinnen und Schulweghelfer. Diese Zahl stieg bis Anfang 2009 auf über 4 000.

Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg.

Programm

Kriminalität

In Baden-Württemberg sank die Zahl der unter 21-Jährigen, die Opfer einer Straftat wurden, von 2004 bis 2009 um 1 % auf rund 28 100. Davon waren 2009 zwei Drittel männlich. Demgegenüber hat die Zahl der angezeigten Straftaten von unter 21-Jährigen seit 2004 abgenommen. Von 2004 bis 2009 verringerte sich diese Zahl bei Kindern unter 14 Jahren um über ein Fünftel auf knapp 11 200 Fälle, bei Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren um 9 % auf 30 400 und bei Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren um 13 % auf 24 300. Der Anteil männlicher Tatverdächtiger liegt je nach Altersgruppe zwischen 70 % und 80 %.³⁰

**Große Mehrheit der
Tatverdächtigen und
Opfer männlich**

²⁸ Innenministerium Baden-Württemberg.

²⁹ Innenministerium Baden-Württemberg.

³⁰ Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik erfasst Tatverdächtige, nicht rechtskräftig verurteilte Straftäter (LKA 2009a; 2010a).

Weniger Tatverdächtige unter 21-Jährige

Die Anzahl von Tatverdächtigen bezogen auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe, nahm bei Kindern von 2003/04 bis 2009 um 15 % auf 1 600 Tatverdächtige je 100 000 Kinder ab, bei Jugendlichen keine Veränderung mit 6 400 und bei den Heranwachsenden war eine Abnahme um 14 % auf 6 200 zu verzeichnen. Die Anzahl der Tatverdächtigen bezogen auf die Gruppe der Nichtdeutschen unter 21 Jahren nahm um 7 % auf 7 900 Tatverdächtige je 100 000 Nichtdeutsche gleichen Alters zu.³¹

Im Bundesvergleich geringe Zahl deutscher Tatverdächtiger

Baden-Württemberg wies 2008 im Bundesländervergleich bei der Gruppe der Tatverdächtigen mit deutscher Staatsbürgerschaft den zweitniedrigsten Wert auf und konnte sich damit gegenüber 2004 um einen Rang verbessern. Im Jahr 2008 betrug der bundesweite Durchschnitt je 100 000 Kinder rund 1 900 Tatverdächtige, bei Jugendlichen 7 000 und bei Heranwachsenden 7 400. Die Werte für Baden-Württemberg lagen dagegen bei Kindern und Heranwachsenden um 27 % und bei Jugendlichen um gut 20 % niedriger.³²

Mehr gewalttätige Straftaten seit 2004

Die Zahl der angezeigten leichten Körperverletzungen nahm von 2004 bis 2009 bei Kindern um 2 % auf 1 100 ab, bei Jugendlichen dagegen um 4 % auf 3 800 zu. Bei den Heranwachsenden stieg sie um über ein Fünftel auf 3 600. Diese Steigerungen sind jedoch laut Landeskriminalamt auch auf eine erhöhte Bereitschaft von Opfern und Zeugen zurückzuführen, Anzeige zu erstatten.³³ Auch bei dieser Form der Straftat überwiegen männliche Tatverdächtige mit einem Anteil von über vier Fünfteln. Dabei stand gut ein Viertel der Tatverdächtigen unter Alkoholeinfluss. Die Zunahme von 3 % gegenüber 2004 unterstreicht die Bedeutung der Sucht- und Drogenprävention (siehe Kapitel 3.1). Gewaltkriminalität nahm von 2004 bis 2009 bei tatverdächtigen Kindern

P Praxisbeispiel

Praxisbeispiel 3.2.3: Präventionsarbeit der Michel-Buck-Schule in Ertingen mit fünf Sternen ausgezeichnet



Die Michel-Buck-Schule in Ertingen, Landkreis Biberach, engagiert sich besonders für eine umfassende vorbeugende Gesundheitserziehung ihrer Schüler und wurde dafür von der „Regionalen Arbeitsgemeinschaft Gesundheitserziehung“ mit fünf von fünf möglichen Sternen ausgezeichnet. Jeder Stern steht für eine Kategorie: Bewegung, Ernährung, Gesundheit und Körper, Suchtprävention und Gewaltprävention. Für einen Stern musste die Schule das jeweilige Thema zu einem festen Bestandteil ihres Schulalltags machen.

Den Stern für die Suchtprävention gab es beispielsweise für die Einrichtung eines Seminars zum Thema Sucht. Im Bereich Gewaltprävention wird indessen wöchentlich in jeder Klasse in einem Klassenrat Demokratie direkt gelebt und Zivilcourage aktiv vermittelt. Dort werden gewaltfreie Lösungen von Konflikten gemeinsam erarbeitet und umgesetzt. Die Schülerinnen und Schüler lernen nach festen Regeln ihre Anliegen zu thematisieren. Die Kinder wissen, dass ihre Anliegen und Anregungen ernst genommen werden. Somit fördert der Klassenrat das Klassen- und das Lernklima positiv und stärkt neben einer grundlegenden Gewaltprävention auch die Klassengemeinschaft.

Quelle: Michel-Buck-Schule Ertingen: www.michel-buck-schule.de

³¹ LKA 2009a; 2010a.

³² Für Ausländer liegen keine Angaben auf Bundesebene vor (Bundeskriminalamt 2009).

³³ LKA 2009a; 2010a.

um 24 % auf rund 800 Fälle ab, bei Jugendlichen sank die Zahl der Tatverdächtigen um 5 % auf 4 200 und bei Heranwachsenden stieg sie um 1 % auf 3 700 (Abbildung 3.2.1). Auf 100 000 unter 21-Jährige kamen auf deutsche Kinder und Jugendliche 2009 durchschnittlich 450 Tatverdächtige, bei ihren nichtdeutschen Altersgenossen 1 420.³⁴

Gewaltdelikte an Schulen nahmen von 2007 bis 2009 bei Kindern um 22 % auf 550 angezeigte Straftaten ab. Bei Jugendlichen sank die Zahl der Delikte um 27 % auf 900, während sie bei Heranwachsenden um 2 % auf 62 anstieg. Gerade im Umfeld Schule ist die Aufklärungsquote von Gewaltdelikten sehr hoch. So wurden 2008 rund 97 % der Fälle aufgeklärt (vgl. Praxisbeispiel 3.2.3).³⁵

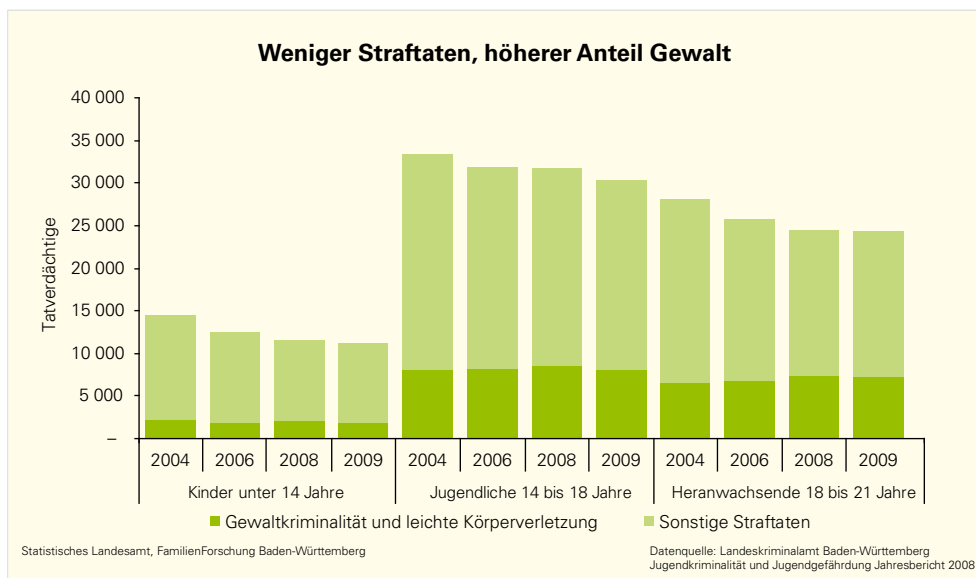
Weniger Gewaltdelikte an Schulen, 97 % Aufklärungsquote

Straßenverkehrsunfälle

In Baden-Württemberg nahm die Zahl der im Straßenverkehr insgesamt verunglückten Kinder unter 15 Jahren von 2004 bis 2008 um 17 % auf 3 800 ab. 2004 waren 21 und vier Jahre später 13 Tote zu beklagen. Darunter verunglückten als Fußgänger und Radfahrer mit 2 400 gut 16 % weniger Kinder, 2004 wie 2008 wurden sechs getötet. Bezogen auf die Gruppe der Kinder unter 15-Jährigen insgesamt nahmen diese Werte ebenfalls deutlich ab (Abbildung 3.2.2).

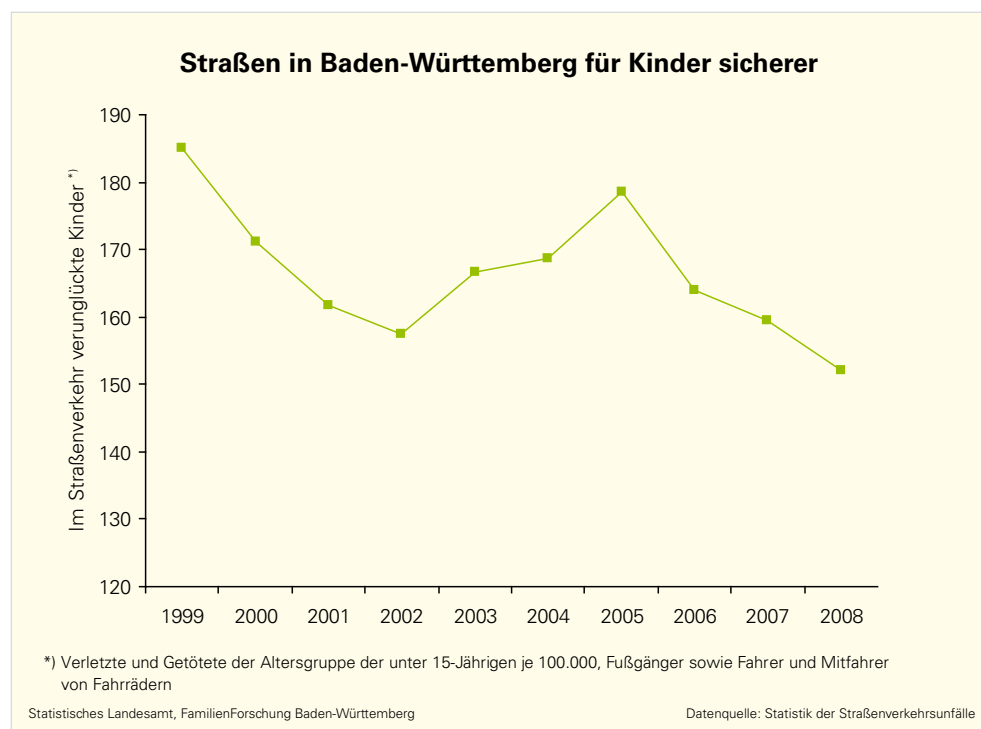
Deutlich weniger Kinder verletzt und getötet

Abbildung 3.2.1



34 Straftaten wie u.a. Mord, Totschlag, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub, gefährliche und schwere Körperverletzung (LKA 2009a; 2010a).
 35 Aufgrund systematischer Umstellungen der Erfassung ist ein Vergleich mit vorherigen Jahren nicht möglich (LKA 2009a; 2010a).

Abbildung 3.2.2



Fazit

„Kinderland Baden-Württemberg“ trägt auf verschiedenen Ebenen zu einem verbesserten Kinderschutz bei. Es begleitet Kinder und Eltern schon vom frühen Kindesalter an. Es fördert den Schutz vor Vernachlässigung und Misshandlung durch überforderte Eltern durch die Steigerung der Elternkompetenz, auch außerhalb der Familien durch das Kinderschutzgesetz und durch die Aus- und Fortbildung von Fachkräften. Im weiteren Lebensverlauf der Kinder wird der verantwortungsvolle Umgang mit neuen Medien vermittelt, um Kinder vor den hiermit verbundenen Risiken zu schützen. Den Schutz vor Straftaten insbesondere gewalttätiger Art und die Vermeidung von Unfällen im Straßenverkehr runden den umfassenden Ansatz von „Kinderland Baden-Württemberg“ ab.

Kinderschutz verbessert

Eines der Ziele von „Kinderland Baden-Württemberg“ ist es, Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern und Jugendlichen zu verhindern. Die Zahl der Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen hat seit 2004 deutlich zugenommen. Dies kann sowohl auf eine gestiegene Sensibilisierung als auch ein früheres und entschlosseneres Eingreifen von staatlichen Akteuren zum Wohl des Kindes zurückzuführen sein. Die Anstrengungen im „Kinderland Baden-Württemberg“, z.B. über das Kinderschutzgesetz, das unter anderem die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen verpflichtend vorschreibt, oder über Fortbildungen für Fachkräfte wie Familienhebammen, Akteure der Jugendhilfe, Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte, zielen auf eine gesteigerte Sensibilisierung für Gefährdungen von Kindern. Dass 2010 auf Bundesebene ein Kinderschutzgesetz mit ähnlichem Inhalt auf den Weg gebracht werden soll, belegt, dass Baden-Württemberg hier auf dem richtigen Weg ist.³⁶ Der Schutz vor Sexualstraftaten soll in Baden-Württemberg darüber hinaus ab 2010

³⁶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010.

durch ein strikteres Überwachungskonzept für entlassene Sexualstraftäter z.B. über Aufenthaltsverbote weiter verbessert werden.³⁷

Um Interventionen aufgrund von überforderten Eltern oder Elternteilen gar nicht erst notwendig zu machen, ist das Programm „STÄRKE“ darauf ausgerichtet, die Elternkompetenz und -verantwortung schon im frühen Kindesalter zu stärken und die Eltern beim Begleiten des Aufwachsens ihrer Kinder zu unterstützen. Dadurch, dass STÄRKE in der sensiblen Phase direkt nach der Geburt eines Kindes ansetzt, kann unter Umständen in Zukunft flächendeckend eine Lücke im System der Frühen Hilfen geschlossen werden. Der nachhaltige Erfolg von STÄRKE hängt allerdings mit davon ab, wie gut es gelingen wird, die Eltern von gefährdeten Kindern auch tatsächlich durch STÄRKE-Angebote zu erreichen. Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang auch der Ansatz der Familienhebammen vielversprechend, da hierbei bereits bestehende Kontakte zu werdenden Eltern aus der Geburtsvorbereitung und Geburtshilfe im Sinn einer Verbesserung des Kinderschutzes genutzt werden können.

Haushalte in Baden-Württemberg sind mit neuen Medien wie Handy, Computer und Internet bundesweit überdurchschnittlich gut ausgestattet. Kinder und Jugendliche nutzen diese Medien intensiv. Dabei entstehen durch die vielfältigen Inhalte und Kontaktmöglichkeiten auch Risiken. Um diese zu minimieren, setzt „Kinderland Baden-Württemberg“ mit medienpädagogischen Maßnahmen wie den Schüler-Medienmentoren auf die Vermittlung von Medienkompetenz nicht nur bei Kindern und Jugendlichen, sondern auch bei den Eltern, um sie in die Lage zu versetzen, ihre Kinder zu einem sozial verantwortlichen und sachgerechten Umgang mit Handy, Internet und Spielen zu erziehen. Die Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen durch Mediennutzung werden tendenziell eher an Bedeutung gewinnen als verlieren. Deshalb ist im Sinn einer systematischeren Herangehensweise die 2010 auf den Weg gebrachte Initiative „Kindermedienland Baden-Württemberg“ zu begrüßen, da sie bereits bestehende medienpädagogische Projekte bündelt, um die Zusammenarbeit und die Vernetzung von Anbietern zur weiteren Verbesserung der Medienkompetenz auszubauen.

Das Vermeiden von Straftaten von Kindern und Jugendlichen und gegen Kinder und Jugendliche ist ein weiteres Ziel von „Kinderland Baden-Württemberg“. Die Zahl der Straftaten, die von Tätern unter 21 Jahre begangen wurde, ist seit 2004 zurückgegangen, jedoch im Zehnjahresvergleich gestiegen. Vor allem gewalttätige Straftaten nahmen zu. „Kinderland Baden-Württemberg“ nimmt sich der Gewalt von und unter Kindern und Jugendlichen u.a. mit einem Ausbau der Mobilen Jugendarbeit und mit der direkten Ansprache von Eltern an. In verschiedenen Lebensbereichen, beispielsweise an der Schule, wird den Kindern und Jugendlichen vermittelt, dass Gewalt keine Lösung ist. Um der Herausforderung Jugendgewalt zu begegnen ist eine präventive Ausrichtung wie die von „Kinderland Baden-Württemberg“ vielversprechend. Für die Zukunft gilt es, besonders erfolgversprechende Präventionsstrategien systematisch zu identifizieren und diese möglichst zielgerichtet in die Fläche zu tragen. Gute Ansätze wie die Elternarbeit mit türkischstämmigen Eltern zur Gewaltprävention sollten weiter verfolgt werden, um speziellen Täterprofilen bereits präventiv gerecht zu werden.

**Elternkompetenz
frühzeitig stärken**

**Intensive Medien-
nutzung – Medien-
kompetenz weiter
erhöhen**

**Mehr gewalttätige
Straftaten – intensi-
vierte Prävention**

³⁷ Justizministerium Baden-Württemberg.

**Weniger Unfälle –
Prävention wirkt**

Ein weiteres Handlungsfeld von „Kinderland Baden-Württemberg“ bezieht sich auf die Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr. Die Zahl der im Straßenverkehr verunglückten Kinder ist in Baden-Württemberg in den Jahren seit der Einführung von „Kinderland Baden-Württemberg“ deutlich gesunken. Kindern die eigenständige und sichere Teilnahme am Verkehrsgeschehen zu ermöglichen, ist das Ziel vielfältiger Maßnahmen der Verkehrserziehung vor allem im Grundschulbereich. Zusammen mit dem Einsatz ehrenamtlicher Schulwegbegleiterinnen und Schulwegbegleiter stehen Hilfsangebote zur Verfügung, um die Zahl der Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Kindern noch weiter zu senken.

3.3 Generationengerechtigkeit

Generationengerechtigkeit bedeutet, die Bedürfnisse der heutigen Generation zu sichern, ohne die Erfüllung der Bedürfnisse der künftigen Generationen zu gefährden. Eine intakte Umwelt, eine stabile Gesellschaft sowie eine tragfähige Grundlage für Einkommen und Wohlstand sind Voraussetzung für das Wohlergehen jetziger und künftiger Generationen und für die Attraktivität des Standorts Baden-Württemberg. In dieser langfristigen Perspektive steht das „Kinderland Baden-Württemberg“. Einerseits sind Politik und Gesellschaft gefordert, den Bedürfnissen der jungen Generation gerecht zu werden und gleichzeitig die wirtschaftlichen und natürlichen Ressourcen des Landes nicht auf Kosten künftiger Generationen zu überlasten. Andererseits sind Kinder und Jugendliche gefordert, sich das Wissen und die Handlungskompetenzen anzueignen, mit denen sie selbst zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise beitragen können.

3.3.1 Erhalt der Wirtschaftskraft

Auf den ersten Blick mag das Thema „Erhalt der Wirtschaftskraft“ in einer Untersuchung zum Thema „Kinderland Baden-Württemberg“ als Fremdkörper erscheinen. Wirtschaftliche Themen sind jedoch eng mit Handlungsfeldern wie Bildung und Vereinbarkeit verwoben. Investitionen in Bildung und Erziehung beispielsweise erfordern eine leistungsfähige Wirtschaft. Die Wirtschaft wiederum ist durch ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften auf den Erfolg dieser Investitionen angewiesen. Wenn die Perspektive der (künftigen) Beschäftigten eingenommen wird, kommt der Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit ins Spiel: So geht die Bedeutung von Erwerbsarbeit weit über die materielle Funktion des Broterwerbs hinaus und ist vielmehr ein wichtiger Bestandteil sozialer Teilhabe.

Zur Generationengerechtigkeit gehört auch die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Eine jährliche Nettoneuverschuldung würde einen steigenden Schuldenstand bedeuten, der steigende Zinszahlungen nach sich zieht. Steigende Zinszahlungen wiederum würden den finanziellen Handlungs- und Gestaltungsspielraum künftiger Generationen tendenziell einengen. Die Landesregierung misst soliden Landesfinanzen daher besondere Bedeutung bei: Mit Blick auf die demografische Entwicklung und im Interesse der kommenden Generationen bleibt es Ziel der Landesregierung, die derzeitige Staatsverschuldung nicht weiter auszuweiten. Die seit 2008 gültige Fassung der Landeshaushaltsordnung mit der dort fixierten Obergrenze für die Gesamtverschuldung markiert einen wichtigen Schritt zur Zielerreichung: Gemäß Landeshaushaltsordnung ist der Haushaltsplan des Landes grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.

Innovationen sind für moderne Volkswirtschaften die Basis für Wachstum und Beschäftigung, indem sie den technologischen Wandel vorantreiben, damit die Produktivität erhöhen, neuen Produkten zur Marktreife verhelfen und Qualitäts-

Generationengerechtigkeit sichern

Dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherstellen

Innovationsfähigkeit der Wirtschaft stärken

verbesserungen ermöglichen. Ein hohes Innovationspotenzial ist damit ein wichtiger Standortfaktor im internationalen Wettbewerb, bei dem es nicht zuletzt darauf ankommt, flexibel auf Marktveränderungen zu reagieren und deren Chancen zu nutzen. Bei verschiedenen Indikatoren, die die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit abbilden, nimmt Baden-Württemberg unter den Bundesländern einen Spitzenplatz ein. Ziel muss es sein, diese Position zu halten oder sogar auszubauen.

P raxisbeispiel

Praxisbeispiel 3.3.1: TECHNOlino „Technik spielend entdecken“



TECHNOlino fördert den spielerischen Umgang mit Naturwissenschaft und Technik sowie das Interesse an naturwissenschaftlich-technischen Phänomenen von Kindern und Jugendlichen. Eingebunden ist TECHNOlino in „START 2000 Plus“, die Ausbildungs- und Qualifizierungsinitiative von Südwestmetall und Teil des Modellprojekts „Fa.i.B.Le – Familie in Beruf und Leben“ von 2005-2008. Koordiniert wird TECHNOlino durch die BBQ Berufliche Bildung gGmbH. TECHNOlino verknüpft die naturwissenschaftlichen und technischen Inhalte mit Sprach-, Kreativitäts- und Bewegungserziehung sowie ethischer und musikalischer Erziehung. Kindergärten, Erzieherinnen und Erzieher werden zudem bei der Umsetzung des Orientierungsplans, durch Bildungspartnerschaften und gemeinsame Projekte mit Unternehmen sowie durch die Einrichtung von Forscherecken und durch Fortbildungen unterstützt. Außerdem werden die Einrichtungen auf dem Weg zum Prädikat „Technikfreundlicher Kindergarten“ begleitet und bei der Planung und Umsetzung von naturwissenschaftlichen Projekten durch das „TECHNOlino-Handbuch – Experimente im Kindergarten“ beraten. Auf diese Weise gelingt es das Interesse an Naturwissenschaft und Technik bei Mädchen wie Jungen, bei jüngeren wie älteren Kindern sowie bei Kindern mit oder ohne Migrationshintergrund gleichermaßen zu wecken und weiterzuentwickeln. Jugendliche Auszubildende werden zudem durch die Kooperation mit Bildungspartnern erreicht und können Erfahrungen sammeln, die über den Lehrplan hinausgehen.



Quellen: Südwestmetall: www.start2000plus.de; www.bbq-zukunftskurs.de.

Die baden-württembergische Wirtschaft ist durch einen im Ländervergleich hohen Wertschöpfungsanteil der Industrie gekennzeichnet. Unter den Industriebranchen weisen diejenigen mit einer hohen Forschungs- und Entwicklungsintensität eine besondere Wachstumsdynamik auf. Entsprechend hoch ist auch für die Zukunft der Personalbedarf in den sogenannten MINT-Berufen einzuschätzen. Zur Fachkräftesicherung wurden auf Basis von Empfehlungen des Innovationsrats Baden-Württemberg von der Landesregierung 2009 das Sofortprogramm „Beschäftigung von MINT-Absolventen im Wissenschaftsbereich“¹ (siehe Kapitel 1.3.3) sowie 2010 die Initiative „Frauen in MINT-Berufen in Wirtschaft und Wissenschaft“² gestartet. Die Initiative soll laufende und zukünftige Projekte zur Gewinnung von Mädchen und Frauen für eine berufliche Ausbildung oder ein Studium im MINT-Bereich, Projekte zur Unterstützung von jungen Frauen, um Ausbildungs- und Studienabbrüchen entgegen zu wirken (z.B. durch Mentorenprogramme) sowie Projekte zur Verbesserung der Wiedereinstiegschancen nach einer familienbedingten Auszeit noch besser aufeinander abstimmen. Dazu gehört z.B. das 2008 aufgelegte Programm „Schülerinnen

1 Staatsministerium; Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst; Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren; Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

2 Wirtschaftsministerium; Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

forschen – Einblicke in Naturwissenschaften und Technik“ mit dem der Anteil der Studentinnen in den naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen erhöht werden soll (vgl. Programm 1.3.4).³

Um die naturwissenschaftlich-technischen Bildung zu fördern, setzen zahlreiche Programme bereits im Kindergarten- oder Schulalter an. Dazu gehören das Projekt „TECHNOLino“ (vgl. Praxisbeispiel 3.3.1) oder die Modellprojekte im Rahmen von „SCOUT – Science Outlined“ mit dem „ExpoNaTe-Wettbewerb“.⁴ Prämiert werden innovative Konzepte und Ideen für Exponate, die Themen aus Naturwissenschaft und Technik aufgreifen und altersgerecht umsetzen. Ein Exponat kann sehr unterschiedlich aussehen: Neben technischen Modellen oder interaktiven Computerspielen sind wissensbasierte Gesellschaftsspiele, Versuchsanordnungen oder Minilabors möglich. Des Weiteren sind der Erfinderwettbewerb „mikro-makro“ (vgl. Praxisbeispiel 3.3.2) und das Programm „Coaching4Future“ zur gezielten Nachwuchsförderung in MINT-

**Praxisbeispiel 3.3.2:
Erfinderwettbewerb „mikromakro –
kleine köpfe große ideen“**



P raxisbeispiel

Der Erfinderwettbewerb „mikromakro – kleine köpfe große ideen“ wurde 2008 zum ersten Mal von der Baden-Württemberg Stiftung ausgeschrieben und richtet sich an Schülerinnen und Schüler, die innovative Ideen und Produkte in den Bereichen Technik und Naturwissenschaft für Alltag, Schule oder Arbeit entwickeln. Gruppen von mindestens vier Schülerinnen, Schülern und einem erwachsenen Teamleiter können sich mit ihren Ideen bewerben und innerhalb der zweijährigen Bearbeitungszeit bis zu 8 000 Euro von der Baden-Württemberg Stiftung erhalten. Bei der Suche nach einem Unternehmen als möglichem Kooperationspartner werden die Teams bei Bedarf ebenfalls unterstützt. Ferner können die Schülerinnen und Schüler an Workshops zu Projektmanagement, Technik, Kreativität, Markt oder Schutzrechten teilnehmen und sich an einem „Erfinderleitfaden“ orientieren. Ausgewählt werden die jungen Erfinderinnen und Erfinder von Expertinnen und Experten der Steinbeis GmbH für Technologietransfer. Bis Ende des Schuljahres 2008/09 wurden von über 160 Bewerbungen rund 130 Teams aus knapp 80 Schulen aus ganz Baden-Württemberg mit Ideen zu Themen wie regenerative Energien, einem Gewitterfrühwarnsystem oder einem digitalisierten Klassenzimmer angenommen. Besonders wertvolle Neuerungen können mit Unterstützung der Baden-Württemberg Stiftung sogar als Patent geschützt werden. 2010 wurde der Wettbewerb im Rahmen der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ als „Ausgewählter Ort im Land der Ideen“ prämiert.

Quellen: Baden-Württemberg Stiftung; www.mikromakro-bw.de.

Berufen zu nennen. Je zwei junge Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler, sogenannte Coaching-Teams, besuchen im Rahmen dieses Programms kostenlos baden-württembergische Gymnasien und Realschulen. Mit multimedialer Unterstützung zeigen sie den Schülerinnen und Schülern anschaulich die Aufgaben von MINT-Berufen. Ein weiteres Projekt ist das „BioLab Baden-Württemberg“. Kernstück ist ein Labor- und Ausstellungsfahrzeug, das ein komplett ausgestattetes Genlabor mit

³ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.
⁴ Baden-Württemberg Stiftung.

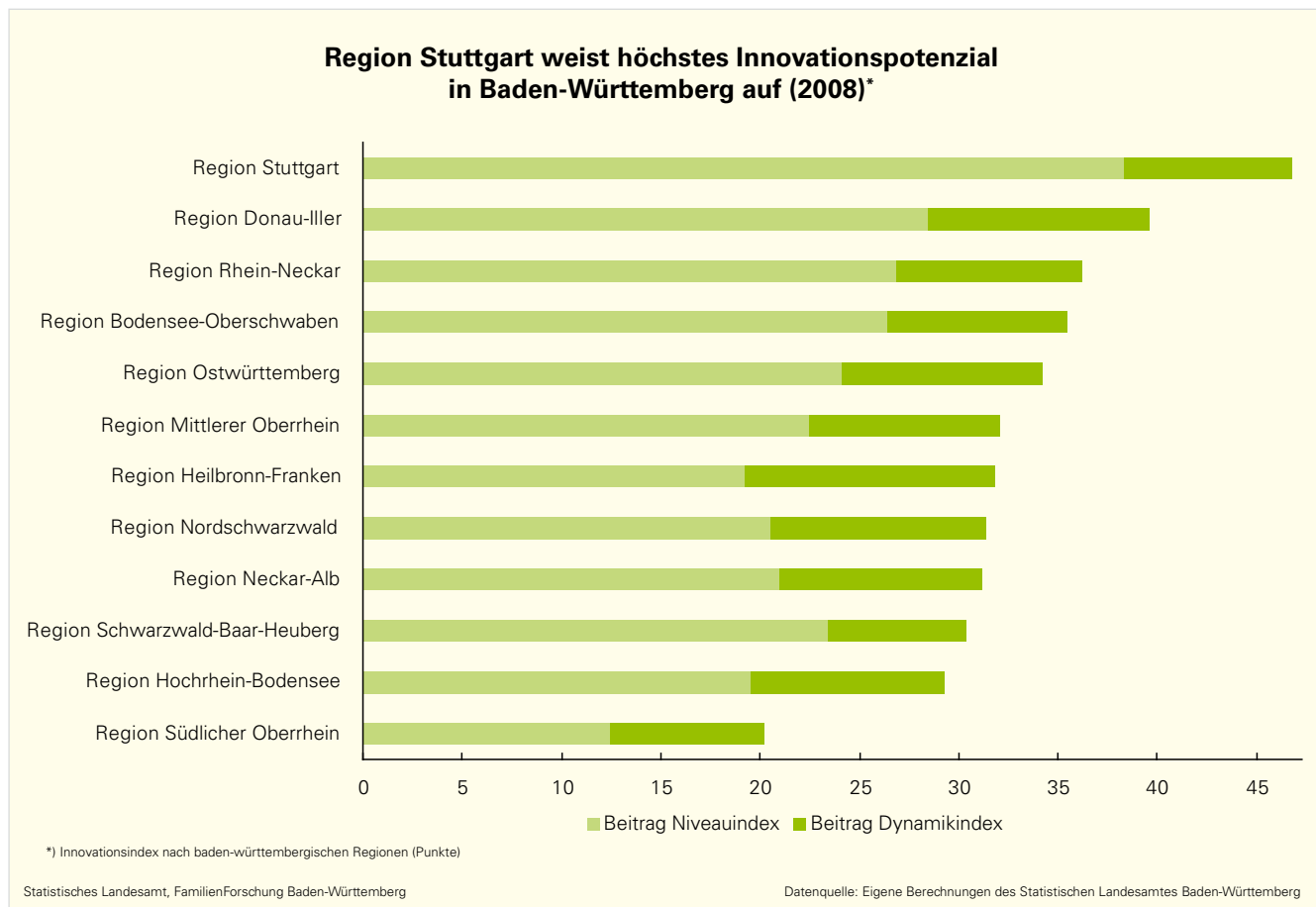
zwölf Praktikumsplätzen sowie eine Poster-Show und Ausstellungsobjekte mit zahlreichen Anwendungsbeispielen aus der Welt der modernen Lebenswissenschaften und der Biotechnologie enthält. Drei promovierte Naturwissenschaftlerinnen oder Naturwissenschaftler begleiten das rollende Labor und beantworten Fragen.

MINT-Fächer in Baden-Württemberg beliebter als im Bundesdurchschnitt

Die Innovationsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft

Um Innovationen im Produktionsprozess anzustoßen, umzusetzen und zu forcieren, bedarf es Arbeitskräfte, die über entsprechend einsetzbares technologisches Wissen verfügen. Als Studienfächer, die recht nahe am Produktionsprozess stehen, gelten die MINT-Fächer (siehe Kapitel 1.3.2). Absolventinnen und Absolventen dieser Fachrichtungen verfügen entweder bereits über technologisches Wissen oder über naturwissenschaftliche Kenntnisse, die in solches überführt werden können. Der Anteil der MINT-Absolventinnen und Absolventen an allen Absolventinnen und Absolventen baden-württembergischer Hochschulen liegt mit 37 % im Jahr 2008 deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 32 %. Seit 2000 ist dieser Anteil relativ konstant. Obwohl MINT-Absolventinnen nach wie vor in der Minderheit sind, sorgt das wachsende Interesse von Frauen an naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen ganz wesentlich dafür, dass die Zahl der Abschlüsse insgesamt steigt.

Abbildung 3.3.1



Baden-Württemberg höchste Innovationsfähigkeit

Der vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg entwickelte Innovationsindex ist ein zusammengesetzter Wert, in den die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE), FuE-Personal, Erwerbstätige in FuE-intensiven Indus-

triezweigen, wissensintensiven Dienstleistungsbranchen und wissenschaftlich-technischen Berufen sowie Patentanmeldungen eingehen. Der Index bildet durch diese Einzelindikatoren wie durch die Berücksichtigung von Niveau und Dynamik des regionalen Innovationspotenzials ein breites Spektrum wirtschaftlicher Zukunftsfähigkeit ab. Gemäß Innovationsindex ist Baden-Württemberg nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern sogar innerhalb der Europäischen Union die Region mit der höchsten Innovationskraft. Unter den zwölf Regionen Baden-Württembergs erweist sich Stuttgart als innovatives Zentrum (Abbildung 3.3.1).

Öffentliche Finanzen

Um die Zukunftsfähigkeit der Landesfinanzen Baden-Württembergs ist es vergleichsweise gut bestellt. Die Kreditmarktschulden des Landes lagen Ende 2008 bei rund 41,7 Mrd. Euro. Auf jeden Einwohner umgelegt bedeutet dies einen Schuldenstand von 3 880 Euro (der Durchschnittswert aller westdeutschen Bundesländer lag bei rund 5 900 Euro). Auch die Entwicklung des Schuldenstands ist unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten positiv zu bewerten: Die Tendenz steigender Schulden wurde mit den Landeshaushalten der Jahre 2008 und 2009 unterbrochen. In den Jahren 2008 und 2009 war das Land in der Lage, ohne neue Schulden auszukommen. Die Anforderungen der Landeshaushaltsordnung werden damit erfüllt. Dagegen zeigt der Haushalt 2010/11 an, dass das Ziel, den Haushaltsplan des Landes grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen, in diesen Jahren nicht erreicht werden kann. Insgesamt sind 2010 und 2011 ca. 4,7 Mrd. Euro neue Schulden aufzunehmen. Diese sind einerseits bedingt durch Steuermindereinnahmen und andererseits dadurch, dass weitere Ausgabenkürzungen als die bei den Haushaltsberatungen beschlossenen Einsparmaßnahmen in der aktuellen konjunkturellen Situation nicht sinnvoll sind. Aufgrund des Ausmaßes der Steuermindereinnahmen und der Schwere der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Neuverschuldung mit der Landeshaushaltsordnung, die eine Kreditaufnahme in bestimmten Situationen zulässt, vereinbar.

Haushaltskonsolidierung bleibt wichtiges Nachhaltigkeitsziel

3.3.2 Umwelt und Nachhaltigkeit

Der Schutz der natürlichen Grundlagen zur Sicherung einer hohen Lebensqualität für heutige und künftige Generationen ist Grundvoraussetzung der Generationengerechtigkeit. Dieser Schutz lässt sich langfristig nur gewährleisten, wenn sich eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise dauerhaft durchsetzt. Der Bildung kommt eine zentrale Rolle dabei zu, vor allem Kindern und Jugendlichen die nötigen Kompetenzen und Einstellungen zu vermitteln.

Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2005 bis 2014 zur Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen. Ziel ist, die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung in den nationalen Bildungssystemen zu verankern und das öffentliche Bewusstsein für das Thema zu fördern. Zur Umsetzung hat Baden-Württemberg 2006 gemeinsam mit weiteren Akteuren das Netzwerk „Nachhaltigkeit lernen“ ins Leben gerufen und einen Aktionsplan vorgelegt.⁵ Im Bereich frühkindlicher (vgl. Praxisbeispiel 3.3.3) und schulischer Bildung sowie durch außerschulische Lernorte

Ausbildung und Erziehung zur Nachhaltigkeit stärken

⁵ Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg.

und Jugendbildung ergänzt die Nachhaltigkeitsstrategie die Ziele und Programme von „Kinderland Baden-Württemberg“.

Die Landesregierung fördert mit zahlreichen Maßnahmen die Kompetenzen von Bildungseinrichtungen und Multiplikatoren zur altersgerechten Vermittlung von Umwelt- und Naturschutz, die hier nur auszugsweise genannt werden können: Die Akademie für Natur- und Umweltschutz bietet Schulungen für Erzieherinnen und Erzieher, Grundschullehrerinnen und -lehrer sowie Jugendgruppenleiterinnen und -leiter zu Themen wie Natur, Umweltvorsorge und nachhaltige Entwicklung in der frühkindlichen Erziehung an.⁶ Auf den vorschulischen Bereich richtet sich das Projekt „KINA – eine Initiative für mehr Nachhaltigkeit im Kindergarten“ (vgl. Praxisbeispiel 3.3.4). In einem Kooperationsprojekt der Landesregierung werden Schülerinnen und Schüler seit 2001 zu „Mentoren für den Natur- und Umweltschutz“ ausgebildet.⁷ Die Schülermentorinnen bzw. -mentoren initiieren und begleiten Energiesparmaßnahmen in ihren Schulen, betreuen Umwelt-AGs, liefern Beiträge für Projektstage und Schulveranstaltungen oder veranstalten Umweltolympiaden. Eine zusätzliche Stärkung der Ausbildungskompetenz für Natur- und Umweltthemen sowie Themen der nachhaltigen Entwicklung erfahren offene Ganztagschulen in Baden-Württemberg durch das „Jugendbegleiterprogramm“ (vgl. Programm 1.2.3).⁸ Zukünftigen ehrenamtlichen Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleitern bietet die Akademie für Natur- und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit anderen Partnern einen Qualifizierungskurs an, der pädagogisch-fachdidaktische sowie eine schulbezogene Qualifikation vermittelt. Der Landesbetrieb ForstBW bietet schließlich im

P raxisbeispiel

Praxisbeispiel 3.3.3: Netzwerk naturwissenschaftliche und ökologische Modellkindergärten



Im Rahmen des Netzwerkes der Gesellschaft für Umweltbildung Baden-Württemberg e.V. soll die Neugier von Kindern für Naturwissenschaften geweckt und mit Umweltbildung verbunden werden. In Modellkindergärten in der Metropolregion Rhein-Neckar wurden dazu Innen- und Außenräume so eingerichtet, dass Kinder als Forscher aktiv werden und spielerisch naturwissenschaftliche Zusammenhänge entdecken können. Außerdem wurden Multiplikatoren für die naturwissenschaftliche Arbeit in den Kindergärten ausgebildet. Die Kinder beschäftigen sich mit Themen wie Flugversuche oder Magnetismus, untersuchen die heimische Flora und Fauna oder ziehen selbst Pflanzen heran. Die Akzeptanz bei Kindern, Erzieherinnen und Erziehern ist hoch und auch Eltern berichten, dass Kinder zu Hause weiter experimentieren. Im Rahmen eines Modellprojekts mit Unterstützung der „Stiftung Kinderland Baden-Württemberg“ konnten 2007/08 zunächst vier Kindergärten in Heidelberg, Mannheim und Weinheim gefördert werden. Nachdem das Projekt im Rahmen der UN Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet wurde, wurden mit Unterstützung der H.W. & J. Hector Stiftung neun weitere Kindergärten einbezogen.

Quellen: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg; Gesellschaft für Umweltbildung Baden-Württemberg e.V.; Stiftung Kinderland Baden-Württemberg.

⁶ Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg.

⁷ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg (bis 2006/07 auch Stiftung Naturschutzfonds).

⁸ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Rahmen seines jährlichen Bildungsangebots zahlreiche Fortbildungen im Themenfeld Waldpädagogik für Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte, Förster usw. an.⁹

Kinder sind in Bezug auf das Ziel der nachhaltigen Entwicklung und den Erhalt der natürlichen Umwelt zur Mitwirkung aufgefordert. Sie müssen das nötige Wissen, Handlungskompetenzen und Einstellungen erwerben, um zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise beitragen zu können. Die Landesregierung verfolgt daher das Ziel, Kinder, Jugendliche und Familien auch außerhalb der regulären Bildungsangebote für Naturthemen, Umweltvorsorge und nachhaltige Entwicklung zu sensibilisieren. Dazu werden Kindern Naturerfahrungen ermöglicht, Informationen vermittelt und Möglichkeiten für eigenes Handeln aufgezeigt.

Die junge Generation für einen nachhaltigen Lebensstil gewinnen

**Praxisbeispiel 3.3.4:
„KiNa – Kindergarten und Nachhaltigkeit“**

Das Projekt „KiNa – Kindergarten und Nachhaltigkeit“ ist eine Bildungsoffensive der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg beim Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr in Kooperation mit dem Gemeindetag und dem Volkshochschulverband Baden-Württemberg. KiNa setzt bereits im Kindergartenalter mit dem Schwerpunkt frühkindliche Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung an, um Kindern frühzeitig Natur und deren Erhalt, beispielsweise durch umweltschonende Verhaltensweisen, nahe zu bringen. Dazu werden Multiplikatoren nach dem Motto „Train-the-Trainer“ ausgebildet, die wiederum Nachhaltigkeitsmentoren aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen schulen, die Kindergärten bei ihrer nachhaltigen Entwicklung hin zu Lernorten ökologischer Lebensgrundlagen und Klima- und Naturschutz unterstützen sollen. In vier Workshops wurden bis Ende 2009 über 60 „Trainer“ aus ganz Baden-Württemberg qualifiziert. Darüber hinaus stellt die Homepage www.nachhaltigkeit-im-kindergarten.de ein Infoportal mit Arbeitshilfen und zum Erfahrungsaustausch zur Verfügung. Das Portal mit Best-Practice Beispielen soll zu einem Netzwerk ausgebaut werden.



Quellen: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg; www.nachhaltigkeit-im-kindergarten.de.

So ist Natur- und Umweltbildung ein wichtiger Schwerpunkt der Naturschutz- und Landesforstverwaltung sowie der Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg. Zur Erfüllung dieses Bildungsauftrages sind die Bildungseinrichtungen mit außerschulischen Lernorten in der Landwirtschaft, dem Gartenbau, dem Naturschutz und dem Forstbetrieb verknüpft. Beispielhaft sind hier die Unterstützung der Landjugend Baden-Württemberg mit dem Projekt „Schüler auf dem Bauernhof“, die Landesaktion „Gläserne Produktion“ sowie Projekte im Rahmen der Waldpädagogik, wie vier Waldschulheime, sieben Waldklassenzimmer und das Haus des Waldes, zu nennen. Naturschutzbildung als Daueraufgabe nehmen sieben staatliche Naturschutzzentren, vier Ökomobile und sieben Naturpark-Infozentren wahr.¹⁰ Diese bieten Führungen, Workcamps und Ausstellungen für Jugendliche an. In den Natur-Info-Centren der Akademie für Natur- und Umweltschutz im Zoologisch-Botanischen Garten „Wilhelma“ und dem „Blühenden Barock“ in Ludwigsburg richten sich Aktionstage

⁹ Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg.
¹⁰ Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr; Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg.

zu den verschiedensten Themen der Naturbewahrung und Umweltvorsorge direkt an Kinder und Familien. Hierbei werden erste Artenkenntnisse vermittelt, ökologische Zusammenhänge dargestellt und durch praktische Tätigkeiten Alltagskompetenzen vermittelt. Ziel von „KlimaNet for Kids“ ist es, Jugendliche zwischen 11 und 15 Jahren zu kleinen Klimaschutzprojekten im eigenen Umfeld zu motivieren. Das gleichnamige Internetangebot bietet in altersgerechter Aufmachung grundlegende Informationen und Projektideen. Zur Entwicklung von positiven Einstellungen zur Natur in frühem Kindesalter bietet auch das seit dem Jahr 2002 laufende Projekt „Bachtage für Kinder – mit Kindern Bach und Fluss erleben“ Kindertageseinrichtungen fachlich betreute Bach- und Flusstage an, bei denen die Naturerfahrung im Vordergrund steht.¹¹

Umweltbildung ist Teil des regulären Unterrichts

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Umweltbildung ist ein integraler Teil der Bildungspläne für die allgemeinbildenden Schulen und findet somit im regulären Unterricht in entsprechender Weise Berücksichtigung. Über die Zahl der schulischen und außerschulischen Angebote im Themenkomplex Umwelterziehung und nachhaltige Entwicklung oder die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die diese Angebote in Anspruch nehmen, liegen keine statistisch erhobenen Informationen vor.¹² Aus den Rückmeldungen der beteiligten Schulen z.B. zum „Schülermentorenprogramm“ für den Natur- und Umweltschutz ergibt sich jedoch, dass diese dazu beitragen, den Umweltschutz stärker im Schulalltag zu verankern, etwa durch die Einrichtung dauerhafter Umwelt-AGs oder die Einführung von Umweltbeauftragten.¹³ Nicht unterschätzt werden darf auch das Hineinwirken in die Familien der beteiligten Kinder.

Bildungsangebote laufen seit vielen Jahren mit Erfolg

Die Größenordnungen der Teilnehmerzahlen und die Laufzeiten einiger der hier beispielhaft dargestellten Ausbildungsangebote für Multiplikatoren sowie der außerschulischen Angebote für Kinder und Jugendliche zeigen, dass die Angebote der verschiedenen Institutionen auch nach Jahren auf eine ungebrochene Nachfrage treffen. So wurden im Berichtszeitraum pro Jahr etwa 40 Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse zu „Mentoren für den Umwelt- und Naturschutz“ ausgebildet. Dieses Programm wurde zwischenzeitlich von der Deutschen UNESCO-Kommission und dem Nationalkomitee zur UN-Dekade zum dritten Mal als „Offizielles Projekt der Weltdekade“ ausgezeichnet. Innerhalb des „Jugendbegleiterprogramms“ wurden pro Jahr etwa fünf Qualifikationskurse mit je 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zum „Jugendbegleiter für Natur und Umwelt“ durchgeführt. Die Fortbildungen des Landesbetriebs ForstBW im Themenfeld Waldpädagogik für Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte wurden von insgesamt ca. 1 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern jährlich genutzt. Weit über 100 000 Besucherinnen und Besucher erlebten jährlich die auf Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen bezogenen Ausstellungen und zur Nachahmung anregenden Aktionen in den Akademie-Natur-Infozentren und den kooperierenden Naturschutzzentren.¹⁴ Mindestens 150 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer pro Jahr nahmen waldpädagogische Angebote wahr.¹⁵

11 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg.

12 Landtag Baden-Württemberg 2009.

13 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg.

14 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

15 Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg.

Fazit

Eine innovative, zukunftsfähige Wirtschaft kann auf gut ausgebildete Arbeitskräfte nicht verzichten. Für Baden-Württemberg gilt das aufgrund der starken Exportorientierung ganz besonders. Es ist zu erwarten, dass der Bedarf nach qualifizierten Fachkräften in mathematischen, technischen und naturwissenschaftlichen Berufen weiter steigen wird. Die Landesregierung trägt dem im Sinn der Generationengerechtigkeit insofern Rechnung, als sie verschiedene Programme auf den Weg gebracht hat, die das Interesse von Kindern und Jugendlichen an sogenannten MINT-Berufen fördern sollen. Ein weiterer Aspekt der Generationengerechtigkeit ist die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen. Hier ist die Landesregierung an die Landeshaushaltsordnung gebunden, nach der der Haushaltsplan des Landes grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen ist.

Der Themenkomplex Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung ist in Baden-Württemberg integraler Bestandteil des Unterrichts an allgemeinbildenden Schulen. Darüber hinaus ist eine Reihe von Institutionen des Landes bereits seit den 90er-Jahren erfolgreich auf zwei Ebenen aktiv: Sie fördern zum einen durch Fortbildungsangebote an Bildungseinrichtungen und durch Multiplikatoren die altersgerechte und praxisorientierte Vermittlung dieser Themen. Zum anderen gibt es zahlreiche Angebote außerhalb von Kindergarten und Schule, um Kinder und Jugendliche für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen im eigenen Umfeld wie in anderen Weltregionen zu sensibilisieren und ihnen Wissen und Handlungskompetenzen zu vermitteln. Bildungsangebote in den Bereichen Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung sind weiterhin förderungswert, weil sie die nachwachsenden Generationen dazu anregen, sich mit Zukunftsfragen auseinanderzusetzen und im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung aktiv zu werden.

Innovationsfähigkeit zentral für Generationengerechtigkeit

Zukunftsthemen Umweltbildung und nachhaltige Entwicklung

1. Kinder und Jugendliche

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld.
- Becker, Rolf; Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.) (2008): Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden.
- Bien, Walter; Rauschenbach, Thomas; Riedel, Birgit (Hrsg.) (2006): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie. Weinheim.
- Bock-Famulla, Kathrin (2008): Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2008. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Böttcher, Annica et al. (2010): Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung. In: Wirtschaft und Statistik 2/2010. Statistisches Bundesamt. S. 158-164.
- Bohachova, Olga; Klee, Günther (2009): Betriebliche Ausbildung in Baden-Württemberg 2008. IAW-Kurzberichte, Juni 1/2009.
- Bohachova, Olga; Klee, Günther (2008): Betriebliche Ausbildung in Baden-Württemberg 2007. IAW-Kurzbericht, 3/2008.
- Bos, Wilfried et al. (Hrsg.) (2008): IGLU-E 2006. Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im nationalen und internationalen Vergleich. Münster.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2009): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Bonn.
- Diefenbach, Heike; Klein, Michael (2002): „Bringing Boys Back In“. Soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern im Bildungssystem zuungunsten von Jungen am Beispiel der Sekundarabschlüsse. In: Zeitschrift für Pädagogik, Jg. 48 (6), S. 938-958.
- DIHK (2009): Ausbildung 2009. Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung. Berlin.
- Hadjar, Andreas; Becker, Rolf (2006) (Hrsg.): Die Bildungsexpansion: Erwartete und unerwartete Folgen. Wiesbaden.
- Hin, Monika (2009): Lebenssituationen von Migranten in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 3/2009, S. 13-16.
- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.) (2009): Bildungsmonitor 2009, <http://www.insm-bildungsmonitor.de/>.
- John, Birgit (2004): Erziehungs- und Betreuungspersonal in Tageseinrichtungen für Kinder. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2004, S. 22-25.
- Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland 2006. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld.

- Kratzmann, Jens; Schneider, Thorsten (2009): Soziale Ungleichheit beim Schulstart. Empirische Untersuchungen zur Bedeutung der sozialen Herkunft und des Kindergartenbesuchs auf den Zeitpunkt der Einschulung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 61, S. 211-234.
- Landesinstitut für Schulentwicklung; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): Bildung in Baden-Württemberg.
- Landesstiftung Baden-Württemberg (2006): Innovative Familienbildung. Modellprojekte in Baden-Württemberg.
- PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.) (2007): PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie. Münster.
- PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.) (2008): PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im Ländervergleich. Münster.
- Ridderbusch, Jens (2008): Demografie und Familie im Ländlichen Raum. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2008, S. 5-12.
- Saleth, Stephanie (2007): Innovative Familienbildung – Modellprojekte in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 3/2007, S. 22-26.
- Schmidt, Sabine (2005): Bildung schützt vor Erwerbslosigkeit. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 7/2005, S. 14-17.
- Schwarz-Jung, Silvia (2009): Grundschulempfehlung und Elternwunsch: Nicht immer stimmen sie überein. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2009, S. 3-9.
- Schwarz-Jung, Silvia (2008): Nichtversetzte 2007 – Die Quoten sinken. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2008, S. 25-29.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2010): Ergebnisse der zweiten Absolventenbefragung 2010.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Landesinstitut für Schulentwicklung (2007): Bildung in Baden-Württemberg.
- Ulrich, Joachim Gerd et al. (2010): Im Zeichen von Wirtschaftskrise und demografischem Einbruch. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2009. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Bundesinstitut für Berufsbildung.
- VDI (2009a): Der Arbeitsmarkt für Ingenieure – Schlaglicht Baden-Württemberg. In: Ingenieurmonitor Monatsbericht April 2009.
- VDI (2009b): Der Arbeitsmarkt für Ingenieure im Oktober 2009. In: Ingenieurmonitor 11/2009.

2. Eltern und Familie

- Berufundfamilie gGmbH (2009): Best Practice in Hochschulen, www.beruf-und-familie.de.
- Bien, Walter; Rauschenbach, Thomas; Riedel, Birgit (Hrsg.) (2006): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie. Weinheim.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009): Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, <http://www.erfolgsfaktor-familie.de>.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Familienforschung Baden-Württemberg (Hrsg.) (2008): Monitor Familienforschung 15. Alleinerziehende in Deutschland. Potentiale, Lebenssituationen und Unterstützungsbedarfe.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2009): Verkehr in Zahlen 2008/2009.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2008): Lebenslagen in Deutschland. 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.
- Burger, Franz; Weber, Matthias (2009): Vorausberechnung der Pflegebedürftigen und des Pflegepersonals in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 9/2009, S. 12-15.
- Deutsche Bibliotheksstatistik (2010): www.hbz-nrw.de/angebote/dbs/.
- Deutscher Bühnenverein (2009): Theaterstatistik Spielzeit 2007/2008 Summentabellen, <http://www.buehnenverein.de/presse/pdfs/thstat/thstat2008.pdf>.
- Eggen, Bernd (2008): Kinderarmut – auch in Baden-Württemberg? In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2008, S. 3-9.
- Eurostat (2010): Combating poverty and social exclusion. A statistical portrait of the European Union 2010.
- Forsa (2008): Umfrage im Auftrag der Zeitschrift ELTERN: Das Lebensgefühl junger Eltern, <http://www.eltern.de/pdf/Das-Lebensgefuehl-junger-Eltern.pdf>.
- Gille, Martina; Marbach, Jan (2004): Arbeitsteilung von Paaren und ihre Belastung mit Zeitstress. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) Alltag in Deutschland – Analysen zur Zeitverwendung Forum der Bundesstatistik Band 43 S. 86-113, Wiesbaden.
- Grabka, Markus M.; Frick, Joachim R. (2010): Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen. In: DIW Wochenbericht 7/2010, S. 2-11.
- Helfferich, Cornelia; Hendel-Kramer Anneliese; Wehner, Nina (2007): fast – Familiengründung im Studium. Eine Studie in Baden-Württemberg – Abschlussbericht zum Projekt. Landesstiftung Baden-Württemberg.
- Hin, Monika; Schmidt, Sabine (2007): Männer und Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2007, S. 43-46.

- Ihsen, Susanne et al. (2009): Potenziale nutzen, Ingenieurinnen zurückgewinnen – Studie der Technischen Universität München im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e. V. – Südwestmetall und der IMPULS-Stiftung des VDMA.
- Industrie und Handelskammer Region Stuttgart (2009): Fachkräfte 2020 in Baden-Württemberg, <http://www.stuttgart.ihk24.de/>.
- Karlsruher Verkehrsverbund (2010): Das Karlsruher Modell, www.kvv.de
- Karlsruher Verkehrsverbund (2009): Karlsruher Verkehrsverbund – Verbundbericht 2008.
- Klenner, Christina; Pfahl, Svenja (2008): Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht – Wege aus dem Arbeitszeitdilemma: Arbeitszeiten von Müttern, Vätern und Pflegenden. WSI-Discussion paper Nr. 158.
- Krentz, Ariane (2009): Die Lebenssituation von Alleinerziehenden in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2009. S. 7-10.
- Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (2010): www.kvjs.de.
- L-Bank (Hrsg.) (2009): Wohnungsmarktbeobachtung Baden-Württemberg 2008.
- Lokale Bündnisse für Familien (2010): www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de.
- Ministerium für Arbeit und Soziales (2009): Kabinettsvorlage 19. Januar 2009, Handlungsempfehlungen zur weiteren Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Landesverwaltung.
- Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg; Familienforschung Baden-Württemberg (Hrsg.) (2008): Report Familien in Baden-Württemberg. Ökonomische Lage von Familien 4/2008.
- Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg; Familienforschung Baden-Württemberg (Hrsg.) (2008): Report Familien in Baden-Württemberg. Betreuung von Kindern unter 3 Jahren: Stand, Ausbau, Perspektiven 2/2008.
- Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg; Familienforschung Baden-Württemberg (Hrsg.) (2009): Report Familien in Baden-Württemberg. Familie und Pflege 2/2009.
- Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg; Familienforschung Baden-Württemberg (Hrsg.) (2009): Report Familien in Baden-Württemberg. Elternzeit, Elterngeld und beruflicher Wiedereinstieg 1/2009.
- Payk, Bernhard (2010): Entwicklung der Wohnflächenversorgung in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2010. S. 10-14.
- Payk, Bernhard (2009): Evaluation der Zukunftsforen: Großer Bedarf an demografischen Analysen und Handlungsempfehlungen. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2009. S. 10-14.

- Payk, Bernhard (2008): Keine Revolution am Herd! In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 12/2008. S. 12-17. 2008.
- Prognos (2003): Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen – Kosten-Nutzen-Analyse.
- Saleth, Stephanie (2006): Frühe Elternschaft und Ausbildung – ein unlösbares Problem. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 12/2006, S. 21-23.
- Schmider, Alexandra (2010): Die Regiokonferenzen zur Familienfreundlichkeit – eine Halbzeitbilanz. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 3/2010, S. 20-22.
- Schmidt, Sabine (2008): Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2008, S. 24-27.
- Schulte, Eva (2008): Familienfreundliche Angebote für Beschäftigte – Was keiner kennt, bringt keinen Nutzen. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2008. S. 14-17.
- Schulz, Florian (2006): Häusliche Arbeitsteilung im Eheverlauf. In: Familienhandbuch des Staatsinstitutes für Frühpädagogik.
- Sinner-Bartels, Barbara (2005): Museen in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 10/2005, S. 20-22.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009): Kindertagesbetreuung regional 2008.
- Statistisches Bundesamt (2009): Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – Haus- und Grundbesitz sowie Wohnsituation privater Haushalte 2008, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2004): Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – Haus- und Grundbesitz sowie Wohnsituation privater Haushalte 2003, Wiesbaden
- Stutzer Erich, (2009): Wiedereinstieg in den Beruf. In: Frauen Aktiv in Baden-Württemberg IV/2009.
- Volz, Rainer(2007): Väter zwischen Wunsch und Wirklichkeit. In: Mühling, Tanja; Rost, Harald (Hrsg.) Väter im Blickpunkt S. 205-224. Opladen

3. Gesellschaft und Umwelt

- Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg (2009):
<http://www.ajs-bw.de/>.
- Baumann, Lothar (2008): Zwischenstation Krankenhaus – Jugendliche und der Alkohol. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 9/2008, S. 3-10.
- BKK Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, BKK Bundesverband, Team Gesundheit GmbH (2010): www.bauchgefühl.de Abrufdatum 18.2.2010.
- Bundeskriminalamt (2009): Polizeiliche Kriminalstatistik 2008 – Bundesrepublik Deutschland, www.bka.de
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): Pressemitteilung vom 26. Januar 2010,
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=133726.html>.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009): 13. Kinder- und Jugendbericht – Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, www.bmfsfj.de
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2009a): Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2008. Verbreitung des Alkoholkonsums bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Köln.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2009b): Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2008. Verbreitung des Tabakkonsums bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Köln.
- Deutsches Krebsforschungszentrum (2009): Tabakatlas Deutschland 2009,
http://www.tabakkontrolle.de/pdf/Tabakatlas_2009.pdf
- Häfner, Steffen; Schmidt-Lachenmann, S., (2008): Psychische Symptome und Inanspruchnahmeverhalten bei Viertklässlern – eine versorgungsepidemiologische Studie in Stuttgart. In: Das Gesundheitswesen. Sozialmedizin Gesundheits-System-Forschung Public Health Education Öffentlicher Gesundheitsdienst Medizinischer Dienst 70, S. 81-87.
- Hebammenverband Baden-Württemberg (2009):
<http://www.hebammen-bw.de/index.php?id=65>
- Kleimann, Matthias et al. (2006): Mediennutzung, Schulerfolg, Jugendgewalt und die Krise der Jungen. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 3/2006 S. 295-310.
- Kompauer, Iris; Krämer, Daniela; Pfaff, Günter (2008): Migrationshintergrund und Body-Mass-Index bei Einschulungskindern. In: Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg Jahresbericht 2008.
- Lampert, T. et al. (2007): Körperlich-sportliche Aktivität von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. In: Bundesgesundheitsblatt 5/6 2007 S. 634-642.

Landessportverband Baden-Württemberg (2009): Mitgliederstatistik 2009
<http://www.lsvbw.de/cms/docs/doc6886.pdf>

Landtag Baden-Württemberg (2010): Pressemitteilung vom 9. März 2010.

Landtag Baden-Württemberg (2009): Drucksache 14/5529, Bildung für nachhaltige Entwicklung – Umsetzung des Aktionsplanes für die UN-Dekade 2005 bis 2014 in Baden-Württemberg.

Landtag Baden-Württemberg (2008a): Drucksache 14/3441, Ernährungssituation von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg.

Landtag Baden-Württemberg (2008b): Drucksache 14/2432, Kinder- und Jugendmedienschutz im Bereich der Bildschirmmedien (Internet, Videospiele, Fernsehen, Handys).

Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg (2006): Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen 2005.

Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg (2007): Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen 2006.

Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg (2008): Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen 2007.

Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg (2009): Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen 2008.

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2010a). Jugendkriminalität und Jugendgefährdung – Jahresbericht 2009.

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2009a). Jugendkriminalität und Jugendgefährdung – Jahresbericht 2008.

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2010b): Polizeiliche Kriminalstatistik 2009.

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2009b): Polizeiliche Kriminalstatistik 2008.

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2007): Polizeiliche Kriminalstatistik 2006

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2009): JIM-Studie 2009 – Jugend, Information, (Multi-) Media. <http://www.mpfs.de/fileadmin/JIM-pdf09/JIM-Studie2009.pdf>.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2007): JIM-Studie 2007 – Jugend, Information, (Multi-) Media. <http://www.mpfs.de/fileadmin/JIM-pdf07/JIM-Studie2007.pdf>.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2004): JIM-Studie 2004 – Jugend, Information, (Multi-) Media. <http://www.mpfs.de/fileadmin/Studien/JIM2004.pdf>.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2008): KIM-Studie 2008 – Kinder + Medien, Computer + Internet. <http://www.mpfs.de/fileadmin/KIM-pdf08/KIM2008.pdf>.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2003): KIM-Studie 2003 – Kinder und Medien Computer und ,Internet, <http://www.mpfs.de/fileadmin/Studien/KIM03.pdf>.

- Ministerium für Arbeit und Soziales (2009): Pressemitteilung vom 23. September 2009, Ministerin Dr. Monika Stolz: „Zahngesundheit ist deutlich besser geworden.
- Mößle, Thomas (2009): Computerspielabhängigkeit unter Jugendlichen: Ergebnisse einer deutschlandweiten Repräsentativbefragung. In: Regierungspräsidium Stuttgart (Hrsg.) Informationsdienst zur Suchtprävention Nr. 22. S. 9-11.
- Ravens-Sieberer, Ulrike, et al. (2007): Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland: Ergebnisse aus der BELLA-Studie im Kinder- und Jugendsurvey (KiGGS). In: Bundesgesundheitsblatt 5/6 2007 S. 871-878.
- Robert-Koch-Institut (2010): SurvStat, <http://www3.rki.de/SurvStat>. Datenstand 16.6.10.
- Robert-Koch-Institut (2009a): Eckdaten zu HIV/AIDS in Baden-Württemberg.
- Robert-Koch-Institut (2009b): Eckdaten zu HIV/AIDS in Deutschland.
- Robert-Koch-Institut (2007): Erste Ergebnisse aus ESKIMO Ernährungsmodul des Kinder- und Jugendgesundheitsurvey, www.rki.de
- Robert-Koch-Institut; Statistisches Bundesamt (2008): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Lebensphasenspezifische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland - Ergebnisse des Nationalen Kinder- und Jugendgesundheitsurveys (KiGGS). Berlin.
- Schawinsky, Karl (2009): Neuer Bildungsauftrag – Moderne Medien richtig nutzen. In: Wirtschaft und Unterricht – Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln für Pädagogen Nr. 9/2009.
- Schmidt, Sabine (2006): Wie gesund sind die Baden-Württemberger? In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 10/2006, S. 6-9.
- SchülerVZ (2009): Daten und Fakten, <http://www.schuelervz.net/l/schueler/3/>.
- Stadt Stuttgart Referat Jugend, Soziales und Gesundheit (2007): Jugendgesundheitsstudie in Stuttgart – Ergebnisse der Jugendgesundheitsstudie 2005 und Tipps für die Gesundheitsförderung in der Schule.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen
Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73

Bibliothek

Die Präsenzbibliothek für alle
Telefon 0711/641-28 76, Telefax - 29 73

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen
aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40

Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax 641-13 40 62

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg · Böblinger Straße 68 · 70199 Stuttgart · Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40 · poststelle@stala.bwl.de · www.statistik-bw.de